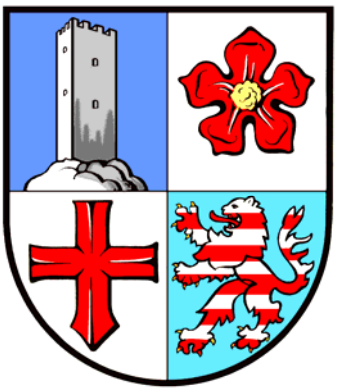
Kreis
Bergstraße

Haushaltsplan 2013



Band I

Haushaltsplan 2013

- Inhaltsverzeichnis -

Band I:

Haushaltssatzung…… Seite 1

Vorbericht…… Seite 3

Produktplan…….... Seite 51

Deckungsregeln……... Seite 53

Budgetierungsrichtlinien…… Seite 55

Ergebnishaushalt…….. Seite 75

Auflistung der Sachkonten zu den Positionen des Ergebnishaushaltes…… Seite 76

Finanzhaushalt…… Seite 85

Übersicht über die Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen der Teilhaushalte, Produktbereiche und Produktgruppen…… Seite 87

Teilhaushalte/Produkte……... Seite 89

Band II:

Stellenplan 2013 (Kreis Bergstraße)……..……..……Seite 1

Anlage 1 – Finanzplanung……..……Seite 21

Anlage 2 – Investitionsprogramm…….……Seite 25

Anlage 3 - Übersicht Verpflichtungsermächtigungen…….……Seite 29

Anlage 4 - Übersicht Verbindlichkeiten……..……Seite 31

Anlage 5 - Übersicht Rücklagen/Rückstellungen……..……...Seite 33

Anlage 6 - Übersicht Fraktionsfördermittel…….……Seite 35

Anlage 7 - Übersichten über die Budgets……..……...Seite 37

Anlage 8 – Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und Unternehmen an denen der Kreis mit mehr als 50 % beteiligt .....……..……...Seite 47

Jahresabschluss 2011 (Kreis Bergstraße)……..……..……Seite 159

Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises Bergstraße für den Finanzplanungszeitraum 2013 - 2016……..…….…. Seite 165

Haushaltssatzung
des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund des § 52 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 183) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786, 794) in Verbindung mit dem § 97 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I, S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) hat der Kreistag am 10.12.2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	309.040.271 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	336.240.054 EUR
mit einem Saldo von	27.199.783 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	473.160 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	3.828.000 EUR
mit einem Saldo von	3.354.840 EUR
mit einem Fehlbedarf von	30.554.623 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 24.246.003 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.432.900 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten auf	5.899.280 EUR
mit einem Saldo von	- 2.466.380 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	232.065.380 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	205.655.100 EUR
mit einem Saldo von	26.410.280 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf von	-302.103 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **2.466.380 EUR** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2013 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf **2.060.000 EUR** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **310.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 5

Die Umlagesätze der Kreisumlage nach § 37 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in der Fassung vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3955) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2010 (BGBI. I S. 671) werden auf folgende Vomhundertsätze der Umlagegrundlagen festgesetzt:

1.) Kreisumlage (Allgemeine Umlage)

a) von den Gemeinden (§ 37 Abs. 1 FAG)	36,00 v. H.
b) von den gemeindefreien Grundstücken (§ 37 Abs. 4 FAG)	85,00 v. H.

2.) Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage)

von den Gemeinden (§ 37 Abs. 3 FAG)	22,00 v. H.

Die Kreisumlage nach § 37 Abs. 1 FAG und der Zuschlag zur Kreisumlage nach § 37 Abs. 3 FAG sind in zwölf Teilbeträgen am 15. eines jeden Monats fällig.
Die Kreisumlage nach § 37 Abs. 4 FAG ist am 15.02.2013 fällig.

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

(1) Dem Landrat, dem Ersten Kreisbeigeordneten und dem Zweiten Kreisbeigeordneten wird nach § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 100 HGO die Ermächtigung übertragen, über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu entscheiden, wenn sie den Betrag von **10.000 EUR** nicht übersteigen.
Dem Kreisausschuss wird nach § 52 Abs. HKO in Verbindung mit § 100 HGO die Ermächtigung übertragen, über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu entscheiden, wenn sie den Betrag von **50.000 EUR** nicht überschreiten oder sie auf gesetzlicher, vertraglicher oder tariflicher Verpflichtung beruhen oder sich die Verpflichtung zur Leistung aus zusätzlichen, zweckgebundenen Einnahmen ergibt.
Der Kreistag behält sich in allen weiteren Fällen seine vorherige Zustimmung vor.

(2) Freiwerdende Stellen dürfen erst nach zwölf Monaten besetzt werden. Über Ausnahmen entscheidet der Kreisausschuss.

Heppenheim, 10.12.2012

Kreis Bergstraße
- Der Kreisausschuss -

gez. Schimpf

Matthias Schimpf
Kreisbeigeordneter

Vorbericht zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2013

Einleitung

Der Haushalt ist als Instrument der kommunalen Finanzhoheit wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie (Grundgesetz Art. 28 Abs.2 und Hessische Verfassung Art. 137). Die Kommunen in Hessen sind in ihrem Gebiet die eigenverantwortlichen Träger der öffentlichen Verwaltung und können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit Gesetze nicht ausdrücklich andere Regelungen treffen. In diesem Rahmen sind die Kommunen auch in ihrer Finanzpolitik autonom. Bund und Land können auf die kommunale Haushaltsführung nur durch Gesetz Einfluss nehmen. Dies geschieht mittelbar durch den Bund mit

- dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft,
- dem Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder,
- dem Gemeindefinanzreformgesetz,
- den Leistungsgesetzen
  und unmittelbar
- durch Förder- und Auftragsvergabebestimmungen sowie
- dem Steuerrecht

Das Land nimmt auf den kommunalen Haushalt unmittelbar Einfluss durch

- die Hessische Verfassung,
- die Hessische Gemeindeordnung,
- die Hessische Landkreisordnung,
- die Gemeindehaushaltsverordnung,
- die Gemeindekassenverordnung,
- das Finanzausgleichsgesetz,
- das Kommunalabgabengesetz,
- das Eigenbetriebsgesetz,
- die Umsetzung von Leistungsgesetzen des Bundes

sowie den Erlass entsprechender Verwaltungsvorschriften. Auf Grundlage dieser Bestimmungen nimmt das Land auch die staatliche Aufsicht zum Schutz der Kommunen und der Einhaltung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung wahr.
Das Land hat den Kommunen die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Für die freiwilligen Aufgaben hat das Land den Kommunen, in eigener Verantwortung zu verwaltende, Einnahmequellen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus hat das Land Kostenfolgen zu regeln, die durch die Erfüllung staatlicher Aufgaben entstehen. Ein finanzieller Ausgleich ist zu schaffen, wenn die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Kommunen in ihrer Gesamtheit führt.

Der kommunale Haushalt hat neben seiner finanzwirtschaftlichen Steuerungsfunktion, die Funktion politische Programme umzusetzen und gleichzeitig mit seiner wirtschaftspolitischen Funktion zur Lenkung der Konjunktur beizutragen.
Mit der finanzwirtschaftlichen Steuerungsfunktion des Haushalts sind die Kommunen vorrangig verpflichtet, ihre stetige Aufgabenerfüllung zu sichern. Durch den Haushaltsgrundsatz der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung haben die Kommunen langfristig zu gewährleisten, dass sie ihre gesetzlichen, vertraglichen und freiwilligen Aufgaben wahrnehmen und erfüllen können (siehe § 92 Abs. 1 HGO). In unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung zur stetigen Aufgabenerfüllung steht der Grundsatz des Haushaltausgleichs (siehe § 92 Abs. 4 HGO). Kann diesem Grundsatz nicht Rechnung getragen werden, sind die Kommunen verpflichtet, nachhaltig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.
Mit der politischen Programmfunktion wird, durch die Festlegung von Prioritäten und Standards im Haushalt, der kommunalpolitische Gestaltungsspielraum wahrgenommen. Mit der Entscheidung über den Einsatz zur Verfügung stehender Mittel nehmen die Vertretungsorgane der Kommunen eines ihrer wichtigsten Rechte in Anspruch und geben der Verwaltung einen Handlungsrahmen vor, dessen Einhaltung über die Berichterstattung zum Haushalt und den Jahresabschluss zu kontrollieren ist.
Wirtschaftspolitisch sind die Kommunen in ihrer Gesamtheit durch § 16 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verpflichtet, im Rahmen ihres Haushaltes den Zielen des § 1 dieses Gesetzes Rechnung zu tragen. Insbesondere bei den öffentlichen Investitionen ist diese konjunkturpolitische und volkswirtschaftliche Funktion der kommunalen Haushalte nicht zu unterschätzen.
In diesem Zusammenhang verpflichtet auch die Hessische Gemeindeordnung (HGO) mit dem, im § 92 Abs. 1 entwickelten allgemeinen Haushaltsgrundsatz, die Kommunen, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

Neben den bereits genannten Grundsätzen hat das kommunale Haushaltsrecht noch folgende allgemeine Haushaltsgrundsätze entwickelt:

- Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit
- Grundsatz der Einnahmebeschaffung
- Grundsatz der Vorherigkeit
- Grundsatz der Öffentlichkeit

Neben den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen sind für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltes Planungs- und Deckungsgrundsätze sowie die „Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung“ zu beachten.

Mit der am 24.12.2011 in Kraft getretenen Änderung der Hessischen Gemeindeordnung sind auch für das kommunale Haushaltsrecht wesentliche Änderungen eingetreten. So wurde die Doppik als einzig zulässige Form der Haushaltsführung bestimmt. In diesem Zusammenhang wurden die bisherigen Regelungen der §§ 114a bis 114u HGO in die Regelungen der §§ 94 bis 114 HGO übernommen. Die Verpflichtung zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes (§ 92 Abs. 3 HGO) wurde deutlich präzisiert. Danach gilt der Ergebnishaushalt als ausgeglichen, wenn das ordentliche Ergebnis durch die Inanspruchnahme der Rücklagen ausgeglichen wird. Der geforderte Haushaltsausgleich schließt auch den Ausgleich der Fehlbeträge der Vorjahre mit ein. Diese Verpflichtung steht in engem Zusammenhang mit der Änderung des

§ 92 Abs. 4 HGO. Es kommt nunmehr darauf an, den Fokus nicht nur auf das jeweilige Haushaltsjahr zu beschränken, sondern auch auf den Ausgleich der Fehlbeträge der Vorjahre und auf in der Finanzplanung prognostizierte Fehlbeträge, durch den Einsatz des Haushaltssicherungskonzeptes, zu richten. Von Bedeutung ist ebenfalls die Genehmigungspflicht für die in der Haushaltssatzung festzusetzenden Höchstbeträge für Kassenkredite (§ 105 HGO).
In Folge der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung wurden auch die Gemeindehaushalts- und die Gemeindekassenverordnung angepasst und haben in ihrer aktuellen Fassung am 27.12.2011 Rechtskraft erlangt. Neben terminologischen Begriffsanpassungen und Bezugnahmen auf die HGO wurde für die Aufstellung des Finanzhaushaltes ein Wahlrecht geschaffen. Entsprechend der Wahl der Finanzrechnung kann nunmehr auch zwischen dem direkten und indirekten Finanzhaushalt gewählt werden. Die Kreisverwaltung spricht sich, aufgrund seiner Parallelität zum Ergebnishaushalt, für die Aufstellung des direkten Finanzhaushalts aus und hat mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 einen entsprechenden Wechsel vollzogen. Die Veranschlagung von Verfügungsmitteln für den Vorsitzenden der Gemeindevertretung ist nunmehr Pflicht. Bei der Deckungsfähigkeit von Aufwendungen wurde eine Trennung zwischen zahlungswirksam und zahlungsunwirksam eingeführt. Ferner wurde das Verbot der Deckungsfähigkeit für Fraktionsfördermittel und für Verfügungsmittel (§ 20 Abs. 4 GemHVO) präzisiert.

Haushaltsplan und Haushaltssatzung

Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Kreises ist der Haushaltsplan. Zum Zweck der Aufgabenerfüllung enthält er alle im Haushaltsjahr anfallenden Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen (siehe § 95 HGO). Er ist für den Haushaltsvollzug verbindlich. Ansprüche und Verbindlichkeiten entstehen durch ihn nicht und werden durch ihn auch nicht erfüllt. Rechtswirksam verbindlich wird der Haushaltplan in Verbindung mit dem in Kraft treten der Haushaltssatzung. Gemäß § 94 Abs. 1 HGO ist die Haushaltssatzung eine jährlich zu erlassende Pflichtsatzung. Sie enthält Pflichtbestandteile wie zum Beispiel die Hebesätze der Kreis- und Schulumlage sowie Bestandteile, über deren Aufnahme ausschließlich der Kreistag entscheidet.
Die Haushaltswirtschaft des Kreises beginnt mit der Aufstellung des Haushaltsplans, wird mit dessen Ausführung im Haushaltsvollzug fortgesetzt und durch die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses beendet.
Die Planung in der Kreisverwaltung beginnt mit der Anmeldung der Plansätze der Produktverantwortlichen beim Finanz- und Rechnungswesen und wird mit der Erstellung des Verwaltungsentwurfes (mit Satzungsentwurf) zur Einbringung in den Kreisausschuss fortgesetzt. Der Kreisausschuss berät den Verwaltungsentwurf und fasst den Feststellungsbeschluss für den Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung. Diese werden dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Gleichzeitig wird mit Bekanntmachung auf die Offenlegung des Entwurfes hingewiesen. Gemäß § 97 HGO bereitet der Kämmerer den Entwurf vor. Zu dem Entwurf des Kreisausschusses kann der Kämmerer dem Kreistag eine abweichende Stellungnahme vorlegen und seine Auffassung in der Beratung des Kreistages vertreten. Nach Beschlussfassung durch den Kreistag erfolgt die Vorlage von Haushaltssatzung und Haushaltsplan bei der zuständigen Kommunalaufsicht zur Genehmigung der genehmigungspflichtigen Teile (Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen). Soweit keine Genehmigung erforderlich ist, erlangt die Haushaltssatzung unmittelbar mit ihrer Be-

kanntmachung Rechtskraft. Bei Genehmigungsbedarf ist die Haushaltssatzung mit der Genehmigung der genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung bekannt zu machen. Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der Haushaltsplanentwurf an sieben Tagen öffentlich auszulegen.

Struktur des doppischen Haushalts

Gemäß § 1 GemHVO besteht der Haushaltsplan aus

- dem Gesamthaushalt
- den Teilhaushalten
- dem Stellenplan

Der Gesamthaushalt besteht aus dem

- Ergebnishaushalt und dem
- Finanzhaushalt

Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind jeweils in Teilhaushalte zu gliedern.
Dem Haushaltsplan sind beizufügen:

- der Vorbericht,
- die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung mit dem ihr zugrunde liegenden Investitionsprogramm,
- das Haushaltssicherungskonzept,
- eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen,
- Übersichten über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Anleihen, Kreditaufnahmen und Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, der Rücklagen und der Rückstellungen zu Beginn und Ende des Haushaltsjahres sowie über den Stand zu Beginn des Vorjahres,
- eine Übersicht über die Budgets,
- eine Übersicht über die Mittel die den Fraktionen der Gemeindevertretung nach § 36a Abs. 4 GemHVO zur Verfügung gestellt werden,
- der letzte Jahresabschluss und der letzte zusammengefasste Jahresabschluss,
- die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist.

Die Teilhaushalte können gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO nach Produkten oder nach der örtlichen Organisation gegliedert werden. Seit Einführung des doppischen Haushaltswesens hat sich der Kreis für die produktorientierte Variante der Haushaltsstruktur entschieden. Maßgeblich für diese Entscheidung sind die vorrangigen Anforderungen der Bürger, der politischen Gremien und der Finanzstatistik an den doppischen Kreishaushalt gewesen. Die Anforderungen der Verwaltung und der Organisation sind demgegenüber als zweitrangig erachtet und durch die Bildung von besonderen Budgets erfüllt worden. Da sich an diesen Erkenntnissen nichts verändert hat, erfolgt die Aufstellung des Kreishaushaltes 2013 wiederum produktorientiert.

Dementsprechend bestehen Ergebnis- und Finanzhaushalt weiterhin aus folgenden Teilhaushalten (siehe auch Produktplan):

- 01 Zentrale Verwaltung
- 02 Schule und Kultur
- 03 Soziales und Jugend
- 04 Gesundheit und Sport
- 05 Gestaltung der Umwelt
- 06 Zentrale Finanzleistungen

Den Teilhaushalten wurden die, entsprechend den Vorgaben der GemHVO und des Produktrahmens des Statistischen Bundesamtes, gebildeten Produktbereiche und Produktgruppen zugeordnet. Als unterste Planungsebene wurden 69 Produkte gebildet und mit einer Produktverantwortung versehen. Auf der Basis der Produkte wurde eine Kostenträgerstruktur aufgebaut, welche zur Beurteilung der Leistungen der Kreisverwaltung verwendet werden kann.
Unabhängig von dieser Struktur wurden auf der Organisationsebene der Kreisverwaltung, zweckgebunden, Budgets gebildet und in eine Kostenstellenstruktur integriert. Die Budgetverantwortung ist in der Regel mit der Produktverantwortung identisch. Soweit erforderlich, erfolgt eine entsprechende Delegation (z. B. im Bereich der Schulen). Hierzu werden eigene Budgetrichtlinien erlassen und über den Haushaltsplan in Kraft gesetzt. Damit wird die Flexibilität der Mittelbewirtschaftung im Kreishaushalt erhöht.
Für die Planung und Bewirtschaftung investiver Mittel ist die Struktur des als Anlage beigefügten Investitionsprogramms maßgeblich.
Auf der Basis dieser Haushaltsstruktur erfolgt, unter Verwendung der durch den Verwaltungskontenrahmen vorgegebenen Sachkonten die Etatisierung der Mittel, die Buchung im Haushaltsvollzug und die Rechnungslegung.

Produkte, Ziele und Kennzahlen

Produkte bilden das kommunale Leistungsangebot ab. Ein Produkt ist das Ergebnis von Leistungsprozessen und soll im Ergebnis das Verwaltungshandeln darstellen und steuerbar machen. Die Produkte mit ihren Leistungen werden damit zu zentralen Steuerungselementen.

Gemäß § 4 GemHVO sind in den Teilhaushalten die Produktbereiche, die Produktgruppen und die Produkte darzustellen. Außerdem sollen in den Teilhaushalten Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden. Ergänzend bestimmt § 10 Absatz 3 GemHVO, dass in den Teilhaushatten produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden sollen. Gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 10 GemHVO soll der Haushaltsplan außerdem Kennzahlen zur Produktmenge enthalten; Qualitätskennzahlen stellen eine sinnvolle Ergänzung dar. Die Ziele und Kennzahlen bilden gemäß dieser Vorschriften die Grundlage für die Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft.

Durch Produkte, Ziele und Kennzahlen zur Zielerreichung, zur Qualität und zu Produktmengen, soll ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Steuerungsphilosophie bewirkt werden, der bislang von der Inputorientierung geprägt ist. Auf der Basis von Produkten soll eine zielgerichtete und outputorientierte Steuerung ermöglicht werden.

Die im Haushaltsplan des Kreises dargestellten Produkte stellen demgemäß die Verbindung zwischen dem Ressourcenverbrauch und den damit angestrebten Zielen dar. Die produktorientierte Gliederung ist daher das führende und verbindliche Gliederungsprinzip für den Haushaltsplan des Kreises Bergstraße.

Die Produkte stellen die unterste Planungsebene im Haushaltsplan dar. Wie in den Vorjahren wurden die Haushaltsansätze auf dieser Ebene über die Erfassung auf Sachkonten und Kostenstellen erfasst.

Der vorliegende Produktplan ist gegenüber dem des Vorjahres im Sinne einer erstrebenswerten Kontinuität unverändert geblieben. Die Anzahl der Produkte beträgt damit unverändert 69.

Auf der Basis der dargestellten gesetzlichen Bestimmungen ist jedes Produkt im vorliegenden Haushaltsplan analog der Vorjahre mit seiner Auftragsgrundlage sowie seinen Leistungen inhaltlich beschrieben.

Ziele, Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung sowie sonstige Kennzahlen komplettieren die Produktbeschreibungen und bilden die Basis für die neuen Steuerungsmöglichkeiten. Mittels der Kennzahlen wird die Zielerreichung konkretisiert sowie überprüfbar gemacht und im Rahmen des unterjährigen Berichtswesens in dem Grad der Zielerreichung dargestellt.

Eine Aktualisierung der Produktbeschreibung wurde vorgenommen, sofern dies erforderlich war (incl. Produktverantwortung, Rechts- und Auftragsgrundlagen, Beteiligte bei der Produkterstellung sowie Produktempfänger). Auf der Basis des Haushaltsjahres 2012 wurden die Ziele und Kennzahlen für den Haushaltsplan 2013 fortgeschrieben; Zeitreihenvergleiche werden damit ermöglicht.

Die Weiterentwicklung der Ziele und Kennzahlen hin zu einem validen Ziel- und Kennzahlensystem wird auch künftig ein fortlaufender Prozess sein, in den die Kreisgremien weiterhin einzubinden sind. Rückmeldungen hierzu sind ausdrücklich erwünscht.

Budgets

Entsprechend der im Anschluss an den Vorbericht auf den Seiten 55 bis 73 folgenden Budgetierungsrichtlinien werden auf Kostenstellenebene folgende Budgets gebildet:

- Budgets der Abteilungen

- Schulbudgets

- Budget der Kreisvolkshochschule

- Budget des Jugendamtes mit dem Budget für das Umsteuerungskonzept

- Budget des Amtes für Soziales

- Budgets der Erziehungsberatungsstellen

Darüber hinaus erfolgt durch die allgemeinen Deckungsregeln und besonderen Haushaltsvermerke eine weitere Flexibilisierung bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln.

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt ist das leitende Element des „Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems“. Durch den Ausweis aller Erträge und Aufwendungen erfolgt eine periodengerechte Darstellung des Ressourcenaufkommens und des Ressourcenverbrauchs im Haushaltsplan und im Jahresabschluss. Der Saldo aller Erträge und aller Aufwendungen weist als Jahresergebnis einen Überschuss oder einen Fehlbedarf aus und verändert entsprechend das Eigenkapital. Erträge sind der Wertzuwachs des Eigenkapitals in einem Haushaltsjahr. Aufwendungen sind der wertmäßige Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen in einem Haushaltsjahr. Wesentlich ist die periodengerechte Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen. Ihre Zahlungswirksamkeit hat in den Ergebnishaushalten keine Bedeutung. Die Struktur der Ergebnishaushalte ist identisch.

Gemäß der GemHVO erfolgt folgende Darstellung:

a) Verwaltungsergebnis, Saldo aus ordentlichen Erträgen und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit
b) Finanzergebnis, Saldo aus Finanzerträgen und –aufwendungen (Zinsen)
c) Ordentliches Ergebnis, Summe aus Verwaltungs- und Finanzergebnis
d) Außerordentliches Ergebnis, Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und den außerordentlichen Aufwendungen
e) Jahresergebnis, Summe aus Ordentlichem und Außerordentlichem Ergebnis
f) Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen, Saldo aus sekundären Erträgen und sekundären Aufwendungen
g) Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen, Summe aus Jahresergebnis und Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen
h) Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge (nachrichtlich)

Die Aufstellung der Ergebnishaushalte erfolgt nach dem Muster 7 zu § 2 GemHVO in Staffelform.

Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden alle zahlungswirksamen Vorgänge (Finanzmittelfluss) eines Haushaltsjahres und der Finanzmittelbestand zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres dargestellt. Unter Ein- und Auszahlungen sind Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen zu verstehen, die den Bestand an liquiden Mitteln verändern. Am Finanzmittelfluss lässt sich der Liquiditätsbedarf feststellen. Diese Information wird u. a. für die Beurteilung der Kreditaufnahme benötigt.

Gemäß der GemHVO werden im Gesamtfinanzhaushalt folgende Teilsalden gebildet:

a) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo aus der Summe der Einzahlungen und der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit,
b) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit als Saldo aus der Summe der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, bei einem negativen Teilsaldo wird die Aufnahme von Investitionskrediten erforderlich,
c) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit als Saldo aus den Einzahlungen für die Aufnahme von Krediten und aus den Auszahlungen für die Tilgung von Krediten. Durch die Gegenüberstellung der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten weist dieser Saldo die Entwicklung des Bestandes an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen (Schuldenstand) des Kreises aus.

Aus diesen Teilsalden wird die Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt. Aus der Summe dieses Wertes und des Zahlungsmittelbestandes zu Beginn des Haushaltsjahres wird der Zahlungsbestand am Ende des Haushaltsjahres entwickelt.

Teilhaushalt 01 Zentrale Verwaltung

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Innere Verwaltung“ sowie „Sicherheit und Ordnung“ mit den Produktgruppen

- Verwaltungssteuerung und –service
- Statistik und Wahlen
- Ordnungsangelegenheiten
- Brandschutz

zugeordnet. Von den insgesamt 69 Produkten gehören diesem Teilhaushalt 24 Produkte an. Organisatorisch sind hier alle Dezernate vertreten. In diesem Teilhaushalt wird die Finanzierung der Aufgabenwahrnehmung der Selbstverwaltungsorgane, des Bürgerservice, der Querschnittsaufgaben der Kreisverwaltung, sowie der Überwachungs-, Ordnungs- und Schutzfunktionen des Kreises abgebildet. Über die interne Leistungsverrechnung wird die finanzielle Belastung aus den mit Querschnittsaufgaben befassten Produkten, Personalmanagement, Zentrale Dienste, IT- Management, Haushaltsplanung und Finanzmanagement sowie Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung auf andere Produkte übertragen.

Teilhaushalt 02 Schule und Kultur

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Schulträgeraufgaben“ sowie „Kultur und Wissenschaft“ mit den Produktgruppen

- Grundschulen
- Kombinierte Schulformen
- Gymnasien
- Förderschulen
- Berufliche Schulen
- Schülerbeförderung
- Sonstige schulische Aufgaben / Schulverwaltung
- Volkshochschulen

zugeordnet. Die 8 Produkte sind organisatorisch ausschließlich dem Dezernat des Landrates zugeteilt. Die Wahrnehmung der äußeren Schulträgerschaft an 75 Schulen des Kreises bildet den finanziellen Schwerpunkt dieses Teilhaushaltes. Die Finanzierung dieser Aufgabe erfolgt im Wesentlichen durch die Schulumlage. Zu dieser Aufgabe gehören die Bereitstellung und der Betrieb der Schulgebäude sowie deren Einrichtung. Hinzu kommen die Finanzierung der Schulbudgets von Ersatzschulen, Schülerbeförderung, Schulsozialarbeit und die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Kreisvolkshochschule. Über die interne Leistungsverrechnung werden Leistungen, die andere Teilhaushalte für Schulen erbringen, diesem Teilhaushalt finanziell zugeordnet. Von besonderer Bedeutung für diesen Teilhaushalt ist der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“.

Teilhaushalt 03 Soziales und Jugend

Diesem Teilhaushalt sind die beiden Produktbereiche „Soziale Leistungen“ sowie „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ mit den Produktgruppen

- Grundversorgung nach dem SGB XII
- Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
- Hilfen für Asylbewerber
- Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- Unterhaltsvorschussleistungen
- Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Jugendarbeit
- Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

zugeordnet. Organisatorisch ist der Produktbereich „Soziale Leistungen“ mit 11 Produkten dem Dezernat des Ersten Kreisbeigeordneten angeschlossen. Die „Kinder-Jugend- und Familienhilfe“ ist organisatorisch mit 7 Produkten dem Dezernat des Landrates zugeordnet. Für die Wahrnehmung der Aufgaben dieses Teilhaushaltes werden die umfangreichsten finanziellen und personellen Ressourcen des Kreises eingesetzt.

Teilhaushalt 04 Gesundheit und Sport

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Gesundheitsdienste“ und „Sportförderung“ mit den beiden Produktgruppen

- Maßnahmen der Gesundheitspflege
- Förderung des Sports

zugeordnet. Von den drei diesem Teilhaushalt zugeteilten Produkten ist organisatorisch die Sportförderung dem Dezernat des Landrates angeschlossen. Die beiden Produkte der Gesundheitspflege sind organisatorisch Teil des Dezernates II. Neben der Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben werden im Gesundheitsdienste Serviceleistungen erbracht. Mit der Sportförderung unterstützt der Kreis im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten das ehrenamtliche Engagement der Vereine im Kreis. Dieser Teilhaushalt verfügt über das geringste finanzielle Volumen aller Teilhaushalte.

Teilhaushalt 05 Gestaltung der Umwelt

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche

- Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
- Bauen und Wohnen
- Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege
- Umweltschutz
- Wirtschaft und Tourismus

mit den Produktgruppen

- Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bau- und Grundstücksordnung
- Denkmalschutz und –pflege
- Kreisstraßen
- ÖPNV
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Land- und Forstwirtschaft
- Umweltschutzmaßnahmen
- Wirtschaftsförderung und Tourismus

zugeordnet. Sieben der dreizehn Produkte dieses Teilhaushaltes sind dem Dezernat des Landrates zugeteilt. Die verbleibenden sechs Produkte sind dem Dezernat des Zweiten Kreisbeigeordneten angeschlossen. Neben den gesetzlichen Aufgaben werden die finanziellen und personellen Ressourcen dieses Teilhaushaltes für Serviceleistungen und Förderungen eingesetzt.

Teilhaushalt 06 Zentrale Finanzleistungen

Dieser Teilhaushalt ist mit dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ identisch. Ihm sind die Produktgruppen

- Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
- Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

mit drei Produkten zugeordnet, welche alle dem Dezernat des Zweiten Kreis-beigeordneten angeschlossen sind. Finanzieller Schwerpunkt dieses Teilhaushaltes ist im Zusammenhang mit der Abwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs die Beschaffung der allgemeinen Deckungsmittel für den Ergebnishaushalt, die Liquiditätssicherung durch die Bewirtschaftung der Kassenkredite und unter Berücksichtigung der Kreditaufnahme die Finanzierung der Investitionen des Kreises im Finanzhaushalt. Die personellen Ressourcen werden für das Kreditportfoliomanagement, die Erhebung der Kreis- und Schulumlage, die Beteiligungen des Kreises und die Versicherung der mit der gesamten Aufgabenwahrnehmung verbundenen Risiken des Kreises eingesetzt.

Finanzielle Situation bis 2012

Bis zum Abschluss des letzten kameralen Haushaltes im Jahr 2007 sind kumulierte Defizite von insgesamt rd. 130 Mio. € entstanden. Der zwischenzeitlich, in den doppischen Ergebnishaushalten entstandene kumulierte Fehlbedarf, beträgt ebenfalls rd. 130 Mio. € (siehe nachfolgende Tabelle).

Doppische Jahresergebnisse		
	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
	in T€	in T€
Ergebnis 2008	-19.359,8	-17.832,1
Ergebnis 2009	-9.201,5	-2.697,8
Ergebnis 2010	-28.846,9	-24.457,3
Ergebnis 2011	-39.617,4	-33.495,8
Planung 2012	-33.002,2	-29.980,8
Summe kumuliert	-130.027,8	-108.463,8

Dem steht ein prognostizierter Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende 2012 von rd. 262 Mio. € gegenüber. Bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans 2013 sind der Kreisausschuss und die Verwaltung davon ausgegangen, dass die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes 2012, aus gesetzlichen Gründen, nicht erforderlich ist. Es wird erwartet, dass die Auflagen der Haushaltsgenehmigung hinsichtlich des Personalaufwandes eingehalten werden können. Eine Verbesserung des Jahresergebnisses wird im Zusammenhang mit den zusätzlichen Belastungen im Rahmen mit der Sicherung der nachhaltigen Entwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim nicht möglich sein. Ferner wird bezüglich des Haushaltsvollzuges 2012 auf den zweiten Finanz- und Controllingbericht 2012 verwiesen. Der bis zur Aufstellung des Haushaltsplans 2013 identifizierte Mehrbedarf an Haushaltsmit-

teln kann im Rahmen der Bewilligung von über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gedeckt werden.
Mit dem planmäßigen Fehlbedarf von rd. 33,0 Mio. € (= rd. 125 €/Einwohner) liegt der Landkreis Bergstraße unter dem Durchschnitt der hessischen Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt (rd. 71,7 Mio. € bzw. 143 €/Einwohner). Mit dem planmäßigen Kassenkreditbestand von 262 Mio. € (= 1000 €/Einwohner) liegt er über dem vorgenannten Durchschnitt der südhessischen Landkreise.
Der kommunale Finanzausgleich (KFA) bildet, da Erträge aus Steuern den Landkreisen nicht unmittelbar zufließen, einen Schwerpunkt der Kreisfinanzen. Auf der Ertragsseite stehen als allgemeine Deckungsmittel die Kreis- und Schulumlage (2012 = 148,10 Mio. €) sowie die Landkreisschlüsselzuweisungen (2012 = 36,0 Mio. €) zur Verfügung. Der bis zum Jahr 2010 gewährte Anteil an der Grunderwerbsteuer (2010 = 4,9 Mio. €) ist seit dem Haushaltsjahr 2011 nicht mehr Teil des KFA in Hessen und führt u. a. zu der, vom Hessischen Landkreistag identifizierten, Entnahme von rd. 343,8 Mio. € aus dem KFA 2011 durch das Land. Die hieraus für die Landkreise und kreisfreien Städte entstehende Belastung hat das Land durch die Erhebung einer Kompensationsumlage bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden auf alle kommunalen Gebietskörperschaften verteilt. Die Landkreise haben gemäß § 37 Finanzausgleichsgesetz (FAG) in Verbindung mit § 53 Hessische Landkreisordnung (HKO) eine Kreisumlage von ihren Gemeinden zu erheben, soweit die sonstigen Einnahmen, Erträge und Einzahlungen zum Ausgleich ihres Haushaltes nicht ausreichen. Die Berechnung der Kreisumlage erfolgt mit den beiden Komponenten Hebesatz und Umlagegrundlagen. Der Hebesatz wird vom Kreistag mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung festgelegt. Die Umlagegrundlagen bestehen aus den Steuerkraftmesszahlen und den Gemeindeschlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden. Ferner erheben die Landkreise gemäß § 31 Abs. 3 FAG, zum Ausgleich ihrer Belastung als Schulträger, einen Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage). Die Schulumlage ist als Hebesatz auf die Umlagegrundlagen in der Haushaltssatzung festzulegen. Das Aufkommen aus der Schulumlage darf die Belastung des Kreises aus der Schulträgerschaft nicht überschreiten. Mit dem Erlass der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport bestimmt, dass bei der Festsetzung der Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden Rücksicht zu nehmen ist. „Bei einem Gesamthebesatz von 58 % wird deshalb die absolute Obergrenze gesehen. Wenn der Gesamthebesatz von 58 % nicht ausreicht, um den Kreishaushalt auszugleichen, muss der Landkreis ohne Nachsicht Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts beschließen und umsetzen, damit die Grenze des Hebesatzes nicht überschritten wird. Bei einer Überschreitung des Gesamthebesatzes von 58 % hat die Aufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Darmstadt) in jedem Fall aufsichtsbehördliche Maßnahmen zu prüfen.“ Mit der Erhöhung des Schulumlagehebesatzes in der Haushaltssatzung 2011 hat der Kreis Bergstraße den Gesamthebesatz von 58 % erreicht. Mit der Beschlussfassung über das Haushaltskonsolidierungskonzept für den Zeitraum 2012 - 2015 hat der Kreistag die Verwaltung mit Konsolidierungsmaßnahmen beauftragt. Die Aufsichtsbehörde hat die Haushaltsgenehmigung erteilt und mit folgenden Auflagen verbunden:

- Die Aufnahme der in § 2 der Haushaltssatzung sowie der unter Ziffer 2 der Festsetzungen im Wirtschaftsplan des „Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ vorgesehenen Kredite bedarf gemäß § 114j Abs. 4 Nr. 2 HGO i. V. m. § 115 HGO meiner Genehmigung (Einzelgenehmigung). Aus-genommen hiervon sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds.

Im Wege der Einzelgenehmigung werde ich dem Eigenbetrieb maximal Kredite in einer Größenordnung von 6,1 Mio. € (Kreditmarktmittel) frei geben.

- Die in § 3 der Haushaltsatzung sowie die unter Ziffer 3 der Festsetzung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen sind nur für
    a. Fortführungsmaßnahmen oder
    b. neue Maßnahmen bei Vorliegen eines schriftlichen Bewilligungsbescheides des Bundes oder Landes

  in Anspruch zu nehmen. Die Entscheidungen über eine weitergehende Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen behalte ich mir vor. Die Verwendung von Verpflichtungsermächtigungen darf nicht zu einer Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren führen.
- Die Haushaltswirtschaft ist so zu führen, dass im Rechnungsergebnis 2012 das Defizit um mindestens 3,2 Mio. € (=1 Prozent des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen) vermindert wird. Diese Einsparung hat unabhängig von Ertragsverbesserungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu erfolgen.
- Von der Möglichkeit, haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 114n HGO auszusprechen, ist Gebrauch zu machen. Über die Höhe der aus-gesprochenen Sperren ist mir unverzüglich, spätestens jedoch zum 1. August 2012, zu berichten.
- Das Haushaltssicherungskonzept ist jährlich fortzuschreiben und so abzufassen, dass die im Einzelnen beabsichtigten Maßnahmen erkennbar und bewertbar sind. In das Konzept sollen nur **eigene** – vom Landkreis Bergstraße beeinflussbare – maßnahmen einfließen, über deren Erfolg mit Vorlage des folgenden Haushaltsplanes zu berichten ist. Es ist für den Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum in tabellarischer Form aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen eine deutliche Fehlbedarfsreduzierung erreicht werden soll. Sofern beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen nicht umgesetzt werden können sind die Gründe hierfür darzulegen. Auf § 92 Abs. 4 HGO sowie § 24 Abs. 4 GemHVO weise ich hin.
- Durch eine restriktive Stellenbewirtschaftung ist unabhängig von der Vorgabe in Ziffer 3 dieser Verfügung weiterhin auf eine Personalkostenbegrenzung hinzuwirken. Die Personalaufwendungen des Kreises sowie seiner Sondervermögen sind auf das Niveau des Rechnungsergebnisses 2011 zurück zu führen. Auf die Schaffung und Besetzung neuer Stellen ist zu verzichten. Ein unabweisbarer Mehrbedarf ist in allen Bereichen in erster Linie durch interne Versetzungs- bzw. Organisationsmaßnahmen auszugleichen. Vor notwendigen Neubesetzungen bzw. Beförderungen und Höhergruppierungen, sofern diese nicht aus tarifrechtlichen Gründen zwingend sind, ist eine Frist von mindestens 12 Monaten einzuhalten. Von der Stellenbesetzungssperre kann nur in begründeten Fällen und nur nach meiner vorherigen Zustimmung abgewichen werden. Der unabweisbare Bedarf oder die rechtliche Verpflichtung hierzu sind dabei eingehend zu begründen. Frei werdende Mittel aus der Stellenbesetzungssperre sind einzusparen. Befristete Arbeitsverhältnisse sind abzubauen. Über- und außertarifliche Leistungen sind zu überprüfen.
- Auszahlungen und Aufwendungen, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen, sind auf ihre Höhe und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Die vorgelegte Aufstellung des Landkreises über freiwillige Leistungen enthält eine weitere Erhöhung dieser Aufwendungen und widerspricht damit der o. g. Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushaltes vom 6. Mai 2010. Sie steht auch im Widerspruch zu dem Bericht über die Erfüllung der Auflagen vom 11. Oktober 2011, der die Weiterverfolgung des

Abbaus der freiwilligen Leistungen zum Inhalt hat. Dem Kreis wird deshalb auferlegt, diese Aufwendungen so zu kürzen, dass sie im Rechnungsergebnis den Haushaltsansatz 2011 nicht über schreiten. Dabei ist das in der Leitlinie zu Ziffer 6 enthaltene Prüfraster zu beachten. Ausnahmen von diesen Grundsätzen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung. Eine Aufstellung aller freiwilligen Leistungen ist mir spätestens mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2013 vorzulegen.

- Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, die nach Umfang und Bedeutung erheblich sind, bedürfen meiner vorherigen Zustimmung. Ausgenommen sind Aufwendungen, die durch spezielle Entgelte (Gebühren, Beiträge, Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen etc.) gedeckt sind und keine oder nur unbedeutende Folgekosten verursachen. Es ist nachzuweisen, dass die Aufwendungen und Auszahlungen unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (§ 100 HGO).
- Vermögensgegenstände, die nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden, sind zu veräußern. Erlöse aus Vermögensveräußerungen müssen grundsätzlich zur Reduzierung bestehender oder zur Vermeidung neuer Schulden verwendet werden. Hierzu verweise ich auf den Finanzplanungserlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 21. September 2011.
- Beiträge und Gebühren des Landkreises sowie des Eigenbetriebes „Rettungsdienst“ sind, soweit keine Kostendeckung vorliegt, anzupassen. Die Erhöhung von Mieten und Pachten ist unter Beachtung rechtlicher Vorgaben zu überprüfen. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Einnahmebeschaffungsgrundsätze nach § 93 HGO i. V. m. §§ 8 ff des Gesetzes über kommunale Abgaben hin.
- Auf neue Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ist grundsätzlich zu verzichten. Ausgenommen davon sind Maßnahmen, die durch Bundes- oder Landesbeihilfen gefördert werden. Sollten Maßnahmen dieser Art dringend notwendig werden, ist vor ihrer Inangriffnahme bzw. vor Beantragung meine Zustimmung einzuholen. Dabei ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Eigenmittel sowie die Folgekosten aufgebracht werden können. Die nach § 12 Abs. 2 GemHVO zu erstellenden Unterlagen sind dem Bericht beizufügen.

  Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass bei der Planung und Durchführung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im kommenden Haushaltsjahr die Nettoneuverschuldung, insbesondere beim Eigenbetrieb “Gebäudewirtschaft“ deutlich abgebaut wird. Auf die Finanzplanung dieses Eigenbetriebs weise ich in diesem Zusammenhang hin.

Im Kreishaushalt können die Einschränkungen bei der Kreditaufnahme und bei den Verpflichtungsermächtigungen umgesetzt werden. Beim Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ wird erwartet, dass im Wirtschaftsjahr 2012 auf eine Nachtragsplanung verzichtet werden kann. Bereits im ersten Finanz- und Controllingbericht (Stichtag 30.04.12) wurde eine Verbesserung des Jahresergebnisses um etwa 674,6 T€ prognostiziert. Im zweiten Bericht wurde unter Berücksichtigung der Mehrbedarfe in der Jugendhilfe und der Sicherung der nachhaltigen Entwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim eine negative Entwicklung des Jahresergebnisses dargestellt. Auch die positiven Entwicklungen beim ALG II und bei den Zinsaufwendungen haben nicht ausgereicht um die Mehrbelastungen zu kompensieren. Mit Beschluss vom 16.04.2012 hat der Kreisausschuss eine haushaltswirtschaftliche Sperre von Mitteln des Ergebnishaushaltes in Höhe von 3.200 T€ erlassen.

Diese Sperre musste bis zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Haushaltsplanes im Umfang von rd. 1,2 Mio. €, insbesondere zur Finanzierung des Transferbereichs der Jugendhilfe, aufgehoben werden.
Dem Kreistag wird, gemeinsam mit dem Entwurf der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2013, auch das für den Zeitraum von 2013 bis 2016 fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept zur Beschlussfassung vorgelegt.
Im 2. Finanz- und Controllingbericht wird bei den Personalaufwendungen im Kreishaushalt, unter Berücksichtigung des Umsteuerungskonzeptes, ein Minderbedarf von rd. 559,5 T€ prognostiziert. Dies ist in erster Linie auf Einsparungen in Höhe von rd. 981 T€ durch Maßnahmen der Personalbewirtschaftung zurück zu führen. Dem stehen Mehraufwendungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen, Mehrarbeitszeiten und Beihilfen gegenüber. Damit wird die entsprechende Auflage aus der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, auch unter Berücksichtigung der Eigenbetriebe erfüllt.
Im Projekt „Vertragsmanagement“ wurden bis zum Stichtag 31.12.2011 1.025 aktive Verträge mit einem Volumen von 19,18 Mio. € erfasst. Durch Vertragsanpassungen und –kündigungen wurden seit Beginn des Projektes 634,8 T€ eingespart. Die aktualisierte Aufstellung der freiwilligen Leistungen ist dem fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept beigefügt.
Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Haushaltsplans hat die Aufsichtsbehörde über- und außerplanmäßige Auszahlungen für Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 255,5 T€ genehmigt. Mit über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Sozial und Jugendhilfe sowie für die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim in Höhe von insgesamt etwa 15,5 Mio. € wird bis zum Jahresende 2012 gerechnet. Die Deckung ist durch geringere Aufwendungen für SGB-II-Leistungen und einen Minderbedarf bei den Zinsaufwendungen sowie bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse gewährleistet. Im Rahmen einer neuen Gebührenordnung der Kreisvolkshochschule hat der Kreistag am 20.06.2011 auch einer Gebührenerhöhung zugestimmt. Daraufhin konnte der Ansatz in Haushaltsjahr 2012 von 560T€ auf 570 T€ erhöht werden. Neue Investitionen und Investitionsförderungen wurden bis zur Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfes nicht begonnen. Die Umsetzung der Genehmigungsauflagen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen reichen nicht aus, um einen Haushaltausgleich im Finanzplanungszeitraum zu erzielen. Ein Haushaltsausgleich und ein Abbau der Verschuldung sind ohne eine deutliche Verbesserung der Finanzausstattung des Kreises im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs nicht realisierbar. Neben einer weiteren positiven Entwicklung der Steuerkraft auf allen Ebenen im Rahmen der konjunkturellen Erholung, muss durch strukturverbessernde Maßnahmen die Finanzierung der den Kommunen übertragenen Aufgaben gesichert werden.
Aus den nachfolgenden Übersichten ist zu erkennen, dass der Überschuss aus dem KFA nicht ausreicht, um eine dauerhafte Deckung der Finanzbedarfe in den Bereichen Bildung und Soziales zu gewährleisten.

Entwicklung Kommunaler Finanzausgleich								
Haushaltsjahr	Schlüsselzuweisungen	Kreisumlage	Schulumlage	**Su. Erträge**	Krankenhausumlage	LWV-Umlage	**Su. Aufwendungen**	**Überschuss**
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
2005	22.662,5	83.530,9	14.849,7	**121.043,1**	3.935,9	33.910,6	**37.846,5**	**83.196,6**
2006	25.265,7	54.821,5	43.670,3	**123.757,5**	3.986,8	32.692,1	**36.678,9**	**87.078,6**
2007	33.423,0	63.368,2	52.089,8	**148.881,0**	2.432,6	33.212,8	**35.645,4**	**113.235,6**
2008	31.993,8	76.842,6	54.110,5	**162.946,9**	3.693,4	32.763,6	**36.457,0**	**126.489,9**
2009	31.225,7	98.728,5	49.032,3	**178.986,5**	4.444,0	34.568,2	**39.012,2**	**139.974,3**
2010	24.670,5	87.015,8	50.957,2	**162.643,5**	4.604,2	38.083,0	**42.687,2**	**119.956,3**
2011	29.501,9	78.202,1	56.989,8	**164.693,8**	3.807,5	39.333,2	**43.140,7**	**121.553,1**
2012	36.000,0	90.700,0	57.400,0	**184.100,0**	3.847,0	40.231,0	**44.078,0**	**140.022,0**
2005/2012	**29.342,8**	**79.151,2**	**47.387,5**	**155.881,5**	**3.843,9**	**35.599,3**	**39.443,2**	**116.438,3**

Zuschuss- bedarf	2012 T€	2011 T€	2010 T€	2009 T€	2008 T€	2007 T€	2006 T€	2005 T€
TH 02 Schule und Kultur	63.085,5	59.598,1	52.441,6	53.390,8	48.612,2	48.186,0	41.901,5	27.219,6
TH 03 Soziales und Jugend	85.878,9	80.579,6	76.198,9	70.898,9	69.494,0	60.733,5	56.585,3	63.114,9
Summe	148.964,4	140.177,7	128.640,5	124.289,7	118.106,2	108.899,5	98.486,8	90.334,8

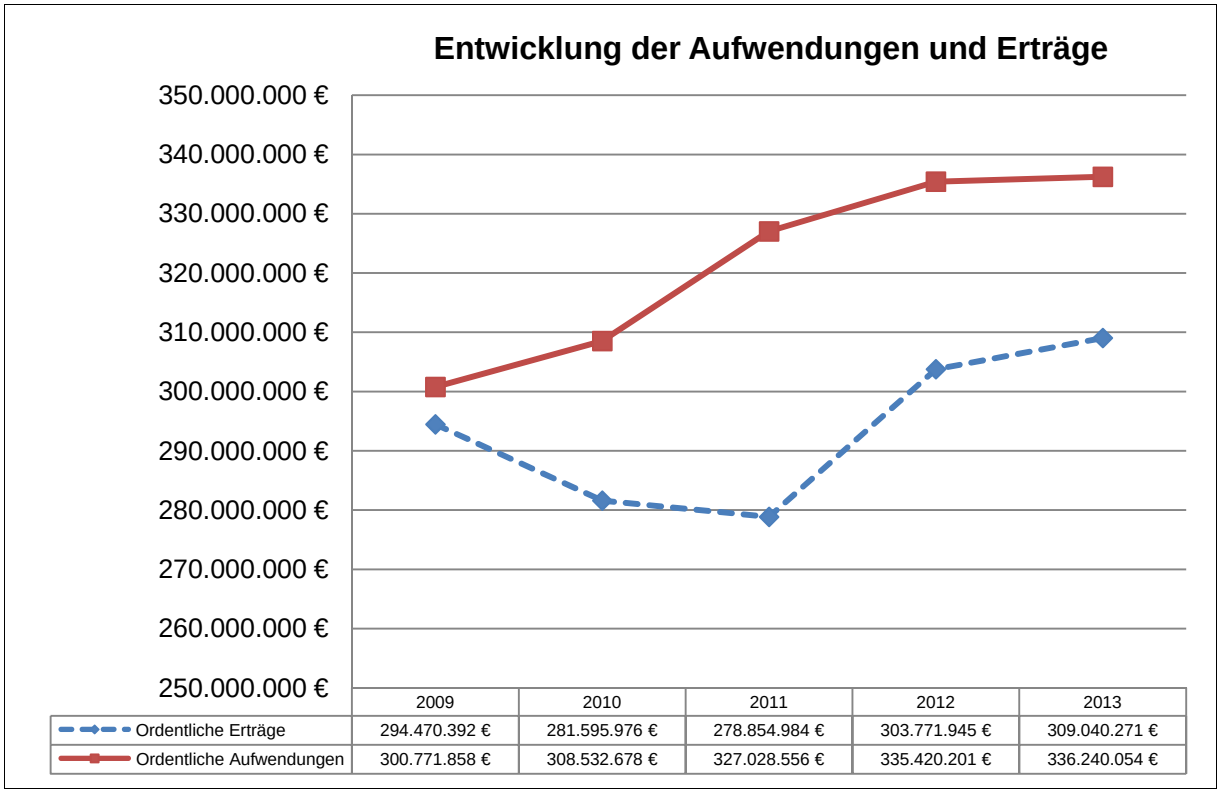
Ergebnishaushalt 2013

Auf der Basis bekannter Sachverhalte und unter Abwägung bestehender Risiken, wie zum Beispiel Tariferhöhungen, die Entwicklung von Kosten und Fallzahlen bei Sozial- und Jugendhilfe sowie der Prognose für den Kommunalen Finanzausgleich 2013 wurde der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes 2013 aufgestellt. Auch in diesem Haushalt reicht die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kreises nicht für eine stetige Erfüllung der Pflichtaufgaben aus. Zur Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung muss der Kreis seinen Kassenkreditbestand weiter erhöhen. Der Ergebnishaushalt 2013 schließt mit einem negativen Jahresergebnis von rd. 30,5 Mio. € ab. Gegenüber dem Vorjahreswert tritt eine Verbesserung von rd. 2,5 Mio. € (= 7,7 %) ein. Da auch in diesem Haushalt ein Ausgleich der bisher eingetretenen und zu erwarteten Fehlbeträge in Höhe von insgesamt rd. 130 Mio. € nicht erfolgen kann, müssen diese wieder in das Folgejahr vorgetragen werden. Zusammen mit dem geplanten Jahresergebnis 2013 ergibt sich ein aufgelaufener Fehlbetrag zum Ende des Haushaltsjahres 2013 von rd. 160,5 Mio. €. Unter Berücksichtigung der im zweiten Finanz- und Controllingbericht 2012 prognostizierten Veränderung im Haushaltsvollzug 2012 ergibt sich ein aufgelaufener Fehlbetrag von rd. 167 Mio. €. Gemäß § 25 GemHVO ist ein Fehlbetrag, der nicht innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden kann, mit dem Eigenkapital zu verrechnen. Entsprechend der aktuellen Entwicklung ist zu erwarten, dass dies mit dem Fehlbetrag des Jahresergebnisses 2008 in Höhe von rd. 19,4 Mio. € im Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 erfolgen muss.

Die gegenüber dem Haushalt 2012 eingetretene Entwicklung führt zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses von rd. 4,5 Mio. € (=14,3 %). Maßgeblich hierfür sind etwa 5,3 Mio. € höhere ordentliche Erträge. Demgegenüber haben sich die ordentlichen Aufwendungen nur um etwa 0,7 Mio. € erhöht. Schwerpunkt der Ertragsverbesserung ist die positive Entwicklung der Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich mit Verbesserungen bei der Kreis- und Schulumlage von rd. 4,4 Mio. € und den Schlüsselzuweisungen von rd. 3,9 Mio. €. Danach folgen die anderen Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen mit einem Plus von rd. 4,3 Mio. €. Hieran hat die Übernahme der Grundsicherungsleistungen im Alter durch den Bund einen wesentlichen Anteil. Im Kontext zu den rückläufigen Transferaufwendungen beim SGB II (Produkt 3070) gehen auch die Erträge aus Transferleistungen deutlich um nahezu 8 Mio. € zurück. Ursächlich für die Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen ist der Zuwachs bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (rd. 1,9 Mio. €), den Abschreibungen (rd. 1,7 Mio. €) und den Umlagen (rd. 2,0 Mio. €). Dem steht eine Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. 0,2 Mio. €), für Zuweisungen und Zuschüsse (rd. 2,0 Mio. €) sowie der Transferaufwendungen (rd. 0,3 Mio. €) und der Zinsaufwendungen (rd. 2,2 Mio. €) gegenüber. Im außerordentlichen Ergebnis führen die Verluste aus der geplanten Abstufung von Kreisstraßen zu einer Mehrbelastung gegenüber dem Haushaltsplan 2012 von rd. 2,0 Mio. €. Im Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Nr. 31) haben sich die sekundären Erträge und Aufwendungen durch die geringeren Zinsaufwendungen gleichmäßig reduziert. Die Veränderungen der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt und den einzelnen Teilergebnishaushalten gegenüber dem Haushalt 2012 können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

Erträge und Aufwendungen 2012- 2013							
	Gesamt	TH 01	TH 02	TH 03	TH 04	TH 05	TH 06
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Erträge 2012	327.906,9	15.431,5	66.627,3	96.599,6	884,9	5.371,7	142.991,9
Erträge 2013	331.766,6	15.996,2	67.425,8	94.794,4	863,6	5.352,6	147.334,0
Abweichungen	3.859,7	564,7	798,5	-1.805,2	-21,3	-19,1	4.342,1
Aufwendungen 2012	360.909,1	24.884,9	72.312,8	182.478,5	3.747,9	14.980,3	62.504,7
Aufwendungen 2013	362.321,2	26.038,1	71.682,7	184.489,8	3.092,9	16.280,3	60.737,4
Abweichungen	1.412,1	1.153,2	-630,1	2.011,3	-655,0	1.300,0	-1.767,3
Salden 2012	-33.002,2	-9.453,4	-5.685,5	-85.878,9	-2.863,0	-9.608,6	80.487,2
Salden 2013	-30.554,6	-10.041,9	-4.256,9	-89.695,4	-2.229,3	-10.927,7	86.596,6
Abweichungen	2.447,6	-588,5	1.428,6	-3.816,5	633,7	-1.319,1	6.109,4

Dem gegenüber entwickeln sich die **ordentlichen** Erträge und Aufwendungen wie folgt:



Kommunaler Finanzausgleich 2013

Über den KFA partizipiert der Kreis an den Steuererträgen der kreisangehörigen Kommunen und des Landes. Er beinhaltet die grundlegende Finanzausstattung für die vom Kreis wahrzunehmenden Aufgaben. Zum Kernbereich des KFA gehören die Erträge aus der Kreis- und Schulumlage mit rd. 152,5 Mio. € sowie die Landkreisschlüsselzuweisungen mit rd. 39,9 Mio. € im Haushaltsjahr 2013. Mit einem Anteil von nahezu 50 % an den ordentlichen Erträgen ist die existenzielle Bedeutung des KFA für den Kreishaushalt unverkennbar. Auf der Aufwandsseite sind die LWV-Umlage und die Krankenhausumlage als Beitrag zur Finanzierung überörtlicher Aufgaben im Kernbereich zu berücksichtigen. Hinzu kommen die mit einer Zweckbindung versehenen besonderen Finanzzuweisungen des Landes. Die in der nachfolgenden Übersicht dargestellte Kreis- und Schulumlage für das Haushaltsjahr 2013 basiert auf der dritten Trendberechnung des Landkreises Waldeck-Frankenberg für den KFA 2013

Vergleich Kreis- und Schulumlage 2012/2013					
Stadt/Gemeinde	**Umlage-grundlagen 2012**	**Umlage 2012 (58%)**	**Umlage-grundlagen 2013**	**Umlage 2012 (58%)**	**Veränderung**
	€	**€**	**€**	**€**	**€**
Abtsteinach	1.909.660	1.107.603	2.083.624	1.208.502	100.899
Bensheim	47.017.294	27.270.031	48.492.870	28.125.865	855.834
Biblis	15.318.887	8.884.954	8.646.461	5.014.947	-3.870.007
Birkenau	8.604.717	4.990.736	9.267.181	5.374.965	384.229
Bürstadt	13.589.309	7.881.799	14.856.480	8.616.758	734.959
Einhausen	5.007.063	2.904.097	5.528.186	3.206.348	302.251
Fürth	9.154.102	5.309.379	9.946.880	5.769.190	459.811
Gorxheimertal	3.079.728	1.786.242	3.174.001	1.840.921	54.679
Grasellenbach	2.741.387	1.590.004	3.031.230	1.758.113	168.109
Groß-Rohrheim	3.239.345	1.878.820	3.602.657	2.089.541	210.721
Heppenheim	23.804.767	13.806.765	26.435.822	15.332.777	1.526.012
Hirschhorn	2.878.060	1.669.275	3.172.902	1.840.283	171.008
Lampertheim	29.868.904	17.323.964	31.341.754	18.178.217	854.253
Lautertal	5.585.870	3.239.805	6.076.274	3.524.239	284.434
Lindenfels	3.944.636	2.287.889	4.257.691	2.469.461	181.572
Lorsch	11.732.978	6.805.127	12.695.594	7.363.445	558.318
Mörlenbach	8.700.202	5.046.117	9.427.906	5.468.185	422.068
Neckarsteinach	3.071.617	1.781.538	3.039.110	1.762.684	-18.854
Rimbach	7.584.016	4.398.729	7.739.465	4.488.890	90.161
Viernheim	30.597.612	17.746.615	33.605.358	19.491.108	1.744.493
Wald- Michelbach	9.365.137	5.431.779	10.058.786	5.834.096	402.317
Zwingenberg	5.731.086	3.324.030	6.528.171	3.786.339	462.309
	252.526.377	**146.465.298**	**263.008.403**	**152.544.874**	**6.079.576**

Die Umlagegrundlagen für das Jahr 2013 setzen sich zusammen aus den **Steuerkraftmesszahlen** in Höhe von rd. 214,6 Mio. € und den **Gemeindeschlüsselzuweisungen** in Höhe von rd. 48,4 Mio. €.

Die **Steuerkraftmesszahlen** werden ermittelt aus der Summe der Steuerkraftzahlen der Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommen- und der Umsatzsteuer, abzüglich der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage. Es werden als Steuerkraftzahl berücksichtigt:

- bei den Grundsteuern A und B 220 % der Grundbeträge aus dem Ist-Aufkommen;
- bei der Gewerbesteuer 310 % der Grundbeträge aus dem Ist-Aufkommen;
- 100 % des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, einschließlich der Ausgleichsleistungen an die Gemeinden für die Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs;
- 100 % des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer;
- das Umlagesoll der Gewerbesteuerumlage.

Die **Gemeindeschlüsselzuweisungen** werden aus den Bedarfsmesszahlen und den Steuerkraftmesszahlen ermittelt. Die Bedarfsmesszahlen der Gemeinden werden auf Basis der Einwohnerzahlen, mit entsprechenden Zuschlägen für zentralörtliche und für besondere Funktionen, durch Multiplikation mit dem Grundbetrag aus der anteiligen Schlüsselmasse berechnet. Ist eine Bedarfsmesszahl höher als die entsprechende Steuerkraftmesszahl erhält die Gemeinde die Hälfte des Unterschiedsbetrages, mindestens jedoch so viel, dass die Steuerkraftmesszahl und die Gemeindeschlüsselzuweisung zusammen 80 % der Bedarfsmesszahl erreichen. Ist die Bedarfsmesszahl gleich oder niedriger als die Steuerkraftmesszahl, erhält die Gemeinde eine, nach Einwohnerzahl gestaffelte bzw. unter Berücksichtigung zentralörtlicher Funktionen berechnete, Mindestschlüsselzuweisung. Im KFA 2013 ist dies bei der Stadt Bensheim der Fall.

Die **Landkreisschlüsselzuweisung** bemisst sich für den einzelnen Landkreis im Verhältnis zu den anderen Landkreisen nach seiner Umlagekraft und seiner auf seine Einwohner bezogenen durchschnittlichen Aufgabenbelastung. Ermittelt wird die Landkreisschlüsselzuweisung aus einer Bedarfsmesszahl und einer Umlagekraftmesszahl. Die Bedarfsmesszahl des Landreises wird einwohnerbezogen ermittelt und mit dem Grundbetrag aus der anteiligen Schlüsselmasse vervielfacht. Die Umlagekraftmesszahl beträgt 46 % der Umlagegrundlagen für die Kreis- und Schulumlage. Ist die Bedarfsmesszahl höher als die Umlagekraftmesszahl erhält der Landkreis die Hälfte des Unterschiedsbetrages, mindestens jedoch so viel, dass die Umlagekraftmesszahl und die Schlüsselzuweisung zusammen 80 % der Bedarfsmesszahl erreichen. Ist die Bedarfsmesszahl gleich oder niedriger als die Umlagekraftmesszahl erhält der Landkreis zurzeit eine Mindestschlüsselzuweisung von 12 €/ Einwohner. Aufgrund dieser Bestimmung führen, systembedingt, verhältnismäßig hohe Umlagegrundlagen der Kreis- und Schulumlage zu einer entsprechend niedrigen Landkreisschlüsselzuweisung. Die Schlüsselmasse der Landkreise im KFA 2013 beträgt rd. 762,8 Mio. €. Der Anteil des Kreises Bergstraße beträgt rd. **39,9 Mio. €** oder rd. 5 %. Die Gesamtschlüsselmasse für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, der kreisfreien Städte, der Landkreise und des Landeswohlfahrtsverbandes wird im Landeshaushalt veranschlagt.

Die von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu tragende **Krankenhausumlage** wird im Landeshaushalt veranschlagt (2013 = 111,55 Mio. €) und vom Hessischen Finanzministerium festgesetzt. Umlagegrundlagen sind die Steuerkraftmesszahlen der Städte und Gemeinden sowie die Schlüsselzuweisungen der Landkreise, Städte und Gemeinden. Aus dem Ansatz und den Umlagegrundlagen ergibt sich ein Hebesatz von 1,35 %. Entsprechend der dritten Trendberechnung betragen die Umlagegrundlagen des Kreises Bergstraße rd. 303 Mio. €. Dies führt für den Kreis zu einer Krankenhausumlage im Haushalt 2013 von rd. **4,1 Mio. €.** Der LWV erhebt entsprechend dem § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen die **LWV-Umlage.** Die Umlage-

grundlagen entsprechen den Umlagegrundlagen der Krankenhausumlage. Für das Haushaltsjahr 2013 erwartet der HLT einen Finanzbedarf des LWV von rd. 1.083,3 Mio. €. Aus dem Verhältnis Finanzbedarf / Umlagegrundlagen gemäß der dritten Trendberechnung ergibt sich ein Hebesatz von 13.829 %. Dies führt für den Kreis zu einer LWV-Umlage von rd. **42,0 Mio. €.** Aus der nachfolgenden Übersicht ist zu erkennen, dass sich aufgrund der positiven Entwicklung im KFA 2013 die Finanzausstattung des Kreises gegenüber dem Haushalt 2012 um rd. 6,3 Mio. € verbessert hat.

	Haushalt 2012			**Haushalt 2013**			**Abweichungen**	
	Ansatz T€	Hebesätze %	Umlagegrundlagen T€	Ansatz T€	Hebesätze %	Umlagegrundlagen T€	Ansatz T€	Umlagegrundlagen T€
Schlüsselzuweisungen	36.000			39.900			+3.900	
Kreis- und Schulumlage	148.100	58,00	255.376	152.545	58,00	263.008	+4.445	+7.632
Summe Erträge	**184.100**			**192.445**			**+8.345**	
LWV-Umlage	40.231	13.806	291.400	42.000	13.829	302.908	+ 1.769	+11.579
Krankenhausumlage	3.847	1,32	291.400	4.100	1,35	302.908	+ 253	+11.579
Summe Aufwendungen	**44.078**			**46.100**			**+ 2022**	
Ergebnis	**140.022**			**146.345**			**+6.323**	

Hinsichtlich der Berechnung und Verwendung Ausgleichsmassen 2013 und 2014 teilt der Hessische Landkreistag u. a. mit, dass der hessische Finanzminister für 2013 mit relevanten Steuermehreinnahmen gegenüber 2012 von etwa 570 Mio. € und für 2014 mit nochmals 682,2 Mio. € rechnet. Über ihren Verbundanteil profitieren die hessischen Kommunen an diesen Steuermehreinnahmen mit 23 %. Nach knapp 3,061 Mrd. Euro im Jahr 2012 soll sich die kommunale **Steuerverbundmasse** in 2013 voraussichtlich auf ca. 3,192 Mrd. €uro und in 2014 auf 3,349 Mrd. Euro erhöhen. Gegenüber 2012 wäre dies eine Steigerung von rd. 131,177 Mio. € und in 2014 nochmals um 156,914 €. Die um die Ergebnisse 2010 und 2011 bereinigten Steuerverbundmassen werden sich dagegen nur um 65,393 Mio. Euro bzw. um 82,193 Euro erhöhen. Unter Einbeziehung der Änderungen bei den Verstärkungsmitteln erhöhen sich die Ausgleichsmassen der Jahre 2013 und 2014 um 150,099 Mio. Euro bzw. 61,445 Mio. Euro.

Insgesamt sollen sich die aus den Ausgleichsmassen ergebenden Allgemeinen Finanzzuweisungen gegenüber 2012 und 2013 unter Einschluss der auf 97,565 Mio. € steigenden Kompensationsumlage um 85,308 Mio. Euro bzw. 75,956 Mio. € erhöhen. Die Landkreisschlüsselzuweisungen steigen damit um 30,207 Mio. Euro bzw. um 25,718 Mio. € an. Die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Kommunen sollen um 27,467 Mio. Euro bzw. um 37,599 Mio. € anwachsen.

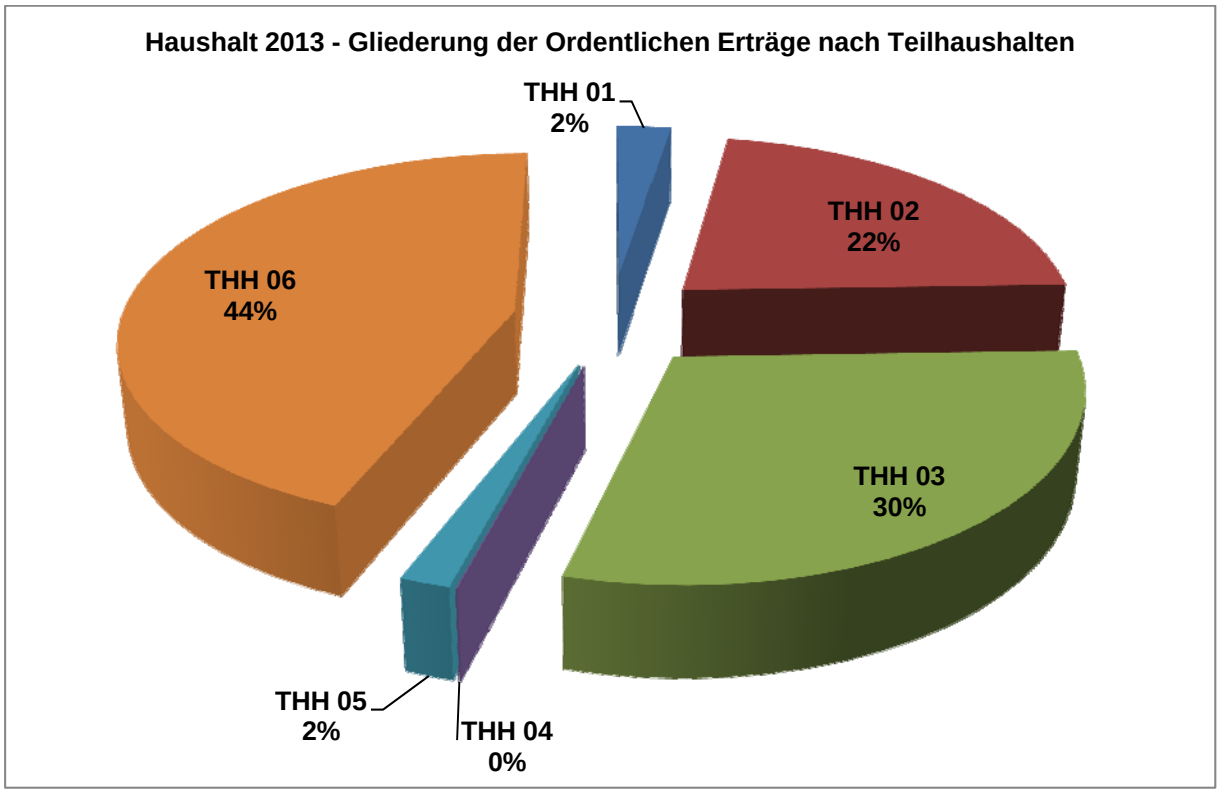
Die Mehreinnahmen des Landes durch die Anhebung des Grunderwerbsteuerhebesatzes sollen bei der Ermittlung der Kompensationsumlage nicht berücksichtigt werden. Damit wer-

den die Landkreise, nach dem Wegfall ihres Anteils an der Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit der Entnahme von rd. 345 Mio. € aus dem KFA 2011, zusätzlich benachteiligt.

Erträge 2013

Die einzelnen Ertragsarten entwickeln gegenüber dem Haushalt 2012 wie folgt:

Leistungsentgelte	+ 315,1 T€
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	+ 572,9 T€
Steuern und steuerähnliche Erträge (Kreis- und Schulumlage)	+ 4.445,0 T€
Erträge aus Transferleistungen	- 7.842,2 T€
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	+ 8.216,6 T€
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	- 19,9 T€
Sonstige ordentliche Erträge	+ 69,7 T€
Finanzerträge	- 488,7 T€
Außerordentliche Erträge	+ 271,1 T€
Sekundäre Erträge aus der internen Leistungsverrechnung	- 1.679,8 T€



Leistungsentgelte

Bei Leistungsentgelten handelt es sich um Erträge, denen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Privatrechtlich sind dies z. B. Verkaufserlöse, Mieten und Pachten. Diese spielen im Kreishaushalt eine untergeordnete Rolle. Öffentlich-rechtlich sind die Gebührenerträge der Kreisverwaltung und der Kreisvolkshochschule. Die umfangreichsten Bereiche im Kreishaushalt 2013 sind:

das Zulassungs- und Straßenverkehrswesen mit	2.622,0 T€
die Bauaufsicht mit	1.915,0 T€
die Revision mit	780,0 T€
die Kreisvolkshochschule mit	575,0 T€
das Veterinäramt einschließlich der Lebensmittelkontrolle mit	520,0 T€
die Vollstreckung mit	270,0 T€
die Ausländerbehörde mit	260,0 T€
das Ordnungs- und Gewerbewesen mit	206,8 T€
das Gesundheitsamt mit	150,0 T€
das Umweltamt mit	103,5 T€
der Brand- und Katastrophenschutz mit	56,5 T€
die Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern mit	42,0 T€

Gegenüber dem Vorjahr ist ein wesentlich geringer Zuwachs bei diesen Erträgen zu verzeichnen.

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Kostenersätze und Kostenerstattungen entstehen für Aufwendungen, welche unmittelbar für andere Stellen geleistet werden. Neben dem Ersatz von Leistungen in der Jugendhilfe in Höhe von rd. 1.617,8 T€, den Gastschulbeiträgen und der Erstattung der Beschulungskosten durch das Land in Höhe von rd. 719,6 T€, gehört der Ersatz von Personal- und Sachaufwand durch die Eigenbetriebe und Dritte mit rd. 1.632,9 T€ zu den Schwerpunkten dieser Erträge.

Steuern und steuerähnliche Erträge (Kreis- und Schulumlage)

Gemäß § 37 FAG in Verbindung mit § 53 HKO erhebt der Kreis eine Kreis- und Schulumlage. Die Hebesätze sind durch die Haushaltssatzung festzusetzen. Mit der Festsetzung in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 hat der Kreis den maximal zulässigen Gesamthebesatz von 58 % der Umlagegrundlagen erreicht. Hinsichtlich der Festsetzung der Kreis- und Schulumlage für das Haushaltsjahr 2013 und deren Entwicklung gegenüber dem Haushalt 2012 wird auf die Darstellung zum KFA 2013 verwiesen. Gemäß § 37 Abs. 3 FAG ist die Schulumlage aufwandsdeckend zu erheben; wobei aufgrund der Förderrichtlinien der Sonderinvestitionsprogramme des Landes und Bundes die zukünftigen Belastungen aus diesen Programmen unberücksichtigt bleiben müssen. Der Schulumlagebedarf ermittelt sich somit wie folgt:

Zuschussbedarf 2013 des Teilhaushaltes 02 ohne KVHS	62.573 T€
abzüglich der Zinsdienstumlage	- 1.100 T€
abzüglich dem Saldo aus Abschreibungen und Sopo-Erträgen aus den Sonderinvestitionsprogrammen	- 185 T€
abzüglich des Überschusses 2011 unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung im Haushalt 2012	- 2.641 T€
ergibt einen Schulumlagebedarf von	58.647 T€

Aus dem Verhältnis der Umlagegrundlagen in Höhe von 263.008 T€ zu dem Schulumlagebedarf ergibt sich ein Schulumlagehebesatz von rd. 22 %. Bei einem Gesamthebesatz von 58,0 % ergibt sich ein Hebesatz für die Kreisumlage von 36 % und eine Kreisumlage von rd. 93.898 T€.

Haushalt	Hebesatz Kreisumlage in %	Hebesatz Schulumlage in %	Kreisumlage in T€	Schulumlage in T€
2012	35,50	22,50	90.700	57.400
2013	36,00	22,00	93.898	58.647

Gegenüber dem Haushalt 2012 erhöht sich die Kreisumlage um rd. 3.198 T€ und die Schulumlage um rd. 1.247 T€.

Erträge aus Transferleistungen

Erträge aus Transferleistungen entstehen, wenn aufgrund rechtlicher Regelungen im sozialen Bereich Leistungen mit einer bestimmten sachlichen oder personenbezogenen Zweckbestimmung gewährt werden und von Leistungsempfängern oder Dritten erstattet werden müssen. Zum Beispiel Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete sowie Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen.
Neben den Erträgen aus dem SGB II in Höhe von 62,5 Mio. €, tragen die Sozialhilfe mit rd.1,2 Mio. € und die Jugendhilfe mit rd. 5,7 Mio. € zu dem Gesamtertrag von 69,4 Mio. € bei. Gegenüber dem Haushalt 2012 ist ein erheblicher Rückgang von rd. 7,8 Mio. € zu verzeichnen. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit Verbesserung bei der Langzeitarbeitslosigkeit und damit geringeren SGB-II-Leistungen.

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen

Bei diesen Erträgen handelt es sich um Finanzhilfen für laufende Zwecke und zur eigenständigen Erfüllung originärer Aufgaben des Kreises. Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungen sind an dieser Stelle nicht zu berücksichtigen. Zu den wesentlichen Erträgen dieser Position gehören:

Schlüsselzuweisungen	39.900,0 T€
Zuweisung zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	8.534,2 T€
Schullastenausgleich	5.658,7 T€
Zuweisung zur Kommunalisierung von Landesaufgaben	3.888,1 T€
Zuweisung zu den Belastungen aus dem SGB II	3.250,0 T€
Jugendhilfelastenausgleich	2.195,0 T€
Sozialhilfelastenausgleich	1.810,4 T€
Zuweisung „Perspektive 50 plus“	1.100,0 T€
Zuweisung zu den Hilfen für Asylbewerber	1.583,4 T€
Zuweisung für die Kinderbetreuung	1.076,8 T€
Zuweisung nach Landesaufnahmegesetz	867,9 T€
Zuweisung für den ÖPNV	614,0 T€
Zuweisung zu der Kommunalisierung sozialer Hilfen	376,9 T€
Zuweisung für die Schülerbetreuung	280,0 T€
Zuweisung für die Kreisstraßen	225,0 T€
Zuweisung für die KVHS	216,1 T€
Zuweisung LWV für die Frühförderstelle + familienentlastende Dienste	115,0 T€

Ausschlaggebend für den Anstieg dieser Erträge von rd. 62,3 Mio. € im Haushalt 2012 um rd.8,2 Mio. € auf nunmehr rd. 70,5 Mio. € sind die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen (+ rd. 3,9 Mio. €), die Erhöhung der Übernahme von 45 % auf 75 % des Transferaufwandes aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ rd. 4 Mio. €) durch den Bund sowie die Erhöhung der Zuweisungen für die Kinderbetreuung und die Unterbringung der Asylbewerber. Gemäß dem Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2013 entfällt, wie bereits in den Haushalten 2011 und 2012, die Zuweisung aus der Grunderwerbsteuer. Dieser Verlust wird durch Kompensationsumlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nur teilweise kompensiert. Ein weiterer nennenswerter Verlust entsteht bei der Landeszuweisung zu der Belastung aus dem SGB II. Alle anderen Zuweisungen und Zuschüsse bleiben nahezu konstant. Dies gilt insbesondere für die Lastenausgleiche, obwohl die Aufwendungen für Bildung, Jugend- und Sozialhilfe weiter ansteigen. Als Schulträger erhält der Kreis gemäß § 22 FAG einen Ausgleich für die ihm nach dem Schulgesetz entstehenden Aufwendungen. Von den im Landeshaushalt eingestellten Mitteln erhalten die hessischen Landkreise 74 % und die Städte und Gemeinden 26 % zur Verfügung. Die Mittel für die Landkreise werden zu 85 % nach Schülerzahl und zu 15 % nach Flächenanteil verteilt. Gemäß § 23 FAG erhält der Kreis eine Zuweisung zur seiner Belastung aus der örtlichen Sozialhilfe. Die hierfür im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel werden nach den jeweiligen Gesamtaufwendungen aus dem SGB XII auf die Träger der örtlichen Sozialhilfe verteilt. Zum teilweisen Ausgleich seiner Belastungen aus der Trägerschaft für Leistungen nach dem SGB II (Wohngeldausgleich) erhält der Kreis eine Zuweisung, für die das Land der Finanzausgleichsmasse jährlich 100 Mio. € zuführt. Die Verteilung dieser Mittel richtet sich nach den Anteilen der einzelnen Träger an den Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung für Arbeitssuchende, gewichtet nach dem örtlichen Mietniveau. Als Träger der örtlichen Jugendhilfe erhält der Kreis eine Zuweisung zu den Aufwendungen, die er nach dem Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch zu tragen hat. Die hierfür im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel werden zwischen den Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten nach deren Anteilen an den Aufwendungen für die Erziehungshilfe aufgeteilt. Innerhalb der jeweiligen Empfängergruppe wird die Zuweisung für den einzelnen Träger nach dem Anteil an der Gesamtzahl der Jugendlichen bis zum Alter von 21 Jahren berechnet.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Sonderposten werden für erhaltene, nicht rückzahlbare, investive Zuweisungen, Zuschüsse, Beiträge und Beteiligungen auf der Passivseite der Bilanz gebildet und als Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt veranschlagt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt analog zur Lebensdauer des geförderten Vermögens bzw. entsprechend einer Bindungsfrist, soweit eine solche festgelegt wurde. Die Auflösung der Sonderposten führt zu zahlungsunwirksamen ordentlichen Erträgen. Die wesentlichen Erträge dieser Art entstehen im Haushalt 2013 durch Auflösung

der Schulbaupauschale mit	675,0 T€
der Zuweisungen aus den Sonderinvestitionsprogrammen des Landes und des Bundes mit	1.360,2 T€
der allgemeinen Investitionspauschale mit	840,0 T€
der GVFG-Zuweisungen für die Kreisstraßen mit	500,0 T€
der Zuweisung an die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH	58,0 T€
der sonstigen Zuweisungen, Beiträge und Beteiligungen mit	26,3 T€

Der Mehrertrag gegenüber dem Haushalt 2012 entsteht bei der Auflösung der Schulbaupauschale und den Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen.

Finanzerträge

Zu diesen Erträgen zählen Zinsen aus Derivaten und Ausleihungen, die Avalprovision für die der Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH gewährte Bürgschaft zur Sicherung eines Kassenkredites, die vom Kreis erhobenen Mahngebühren und die Erstattung der vom Kreis für Dritte zu leistenden Zinsdienstumlagen aus den Sonderinvestitionsprogrammen des Landes und Bundes. Der Minderertrag entsteht im Wesentlichen bei den Zinsen aus Derivaten aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung am Kapitalmarkt.

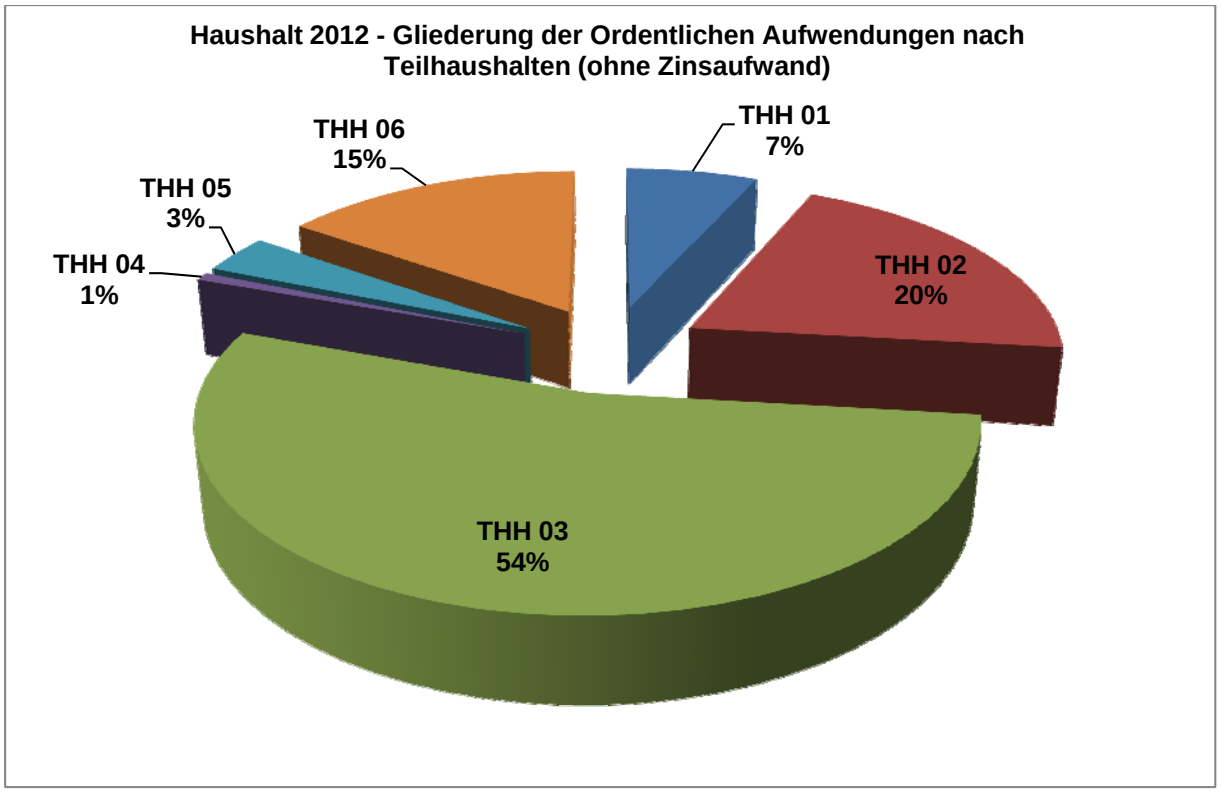
Außerordentliche Erträge

Diesem Posten sind periodenfremde Erträge und Spenden, soweit sie nicht zweckgebunden zu verwenden sind, zuzuordnen.

Aufwendungen 2013

Die einzelnen Aufwandsarten entwickeln sich gegenüber dem Haushalt 2012 wie folgt:

Personalaufwendungen	+ 1.447,2 T€	+ 4,5 %
Versorgungsaufwendungen	+ 549,1 T€	+ 14,4 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 162,7 T€	- 0,6 %
Abschreibungen	+ 1.713,3 T€	+ 34,1 %
Zuweisungen und Zuschüsse	- 2.302,4 T€	- 4,2 %
Umlagen, Steuern	+ 2.017,0 T€	+ 4,5 %
Transferaufwendungen	-291,3 T€	+/- 0 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	+ 0,1 T€	+ 1,1 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 2.150,8T€	- 15,7 %
Außerordentliche Aufwendungen	+ 2.272,0 T€	+ 146,02 %
Sekundäre Aufwendungen	- 1.679,8 T€	- 7,0 %



Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kreises in Zusammenhang stehen. Im Vordergrund stehen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie die Entgelte der Arbeitnehmer/Innen. Danach folgen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Beiträge zur Zusatzversorgung, Beihilfen, Sachbezüge und die Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen. Der Zuwachs bei den Personalaufwendungen gegenüber dem Haushalt 2012 entsteht mit:

- 786,2 T€ aus tariflichen / gesetzlichen Auswirkungen
- 597,0 T€ für den zusätzlichen Bedarf an Personalaufwendungen durch bereits vorhersehbare Personalveränderungen,
- 100,0 T€ für Höhergruppierungen und Beförderungen,
- 100,0 T€ für die Zuführung zur Rückstellung für Lebensarbeitszeit
- 60,0 T€ für Stufensteigerungen,
- 75,0 T€ für Beihilfen und Unterstützungsleistungen,
- 9,5 T€ für die Beiträge zur Unfallversicherung

Mindernd wirkt sich die um 367,1 T€ rückläufige Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit und Lebensarbeitszeit aus. Auf die produktbezogenen Erläuterungen zu den Personalaufwendungen wird verwiesen.

Versorgungsaufwendungen

Diesen Aufwendungen sind die Werte der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und der Zuführung zu den Rückstellungen für die Beihilfen der Versorgungsempfänger zuzuordnen. Der Mehrbedarf entsteht aufgrund der Entwicklung der Beamtenverhältnisse unter Berücksichtigung demographischer Faktoren. Die Pensionsrückstellungen wachsen um 488,2 T€ die Beihilferückstellungen um 60,9 T€ an.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diesem komplexen Bereich sind alle Sachaufwendungen zugeordnet, die zur Herstellung der Produkte und Leistungen des Kreises erforderlich und mit einem Ressourcenverbrauch verbunden sind. Neben den Aufwendungen für Material und Energie sind dies insbesondere die Aufwendungen für bezogene Leistungen, welche im Wesentlichen eine Alternative zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen darstellen. Hierzu zählen auch die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, die wiederum eine Alternative zur Durchführung von Investitionen darstellen. Einen bedeutenden Anteil haben auch die Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung sowie Mitgliedsbeiträge und Versicherungsprämien an dieser Aufwandsart.
Gegenüber dem Haushalt 2012 ist ein leichter Rückgang dieser Aufwendungen um rd. 162,7 T€ zu verzeichnen. Während in den Teilhaushalten 02, 04, 05 und 06 Einsparungen erzielt werden konnten, ist der Bedarf im Teilhaushalt 03 aufgrund zunehmender Asylbewerberleistungen angestiegen

Abschreibungen

Gemäß § 43 GemHVO sind Vermögensgegenstände, soweit sie im Rahmen ihrer Verwendung der Abnutzung unterliegen, ergebniswirksam abzuschreiben und damit ein Ressourcenverbrauch darzustellen. Zu diesen Aufwendungen zählen ferner außergewöhnliche Wertverluste an Vermögensgegenständen und die Wertberichtungen von Forderungen. Im Einzelnen entfallen auf:

Investitionszuweisungen	2.208,0 T€
- davon für die Konjunkturprogramme	1.545,2 T€
Kreisstraßen	1.100,0 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung in Schulen und Verwaltung	565,7 T€
Geringwertige Wirtschaftsgüter in Schulen und Verwaltung	425,1 T€
Lizenzen und Konzessionen in Schulen und Verwaltung	176,2 T€
Einzelwertberichtigungen von Forderungen	888,0 T€
Pauschalwertberichtigungen von Forderungen	1.379,6 T€

Gegenüber dem Haushalt 2012 sind diese Aufwendungen erheblich angestiegen. Dies ist in erster Linie auf die Entwicklung der Pauschalwertberichtigung von Forderungen aus dem Transferbereich zurückzuführen. Hier muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Realisierung von Forderungen aus dem Ersatz von Sozialleistungen, Kostenbeiträgen und übergeleiteten Unterhaltsansprüchen immer häufiger an der wirtschaftlichen Situation der Leistungspflichtigen scheitert. Es ist vorgesehen, die pauschale Wertberichtigung dieser Forderungen von 35 % auf 40 % anzuheben.

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Transfers des Kreises an öffentliche und private Institutionen zur Förderung laufender Zwecke und zur Erfüllung übertragener und gemeinsamer Aufgaben. Empfänger sind Bund, Land, Kommunen, kommunale Verbände, verbundene Unternehmen, Träger von Schulen und sozialen Einrichtungen sowie Vereine. Investitionsfördermaßnahmen werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt. Gegenüber dem Haushalt 2012 entsteht ein Minderbedarf von rd. 2.302,4 T€. Maßgeblich für die Entwicklung ist die Reduzierung der Zuweisungen für die präventiven Angebote der Jugendhilfe durch die Unterstützung des Bildungs- und Teilhabepakets bei der Schulsozialarbeit. Auch die Entwicklung des Zuschusses an die Gebäudewirtschaft und die Übernahme der Tourismusmarketing GmbH durch die Wirtschaftsförderung haben sich positiv auf diese Aufwandsposition ausgewirkt. Dem stehen erhebliche Mehrbedarfe für den Ausbau der Tagesbetreuung gegenüber.

Von wesentlicher Bedeutung sind die Zuweisungen und Zuschüsse für:

den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft mit	42.450,0 T€
die präventiven Angebote der Jugendhilfe mit	1.032,5 T€
andere Schulträger und Bildungseinrichtungen mit	1.709,1 T€
den Personal- und Sachkostenanteil für die Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit	1.470,0 T€
die Förderung von Trägern der Wohlfahrtpflege mit	1.170,0 T€
die Förderung von Jugendlichen in Einrichtungen und Tagespflege mit	1.020,0 T€
das Programm „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ mit	716,0 T€
die Förderung des ÖPNV mit	614,0 T€
die Wirtschaftsförderung mit	677,5 T€
die Vereins- und Sportförderung mit	202,3 T€
den Betrieb der Leitstelle mit	235,0 T€
den Betrieb der Erziehungsberatungsstelle Heppenheim mit	178,7 T€
die Förderung von Trägern der psychosozialen Versorgung mit	169,3 T€
die Seniorenberatung mit	156,4 T€
die Kriegsopferfürsorge mit	110,0 T€
die Reaktivierung der Überwaldbahn mit	107,4 T€
die Förderung der Hilfen zur Erziehung mit	81,0 T€
Pro Familia mit	73,0 T€
die Erwachsenenbildung mit	69,6 T€
die Tierseuchenbekämpfung mit	40,0 T€
das internationale Standortmarketing mit	40,0 T€
den Betrieb der Altenpflegeschule mit	41,4 T€
den Betrieb der Außenstellen der Zulassungsbehörde mit	38,7 T€
das Naturschutzzentrum mit	35,5 T€
den Betrieb der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle mit	25,6 T€
Agenda-Maßnahmen mit	15,0 T€
Betrieb der Neckarfähre	15,0 T€

Steueraufwendungen, gesetzliche Umlageverpflichtungen

Da der Kreis noch weitgehend von der Steuerpflicht befreit ist, beschränken sich die Aufwendungen an dieser Stelle auf folgende gesetzliche Umlageverpflichtungen und Abgaben:

die LWV- Umlage mit	42.000,0 T€
die Krankenhausumlage mit	4.100,0 T€
die Umlage für den Verband Region-Rhein-Neckar mit	214,0 T€
die Umlage für den VRN mit	252,0 T€
die Abführung der hälftigen Jagdscheingebühren mit	31,0 T€

Hinsichtlich der Funktion, der Berechnung und der Entwicklung der LWV- und der Krankenhausumlage wird auf die Ausführungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2012 verwiesen. Basis für die Umlagen an die beiden Verbände sind die Staatsverträge der beteiligten Bundesländer. Gegenüber dem Haushalt 2012 ist der Gesamtbedarf nahezu konstant geblieben. Die Abführung von Jagdscheingebühren erfolgt aufgrund landesrechtlicher Bestimmungen.

Transferaufwendungen

Unter dieser Position werden ausschließlich Aufwendungen für soziale Transfers etatisiert. Sie entstehen aufgrund rechtlicher Ansprüche aus der Sozialgesetzgebung, unter Berücksichtigung einer sachlichen oder personenbezogenen Zweckbestimmung und ohne eine konkrete Gegenleistung.
Auch im Haushalt 2013 bilden sie mit rd. 154,7 Mio. € und rd. 46 % der ordentlichen Aufwendungen den umfangreichsten Aufwandsposten. Gegenüber dem Haushalt 2012 kommt es aufgrund der konjunkturellen Entwicklung, der vom Eigenbetrieb „Neue Wege“ durchgeführten Maßnahmen zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Konsolidierungsmaßnahmen in der Sozial- und Jugendhilfe zu einem Rückgang dieser Aufwendungen um rd. 0,7 Mio. €. Hinsichtlich weiterer Informationen zu dieser Entwicklung wird auch auf das Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 – 2016 verwiesen. Die einzelnen Bereiche entwickeln sich folgendermaßen:

	Haushalt 2013	Haushalt 2012	Abweichung
SGB II, Grunds. f. Arbeitssuchende	84.750 T€	95.850 T€	- 11.100 T€
SGB XII, Sozialhilfe	33.519 T€	29.372 T€	+ 4.106 T€
SGB VIII, Jugendhilfe + UVG	36.439 T€	29.777 T€	+ 6.662 T€

Die rückläufige Entwicklung der Transferaufwendungen des SGB II erzeugt, systembedingt, einen Rückgang der Transfererträge (siehe Seite 27). Wesentliche Zuwächse beim SGB XII entstehen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 410 T€), der Hilfe zur Pflege (+ 705 T€), der Eingliederungshilfe für Behinderte (+ 1.031 T€), der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ 1.063 T€) und den Asylbewerberleistungen (+ 783 T€). Im Bereich des SGB VIII nehmen die Kindertagespflege (+ 850 T€), die Hilfe zur Erziehung (+ 3.875 T€), die Eingliederungshilfe (+ 1.605 T€) und die Aufwendungen für die Inobhutnahmen (+ 215 T€) zu. Auf die Darstellungen im Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend wird verwiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Diese Aufwendungen entstehen durch die lang- und kurzfristige Aufnahme von Fremdkapital zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaß-nahmen sowie zur Liquiditätssicherung. Die Veranschlagung der Tilgung dieses Fremdkapitals erfolgt im Finanzhaushalt im Bereich der Finanzierungstätigkeit.
Veranschlagt sind die Zinsen für

- die Investitionskredite in Höhe von 1.800,0 T€,
- die Kassenkredite in Höhe von 8.650,0 T€,
- Zinsdienstumlage aus den Konjunkturprogrammen 1.119,8 T€

Bei den Zinsen für Investitionskredite ist ein Rückgang von 300,0 T€, aufgrund der rückläufigen Nettoneuverschuldung in den Jahren 2012 und 2013 zu verzeichnen. Die Zinsen für Kassenkredite sind aufgrund der günstigen Entwicklung des Kassenkreditbestandes im Haushaltsjahr 2012 (Jahresende 2012 = 259,5 Mio. €) und wegen der erwarteten Entwicklung des Kapitalmarktes, mit einer Einschätzung des Risikos einer Zinssatzerhöhung auf 3,0 %, ebenfalls um 1.650 T€ rückläufig. Bezüglich der mit dieser Erwartung verbunden Erträge aus der Zinssicherung wird auf die Darstellung der Zinserträge in diesem Vorbericht verwiesen. Derzeit bestehen vier Zinsswaps und zwei Zinscaps zur Sicherung von Kassenkreditzinsen. Damit sind, einschließlich der Festsatzkredite, 85 % der Kassenkredite zins- und liquiditätsgesichert. Im Hinblick auf den kommunalen Schutzschirm und aufgrund der aktuellen Entwicklungen am Kapitalmarkt hat der Portfoliobeirat von weiteren Zinssicherungsmaßnahmen für Kassenkredite abgesehen. Es werden jedoch für weitere Maßnahmen Mittel in den vorgenannten Ansätzen berücksichtigt, falls der Portfoliobeirat auf der Grundlage einer veränderten Entwicklung am Kapitalmarkt den Abschluss zusätzlicher Geschäfte für erforderlich erachtet. Bezüglich des Kommunalen Schutzschirms wird auf die Darstellung im Haushaltskonsolidierungskonzept verwiesen.

Außerordentliche Aufwendungen

Hierzu zählen Aufwendungen, die nicht dem entsprechenden Haushaltsjahr zuzuordnen sind oder eher unregelmäßig anfallen, wie zum Beispiel Vermögensverluste aus dem Anlagevermögen. Im Haushalt 2013 wird erfahrungsgemäß mit periodenfremden Aufwendungen von 461,0 T€ gerechnet. Diese Aufwendungen entstehen in der Regel nach Aufstellung des Jahresabschlusses und können deshalb nicht mehr periodengerecht zugeordnet werden. Im Zusammenhang mit der geplanten Abstufung der Kreisstraße 31 zur Gemeindestraße wird das damit verbundene Vermögen unentgeltlich auf die Städte Bensheim und Lorsch sowie die Gemeinde Einhausen übertragen. Bilanziell entsteht damit ein zahlungsunwirksamer Buchverlust von 2.780,0 T€ im Anlagevermögen. Vergleichbare Maßnahmen waren auch im Haushalt 2012 vorgesehen.

Sekundäre Erträge und Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung

Gemäß § 4 Abs. 3 in Verbindung mit Nr. 2 der Verwaltungsvorschriften zu § 2 GemHVO sind neben den Erträgen und Aufwendungen, zur Darstellung des vollständigen Ressourcenaufkommens und -verbrauchs, auch die internen Leistungsbeziehungen über sekundäre Erträge und Aufwendungen darzustellen.

Die interne Leistungsverrechnung wurde im Haushalt 2009 eingeführt. Durch Weiterentwicklung werden zwischenzeitlich die Ergebnisse folgender Produkte intern verrechnet:

Personalmanagement und -entwicklung mit	1.965,7 T€
IT-Management mit	1.677,3 T€
Zentrale Dienste und Fuhrpark mit	2.283,7 T€
Haushaltsplanung und Finanzmanagement mit	607,2 T€
Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung mit	1.138,2 T€
Teile der Sonstigen allgemeine Finanzwirtschaft mit	10.698,8 T€

Zusätzlich erfolgt die Zuführung schulumlagerelevanter Aufwendungen aus den Teilergebnishaushalten 03, 04 und 06 in den Teilergebnishaushalt 02.

Teilergebnishaushalte 2013

Teilergebnishaushalt 01 Zentrale Verwaltung

Das Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes weist einen Zuschussbedarf von rd. 9.969,9 T€ aus. Der Anteil am Gesamtergebnis beträgt rd. 32,7 %. Gegenüber dem Haushalt 2012 tritt eine Erhöhung des Zuschussbedarfes von rd. 516,5 T€ ein. Ausschlaggebend hierfür sind Zuwächse bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (siehe Produkte 1030,1051, 1140, 1170, 1181, 1311) sowie den Abschreibungen (siehe Produkte 1070 und 1261), welche nicht durch Ertragsverbesserungen aufgefangen werden können. Der Anstieg der Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte mit rd. 343,5 T€ deutlich geringer aus als im Vorjahr. Die Kostenersatzleistungen sind durch die Beendigung des Zensus 2011 rückläufig. Der enorme Anstieg der sonstigen ordentlichen Erträge ist auf die ertragswirksame Auflösung von Urlaubsrückstellungen beim Produkt „Personalmanagement und –entwicklung“ zurück zu führen. Verbessert hat sich auch das Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen aufgrund der geringeren Zinsbelastung.

Teilergebnishaushalt 02 Schulen und Kultur

In diesem Teilergebnishaushalt werden die geplanten Erträge und Aufwendungen aus der Schulträgerschaft und der Kreisvolkshochschule (KVHS) dargestellt. Der ausgewiesene Zuschussbedarf von 4.916,0 T€ hat sich um 769,5 T€ gegenüber dem entsprechenden Zuschussbedarf im Haushalt 2012 reduziert und wird im Wesentlichen durch die Überschüsse aus der Schulumlage der Vorjahre gedeckt. Es verbleibt bei der KVHS ein Zuschussbedarf von rd. 543 T€, welcher gegenüber dem Vorjahr um rd. 28 T€ angestiegen ist. Maßgeblich hierfür ist der Anstieg der Personal- und Versorgungsaufwendungen.
Im Bereich der Schulträgerschaft steigt der Schulumlagebedarf von 57.400,0 T€ im Haushalt 2012 um 1.200,0 T€ auf 58.200 T€ an. Der bei der Schulumlage, im Haushalt 2011, entstandene Überschuss von über 2,6 Mio. € wirkt sich reduzierend auf den Bedarf in diesem Haushalt aus. Die ordentlichen Aufwendungen konnten um rd. 0,5 Mio. €, aufgrund rückläufiger Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen sowie geringer Abschreibungen gesenkt werden Zusätzliche Informationen zur Finanzierung der Schulträgerschaft des Kreises können dem, als Anlage, beigefügten Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ für das Jahr 2013 entnommen werden.

Teilergebnishaushalt 03 Soziales und Jugend

In diesem Teilergebnishaushalt werden Erträge und Aufwendungen des Kreises als Träger der örtlichen Sozialhilfe, Jugendhilfe und der Option für die Leistungen nach dem SGB II dargestellt. Zur Vervollständigung der Finanzierung dieses Bereichs muss die, systembedingt, im Teilergebnishaushalt 06 veranschlagte LWV-Umlage, einbezogen werden. Im Jahresergebnis weist dieser Teilergebnishaushalt einen Zuschussbedarf von 90.076,3 T€ (= das 3-fache des Gesamtergebnisses 2013) aus. Gegenüber dem Haushalt 2012 ist dies ein Plus von 4.197,7 T€.
Der Zuschussbedarf des Teilhaushaltes 03 verteilt sich auf die einzelnen Bereiche wie folgt:

	Haushalt 2013	Haushalt 2012	Abweichung
SGB II, Grunds. f. Arbeitssuchende	21.177,8 T€	23.304,2 T€	- 2.126,4 T€
SGB XII, Sozialhilfe	30.932,3 T€	30.023,2 T€	+ 909,1 T€
SGB VIII, Jugendhilfe + UVG	37.966,4 T€	32.551,5 T€	+ 5.414,9 T€
Summen TH 03	90.076,5T€	85.878,9 T€	4.197,6 T€

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende basiert die positive Entwicklung fast ausschließlich auf rückläufigen Transferaufwendungen. Im Bereich der Sozialhilfe konnten die Zuwächse bei den ordentlichen Aufwendungen fast vollständig durch die Zuwächse bei den ordentlichen Erträgen kompensiert werden. Im außerordentlichen Bereich ist dies nicht gelungen Im Bereich des SGB VIII sind die ordentlichen Erträge um rd. 1,3 Mio. €, die ordentlichen Aufwendungen jedoch um rd. 7,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Auch das außerordentliche Ergebnis hat sich hier negativ entwickelt. Ursachen für die Entwicklung im TH 03 sind weiterhin:

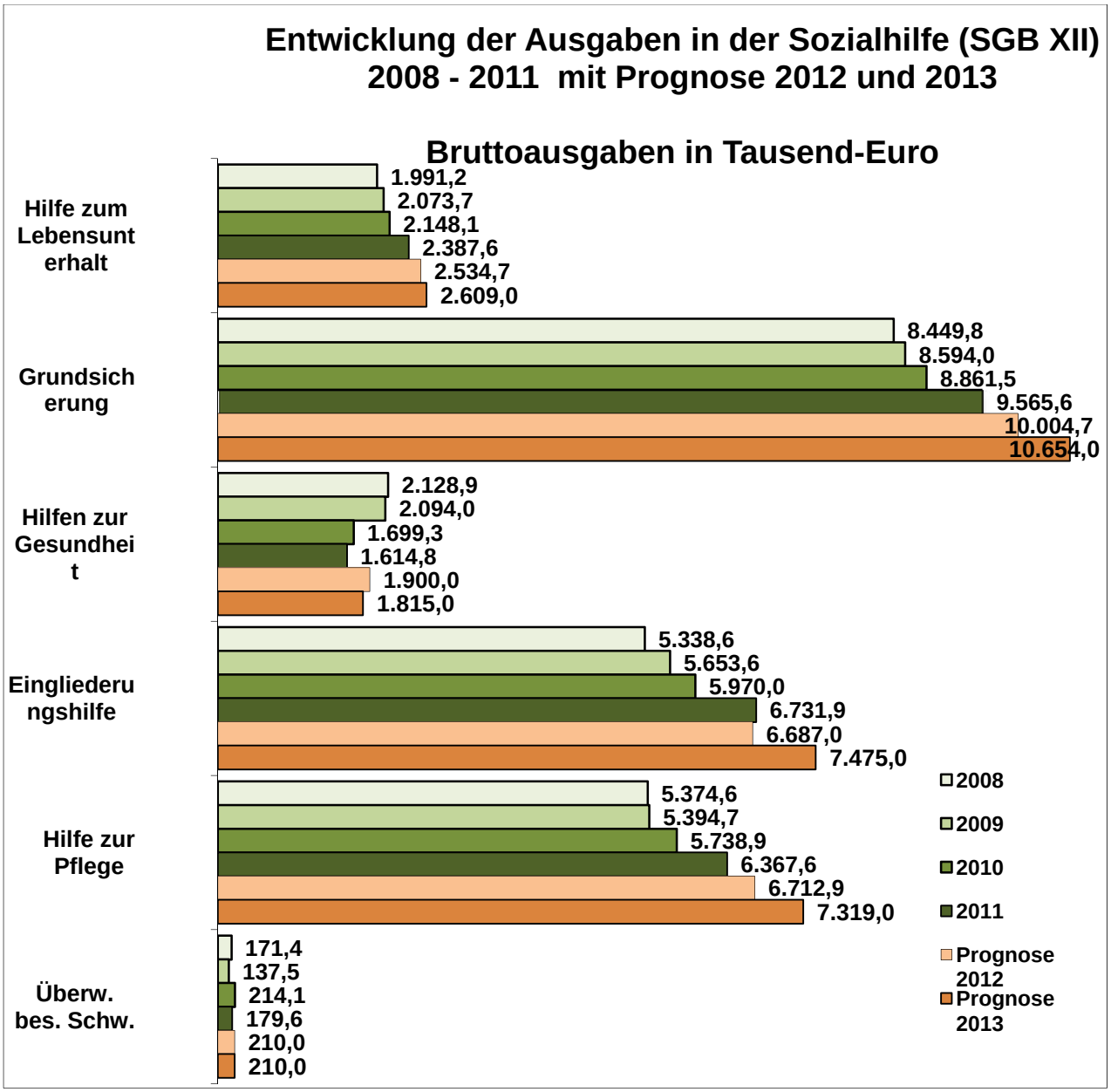
- Zuwächse bei den Kostenersatzleistungen 662,5 T€
- Verluste bei den Transfererträgen 7.842,2 T€
- Zuwächse bei Erträgen aus Zuweisungen / Zuschüssen 4.294,5T€
- Zuwächse bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen 452,0 T€
- Zuwächse bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 546,1 T€
- Zuwächse bei den Abschreibungen 1.784,1 T€
- Geringere Aufwendungen für Zuweisungen / Zuschüsse 22,3 T€
- Geringere Transferaufwendungen 303,3 T€
- Zuwächse bei den außerordentlichen Erträgen 271,1 T€
- Zuwächse bei den außerordentlichen Aufwendungen 612,0 T€
- Verbesserung im Ergebnis der ILV 1.857,5 T€

Maßgeblich für den Ertragsverlust sind die rückläufigen Transfererträge bei den SGB-II-Leistungen (siehe Produkt 3070). Diese Entwicklung steht im Kontext zu den geringeren Aufwendungen dieses Produktes. Es wird erwartet, dass die Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2012 gegenüber der Planung um 200 zurückgehen. Die Planung für das Jahr 2013 basiert auf dieser Entwicklung und geht davon aus, dass aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung es zu keinen weiteren Verbesserungen im SGB II kommen wird. Belastend wirken sich höheren Kosten der Unterkunft und die Erhöhung der Regelsätze aus.
Ertragsverbesserungen bei den Kostenersatzleistungen entstehen parallel zu den höheren Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (siehe Produkt 3170). Die Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuschüssen sind auf die Übernahme der Leistungen aus der

Grundsicherungen im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 3060) und die Zuweisung zur Kindertagespflege (Produkt 3140) zurückzuführen.
Der Zuwachs bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen basiert auf der Änderung der Wohngeldzuständigkeitsverordnung (siehe Produkt 3130).
Der Mehrbedarf bei den Sach- und Dienstleistungen entsteht durch die Unterbringung zusätzlicher Asylbewerber (siehe Produkt 3080).
Die erhöhten Abschreibungen sind auf die Zunahme von wertberichtigten Forderungen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen (siehe Produkt 3120) und dem Ersatz von sozialen Leistungen bei Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei der Hilfe zur Pflege zurückzuführen.
Die geringeren Transferaufwendungen sind ausschließlich auf die Entwicklung im SGB II zurückzuführen, während es bei der Sozial- und Jugendhilfe zu erheblichen Zuwächsen gekommen ist. Dies gilt besonders für die Hilfen zur Erziehung (Produkt 3170 + 3.875 T€), die Eingliederungshilfen (Produkt 3030 + 1.031 T€ und Produkt 3200 + 1.605,3 T€). Ursachen hierfür sind bereits im Haushaltsvollzug 2012 gestiegene Fallzahlen, höhere Verweildauern in stationären Maßnahmen und Kostensteigerungen durch die Erhöhung von Pflegesätzen und Regelbedarfen sowie die Gewährung zusätzlicher Leistungen.
Im außerordentlichen kommt es verstärkt zu periodenfremden Erträgen und Aufwendungen. Durch eine Erhöhung der Ansätze wird dieser Entwicklung Rechnung getragen.
Die Verbesserung des Ergebnisses der internen Leistungsbeziehung ist sowohl auf zusätzliche sekundäre Erträge der Jugendhilfe, zu Lasten der Schulumlage und auf rückläufige Aufwendungen, durch die geringere Zinsbelastung, zurückzuführen.

Sozialhilfe (SGB XII)

Der Leistungsbereich des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII) belastet den Haushalt des Kreises Bergstraße erheblich. Für das Jahr 2013 werden Bruttoausgaben für Transferleistungen in Höhe von über 30 Mio. Euro prognostiziert. Die nachfolgende Graphik zeigt die Entwicklungen der Bruttoausgaben seit 2008 sowie die Prognosen für die Jahre 2012 und 2013. In nahezu allen Leistungsbereichen sind steigende Kosten zu verzeichnen. Im Jahr 2013 wurde eine geplante Regelsatzerhöhung von 2,26% in die Planung aufgenommen. Diese wirkt sich insbesondere auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus. Die Entwicklung der Finanzströme korreliert mit den Fallzahlen, auf die nachfolgend näher eingegangen wird.



3010 Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kap. 3 SGB XII

Nachdem die Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen in den Jahren 2006 – 2010 sehr stabil waren, sind seit Mitte 2011 erhebliche Steigerungen zu verzeichnen (ca. 30% jährlich). Dabei sind mehrere Faktoren ausschlaggebend:

- Das Job-Center wirkt bei Langzeiterkrankten verstärkt auf die Überprüfung der Erwerbsfähigkeit durch den Rententräger hin. Dieser bewilligt immer häufiger befristete Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Anstieg der sogenannten „Behindertenrentner“ und „Frauenrentnerinnen, die vor Erreichung des Renteneintrittsalters Altersrenten beziehen, die nicht zur Deckung des Lebensunterhaltes ausreichen.
- Es treten häufiger Personen in Erscheinung, die in Untersuchungshaft oder wegen richterlich angeordnetem Freiheitsentzug keine Leistungen nach dem SGB II erhalten (§ 7 (4) SGB II), und stattdessen bis zu 6 Monate Anspruch auf Taschengeld, Übernahme der

Unterkunftskosten zum Wohnungserhalt und ggf. Krankenschutz nach dem SGB XII geltend machen können.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der beabsichtigten Regelsatzerhöhung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde für den Personenkreis, der beim Amt für Soziales betreut wird, mit 246 Fällen bei einem monatlichen Aufwand von 326 € = rd. 963 T€ gerechnet.

Beim Jugendamt des Kreises Bergstraße werden ebenfalls Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII im Rahmen der Verwandtenpflege ausgezahlt. In diesen Fällen werden Leistungen zum Lebensunterhalt für Minderjährige gezahlt, während die erzieherische Leistung unentgeltlich durch Verwandte sichergestellt wird.

Zur Bereinigung der gesetzlichen Zuständigkeiten werden seit Mitte 2011 die Leistungen für die Pflegeverhältnisse in familiären Kontexten durch Initiierung von Maßnahmen gem. § 33 SGB VIII aus dem Bereich der Sozialhilfe (3010) in den Bereich der Jugendhilfe (3170) verlagert. Dadurch wird mit einem jährlichen Fallzahlenrückgang im Produkt 3010 von 15 Personen gerechnet. Inwiefern dies zu einer Reduzierung des Aufwandes führt bleibt abzuwarten.

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen (Heimpflegefälle) sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 1,1% jährlich gestiegen bei gleichzeitigem Anstieg der Kosten pro Fall um jährlich 5 %. Die geplante Regelsatzerhöhung wird sich auch auf die Kosten der Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen auswirken. Davon ausgehend wurde für das Jahr 2013 mit 227 Fällen gerechnet bei 274,00 € Aufwand pro Fall = rd. 746 T€.

3020 Hilfe zur Pflege Kap. 7 SGB XII

In den Jahren 2008 bis 2012 sind die Fallzahlen in der ambulanten Pflege um durchschnittlich 11 % jährlich gestiegen während die Kosten pro Fall stabil blieben. Davon ausgehend wurde für das Jahr 2013 mit 241 Fällen kalkuliert bei einem monatlichen Kostenaufwand i. H. v. 395 € = rd. 1.141 T€.
Im Bereich der stationären Pflege kam es in den letzten Jahren zu Fallsteigerungen von durchschnittlich 7 %. Der durchschnittliche Kostenaufwand stieg moderater mit rd. 0,5%. Auf dieser Basis wurde für das Jahr 2012 mit 646 Fällen kalkuliert.
Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Tatsache, dass eine häusliche Pflege mit Unterstützung von Angehörigen wegen der familiären Strukturen und der Erwerbssituation der Angehörigen immer weniger realisierbar ist, ist auch weiterhin mit steigenden Fallzahlen zu rechnen.

3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Kap. 6 SGB XII

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen wird in zwei Teilbereiche unterschieden.
Bei der Integration behinderter Kinder in Tageseinrichtungen, waren die Fallzahlen in den Jahren 2008 – 2010 relativ stabil. 2011 war ein auffallender Anstieg mit 11 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Bis Mitte 2012 entstand erneut eine Steigerung von 4% gegen-

über 2011. Für 2013 wurde mit durchschnittlich 257 Fällen bei einem durchschnittlichen Aufwand von 1.485 € gerechnet = rd. 4.579.740 €.
Bei den übrigen Eingliederungsleistungen gab es 2010 einen massiven Anstieg der Fallzahlen, die sich seither eher moderat entwickeln. Allerdings sind im Jahr 2012 die Kosten pro Fall höher ausgefallen als prognostiziert.
Dies ist im Wesentlichen auf die Entwicklungen bei der Hilfe zur angemessenen Schulbildung zurückzuführen. Im hessischen Vergleich war festzustellen, dass im Kreis Bergstraße zwar eine relativ geringe Dichte von Leistungsberechtigten (LB) mit Teilhabeassistenten vorzufinden ist, der Aufwand pro LB jedoch vergleichsweise hoch ist. Gleichzeitig hatte der Kreis Bergstraße einen überdurchschnittlich hohen Anteil an LB mit Teilhabeassistenz in Regelschulen.
Für das Jahr 2013 wird für die Eingliederungsleistungen außerhalb der Integration in Tageseinrichtungen mit durchschnittlich 323 Fällen gerechnet bei einem monatlichen Kostenaufwand von 707 € = rd. 2.748.084 €.
In der Eingliederungshilfe in Einrichtungen ist der Kreis Kostenträger sobald die Betroffenen das Renteneintrittsalter erreicht haben.
In den meisten Fällen liegt die Bearbeitung beim Landeswohlfahrtsverband, da die Leistungsberechtigten i. d. R. bereits vor Erreichen des Renteneintrittsalters dort in Betreuung waren, und dies auch weiterhin bleiben. In diesen Fällen macht der LWV einmal jährlich Kostenerstattung gegenüber dem Kreis geltend (16 Fälle in 2012). In Ausnahmefällen, wenn die Aufnahme in die Einrichtung erst nach Erreichen des Renteneintrittsalters erfolgt, liegt die Bearbeitung direkt beim Kreis (2 Fälle in 2012).
Seit Frühjahr 2011 wird in Fachkreisen und Politik eine Machbarkeitsskizze „Kooperatives Lebensabschnittsmodell“ diskutiert, die eine vollständig neue Aufgabenteilung zwischen dem örtlichen und dem überörtlichen Sozialhilfeträger in Hessen vorsieht. Eine Prognose über die Verhandlungsergebnisse und die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen ist derzeit nicht möglich.
Gleichzeitig diskutieren Bund und Länder im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages unter anderem ein neues Bundesleistungsgesetz für behinderte Menschen das in der nächsten Legislaturperiode erarbeitet und In-Kraft gesetzt werden soll. Dieses würde die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablösen (HLT RS 406/2012).

3040 Hilfen zu Gesundheit Kap. 5 SGB XII

Die Kosten der Hilfen zur Gesundheit ergeben sich fast ausschließlich aus § 264 SGB V. Bei dieser Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung wird den Krankenkassen neben einer Kopfpauschale pro Bedarfsgemeinschaft und den tatsächlich entstehenden Krankenkosten eine 5%ige Verwaltungskostenpauschale gezahlt.
Die Anzahl der Versicherten nach dieser Rechtsvorschrift ist in den letzten drei Jahren mit durchschnittlich 5 % jährlich zurückgegangen und liegt im Jahr 2012 bei durchschnittlich 244 Personen, davon 35 Personen in Einrichtungen (Heimpflege). Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Aufwendungen wieder.
Der Ansatz für das Jahr 2012 wurde auf Basis des Ergebnisses 2010 geschätzt und liegt deswegen höher als das Ergebnis 2011. Der Ansatz 2013 orientiert sich am Ergebnis 2011, jedoch wird bei stabilen Fallzahlen von steigenden Kosten im Gesundheitssystem ausgegangen, so dass die Prognose etwas höher liegt.

3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8 SGB XII) und in anderen Lebenslagen (Kap. 9 SGB XII)

Die Aufwendungen für die Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten waren besonders im Jahr 2010 erheblich gestiegen. Diese Steigerungen resultierten im Wesentlichen aus der Übernahme von Bestattungskosten gem. § 74 SGB XII.
Wider Erwarten war im Jahr 2011 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Bis Mitte 2012 ist keine signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu erkennen.

Dennoch wurde der Ansatz 2013 auf Basis des Rechnungsergebnisses 2010 mit 210 T€ geplant, da ein erneuter Anstieg nicht auszuschließen ist.
Es ist immer häufiger der Fall, dass alte Menschen keine Rücklagen mehr für ihre eigene Bestattung bilden können, und auch die Hinterbliebenen nicht in der Lage sind, die Aufwendungen zu decken.

3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Kap. 4 SGB XII

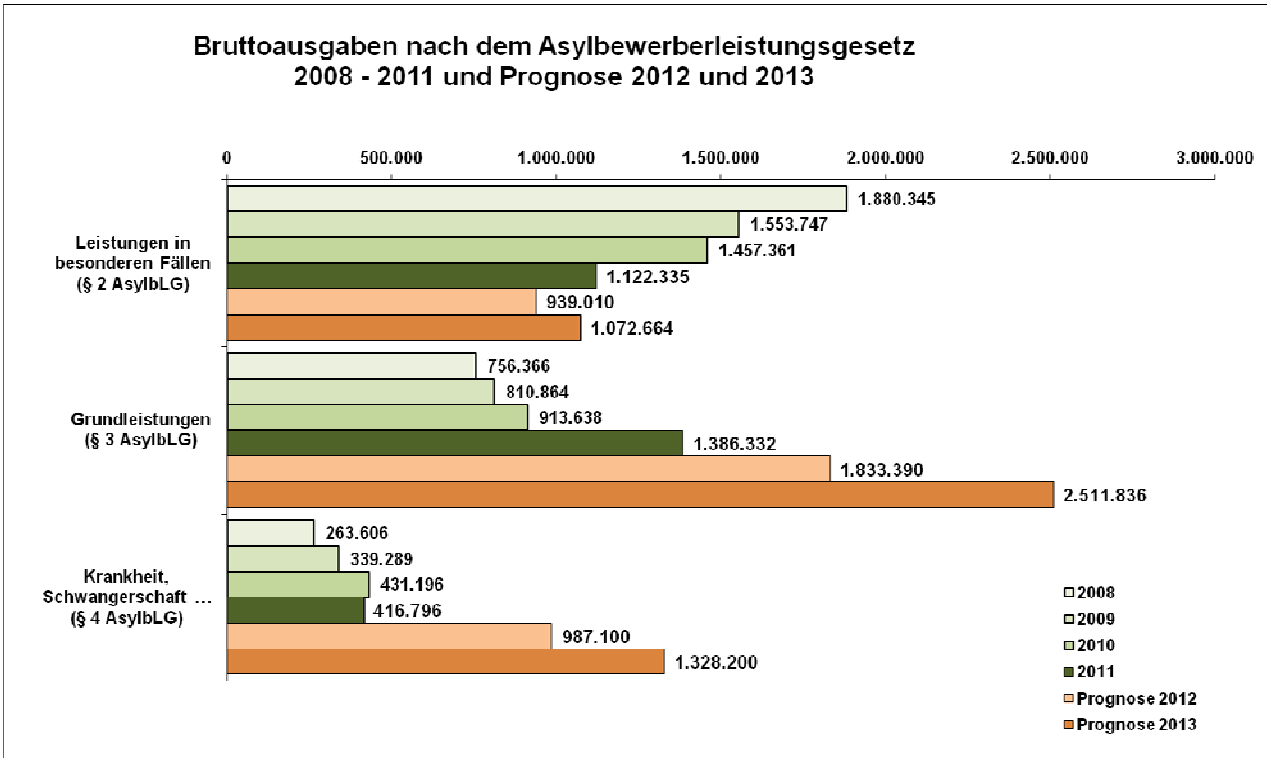
In den Jahren 2011 und 2012 (1. Halbjahr) stiegen die Fallzahlen in der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen stärker als in den Vorjahren. Im Vergleich der hessischen Landkreise hatte der Kreis Bergstraße im Jahr 2011 die zweithöchste Steigerungsrate gegenüber 2010. Dennoch liegt die Dichte von Leistungsberechtigten (LB) unter dem Landesdurchschnitt (Bergstraße = 6,8 LB pro 1.000 Einwohner; Hessen = 7,6 LB pro 1.000 Einwohner).
Aufgrund der geplanten Regelsatzerhöhung um 2,26 % durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde für die Haushaltsplanung 2013 mit durchschnittlich 1.752 Fällen bei einem monatlichen Aufwand von 467 € gerechnet = rd. 9.830 T€.
Tendenziell wird in diesem Bereich aufgrund der demographischen Entwicklung, der Ausweitung des Niedriglohnsektors, sowie der häufiger unterbrochenen Erwerbsbiographien zukünftiger Rentner/innen und der damit verbundenen Altersarmut grundsätzlich mit stärker steigenden Fallzahlen zu rechnen sein.
Auffallend ist darüber hinaus, dass der Anteil der Erwerbsunfähigen unter 65 Jahren stetig steigt. Waren es 2008 noch 36,2 % der Personen außerhalb von Einrichtungen lag der Wert im Jahr 2010 bereits bei 39,6 % und zur Jahresmitte 2012 bei durchschnittlich 40,3 % (jeweils Monatsdurchschnitte aller Personen in Bearbeitung).
Nachdem die Fallzahlen in der Grundsicherung in Einrichtungen bis 2011 in nur geringem Umfang stiegen, war im ersten Halbjahr 2012 ein erheblicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (18 %).
Für das Jahr 2013 wurde mit durchschnittlich 234 Fällen gerechnet bei einem monatlichen Aufwand von 294 € = rd. 824 T€.

3080 Asylbewerberleistungsgesetz

Nach Jahren rückläufiger Fallzahlen kam es im zweiten Halbjahr 2010 erstmals zu erheblichen Neuzuweisungen von Flüchtlingen. Bis Mitte 2012 entwickelten sich die Fallzahlen zwar moderat aber dennoch stetig steigend.

Mitte August 2012 kam seitens des Regierungspräsidiums die Information, dass bis Ende des Jahres vierzehntätig mit Zuweisungen von jeweils 10 Personen zu rechnen ist.

Gleichzeitig führt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012, wonach die Leistungen für die Personen nach § 3 AsylbLG auf das Niveau des Lebensunterhaltes nach SGB II bzw. SGB XII anzuheben ist, zu erheblichen Mehraufwendungen.



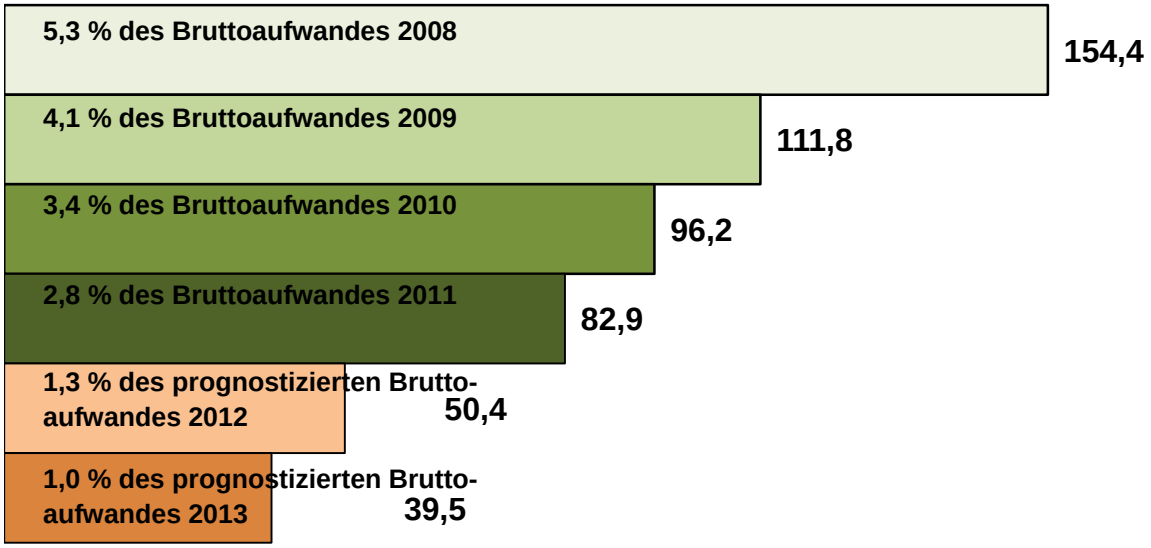
Einzahlungen aus Transferleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz

Die Einzahlungen aus Transferleistungen korrelieren mit der Entwicklung der Fallzahlen und der Bruttoaufwendungen für den Personenkreis nach § 2 AsylbLG. D. h. die Erträge sind seit Jahren rückläufig. Die steigenden Fallzahlen durch Neuzuweisungen nehmen vorläufig keinen Einfluss auf die Ertragssituation. Mangels Arbeitserlaubnis können die neu zugewiesenen Personen kein Einkommen erwirtschaften, das zur teilweisen Deckung von Unterkunftskosten, Ersatzleistungen u. ä. herangezogen werden könnte. Die Erträge für die Jahre 2012 und 2013 wurden vorsichtig eingeschätzt. Die Refinanzierungsquote ginge demnach von 5,3 % im Jahr 2008 auf prognostizierte 1,3 % im Jahr 2012 und 1,0 % im Jahr 2013 zurück.

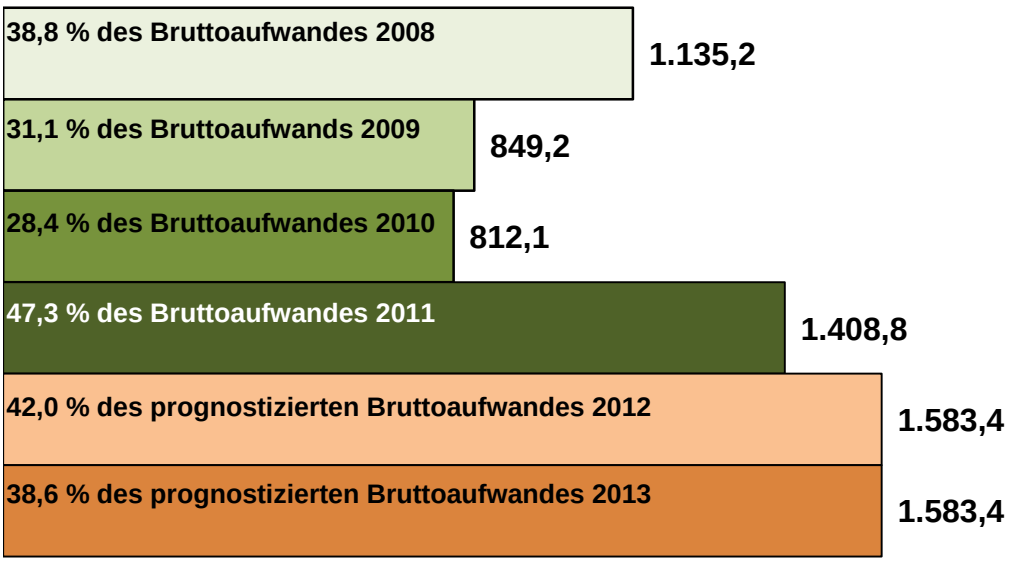
Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz für den Personenkreis nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Ebenfalls seit 2008 rückläufig waren die Zuweisungen des Landes Hessen nach dem Landesaufnahmegesetz. Eine Erhöhung der pauschalen Kostenerstattung aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte 2010 zugewiesenen Flüchtlinge, hat sich erst im Laufe des Jahres 2011 bemerkbar gemacht.
Aufgrund der Neuzuweisungen ab 2012 wird mit einem weiteren Anstieg der Zuweisungen des Landes gerechnet.
Bisher gibt es noch keine Hinweise, inwiefern die Erhöhung der Regelbedarfe für den Personenkreis nach § 3 AsylbLG Auswirkungen auf die Landeszuweisungen haben wird.

Einzahlungen aus Transferleistungen AsylbLG in Tausend - Euro

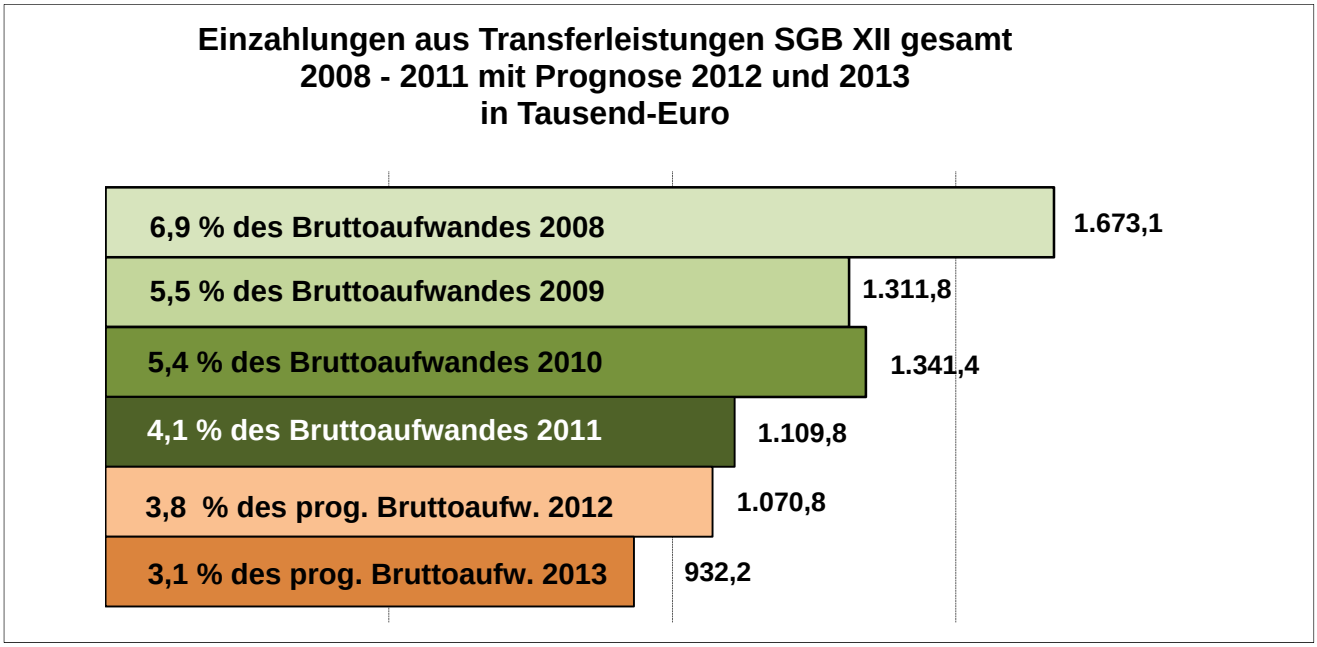


Einzahlungen aus Zuweisungen des Landes nach dem Landesaufnahmegesetzes (LAG) für den Personenkreis nach dem AsylbLG in Tausend - Euro



Erstattungen aus Transferleistungen (SGB XII)

Die Einzahlungen aus Transferleistungen sind insgesamt seit Jahren rückläufig. Auch für die Jahre 2012 und 2013 wird ein weiterer Rückgang prognostiziert. Die Hintergründe werden nachfolgend jeweils bezogen auf die einzelnen Leistungsarten dargestellt.

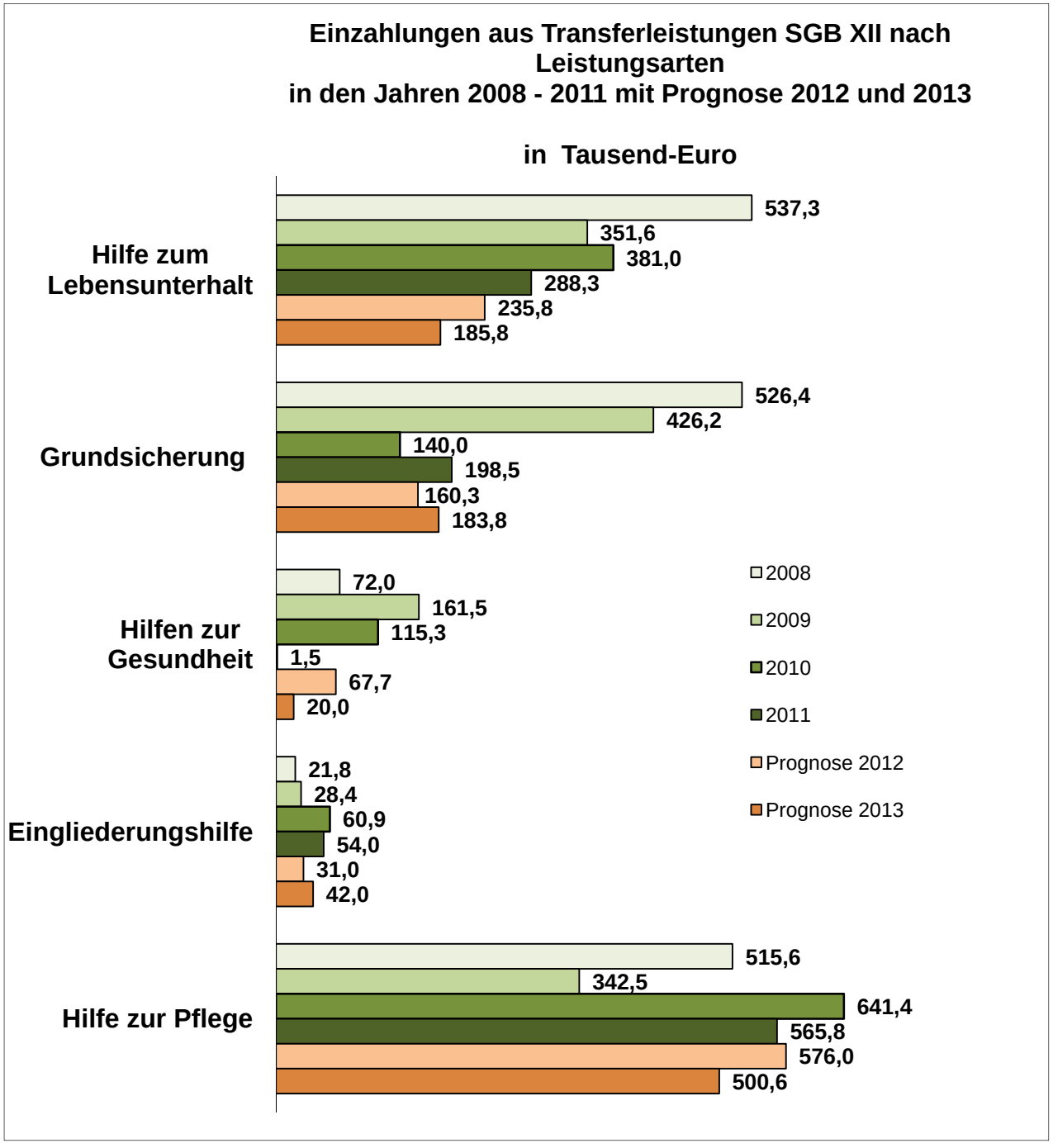


Aufgrund der langjährig angelegten Rückzahlungsmodalitäten bei Darlehen und Sozialhilferestschulden resultieren die Einzahlungen insbesondere im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt aus Forderungen, die mehrere Jahre zurückliegen und teilweise noch zu Zeiten des Bundessozialhilfegesetzes (vor 2005) entstanden sind. Da bei dem Personenkreis nach dem SGB XII weniger Forderungen aus Darlehen und Sozialhilferestschulden entstehen, gehen diese Einzahlungen seit der Sozialhilfereform insgesamt zurück.

Durch die hohen Freigrenzen für unterhaltspflichtige Angehörige von Grundsicherungsempfängern nach Kap. 4 SGB XII können hier selten Unterhaltsansprüche realisiert werden. Einkommen der Leistungsberechtigten werden nach dem Nettoprinzip an den Bedarfen in Abzug gebracht, so dass diese nicht kassenwirksam werden.

Im Jahr 2010 kam es bei den Erträgen in der Hilfe zur Pflege zu einer erheblichen Steigerung durch die Umstellung der Zahlung von Kostenbeiträgen durch Ehegatten vom Netto- auf das Bruttoprinzip. Seither werden die Kostenbeiträge beim Kreis vereinnahmt. Tendenziell können immer weniger Angehörige aufgrund ihrer Einkommenssituation zu Kostenbeiträgen oder Unterhaltszahlungen herangezogen werden, so dass auch in der Hilfe zu Pflege seit 2010 ein Rückgang der Erträge zu verzeichnen ist.

Alle Leistungen der Eingliederungshilfe, die im engeren Sinne der Schul- oder Berufsausbildung dienen, sind einkommensunabhängig. Aus diesem Grund können auch in diesem Leistungsbereich eher selten eigene Finanzierungsbeiträge der Leistungsberechtigten oder deren Angehörigen realisiert werden.



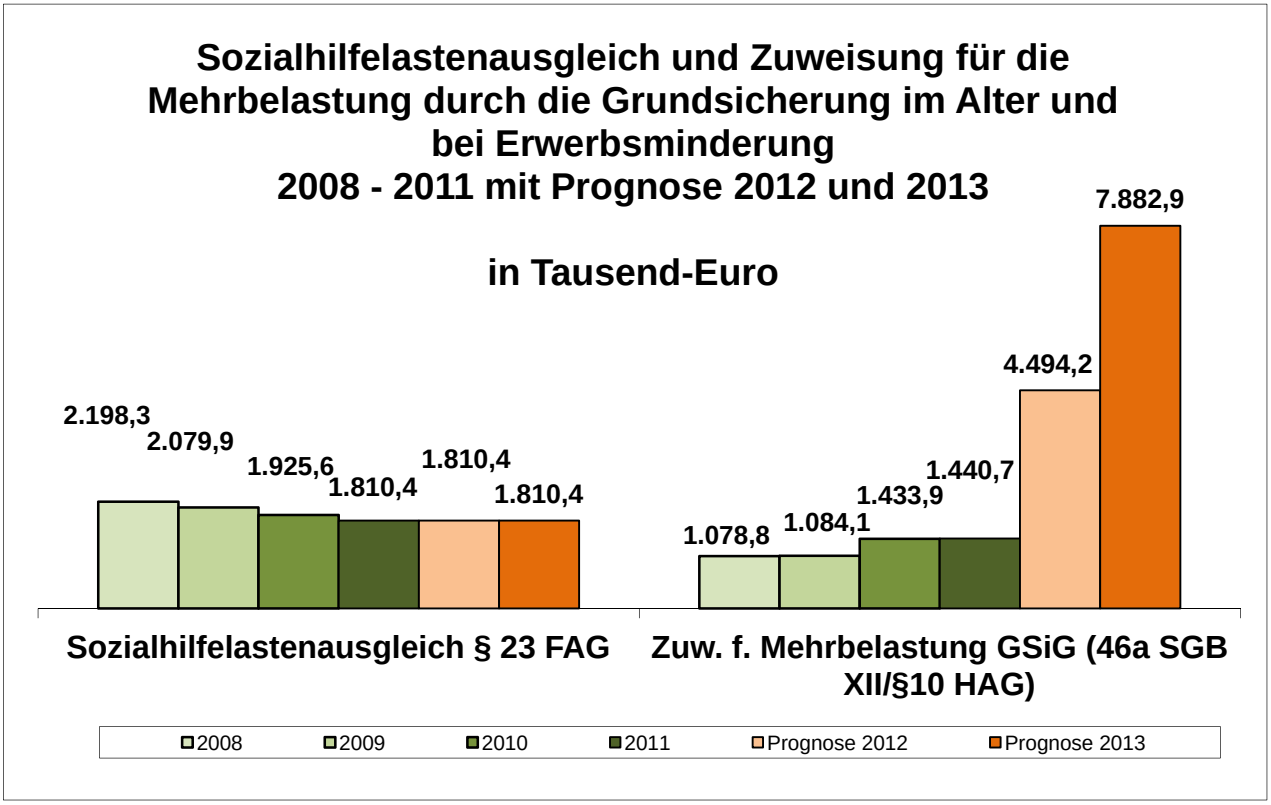
Sozialhilfelastenausgleich und Zuweisung für die Mehrbelastung aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Der Sozialhilfelastenausgleich nach § 23 Finanzausgleichsgesetz (FAG) errechnet sich auf Basis der Bruttoaufwendungen für die Leistungen nach dem SGB XII.
Trotz steigender Bruttoausgaben sind die Zuweisungen aus dem Sozialhilfelastenausgleich in den letzten Jahren zurückgegangen. So entwickelte sich die Refinanzierungsquote der Bruttoaufwendungen von 9,4% im Jahr 2008 auf 6,8% für das Jahr 2011. Gem. vorläufigem

Erlass des HMdF vom 24.01.2012 beträgt die Zuweisung für 2012 insgesamt 1.810.400 € und deckt damit 6,45 % des prognostizierten Aufwandes.

Zuweisungen des Bundes für die Belastungen aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG):

Zum 01.01.2012 trat das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen in Kraft. Damit ist die erste Stufe, die Übernahme der Ausgaben in der Grundsicherung nach Kap. 4 SGB XII in Höhe von 45 % im Jahr 2012, durch den Bund erfolgt. Zwischenzeitlich hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Bundeserstattung und einer Bundesstatistik für die GSiG und zur Änderung des SGB XII vorgelegt. Damit soll die zweite Stufe (75% in 2013) und die dritte Stufe (100% ab 2014) und dadurch die eintretende Bundesauftragsverwaltung geregelt werden. Der neueste Entwurf sieht eine Bemessung der Zuweisung auf Basis des Nettoaufwandes des jeweils laufenden Jahres vor. Demgemäß wurde die Zuweisung für 2013 mit 75 % des prognostizierten Nettoaufwandes berechnet.



Bildungs- und Teilhabepaket

Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) wurde mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch am 24.03.2011 beschlossen.

Die Umsetzung des BuT erfolgt im Kreis Bergstraße für alle Personenkreise beim Job-Center des Eigenbetriebes „Neue Wege“.

Durch die breit gefächerte Zielgruppe betrifft dies die verschiedensten Produkte des Teilhaushaltes 3.

Kinder mit Leistungsanspruch nach Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)	Produkt 3070
Kinder mit Leistungsanspruch nach Kap. 3 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)	Produkt 3010
Kinder mit Leistungsanspruch nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	Produkt 3080
Kinder mit erhöhtem Anspruch nach dem Bundeskindergeldgesetz (Kindergeldzuschlag; BKKG) oder nach dem Wohngeldgesetz (WoGG)	Produkt 3130

Am stärksten frequentiert ist hierbei der Personenkreis nach dem SGB II (Produkt 3070), die Haushaltsplanung für diesen Bereich obliegt dem Eigenbetrieb „Neue Wege“.

Der zweitstärkste Bereich sind Kinder mit Ansprüchen nach § 6b Bundeskindergeldgesetz, d.h. Berechtigte von Kindergeldzuschlag und/oder Wohngeld.

Der Personenkreis mit Wohngeldanspruch ist dem Produkt 3130 (sonstige soziale Hilfen) zugeordnet und somit beim Amt für Soziales angesiedelt.

Die Aufwendungen für das BuT in diesem Produkt wurden vom Ergebnis 2011 und den Buchungen bis Mitte 2012 abgeleitet und mit jeweils 200 T€ für die Jahre 2012 und 2013 geschätzt.

Gem. § 46 (6) SGB II werden die Aufwendungen zu 100% vom Bund erstattet, dies spiegelt sich auch in den Ansätzen bei Sachkonto 5472001 wieder.

In den Produkten 3010 und 3080 liegen die jährlichen Aufwendungen bisher unter 5 T€.

<u>Teilergebnishaushalt 04 Gesundheit und Sport</u>

In diesem Teilergebnishaushalt werden die Erträge und Aufwendungen aus dem Betrieb des Hauses der Gesundheit und der Sportförderung erfasst.
Im Teilergebnishaushalt 2013 reduziert sich der Zuschussbedarf um rd. 711,8 T€ auf rd. 2.151,2 T€. Damit beträgt der Anteil am Gesamtdefizit rd. 7 %. Maßgeblich für die Verbesserung sind geringere Personalaufwendungen (- 225 T€) aufgrund der Nichtbesetzung von Stellen und niedrige sekundäre Aufwendungen (- 522,8 T€) durch die geänderte Verteilung des Zuschusses für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft. Aufwandssenkungen haben das ordentliche Ergebnis an dieser Stelle verbessert. Die Zuweisungen der Sportförderung wurden in unveränderter Höhe veranschlagt.

Teilergebnishaushalt 05 Gestaltung der Umwelt

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Erträge und Aufwendungen der Bereiche

- Räumliche Planung mit Entwicklung und Förderung,
- Geoinformation,
- Bauen und Wohnen,
- Kreisstraßen,
- ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege,
- Umweltschutz,
- Wirtschaftsförderung und Tourismus

Im Teilergebnishaushalt 2013 erhöht sich der Zuschussbedarf um rd. 1.339,2 T€ auf 10.947,8 T€. Das sind rd. 33 % des Gesamtdefizites. Maßgeblich für diese Entwicklung sind

- gestiegene Personal- und Versorgungsaufwendungen 312,2 T€
- rückläufige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - 413, 4 T€
- Zunahme der außerordentlichen Aufwendungen 1.637,0 T€
- Rückläufige sekundäre Aufwendungen - 209,1 T€

Die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist auf personalwirtschaftliche Maßnahmen sowie Tarif- und Besoldungserhöhungen zurückzuführen. Auf die Erläuterungen bei den einzelnen Produkten wird verwiesen.
Maßgeblich für die Entwicklung der Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen ist der Minderbedarf für die Unterhaltung der Kreisstraßen (siehe Produkt 5090). Die Zunahme der außerordentlichen Aufwendungen ist ausschließlich auf die Vermögensverluste im Zusammenhang mit der Abstufung der Kreisstraße 31 zur Gemeindestraße zurückzuführen. Die Entwicklung der sekundären Aufwendungen basiert auf der geringeren Zinsbelastung.

Teilergebnishaushalt 06 Zentrale Finanzleistungen

Veranschlagt werden an dieser Stelle die allgemeinen Deckungsmittel und die Umlagen aus dem KFA, die Bewirtschaftung der Kredite, die Beteiligungsverpflichtungen soweit sie nicht bei besonderen Produkten erfasst sind, sowie zentrale Finanzpositionen, welche anderen Bereichen nicht direkt zugeordnet werden können, wie zum Beispiel Versicherungsprämien. Im Teilergebnishaushalt 2013 entsteht ein Überschuss von rd. 87.625,8 T€. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Haushalt 2012 von rd. 7.138,6 T€ oder 8,8 %. Hierzu beigetragen hat maßgeblich die Entwicklung des KFA mit einer Verbesserung von etwa 5,5 Mio. € (siehe oben) und der Wegfall des Zuschusses für das Kreiskrankenhaus. Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen konnten die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesenkt werden. Aufgrund der Einschätzung eines gleichbleibend niedrigen Zinsniveaus wurden auch die Ansätze für die Zinsaufwendungen gesenkt (- 2.150 T€), obwohl der Kassenkreditbestand weiter ansteigen wird. Belastend haben sich die Erhöhung der LWV- und Krankenhausumlage um 2.022 T€ ausgewirkt. Das Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen hat sich aufgrund der rückläufigen Zinsbelastung negativ entwickelt.

Finanzhaushalt 2013

Wesentliche Funktion des Gesamtfinanzhaushaltes ist es, die zahlungswirksamen Vorgänge und den Zahlungsmittelfluss einzelner Bereiche zusammenhängend darzustellen. Im Ergebnis ist der Zahlungsmittelüberschuss bzw. –fehlbedarf festzustellen und darauffolgend die Entwicklung der Zahlungsmittelbestände abzubilden. Wie in den vergangenen zwei Jahren, erfolgt die Vorlage von zwei Varianten um dem Anspruch der kommunalaufsichtlichen Genehmigung und der gesetzlichen Vorgabe einerseits zu entsprechen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Gremien und der Verwaltung des Kreises nachzukommen.
Nach Bereinigung des negativen Jahresergebnisses aus dem Ergebnishaushalt in Höhe von -30.468,6 T€ um die zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen (wie z. B. Abschreibungen, Erträge aus der Sonderpostenauflösung, Zuführung zu Rückstellungen) und ergebnisunwirksamen Zahlungen (z. B. Abbau von Rückstellungen, Zu- und Abnahme von Forderungen und Verbindlichkeiten) entsteht im Finanzhaushalt 2013 ein Zahlungsmittelfehlbedarf aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 24.160,0T€ (2012 = 29.980,7 T€). Diese Entwicklung führt zu einer entsprechenden Zunahme des Kassenkreditbestandes.
Die Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und Zuschüssen beinhalten einen Anteil der Schulbaupauschale, die allgemeine Investitionspauschale, die Zuwendungen nach dem GVFG für die Förderung des Straßenbaues und die Beteiligungen der Städte und Gemeinden an den Maßnahmen des ÖPNV. Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlage- und das immaterielle Vermögen entsprechen dem als Anlage 2 beigefügten Investitionsprogramm. Die Einzahlungen in das Finanzanlagevermögen entsprechen den Tilgungen von gewährten Darlehen. Die Ein und Auszahlungen aus dem Finanzanlagevermögen entstehen durch die Zuführung zur gesetzlichen Pensionsrücklage und die Gewährung eines Überbrückungsdarlehens an die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Reaktivierung der Überwaldbahn.
Der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen für Investitionen führt zu einem negativen Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit in von rd. -2.466,4T€ (2012 = -3.802,7 T€). Dieser Wert muss durch Aufnahme neuer Investitionskredite finanziert werden. Eine Umschuldung von Investitionskrediten in Höhe von 949 T€ ist in diesem Haushaltsjahr vorgesehen. Für die Tilgung von Investitionskrediten wurde der Ansatz in Höhe von 4.706,1 T€ gebildet (2011 = 4.266,1 T€). Wie im Vorjahr kommt es auch im Haushalt 2013 zu einem Abbau der investiven Verschuldung in Höhe von 2.239,7 T€ (2012 = 463,4 T€). Bei den Kassenkrediten wird zur Finanzierung des Zahlungsmittelflusses aus Verwaltungstätigkeit und der Tilgung von Investitionskrediten mit einem Zuwachs von rd. 28,6 Mio. € (2012 = 34,0 Mio. €) gerechnet. Zur Vorfinanzierung der durch EFRE geförderten Reaktivierung der Überwaldbahn gewährt der Kreis der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Reaktivierung der Überwaldbahn“ ein zinsloses Darlehen im Umfang von bis zu 700.000 €. Aufgrund der kurzfristigen Tilgung hat die Gewährung dieses Darlehens keinen Einfluss auf die Verschuldung des Kreises. Im Ergebnis kommt es zu einem Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von rd. 26,4 Mio. €. Dies entspricht der Erhöhung der Gesamtverschuldung und führt zum Jahresende 2013 für den Kreishaushalt zu einem Gesamtschuldenstand im Kernhaushalt von rd. 338 Mio. €.

Ergebnis- und Finanzplanung 2012 – 2016

Gemäß § 101 HGO hat der Kreis seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen. Aus der Anlage 1a zu diesem Haushaltsplan wird ersichtlich, dass auch in den Jahren nach 2013 mit Fehlbeträgen gerechnet werden muss und ein Haushaltsausgleich im Planungszeitraum auf der Ebene des Jahresergebnisses nicht möglich sein wird. Gegenüber der entsprechenden Planung des Vorjahres ist für die Jahre 2014 und 2015 eine negative Entwicklung der Ergebnisse festzustellen. Maßgeblich für diese Entwicklung sind geringere Zuwächse der Erträge aus dem KFA aufgrund eines geringeren Wachstums der Steuerkraft auf allen staatlichen Ebenen. Die Prognose des Finanzplanungserlasses mit jährlichen Zuwächsen von 5 % wurde zurückhaltender, mit 3 %, umgesetzt. Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen wird weiterhin mit einem jährlichen Anstieg von durchschnittlich 2 % gerechnet. Bis auf die gesetzlichen Umlagen, sollen alle anderen ordentlichen Aufwendungen zur Konsolidierung des Kernhaushaltes im Planungszeitraum beitragen. Das Risiko eines weiteren Aufgabenzuwachses konnte im Planungszeitraum nicht berücksichtigt werden. Das Zinsniveau am Kapitalmarkt wurde gleichbleibend günstig, unter Berücksichtigung eines angemessenen Risikos und weiter ansteigender Kassenkreditbestände, prognostiziert. Die dennoch erhebliche Zinsbelastung verhindert einen Haushaltsausgleich am Ende des Planungszeitraumes. Gegenüber der Antragstellung für den Kommunalen Schutzschirm sind bereits Änderungen eingetreten, welche auf Veränderung im KFA und auf Aufgabenzuwächse (z. B. Wohngeld) zurückzuführen sind. Diese werden nunmehr zusätzlich dargestellt. Desweiteren wird diesbezüglich auf das Haushaltskonsolidierungskonzept verwiesen.

Fazit

Die defizitäre Entwicklung des Kreishaushaltes setzt sich, trotz der Steuermehreinnahmen, auf allen staatlichen Ebenen, fort. Die zeigt, dass die Unterfinanzierung des Landkreises überwiegend strukturelle Ursachen hat, die, selbst in einer konjunkturellen Aufschwungphase, einen Abbau der Verschuldung des Kreises nicht ermöglichen. Neben der Fortsetzung eigener Konsolidierungsbemühungen muss deshalb die strukturelle Unterfinanzierung des Kreises durch eine bessere Finanzausstattung und eine Senkung der gesetzlichen Leistungsstandards beseitigt werden.
Durch die Novellierung der GemHVO ist der Kreis entsprechend § 6 aufgefordert, darzustellen welche Auswirkungen sich aufgrund der demographischen Entwicklung für ihn und seine Einrichtungen ergeben werden. Langfristig ist mit einer stabilen Bevölkerung zwischen 250 und 260 Tsd. Einwohnern zu rechnen. Allerdings wird sich die Zusammensetzung der Bevölkerung, insbesondere aufgrund eines steigenden Durchschnittsalters, in den kommenden Jahrzehnten stark verändern. Dies führt zu einer Veränderung der Bedürfnisse der Kreisbevölkerung und hat auf die finanzielle Entwicklung sowohl bei der Steuerkraft als auch bei den Belastungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Infrastruktur einen starken Einfluss. Es bedarf deshalb auch weiterhin erheblicher personeller und finanzieller Anstrengungen um die Voraussetzungen für ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten und um attraktive Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Produktplan Kreis Bergstraße

Stand:	15.09.2010	34 Produktgruppen aktuell	69 Produkte aktuell

Teilhaushalt (THH)	Produktbereich (PB)	Produktgruppen (PG)	P-Nr.	Produkte (P)
1 - Zentrale Verwaltung	01 - Innere Verwaltung	111 - Verwaltungssteuerung und -service	1010	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung
			1020	Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss
			1030	Bürgerservice und Ehrenerweise
			1040	Pressearbeit
			1051	Personalmanagement und -entwicklung
			1070	IT-Management
			1081	Zentrale Dienste und Fuhrpark
			1100	Zentrales Controlling
			1110	Revision
			1121	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
			1140	Beschäftigtenvertretung
			1150	Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss
			1170	Haushaltsplanung und Finanzmanagement
			1181	Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung
			1210	Vereinsförderung
	02 - Sicherheit und Ordnung	121 - Statistik und Wahlen	1221	Wahlen und Statistik
		122 - Ordnungsangelegenheiten	1230	Kommunalaufsicht
			1241	Ordnungs- und Gewerbewesen
			1261	Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen
			1280	Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde
			1300	Fleischhygiene
			1311	Allgemeines Veterinärwesen
			1331	Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte
		126 - Brandschutz	1361	Brand- und Katastrophenschutz
2 - Schule und Kultur	03 - Schulträgeraufgaben	211 - Grundschulen	2010	Grundschulen
		216 - Kombinierte Schulformen	2021	Kombinierte Schulformen
		217 - Gymnasien	2040	Gymnasien
		221 - Förderschulen	2060	Förderschulen
		231 - Berufliche Schulen	2070	Berufliche Schulen
		241 - Schülerbeförderung	2080	Schülerbeförderung
		243 - Sonstige schulische Aufgaben	2085	Schulverwaltung
	04 - Kultur und Wissenschaft	271 - Volkshochschulen	2100	Kreisvolkshochschule

Produktplan Kreis Bergstraße

Stand:	15.09.2010	34	Produktgruppen aktuell	69	Produkte aktuell

Teilhaushalt (THH)	Produktbereich (PB)	Produktgruppen (PG)	P-Nr.	Produkte (P)
3 - Soziales und Jugend	05 - Soziale Leistungen	311 - Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	3010	Hilfe zum Lebensunterhalt
			3020	Hilfe zur Pflege
			3030	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
			3040	Hilfen zur Gesundheit
			3050	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen
			3060	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
		312 - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	3070	Leistungen nach SGB II
		313 - Hilfen für Asylbewerber	3080	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
		331 - Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	3101	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
		341 - Unterhaltsvorschussleistungen	3120	Unterhaltsvorschussleistungen
		351 - Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	3130	Sonstige Hilfen und Sozialleistungen
			3220	Seniorenberatung
	06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	361 - Förderung von Kindern in Tages-einrichtungen und in Tagespflege	3140	Förderung von Kindern und Jugend-lichen in Institutionen und in Tages-pflege
		362 - Jugendarbeit	3151	Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen
		363 - Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	3170	Hilfe zur Erziehung
			3190	Hilfe für junge Volljährige
			3200	Eingliederungshilfe
			3210	Andere Aufgaben der Jugendhilfe
4 - Gesundheit und Sport	07 - Gesundheitsdienste	414 - Maßnahmen der Gesundheitspflege	4011	Gesundheitshilfen und Prävention
			4020	Gesundheitsschutz
	08 - Sportförderung	421 - Förderung des Sports	4040	Sportförderung
5 - Gestaltung der Umwelt	09 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geo-informationen	511 - Räumliche Planungs- und Entwicklungs-maßnahmen	5010	Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit
			5020	Dorf- und Regionalentwicklung
			5030	Bauleitplanung
			5040	Geoinformationssystem (GIS)
	10 - Bauen und Wohnen	521 - Bau- und Grundstücksordnung	5051	Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung
		523 - Denkmalschutz und -pflege	5070	Denkmalschutz
	12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	542 - Kreisstraßen	5090	Verwaltung der Kreisstraßen
		547 - ÖPNV	5100	Öffentlicher Personennahverkehr
	13 - Natur- und Landschafts-pflege	554 - Naturschutz und Landschaftspflege	5111	Natur- und Artenschutz
		555 - Land- und Forstwirtschaft	5130	Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten
	14 - Umweltschutz	561 - Umweltschutzmaßnahmen	5141	Boden- und Gewässerschutz
			5080	Immissionsschutz und Schornstein-fegerwesen
	15 - Wirtschaft und Tourismus	571 - Wirtschaftsförderung und Tourismus	5170	Wirtschaftsförderung, Tourismus
6 - Zentrale Finanzleistungen	16 - Allgemeine Finanz-wirtschaft	611 - Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	6010	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
		612 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	6020	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
			6030	Beteiligungen - Mitgliedschaften

Deckungsregeln gemäß §§ 18,19 und GemHVO-Doppik

Gemäß dem Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 18 GemHVO-Doppik) dienen die Erträge des Gesamtergebnishaushaltes insgesamt zur Deckung der Aufwendungen des Gesamtergebnishaushaltes und die Einzahlungen des Gesamtfinanzhaushaltes insgesamt zur Deckung der Auszahlungen des Gesamtfinanzhaushaltes, soweit die GemHVO-Doppik nichts anderes bestimmt.

Bezüglich der Deckungsfähigkeit innerhalb der Budgets wird auf die beigefügten Budgetierungsregeln verwiesen.

Ferner werden auf der Ebene der Produkte die besonderen Deckungsvermerke angebracht.

Die zahlungswirksamen Personalaufwendungen (mit Ausnahme des Produktes 2100, Kreisvolkshochschule) werden untereinander (Kontengruppe 62 bis 64) und über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die nicht zahlungswirksamen Personalaufwendungen werden mit den nicht zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen und über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen werden untereinander (Kontengruppe 66) und über alle Teilhaushalte hinweg für deckungsfähig erklärt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kontengruppe 77) werden untereinander und über alle Teilhaushalte hinweg für deckungsfähig erklärt. Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 77 dürfen in Höhe zusätzlicher Zinserträge (Kontengruppe 57) geleistet werden.

Im Gesamtergebnishaushalt können zusätzliche periodenfremde Erträge für die Deckung zusätzlicher periodenfremder Aufwendungen verwendet werden.

Im Gesamtergebnishaushalt können zusätzliche periodenfremde Aufwendungen zu Lasten der Ansätze für ordentliche Aufwendungen, mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen, geleistet werden.

Mehraufwendungen auf Produktebene dürfen aufgrund von Mehrerträgen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (Kontengruppe 53) sowie bei den Zuweisungen und Zuschüssen (Kontengruppe 54) geleistet werden.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen werden innerhalb eines Teilhaushaltes für deckungsfähig erklärt. Ansätze für Projekte dürfen nicht zur Deckung von Pauschalansätzen verwendet werden.

Auszahlungen für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens können zu Lasten der zahlungswirksamen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppen 60, 61, 67 bis 69) des entsprechenden Produktes geleistet werden.

Die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten werden über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Richtlinien zur Budgetierung der Kreisverwaltung Bergstraße

Auf der Grundlage von §§ 4, 19, 20, 21 und 28 GemHVO werden für die Kreisverwaltung Bergstraße folgende "Richtlinien zur Budgetierung der Kreisverwaltung Bergstraße" erlassen:

Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten für alle Abteilungen der Kreisverwaltung Bergstraße mit Ausnahme der in der Trägerschaft des Kreises Bergstraße befindlichen Schulen und der Kreisvolkshochschule, für die gesonderte Richtlinien gelten.

Teil A – Budgets der Abteilungen

1. Budgets – Inhalte und Budgetbemessung

Den Abteilungen der Kreisverwaltung werden die betrieblichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppe 60, 61, 67-69) zur selbständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen eines Budgets (Abteilungsbudget) zugewiesen, sofern diese Aufwendungen dezentral bei den Produkten der jeweiligen Abteilung als Aufwand veranschlagt sind. Das Budget umfasst auch die mit den vorgenannten Aufwendungen verbundene Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG, Kontengruppe 089; Anschaffungskosten netto zwischen 60 € und 410 €) und die damit zusammenhängenden Auszahlungen.

Das Budget umfasst die vorgenannten Aufwendungen sämtlicher Produkte einer Abteilung, sofern zutreffend auch teilhaushaltübergreifend. Alle übrigen Aufwendungen gehören nicht in das Budget.

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße wird die Höhe der Budgets verbindlich festgesetzt.

2. Deckungsfähigkeit

Innerhalb eines Budgets sind sämtliche Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung zu Lasten der Aufwendungen des Budgets.

Im Übrigen besteht eine Deckungsfähigkeit zwischen verschiedenen Aufwendungen und Erträge nach Maßgabe gesonderter Deckungsvermerke im Haushaltsplan.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Budgetmittel sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt-Sachkonto zuzuordnen und entsprechend zu verbuchen. Die Zuordnung und Verbuchung ist auch dann bei dem zutreffenden Produkt-Sachkonto vorzunehmen, wenn die Mittel bei diesem Produkt-Sachkonto bereits verbraucht sind.

3. Budgetabweichungen und Übertragbarkeit

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Sofern Mehraufwendungen nicht aus dem Budget finanziert werden können, sind diese im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Kreisgremien zu genehmigen.

Vorlagen an die Kreisgremien zur Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen sind mit einem Vorschlag zur Deckung der Mehraufwendungen zu versehen und bedürfen der Mitzeichnung der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen eines Budgets (Minderaufwendungen) können in das Budget des folgenden Haushaltsjahres übertragen werden, sofern die Einsparung größer als 250 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Voraussetzung für die Übertragung der nicht ausgeschöpften Haushaltsermächtigungen ist, dass die Minderaufwendungen durch die oder den Budgetverantwortliche/n herbeigeführt wurden und damit managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Durch entsprechende Begründung der/des Budgetverantwortlichen ist dies der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter zusätzlicher Angabe des vorgesehenen Verwendungszweckes für die zu übertragenden Haushaltsermächtigungen darzulegen. Sind die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, ist eine Übertragung in Höhe von 100% der managementbedingten Minderaufwendungen und bis maximal zur Höhe des gesamten Unterschreitungsbetrages des Budgets möglich.

Die Bildung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist bei der Ermittlung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen vorrangig zu berücksichtigen.

Durch Vermerk im Haushaltsplan kann die Übertragbarkeit weiterer Aufwandspositionen festgelegt werden.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

4. Budgetverantwortung – Rechte und Pflichten

Die Budgetverantwortung für die Abteilungsbudgets obliegt der Leitung der jeweiligen Abteilung. Die Budgetverantwortung kann ganz oder teilweise durch schriftliche Verfügung auf eine/n nachgeordnete/n Mitarbeiter/in derselben Abteilung delegiert werden. Die Budgetverantwortlichen sind in diesem Falle der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen mitzuteilen.

Die Budgetverantwortung umfasst insbesondere die Planung und Überwachung des Budgets, die Pflicht zur Einhaltung des Budgetrahmens sowie die unterjährige Budgetberichtspflicht. Die Budgetverantwortlichen haben zudem die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen über sich abzeichnende Budgetüberschreitungen unverzüglich zu informieren und Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuleiten.

Die Budgetverantwortlichen erhalten von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen regelmäßig einen Auszug über den aktuellen Budgetstand bzw. haben Zugriff zu dem Auskunftsdienst der Finanzsoftware.

5. Ausbau der Budgetierung, Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung

Der Ausbau der Budgetierung im Zusammenhang mit einer ergebnis- und wirkungsorientierten Steuerung über Zielvereinbarungen und die damit verbundene Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung in den dezentralen Abteilungen ist geplant und in den nächsten Jahren zu entwickeln.

6. Inkrafttreten

Diese Budgetierungsrichtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Änderungen dieser Richtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Richtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 03. November 2008

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.	gez.
Matthias Wilkes	Thomas Metz
Landrat	Erster Kreisbeigeordneter

Teil B – Budget des Jugendamtes sowie des Amtes für Soziales des Kreises

1. Budgetierung

Die zahlungswirksamen Aufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 des Jugendamtes sowie die Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 des Sozialamtes werden - mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen - jeweils im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet.

Innerhalb des Budgets sind die Ansätze der Sachkonten der Kontengruppen 60, 61, 67 - 69, 71 und 72 gegenseitig deckungsfähig.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Ansätze sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt, Sachkonto und der sachlich richtigen Kostenstelle zuzuordnen und entsprechend zu buchen. Die Zuordnung und Buchung ist auch dann sachlich-richtig vorzunehmen, wenn ein einzelner Ansatz des Budgets überschritten wird.

2. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget trägt die jeweilige Abteilungsleitung.

3. Budgethöhe

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung wird die Höhe des Budgets verbindlich vereinbart.

Eine Überschreitung des Budgets ist nicht zulässig. Bei Änderung grundlegender Rahmenbedingungen (z.B. Erhöhung der Entgeltsätze) und bei Eintritt nicht steuerbarer Umstände, ist über die Höhe des Budgets bereits unterjährig zu verhandeln.

4. Budgetabweichungen und Übertragbarkeit

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Mehraufwendungen, die nicht aus dem Budget finanziert werden können, sind im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Kreisgremien zu genehmigen. Vorlagen hierzu sind mit einem Vorschlag zur Deckung der Mehraufwendungen zu versehen und bedürfen der Mitzeichnung der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Wird die Haushaltsermächtigung des Budgets nicht ausgeschöpft, kann sie bis zu 30% ihres nicht ausgeschöpften Umfanges übertragen werden. Die zu übertragende Ermächtigung darf den Wert von 5.000 € nicht unterschreiten.

Voraussetzung ist, dass Minderaufwendungen durch das jeweilige Amt herbeigeführt wurden, also managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Eine entsprechende Begründung ist unter Angabe des beabsichtigten Verwendungszweckes der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen abzugeben.

Der Kreisausschuss beschließt im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses über die Übertragung von Haushaltsermächtigungen. Sie bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

5. Budgetberichte

Über die Entwicklung der Budgetansätze wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte Auskunft gegeben. Die Entwicklung ist im Vorbericht zum Haushaltsplan/Rechenschafts-bericht zum Jahresabschluss fortzuschreiben.

6. Inkrafttreten

Diese Budgetierungsrichtlinien treten zum 1.1.2011 in Kraft.
Die Änderungen dieser Richtlinien treten zum 01.01.2013 in Kraft.

Sie verlängern sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 10. Dezember 2012

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Matthias Schimpf
Kreisbeigeordneter

Teil C – Budget der Kostenstelle 1139 Jugendamt

1. Budgetierung

Das Budget erfasst alle Erträge und Aufwendungen der Kostenstelle 1139 - Umsteuerungskonzept - in den Produkten 3151, 3170, 3190 und 3210. Zum Budget gehören auch die zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen. Zahlungsunwirksame Aufwendungen dürfen jedoch aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht zur Deckung zahlungswirksamer Aufwendungen herangezogen werden.

Mehraufwendungen können nur geleistet werden, wenn Mehrerträge zur Verfügung stehen.

2. Deckungsfähigkeit

Innerhalb des Budgets sind die Aufwendungen der Sachkonten der Kontengruppen
- 60, 61, 67 - 69 für den Sachaufwand
- 62 - 65 für die Personal- und Versorgungsaufwendungen, jedoch ohne die Rückstellungskonten,
- 71 für die Zuweisungen und Zuschüsse
- 72 für die Transferaufwendungen

gegenseitig deckungsfähig.

3. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget des Jugendamtes trägt die jeweilige Leitung des Jugendamtes.

4. Budgethöhe

Die Höhe des Budgets bestimmt sich durch die Höhe der Umsteuerungserträge. Eine Überschreitung des Budgets ist nicht zulässig. Überschüsse können zu 100% in das Folgejahr übertragen werden

5. Budgetbericht

Im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte wird auch über die Entwicklung der Kostenstelle 1139 berichtet.

6. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 1.1.2011 in Kraft und gelten bis zum Ende des Projektzeitraums am 31.12.2013.

Heppenheim, den 13. Dezember 2010

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Thomas Metz
Erster Kreisbeigeordneter

Teil D – Budgets der Beratungsstellen des Kreises für Eltern, Kinder und Jugendliche

1. Budgets – Inhalte und Budgetbemessung

Die den beiden Erziehungsberatungsstellen jeweils zuzuordnenden Aufwendungen und Erträge bilden jeweils insgesamt ein Budget (Kostenstellenbudget Erziehungsberatungsstelle Bensheim und Kostenstellenbudget Erziehungsberatungsstelle Lampertheim).

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße wird die Höhe der Budgets verbindlich festgesetzt.

2. Deckungsfähigkeit

Innerhalb eines Budgets sind sämtliche Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung zu Lasten der Aufwendungen des Budgets.

Alle zahlungswirksamen Mehrerträge berechtigen zur Leistung von Mehraufwendungen.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Budgetmittel sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt-Sachkonto zuzuordnen und entsprechend zu verbuchen. Die Zuordnung und Verbuchung ist auch dann bei dem zutreffenden Produkt-Sachkonto vorzunehmen, wenn die Mittel bei diesem Produkt-Sachkonto bereits verbraucht sind.

3. Budgetabweichungen und Übertragbarkeit

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Sofern Mehraufwendungen nicht aus dem Budget finanziert werden können, sind diese im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Kreisgremien zu genehmigen. Vorlagen an die Kreisgremien zur Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen sind mit einem Vorschlag zur Deckung der Mehraufwendungen zu versehen und bedürfen der Mitzeichnung der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen eines Budgets (Minderaufwendungen) können in das Budget des folgenden Haushaltsjahres übertragen werden, sofern die Einsparung größer als 250 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Voraussetzung für die Übertragung der nicht ausgeschöpften Haushaltsermächtigungen ist, dass die Minderaufwendungen durch die oder den Budgetverantwortliche/n herbeigeführt wurden und damit managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Durch entsprechende Begründung der/des Budgetverantwortlichen ist dies der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter zusätzlicher Angabe des vorgesehenen Verwendungszweckes für die zu übertragenden Haushaltsermächtigungen darzulegen. Sind die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, ist eine Übertragung in Höhe von 50% der managementbedingten Minderaufwendungen unter Verrechnung etwaiger managementbedingter Mindererträge möglich.

Die Bildung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist bei der Ermittlung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen vorrangig zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

4. Budgetverantwortung – Rechte und Pflichten

Die Regelungen zu Teil A lfd. Nr. 4 "Budgetverantwortung – Rechte und Pflichten" gelten analog.

5. Ausbau der Budgetierung, Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung

Die Regelungen zu Teil A lfd. Nr. 5 "Ausbau der Budgetierung, Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung" gelten analog.

6. Inkrafttreten

Diese Budgetierungsrichtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Änderungen dieser Richtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Richtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 03. November 2008

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Thomas Metz
Erster Kreisbeigeordneter

Richtlinien zur Budgetierung an Schulen des Kreises Bergstraße

Auf der Grundlage von § 127a Absatz 2 des Hessischen Schulgesetzes (“Selbstverwaltung der Schule") werden für die Schulen des Kreises Bergstraße folgende "Richtlinien zur Budgetierung an Schulen" erlassen:

1. Ziele der Budgetierung

Ziel der Budgetierung an Schulen ist die Stärkung der Eigenverantwortung und Autonomie aller Schulen. Zu diesem Zweck wird eine weitestgehende Zusammenführung von Aufgaben- und Budgetverantwortung angestrebt. Eine flexiblere und wirtschaftlichere Haushaltsführung sowie eine Optimierung und Reduzierung von Verwaltungsabläufen sind ebenfalls Ziele der Budgetierung.

2. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget der Schule trägt die Leiterin oder der Leiter der jeweiligen Schule oder im Vertretungsfall deren oder dessen Stellvertretung im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Schulkonferenz gemäß § 129 Nr. 9 des Hessischen Schulgesetzes über den schuleigenen Haushalt im Rahmen dieser Richtlinien entscheidet.

Die Budgetverantwortung beinhaltet die Budgetzuständigkeit, die Überwachung und Einhaltung des Gesamtbudgets sowie die unterjährige Budgetberichtspflicht.

3. Inhalte der Budgets

Den Schulen werden nach gesonderter Maßgabe der im "Leitfaden zur Bewirtschaftung des Schulbudgets" näher verzeichneten Sachkonten einzelne Erträge aus Nebenerlösen (Erträge der Kontengruppe 53) sowie betriebliche Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppe 60, 61, 67-69) zur selbständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen eines Schulbudgets zugewiesen, sofern diese Erträge und Aufwendungen im Budget der jeweiligen Schule veranschlagt sind.

Das Budget umfasst auch die Anschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG's, Kontengruppe 089; Anschaffungskosten netto zwischen 60 € und 410 €) sowie von sonstigen Vermögensgegenständen über diese Wertgrenzen hinaus im Rahmen der gewährten Entscheidungskompetenzen und die damit zusammenhängenden Auszahlungen.

Unabhängig von der selbständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung des Budgets durch die Schulen ist es dem Schulträger vorbehalten, Mindeststandards für die mit den Budgetmitteln übertragenen Aufgaben zu definieren.

4. Deckungsfähigkeit der Budgetmittel

Für die Schulbudgets wird ein gemeinsamer Deckungskreis eingerichtet. Dieser Deckungskreis wird verantwortlich durch die Schulabteilung bewirtschaftet und darf nur zur Vermeidung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen innerhalb der Schulbudgets verwendet werden.

Innerhalb eines Budgets sind sämtliche Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig. Ferner besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung von geringwertigen Ver-

mögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG's) sowie von sonstigen Vermögensgegenständen über diese Wertgrenzen hinaus mit den Aufwendungen des Budgets.

Zahlungswirksame Mehrerträge berechtigen zur Leistung von Mehraufwendungen.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Budgetmittel sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt-Sachkonto zuzuordnen und entsprechend zu verbuchen. Die Zuordnung und Verbuchung ist auch dann bei dem zutreffenden Produkt-Sachkonto vorzunehmen, wenn die Mittel bei diesem Produkt-Sachkonto bereits verbraucht sind.

5. Budgethöhe, Bemessungsgrundlagen, Budgetanpassung

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße wird die Höhe der Schulbudgets verbindlich vereinbart. Den Schulen wird zu Beginn eines Haushaltsjahres die Höhe der Schulbudgets durch den Schulträger mitgeteilt.

Die Bemessung der in jedem Schulbudget enthaltenen Einzelansätze erfolgt nach Maßgabe der im "Leitfaden zur Bewirtschaftung des Schulbudgets" dargelegten Bemessungsgrundlagen und Berechnungsverfahren. Der Leitfaden wird mit der Beschlussfassung über diese Richtlinien verbindlich. Die Verwaltung ist berechtigt, eine Änderung, Aktualisierung oder Ergänzung des Leitfadens im Rahmen dieser Richtlinien vorzunehmen.

Die für die Budgethöhe maßgeblichen Bemessungsgrundlagen und Berechnungsverfahren werden jährlich durch den Schulträger auf die Notwendigkeit einer Anpassung überprüft.

6. Budgetbewirtschaftung, Zweckbindung

Die Haushaltsmittel sind sparsam und zweckmäßig zu bewirtschaften. Aufträge für Lieferungen und Leistungen dürfen nur erteilt werden, wenn die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Bestehende Ausgabeverpflichtungen sind vorab bei der Bewirtschaftung der Budgetmittel zu berücksichtigen.

Aufwendungen, die durch entsprechende Entscheidungen der oder des Budgetverantwortlichen entstehen, sind innerhalb des Budgets zu finanzieren. Es ist stets sorgfältig zu prüfen, ob die beabsichtigten Aufwendungen zu den Sachkosten gehören, die der Schulträger gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu tragen hat.
Aufwendungen dürfen nur im Rahmen der Zweckbindung der unter Ziffer 3 genannten Aufwandsarten geleistet werden.

7. Einnahmeerzielung

Der Schulträger unterstützt das Bestreben der Schulen, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, um damit die Eigenständigkeit, Eigeninitiative und Öffnung der Schulen gegenüber ihrem Umfeld zu fördern und zu stärken.

Einnahmen können insbesondere aus Fremdnutzung schulischer Einrichtungen, durch Erstattung von Kopierkosten und Telefongebühren sowie durch Kostenerstattungen für das Erbringen von Dienstleistungen erzielt werden. Der Schulträger kann hierzu gesonderte Richtlinien erlassen und Musterverträge zur Verfügung stellen.

Erzielte Einnahmen im Rahmen des Budgets (Erträge aus Nebenerlösen) werden grundsätzlich mit "Null-Ansätzen" in die jeweiligen Haushaltsplanentwürfe eingestellt. Durch entspre-

chenden Haushaltsvermerk wird sichergestellt, dass zahlungswirksame Mehrerträge zur Leistung von Mehraufwendungen verwendet werden dürfen.

Sofern bei der Erzielung von Einnahmen Aufwendungen entstehen, sind diese aus dem Schulbudget zu finanzieren.

Von der Erzielung von Einnahmen bleiben die Grundsatzentscheidungen des Schulträgers für den Bereich der außerschulischen Nutzung der Schulräume durch die Kreisvolkshochschule und deren Zweigstellen sowie die außerschulische Nutzung der Sporteinrichtungen durch die Vereine unberührt.

8. Budgetgarantie

Die im Rahmen der Budgetierung an Schulen bewirtschafteten Haushaltsmittel bleiben von haushaltswirtschaftlichen Sperren ausgenommen.

9. Budgeteinhaltung

Aufwendungen dürfen von den Schulen ausschließlich in der Höhe des vom Kreistag des Kreises Bergstraße bereitgestellten Gesamtbudgets geleistet werden. Jedoch können zahlungswirksame Mehrerträge zur Leistung von Mehraufwendungen herangezogen werden.

Eine Überschreitung des der Schule zugewiesenen Gesamtbudgets ist grundsätzlich nicht zulässig.

10. Budgetabweichungen

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Sofern Mehraufwendungen aus einem Schulbudget nicht finanziert werden können, sind diese durch die Inanspruchnahme anderer Schulbudgets auszugleichen. Dieser Ausgleich ist durch die Schulabteilung zwischen den betroffenen Schulen herzustellen und dem Finanz- und Rechnungswesen mitzuteilen. Hierbei kann vereinbart werden, dass die übertragenen Mittel im Folgejahr von der begünstigten Schule zurückgegeben werden müssen. Ist ein solcher Ausgleich nicht möglich, können, bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen des § 100 HGO, über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, entsprechend der gültigen Haushaltssatzung, bewilligt werden. Der Antrag auf Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Aufwendungen ist mit einem Deckungsvorschlag zu versehen und dem Finanz- und Rechnungswesen zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

Bei Budgetüberschreitungen ist zu berücksichtigen, inwieweit die Abweichungen von der oder dem Budgetverantwortlichen beeinflusst wurden oder beeinflussbar waren und damit managementbedingt sind.

Zur Entscheidung, inwieweit Budgetüberschreitungen managementbedingt sind, hat die oder der Budgetverantwortliche über die Schulabteilung eine Stellungnahme zur möglichen oder bereits eingetretenen Budgetüberschreitung bei der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter Angabe möglicher bzw. bereits ergriffener Gegensteuerungsmaßnahmen einzureichen.

Budgetüberschreitungen werden, soweit diese von der oder dem Budgetverantwortlichen

- beeinflusst wurden oder beeinflussbar waren, auf das Budget der Schule für das Folgejahr vorgetragen (Verlustvortrag)
- nicht beeinflussbar waren, durch Anpassung des Budgets der Schule im Zuge der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen beglichen.

11. Übertragung von Budgetmitteln

Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen eines Budgets (Minderaufwendungen) können in das Budget des folgenden Haushaltsjahres übertragen werden, sofern die Einsparung größer als 100 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Voraussetzung für die Übertragung der nicht ausgeschöpften Haushaltsermächtigungen ist, dass die Minderaufwendungen durch die oder den Budgetverantwortliche/n herbeigeführt wurden und damit managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Durch entsprechende Begründung der oder des Budgetverantwortlichen ist dies unter zusätzlicher Angabe des vorgesehenen Verwendungszweckes für die zu übertragenden Haushaltsermächtigungen der Schulabteilung zur Prüfung und zur Weitergabe an die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen darzulegen. Sind die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, ist eine Übertragung in Höhe von 100% der managementbedingten Minderaufwendungen und bis maximal zur Höhe des gesamten Unterschreitungsbetrages des Budgets möglich.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

12. Delegation von Entscheidungskompetenzen

Der oder dem Budgetverantwortlichen wird im Rahmen der zur Bewirtschaftung zugewiesenen Budgetmittel in Abweichung von Ziffer 8.1 a) der "Dienstanweisung für die Vergabevon Lieferungen und Leistungen - ausgenommen Bauleistungen - des Kreises Bergstraße“ die Befugnis erteilt, Einzelaufträge bis zu einem Wert von 5.100 € (netto) in eigener Verantwortung zu erteilen.

Aufträge werden von der jeweiligen Schule im Rahmen der festgesetzten Höchstbeträge namens und im Auftrag des Kreisausschusses des Kreises Bergstraße erteilt. Zur Unterzeichnung der Aufträge ist ausschließlich die Leiterin oder der Leiter der Schule sowie im Verhinderungsfalle deren oder dessen Stellvertretung berechtigt.

Bei den Auftragsvergaben sind die Bestimmungen des Vergaberechts sowie die hierzu ergangenen Dienstanweisungen des Kreises Bergstraße in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Für die Höhe der den Schulen übertragenen Entscheidungsbefugnis sind demgemäß die Vorgaben für die "freihändige Vergabe" maßgebend. Bei freihändigen Vergaben sind in der Regel 3 Preisangebote einzuholen; dies gilt nicht für die Beschaffungen des täglichen Bedarfs bis zu einem Betrag von 410 € (netto).

13. Budgetüberwachung

Zur Budgetüberwachung verfügen die Budgetverantwortlichen über einen Zugang zu dem Auskunftsdienst der Finanzsoftware.

14. Budgetberichte

Die Budgetverantwortlichen haben der Schulabteilung über sich abzeichnende Budgetüberschreitungen unverzüglich zu berichten und Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuleiten

Die Schulabteilung berichtet regelmäßig der Abteilung Controlling in standardisierter Form über die Entwicklung der Schulbudgets.

15. Jahresabschluss der Schulbudgets

Jede Schule erhält einen Jahresabschluss ihres Budgets.

16. Beschaffungs- und Vertragswesen

Das bisherige zentrale Beschaffungswesen sowie der Abschluss von Rahmenverträgen durch den Schulträger bleiben von den Richtlinien zur Budgetierung unberührt. Die Inanspruchnahme des zentralen Beschaffungswesens sowie der Rahmenverträge erfolgt durch die Schulen auf freiwilliger Basis.

17. Zentrales Anordnungswesen, Rechnungsabwicklung, Inventarisierung

Zum 01.01.2008 wurde in der Kreisverwaltung Bergstraße eine zentrale Finanzbuchhaltung im Zuge der Einführung der Doppik eingerichtet, in der alle Anordnungen zentral erfasst und verbucht werden, incl. der Inventarisierung der Vermögensgegenstände.

Die Verfahren zur Rechnungsabwicklung sowie zur Inventarisierung von Vermögensgegenständen werden durch den "Leitfaden zur Bewirtschaftung des Schulbudgets" näher spezifiziert.

18. Aufwendungen für die Energieversorgung, für sonstige Bewirtschaftungskosten sowie für die bauliche Unterhaltung

Aufwendungen für die Energieversorgung sind nicht Bestandteil der Budgets. Zur Honorierung einer sparsamen Energiebewirtschaftung sowie pädagogischer Konzepte der Schulen zur Energieeinsparung besteht ein Prämienmodell nach Maßgabe gesonderter Richtlinien.

Die sonstigen Bewirtschaftungskosten (Wasser, Abwasser/Niederschlagswasser, Abfallentsorgung, Fremdreinigung sowie Pflege der Außenanlagen) sowie Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung sind ebenfalls nicht Bestandteil der Budgets. Managementbedingte Überschreitungen oder Einsparungen im Bereich der nicht im Budget enthaltenen sonstigen Bewirtschaftungskosten werden den Schulen jedoch direkt über den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft nach Maßgabe gesonderter Kriterien zugerechnet.

19. Schlussbestimmungen

Änderungen dieser Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Kreisausschusses.

20. Inkrafttreten

Die Richtlinien zur Budgetierung an Schulen treten zum 01.01.2005 in Kraft.
Die Änderungen dieser Richtlinien treten zum 01.01.2013 in Kraft.

Die Richtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 10. Dezember 2012

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez. Matthias Wilkes Landrat	gez. Matthias Schimpf Kreisbeigeordneter

Rahmenrichtlinien zur Bewirtschaftung des Budgets der Kreisvolkshochschule Bergstraße

1. Budgetierung

Die bei dem Produkt "Kreisvolkshochschule" veranschlagten Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Budgetierung bewirtschaftet.

Alle im Budget der Kreisvolkshochschule veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Zahlungswirksame Mehrerträge berechtigen zur Leistung von Mehraufwendungen.

Darüber hinaus besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG's) sowie von sonstigen Vermögensgegenständen über diese Wertgrenzen hinaus im Rahmen der gewährten Entscheidungskompetenzen zu Lasten der Aufwendungen des Budgets.

2. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget der Kreisvolkshochschule trägt die jeweilige Leiterin oder der jeweilige Leiter der Kreisvolkshochschule.

3. Budgethöhe

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung wird die Höhe des Zuschussbudgets der KVHS verbindlich vereinbart.

Eine Überschreitung des Zuschussbudgets ist nicht zulässig. Bei Änderung grundlegender Rahmenbedingungen (z.B. Kürzung des Landeszuschusses an die KVHS) ist über die Höhe des Zuschussbudgets bereits unterjährig neu zu verhandeln.

Das Budget der Kreisvolkshochschule bleibt grundsätzlich von Haushaltssperren ausgenommen.

4. Übertragung von Budgetmitteln

Im Sinne eines verstärkten Anreizes für wirtschaftliches Handeln ist es möglich, nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets (Minderaufwendungen) in Höhe von 75% und bis maximal zur Höhe des gesamten Unterschreitungsbetrages des Budgets in das Budget des folgenden Haushaltsjahres zu übertragen, sofern die Einsparung größer als 250 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Die Bildung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist bei der Ermittlung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen vorrangig zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

5. Budgetberichte

Im Gegenzug zur Budgetierung hat die Kreisvolkshochschule halbjährlich über die Entwicklung der Budgetansätze zu berichten. Die Entwicklung ist im Laufe der Folgejahre fortzuschreiben und im Vergleich zu den drei vorausgegangenen Haushaltsjahren darzustellen. Die Berichte sind dem Kreisausschuss jeweils über die Abteilung Controlling zuzuleiten. Stichtage für die Datenerhebung dieser Berichte sind der 15. April sowie der 01. November eines jeden Jahres. Die Berichte sind mit einer Prognose der Budgetansätze bis zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres zu versehen.

Sofern erkennbar ist, dass die Höhe des Zuschussbedarfes voraussichtlich nicht eingehalten werden kann, ist unter Beteiligung der Abteilung Controlling

- bei einer Abweichung bis 20.000,- EUR dem Landrat bzw. zuständigen Dezernenten
- bei einer darüber liegenden Abweichung dem Kreisausschuss

unverzüglich und unter Angabe möglicher bzw. bereits ergriffener Gegensteuerungsmaßnahmen hiervon zu berichten.

In den Budgetberichten ist in Ergänzung zu den finanzwirtschaftlichen Informationen über die Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Anzahl der durchgeführten Unterrichtseinheiten und Kurse sowie über die Ausfallquote zu berichten. Die Entwicklung ist in den Folgejahren im Vergleich zu den vier vorausgegangenen KVHS-Semestern darzustellen.

6. Delegation von Entscheidungskompetenzen

Zur Förderung des wirtschaftlichen Handelns werden der bzw. dem Budgetverantwortlichen folgende Entscheidungskompetenzen übertragen:

- Der bzw. dem Budgetverantwortlichen wird in Abweichung von Ziffer 8 (8.1) der Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen die Befugnis erteilt, Zuschlagserteilungen im Wert von 25.000,- EUR im Einzelfall vorzunehmen. Alle übrigen Regelungen der Dienstanweisung gelten fort.

- Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen an die selbständigen Zweigstellen der Kreisvolkshochschule bis zu einer Höhe von 10.000,- EUR.

- Entscheidung über die Honorierung sowie Beschäftigung freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Dozenten und KVHS-Beauftragte in den Zweigstellen).

- Entscheidung über den Abschluss zeitlich befristeter Arbeitsverträge (geringfügig Beschäftigte als Aushilfen).

- Entscheidung über die Auswahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisvolkshochschule unter Beteiligung des Personalrates. Bei der Bewerberauswahl sind - wenn möglich - interne Bewerberinnen und Bewerber der Kreisverwaltung zu berücksichtigen.

- Bestellung von Stellvertreterinnen und -vertretern in der Leitung der Kreisvolkshochschule aus dem Kreis der Fachbereichsleiterinnen und -leiter.

- eigenverantwortliche Durchführung der Öffentlichkeits- bzw. Pressearbeit.

Aufwendungen, die durch entsprechende Entscheidungen der bzw. des Budgetverantwortlichen entstehen, sind innerhalb des Budgets zu finanzieren.

Soweit die Haushaltssatzung des Kreises Stellenbesetzungssperren vorsieht, hat der Kreisausschuss über Ausnahmen zu entscheiden.

7. Sonstige Regelungen

Die Verantwortung für Inhalt und Durchführung des KVHS-Programms liegt bei der Leiterin oder dem Leiter der Kreisvolkshochschule. Vor Drucklegung wird die jeweilige Programmplanung mit dem Landrat bzw. dem zuständigen Dezernenten abgestimmt. Die endgültige Fassung des Programmheftes erfolgt im Benehmen mit dem Landrat bzw. dem zuständigen Dezernenten.

Der Kreisvolkshochschule werden für Unterrichtszwecke und sonstige Veranstaltungen Räumlichkeiten in den kreiseigenen Schulen und Dienstgebäuden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

8. Inkrafttreten

Diese Rahmenrichtlinien treten zum 01.01.2004 in Kraft. Die Änderungen dieser Richtlinien treten zum 01.01.2008 in Kraft.

Die Rahmenrichtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 10. Dezember 2007

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Thomas Metz
Erster Kreisbeigeordneter

Ergebnishaushalt

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
1	2	3	4	5	6
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-44.400	-42.600	-49.615,09
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.491.130	-7.177.880	-7.434.548,72
03	548-549	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-4.229.598	-3.656.708	-3.654.780,42
04	52	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-152.545.000	-148.100.000	-135.191.876,00
06	547	Erträge aus Tranferleistungen	-69.352.650	-77.194.870	-70.109.967,94
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-70.479.204	-62.262.628	-54.181.516,04
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-3.459.500	-3.479.400	-3.702.132,29
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-145.509	-75.809	-713.730,91
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-307.746.991**	**-301.989.895**	**-275.038.167,41**
11	62,63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	33.917.900	32.470.700	32.528.729,63
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	4.365.000	3.815.900	4.636.073,41
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.819.310	25.982.000	24.800.348,14
14	66	Abschreibungen	6.742.620	5.029.084	7.196.021,05
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	52.506.921	54.809.289	50.460.497,18
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	46.597.000	44.580.000	43.612.402,16
17	72	Transferaufwendungen	154.707.698	154.998.968	147.223.537,04
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.800	8.710	8.541,92
19		**Summe der ordentl. Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**324.665.249**	**321.694.651**	**310.466.150,53**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**16.918.258**	**19.704.756**	**35.427.983,12**
21	56, 57	Finanzerträge	-1.293.280	-1.782.050	-710.647,55
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.574.805	13.725.550	6.997.846,18
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)**	**10.281.525**	**11.943.500**	**6.287.198,63**
24		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	-309.040.271	-303.771.945	-275.748.814,96
25		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	336.240.054	335.420.201	317.463.996,71
26		**Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 und Nr. 25)**	**27.199.783**	**31.648.256**	**41.715.181,75**
27	59	Außerordentliche Erträge	-473.160	-202.065	-4.712.641,78
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	3.828.000	1.556.000	2.614.904,22
29		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**3.354.840**	**1.353.935**	**-2.097.737,56**
30		**Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**30.554.623**	**33.002.191**	**39.617.444,19**

Auflistung der Sachkonten zu den Positionen des Ergebnishaushaltes

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
01	**50**	**Privatrechtliche Leistungsentgelte**	
	5003000	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	-26.000
	5004000	Umsatzerlöse aus Überlassung von Rechten	-6.000
	5006000	Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-200
	5090000	sonstige Umsatzerlöse	-12.200
		Summe Position 50:	**-44.400**
02	**51**	**Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte**	
	5101000	öffentlich rechtliche Verwaltungsgebühren	-6.789.300
	5101001	Auslagenerstatz (öffentl. Rechtlich)	-250
	5106000	Öff.-rechtl. Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-575.000
	5110000	öffentlich rechtliche Benutzungsbegühren	-14.530
	5150000	Erträge aus Bußgeldern u Verwarnungen	-112.050
		Summe Position 51:	**-7.491.130**
03	**548-549**	**Kostenersatzleistungen und- ertattungen**	
	5480100	Kostenerstattungen vom Bund	-132.208
	5481000	Kostenerstattungen vom Land	-35.500
	5481010	Land, Erstattung von Beschulungskosten	-392.620
	5482000	Kostenerstattungen von Gemeinden/GV	-1.665.000
	5482010	Gastschulbeiträge	-322.020
	5483000	Kostenerstattungen von Zweckverbänden u. dergl.	-30.000
	5485000	Kostenerstattungen von verb Unternehmen,SV u. Bet.	-1.632.900
	5487000	Kostenerstattungen von priv Unternehmen	-1.550
	5490000	Andere Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-17.800
		Summe Position 548-549:	**-4.229.598**
05	**55**	**Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen**	
	5582000	Erträge aus Kreisumlage	-94.345.000
	5583000	Erträge aus Schulumlage	-58.200.000
		Summe Position 55:	**-152.545.000**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
06	**547**	**Erträge aus Tranferleistungen**	
	5470100	Kostenbeiträge u Aufwendungsersatz,Kostenersatz	-161.000
	5470101	AsylbLG - Sonstige Ersatzleistungen	-10.000
	5470102	AsylbLG - Rückzahlung gewährter Hilfen	-15.000
	5470110	Kostenbeitr.,Aufwend.ersatz,Kostenersatz - a.v.E.	-1.280.000
	5470120	Rückzahlung gewährter Hilfen a.v.E.	-90.000
	5470200	Übergel.Unterhaltsansprbürgerlrechtl Unterhaltspfl	-10.600
	5470211	Ersatzleistungen von Dritten (§ 7 UVG)	-700.000
	5470212	Rückzahlungen von UVG-Leistungen (§5 UVG)	-50.000
	5470300	Leistungen v Sozialleistungsträgern(Leist Dritter)	-199.350
	5470310	Leistungen v Sozialleistungsträgern a.v.E.	-15.000
	5470400	Sonstige Ersatzleistungen (Leist. Dritter)	-40.000
	5470500	Zinserträge darlehnsweise gewährter Hilfen	-15.300
	5470600	Ersatz v. Leistungen für Minderjährige a.v.E.	-100.000
	5471100	Kostenbeiträge u Aufwendungsersatz,Kostenersatz	-250.100
	5471120	Rückzahlung gewährter Hilfen i.E.	-42.800
	5471124	Ersatz v. Leistungen i.E. (§ 27-35 SGB VIII)	-650.000
	5471125	Ersatz v. Leistungen i.E. (Minderjährige)	-75.000
	5471126	Ersatz v. Leistungen i.E. (Volljährige)	-60.000
	5471200	Übergel.Unterhaltsansprbürgerlrechtl Unterhaltspfl	-100.200
	5471300	Leistungen v Sozialleistungsträgern(Leist Dritter)	-140.000
	5471321	Ersatz v. Leistungen i.E. (§ 19 SGB VIII)	-17.300
	5471323	Stationär Drittleistungen (§§27-24, 35a, 41)	-135.000
	5471400	Sonstige Ersatzleistungen (Leist. Dritter)	-45.000
	5472001	Leistungsbeteili bei Leist f Unterk/Heiz Arbeitssu	-11.696.000
	5472100	Leist beteil AlgohneUnterk/Heiz§19SGBIIOptionsgem.	-44.500.000
	5472200	Leist beteil Einglied Arbeitsuch§16SGBIIOptionsgem	-6.500.000
	5478100	Erstattung v sozialen Leistungen vom Land	-1.415.000
	5478200	Erstattung v sozialen Leistungen von Gemeinden/GV	-1.040.000
		Summe Position 547:	**-69.352.650**
07	**540-543**	**Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen**	
	5401001	Allg Finanzzuweis d Landes nach FAG	-5.883.700
	5401010	Schlüsselzuweisungen	-39.900.000
	5410310	Bedarfszuw. d Landes nach LAG,Landesausgleichsst.	-2.165.382
	5410311	Land, Zuweisung n.d. Jugendhilfelastenausgleich	-29.700
	5410390	Andere sonstige Zuweisungen d Landes	-221.137
	5410800	Sonstige Zuweisungen von privaten Unternehmen	-5.000
	5420001	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Bund	-1.100.000
	5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	-19.962.125
	5421011	Land, Zuweisung zu den Personal- und Sachkosten	-124.400
	5421012	Land, Zuwendung für Forbild. v. Mitarb. in Kitas	-2.400
	5421014	Land, Förderung der Tagesbetreuung f. Kinder < 3J.	-900.000
	5421016	Land, Angebote i.Rahmen d. Förd. der Tagespfl.>3J.	-50.000
	5423000	Zuweisungen f lfd Zwecke von Zweckverbänden	-115.040
	5428000	Zusch. für lfd Zwecke von übrigen Bereichen	-20.320
		Summe Position 540-543:	**-70.479.204**
08	**546**	**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten**	
	5460100	Erträge Auflös SOPO Invest vom öffentl Bereich	-3.459.500
		Summe Position 546:	**-3.459.500**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
09	**53**	**Sonstige ordentliche Erträge**	
	5300100	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	-1.400
	5309900	andere sonstige Nebenerlöse	-7.304
	5330000	Erträge aus Schadensersatzleistungen	-9.000
	5380000	Erträge Herabsetz/Auflös Rückst (außer Instandhal)	-75.000
	5399000	andere sonstige betriebliche Erträge	-52.805
		Summe Position 53:	**-145.509**
11	**62-63, [...]**	**Personalaufwendungen**	
	6200001	Entg. für geleist. Arbeitszeit (einschl. Zulagen)	20.420.200
	6260001	Ausbildungsentgelte f. gewerb. Azubis	284.000
	6300001	Dienst-, Amtsbezüge einschl. tarifl. Zulagen	6.329.400
	6400001	AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich	4.081.000
	6410000	sonst. Personalbez. Zahlungen an Sozialvers.träger	51.800
	6420000	Beiträge z. Berufsgenossenschaft u. Unfallvers.	138.000
	6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	1.733.300
	6471000	Zusatzversorgung Auszubildende	22.200
	6481000	Zuführung zur Rückstellung Lebensarbeitszeit	70.000
	6482000	Zuführung zur Rückstellung Mehrarbeitszeit	100.000
	6490000	Beih. u. Unterstützungsleist. an akt. Beamte u. AN	560.000
	6501000	Aufwendungen für Personaleinstellungen	20.000
	6560000	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	8.000
	6590000	übrige sonstige Personalaufwendungen	100.000
		Summe Position 62-63, [...]:	**33.917.900**
12	**644-646**	**Versorgungsaufwendungen**	
	6460003	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	3.856.000
	6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	509.000
		Summe Position 644-646:	**4.365.000**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
13	**60, 61, 67-69**	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	
	6010000	Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	137.820
	6010010	Vordrucke	382.000
	6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	420.610
	6011010	Arbeitsmat. für Fortbild. in der Jugendarbeit	800
	6011020	Arbeitsmaterial für Veranstaltungen	1.000
	6011030	Arbeitsm. f. Fortb. v. Mitarb. in Kitas	900
	6015000	Verbrauchsmaterial	6.200
	6020000	Hilfsstoffe	200
	6030000	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	10.740
	6030200	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel	4.150
	6051000	Strom	29.983
	6052000	Gas	35.235
	6054000	Heizöl	8.300
	6055000	Treibstoffe	67.000
	6056000	Wasser	15.950
	6057000	Abwasser	13.900
	6061000	Materialaufw. für Gebäude u. Außenanlagen	1.800
	6062000	Materialaufw. für techn. Anlagen in Betriebsbauten	2.100
	6063000	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	14.280
	6069000	sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	5.200
	6070000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	14.100
	6081000	Reinigungsmaterial	13.900
	6085000	Materialaufwand für Straßen, Wege, Plätze u.a.	24.000
	6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	412.120
	6089010	Materialaufwand Kreiselternbeirat	1.100
	6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	539.193
	6100600	Entgelte für Fleischkontrolleure u.amtl.Tierärzte	445.000
	6120000	Entwickl.-, Vers- und Konstr. Arbeiten d.Dritte	80.000
	6131000	Aufw. Entsch. ehrenamtl. Tätige (sow. N. Hkto 678)	45.540
	6139000	sonstige weitere Fremdleistungen	63.180
	6139200	Fremdleistungen Projekt SchuB	88.500
	6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauunterhaltung)	3.750
	6162000	Instandh. von techn. Anlagen in Betriebsbauten	150
	6163000	Instandh. von Einrichtungen und Ausstattungen	419.370
	6164000	Instandhaltung von Fahrzeugen	26.500
	6165000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingebr., Infrastr.verm.	1.105.000
	6166000	Wartungskosten	663.250
	6169000	sonstige Fremdinstandhaltung	24.250
	6171000	Aufwendungen für Fremdentsorgung	11.600
	6173000	Fremdreinigung	254.650
	6179000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.184.065
	6179200	Andere sonst. Aufwend bez. Leistgen: Beförderungsk	7.725.500
	6179300	Ganztagsangebote-Andere sonst. Aufwend bez. Leist.	1.032.700
	6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	197.560
	6700101	Mieten n.d. AsylbLG - Gemeinschaftsunterkünfte	1.074.500
	6700201	Mieten n.d. AsylbLG - Wohnungen	435.000
	6710000	Leasing	2.574.670
	6720000	Lizenzen und Konzessionen	215.351
	6730000	Gebühren	12.500
	6750000	Bankspesen / Kosten d. Geldverkehrs u.d. Kapitalbe	3.900
	6771000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskos	54.970
	6771100	Erstattung v. Kosten in Vorverfahren (Anwaltsgeb.)	8.776
	6771900	Pflegesatzverh., Gebühren für Schlichtungsstelle	2.500
	6773000	Aufw. für betriebswirtsch. Beratungen u. ähnl.	63.000
	6779000	Aufw. für andere Beratungsleistungen	216.200
	6780000	Aufw. für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dgl.	281.450
	6782000	Ehrengescheke, Ehrenpreise, Ehrenerweise	11.000

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
	6790000	sonstige Aufw. f. d. Inanspruchn. v. Rechten u. Di	7.200
	6810000	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	477.911
	6820000	Porto und Versandkosten	205.500
	6831000	Datenübertragungskosten	143.620
	6832000	Telefonkosten	94.200
	6840000	amtliche Bekanntmachungen	22.800
	6850000	Reisekosten	239.640
	6860000	Aufw. für Verfügungsmittel Kreistagsvors.	2.600
	6860001	Aufw. für Verfügungsmittel Landrat und Dez.	7.600
	6861000	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	88.920
	6862000	Aufw. für Gästebewirtung (Repräsentation)	13.150
	6869000	sonst. Aufwendungen für Repräsentation	15.450
	6869010	Aufwendungen für Werbung und Marketing	20.000
	6871000	Werbung - Geschenke bis 35 €	800
	6880000	Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	350.397
	6880001	Fortbildung von Mitarbeitern in Kindertagesstätten	37.500
	6880002	Fortbildungkosten für Betreuungskräfte	5.000
	6880003	Fortbildung der Amtsvormünder	1.400
	6880004	Fortbildung der Pflegeeltern	3.700
	6890000	sonstige Aufwendungen für Kommunikation	9.720
	6900001	Beiträge f. Gebäudebezogene Versicherungen	1.695
	6901000	Kfz-Versicherungsbeiträge	44.100
	6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	265.160
	6909010	Beiträge zur Schülerunfallversicherung	1.371.000
	6910000	Beitr. Wirtschaftsverb. & Berufsvertr, sonst. Vere	790.685
	6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	112.599
		Summe Position 60, 61, 67-69:	**25.819.310**
14	**66**	**Abschreibungen**	
	6611000	Abschr. auf Konzessionen u. a. Schutzrechte	1.400
	6615000	Abschr. aktivierte Investzuw.,-zuschüsse u. -beitr	2.208.030
	6619000	sonst. Abschr. immat. Verm.gegenstände d. Anl.verm	174.800
	6620000	Abschr. Gebäude u. -einr. , SachAnlag., InfrStrktV	1.100.000
	6630000	Abschr. auf techn. Anlagen u. Maschinen	4.300
	6640000	Abschr. auf and. Anlagen, BGA	561.190
	6645000	Abschreibung auf Geschäftsausstattung	200
	6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	425.100
	6672000	Einzelwertberichtigungen	888.000
	6673000	Pauschalwertberichtungen	1.379.600
		Summe Position 66:	**6.742.620**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
15	**71**	**Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen**	
	7119000	Übrige Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	912.637
	7122000	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	494.600
	7123000	Zuw. für lfd. Zwecke an Zweckverbände und dergl.	40.000
	7124000	Zuw. für lfd. Zwecke an sonstigen öffentl. Bereich	721.400
	7125000	Zusch. lfd. Zwecke verb. Unt., Sonderverm.,Beteil.	240.000
	7125010	Zusch. An den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	42.450.000
	7125050	Zusch. für lfd. Zw.an verb. Untern,Personal Leitst	235.000
	7125070	Zusch. an die Wirtschaftsf. Kreis Bergstr. mbH	437.500
	7127000	Zuschüsse für lfd. Zwecke an private Unternehmen	247.815
	7127010	Förder. der Tagesbetreuung v. Kindern < 3 J.	870.000
	7127011	Angebote i. R. der Förderung d. Tagespflege > 3 J.	50.000
	7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	2.947.779
	7128001	Aufwand für Agenda-Maßnahmen	15.000
	7128062	Fachstelle Jugendberufshilfe, Zuschuss	227.000
	7128064	Zuschüsse für Jugendleiter	100
	7128066	Verein Lernmobil e.V., Viernheim, Zuschuss	81.000
	7128068	Psycholog. Beratungsstelle Heppenheim, Zuschuss	92.150
	7128069	Zuw. JH-lastenausgl. für psy. Beratungsstelle HP.	86.540
	7128070	Beratungsstelle "Pro Familie", Zuschuss	73.000
	7172000	Sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	578.700
	7173000	Sonstige Erstattungen an Zweckverbände und dergl.	110.700
	7175000	sonstige Erstattungen an verbundene Unternehmen	1.470.000
	7178000	Sosntige Erstattungen an übrige Bereiche	126.000
		Summe Position 71:	**52.506.921**
16	**73**	**Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**	
	7353100	Krankenhausumlage	4.100.000
	7354300	LWV-Umlage	42.000.000
	7355000	Aufw. aus steuerähnl. Umlagen an Zweckv. & dgl.	214.000
	7365000	Aufw. aus steuerähnl. Abgaben an Land	252.000
	7369000	sonst. Aufw. aus steuerähnl. Abgaben	31.000
		Summe Position 73:	**46.597.000**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
17	**72**	**Transferaufwendungen**	
	7210000	Aufwand aus Transferleistungen - personenbezogen -	2.100.000
	7220000	Aufwand aus Transferleistungen - sachbezogen -	9.000
	7230000	Sozialhilfeleistungen (SGB XII) a.v.E.	11.692.000
	7231000	Grundsich. Alter, Erwerbsmind. (SGB XII) außerh.E	9.830.100
	7235000	Sozialhilfeleistungen (SGB XII) in Einrichtungen	7.836.000
	7236000	Grundsich. Alter, Erwerbsmind. (SGB XII) innerh.E	824.000
	7240000	Leist. Unterkunft, Heizung an AS (nach §22 SGB II)	32.000.000
	7241000	Leist.zur Eingl. Arbeitsuchender (nach §16 SGB II)	200.000
	7242000	Einmalige Leist. an Arbeitsuchende (§23 SGB II)	450.000
	7243000	ALG II o.Leist.f Unterk.u.Hzg(§§19ff SBG II) (O.G)	44.500.000
	7244000	Leistg.z.Eingl.v Arbeitss.(nach §16 SGB II) (O.G.)	6.500.000
	7244010	Zuw. - Integration älterer Menschen i.d. Arbeitsm.	1.100.000
	7250000	Jugendhilfeleist. natürl.Pers. außerhalb Einricht.	295.350
	7250001	Beratung in allg. Fragen der Erziehung & Entwickl.	8.000
	7250004	Leistungen der Eingliederungsh.ambulant (§35a)	1.381.900
	7250020	Leistungen der Jugendhilfe a.v.E. (§ 20 SGB VIII)	270.400
	7250023	Förderung von Kindern in Tagespflege (§ 23)	4.000.000
	7250027	Hilfen nach § 27 (2) SGB VIII, Einzelfälle	1.560.000
	7250030	Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, Einzelfälle	421.200
	7250031	Sozialpädagogische Familienhilfe, Einzelfälle	3.016.000
	7250035	Intensive sozialpäd. Einzelbetreuung, Einzelfälle	343.200
	7250041	Hilfe für junge Volljährige (§ 41)	637.800
	7250273	Hilfen nach § 27 (3) SGB VIII, Einzelfälle	260.000
	7251001	Leist. d. Eingliederungshilfe in stationären Einr.	2.551.200
	7251002	Leist. d. Eingliederungsh. i. teilstation. Einr.	297.640
	7251003	Leist. d. Eingl.-hilfe in station. Einr. (vollj.)	744.100
	7251019	Leistungen der Jugendhilfe i.E. (§19 SGB VIII)	811.200
	7251021	Leistungen der Jugendhilfe i.E. (§21 SGB VIII)	104.000
	7251022	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	2.000.000
	7251032	Leistungen der JH i.E. (Erziehung. in Tagesgrupe)	2.132.000
	7251034	Leistungen der Jugendhilfe i.E. (Heimerziehung)	7.072.000
	7251041	Hilfe für junge Volljährige (§ 41)	1.169.300
	7251042	Inobhutnahmen (§ 42)	837.000
	7251045	§ 34 MUF Heimerziehung	1.200.000
	7251330	Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)	2.080.000
	7251332	Erziehungsstellen (§ 33 (2) SGB VIII)	832.000
	7252100	HLU gem. § 2 AsylbLG	553.000
	7252250	Krankenhilfe gem. § 2 AsylbLG	234.000
	7252260	sonstige Hilfen gem. § 2 AsylbLG	3.000
	7252320	Zusatzleistungen gem § 3 AsylbLG	1.522.000
	7252330	Krankenhilfe gem § 3 AsylbLG	753.100
	7252340	Arbeitsgelegenheiten gem § 3 AsylbLG	5.000
	7254000	Leist. Heimkehrergesetz,§§ 276,276a LAG nat. Pers.	12.000
	7281000	Sonstige soziale Erstattungen an Land	300.000
	7299000	Andere Aufwendungen für sonst.Leistung. an Dritte	260.208
		Summe Position 72:	**154.707.698**
18	**70, 74, 76**	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	
	7020000	Grundsteuer	800
	7030000	Kfz-Steuer	8.000
		Summe Position 70, 74, 76:	**8.800**

	Sachkonto	Sachkonto-Name	Ansatz 2013
21	**56, 57**	**Finanzerträge**	
	5710002	Bankzinsen aus Derivatgeschäften	-1.150.000
	5758000	Ertr.aus Kredit-/Darlehnsvg.an sonst.inländ. Ber.	-42.580
	5762000	Mahngebühren	-100.000
	5790900	Übrige sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	-700
		Summe Position 56, 57:	**-1.293.280**
22	**77**	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	
	7710110	Bankzinsen an öff.-rechtl. Kreditinstitute	1.800.000
	7710210	Bankz. Kassenkred. an öff.-rechtl. Kreditinst.	8.650.000
	7710310	Zinsdienstumlage für die Konjunkturprogramme	1.119.805
	7761000	Zinsen & ähnl. Aufwendungen an Land	5.000
		Summe Position 77:	**11.574.805**
27	**59**	**Außerordentliche Erträge**	
	5901000	Erträge aus Spenden Nachlässen und Schenkungen	-42.500
	5989000	sonstige periodenfremde Erträge	-430.660
		Summe Position 59:	**-473.160**
28	**79**	**Außerordentliche Aufwendungen**	
	7941000	Verl. aus Abgang von Sachanlagen	2.780.000
	7970000	periodenfremde Aufwendungen	587.000
	7970012	periodenfremde Aufwendungen für Transferleistungen	461.000
		Summe Position 79:	**3.828.000**

Finanzhaushalt

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
1	2	3	4	5	6
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.400	42.600	47.914,32
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.491.130	7.177.880	7.309.022,69
03	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	4.229.598	3.656.708	3.195.952,59
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	152.545.000	148.100.000	135.191.876,00
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	69.352.650	76.944.620	69.109.327,05
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	70.479.204	62.262.628	54.674.428,86
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.293.280	1.782.050	700.035,04
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	586.169	114.874	313.075,64
09		**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**306.021.431**	**300.081.360**	**270.541.632,19**
10	830	Personalauszahlungen	-34.678.900	-32.721.600	-32.063.252,00
11	831	Versorgungsauszahlungen	-3.220.000	-3.080.000	-2.645.757,51
12	832	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-25.934.310	-26.138.000	-24.441.488,01
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	-155.159.698	-154.998.968	-145.579.413,72
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-52.506.921	-54.809.289	-48.091.367,52
15		Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichichen Umlageverpflichtungen	-46.597.000	-44.580.000	-43.617.090,66
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-11.574.805	-13.725.550	-7.589.964,65
17	837 848	Sonstige ordentliche und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-595.800	-8.710	-9.127,92
18		**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-330.267.434**	**-330.062.117**	**-304.037.461,99**
19		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 u. 18)**	**-24.246.003**	**-29.980.757**	**-33.495.829,80**
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.689.600	2.947.200	12.230.153,23
21	822	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	251.287,65
22	823	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	743.300	44.000	266.982,70
23		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)**	**3.432.900**	**2.991.200**	**12.748.423,58**
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	-342,23
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.680.000	-2.260.000	-788.833,83
26	840 834	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögen	-2.356.280	-4.373.900	-9.843.478,68
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-798.000	-95.000	-587.093,05
28		**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24 bis 27)**	**-5.899.280**	**-6.793.900**	**-11.219.747,79**
29		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)**	**-2.466.380**	**-3.802.700**	**1.528.675,79**
30		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**-26.712.383**	**-33.783.457**	**-31.967.154,01**
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	232.065.380	187.802.700	233.084.056,00
		(davon: Kreditaufnahme für Kassenkredite)	*228.650.000*	*184.000.000*	*231.370.000,00*
		(davon: Kreditaufnahme für Umschuldungen)	*949.000*	*0*	*0,00*
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-205.655.100	-154.266.100	-200.926.149,20
		(davon: Tilgungen für Kassenkredite)	*-200.000.000*	*-150.000.000*	*-197.280.000,00*
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*-949.000*	*0*	*0,00*
33		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)**	**26.410.280**	**33.536.600**	**32.157.906,80**
34		Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	50.000.000	50.000.000	42.641.128,95
35		Auszhalungen aus fremden Finanzmitteln	-50.000.000	-50.000.000	-42.670.228,15
36		**Finanzmittelüberschuss /-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**0**	**0**	**-29.099,20**
37		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nrn. 30 und 33)**	**-302.103**	**-246.857**	**161.653,59**
38		Geplanter Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	317.609	564.466	402.812,78
39		Geplante Veränderungen des Bestands an Zahlungsmitteln (Nr. 37)	-302.103	-246.857	161.653,59
40		**Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nrn. 38 und 39)**	**15.506**	**317.609**	**564.466,37**

Finanzhaushalt (gem. Muster 8 zu § 3 GemHVO)

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
1	2	3	4	5	6
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.400	42.600	47.914,32
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.491.130	7.177.880	7.309.022,69
03	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	4.229.598	3.656.708	3.195.952,59
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	152.545.000	148.100.000	135.191.876,00
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	69.352.650	76.944.620	69.109.327,05
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	70.479.204	62.262.628	54.674.428,86
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.293.280	1.782.050	700.035,04
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	586.169	114.874	313.075,64
09		**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**306.021.431**	**300.081.360**	**270.541.632,19**
10	830	Personalauszahlungen	-34.678.900	-32.721.600	-32.063.252,00
11	831	Versorgungsauszahlungen	-3.220.000	-3.080.000	-2.645.757,51
12	832	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-25.934.310	-26.138.000	-24.441.488,01
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	-155.159.698	-154.998.968	-145.579.413,72
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-52.506.921	-54.809.289	-48.091.367,52
15		Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichichen Umlageverpflichtungen	-46.597.000	-44.580.000	-43.617.090,66
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-11.574.805	-13.725.550	-7.589.964,65
17	837 848	Sonstige ordentliche und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-595.800	-8.710	-9.127,92
18		**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-330.267.434**	**-330.062.117**	**-304.037.461,99**
19		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 u. 18)**	**-24.246.003**	**-29.980.757**	**-33.495.829,80**
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.689.600	2.947.200	12.230.153,23
21	822	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	251.287,65
22	823	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	743.300	44.000	266.982,70
23		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)**	**3.432.900**	**2.991.200**	**12.748.423,58**
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	-342,23
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.680.000	-2.260.000	-788.833,83
26	840 834	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögen	-2.356.280	-4.373.900	-9.843.478,68
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-798.000	-95.000	-587.093,05
28		**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24 bis 27)**	**-5.899.280**	**-6.793.900**	**-11.219.747,79**
29		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)**	**-2.466.380**	**-3.802.700**	**1.528.675,79**
30		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nrn. 19 und 29)**	-26.712.383	-33.783.457	-31.967.154,01
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.415.380	3.802.700	1.714.056,00
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*949.000*	*0*	*0,00*
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen (davon	-5.655.100	-4.266.100	-3.646.149,20
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*-949.000*	*0*	*0,00*
33		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)**	**-2.239.720**	**-463.400**	**-1.932.093,20**
34		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nrn. 30 und 33)**	**-28.952.103**	**-34.246.857**	**161.653,59 *)**
35		Geplanter Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	-33.682.391	564.466	402.812,78
36		Geplante Veränderungen des Bestands an Zahlungsmitteln (Nr. 34)	-28.952.103	-34.246.857	161.653,59
37		**Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nrn. 35 und 36)**	**-62.634.494**	**-33.682.391**	**564.466,37**

**) Der Finanzmittelfehlbedarf des Ergebnisses 2011 beinhaltet auch die fremden Finanzmittel und den Saldo aus der Aufnahme von Kassenkrediten - gem. Muster 15 zu § 47 Abs. 1 GemHVO*

Übersicht über die Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen der Teilhaushalte, Produktbereiche und Produktgruppen für das HJ 2013

Produktbereich / Produktgruppe		Erträge	Aufwend.	Einzahl.	Auszahl.
Teilhaushalt 1 - Zentrale Verwaltung		**-8.096.650**	**21.810.155**	**8.010.650**	**-23.306.055**
01	**Innere Verwaltung**	**-2.363.000**	**13.368.925**	**2.288.000**	**-16.155.525**
111	Verwaltungssteuerung und -service	-2.363.000	13.368.925	2.288.000	-16.155.525
02	**Sicherheit und Ordnung**	**-5.733.650**	**8.441.230**	**5.722.650**	**-7.150.530**
121	Statistik und Wahlen	-6.000	58.120	6.000	-38.220
122	Ordnungsangelegenheiten	-5.496.450	7.039.710	5.485.450	-5.903.510
126	Brandschutz	-231.200	1.343.400	231.200	-1.208.800
Teilhaushalt 2 - Schule und Kultur		**-67.425.815**	**66.392.200**	**66.180.515**	**-66.321.080**
03	**Schulträgeraufgaben**	**-66.623.515**	**65.200.000**	**65.378.215**	**-65.210.880**
211	Grundschulen	-22.800	2.235.130	22.800	-2.329.230
216	Kombinierte Schulformen	-224.800	2.892.630	224.800	-3.164.640
217	Gymnasien	-226.075	2.619.690	249.775	-2.889.420
221	Förderschulen	-2.170	1.499.010	2.170	-1.365.500
231	Berufliche Schulen	-253.970	1.220.240	253.970	-1.554.590
241	Schülerbeförderung	-35.000	7.894.300	0	-7.878.200
243	Sonstige schulische Aufgaben	-65.858.700	46.839.000	64.624.700	-46.029.300
04	**Kultur und Wissenschaft**	**-802.300**	**1.192.200**	**802.300**	**-1.110.200**
271	Volkshochschulen	-802.300	1.192.200	802.300	-1.110.200
Teilhaushalt 3 - Soziales und Jugend		**-91.848.406**	**175.135.027**	**91.463.746**	**-171.055.497**
05	**Soziale Leistungen**	**-82.886.120**	**131.615.981**	**82.618.960**	**-128.715.901**
311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII	-10.706.242	32.637.113	10.674.082	-31.593.413
312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	-67.395.000	86.713.200	67.395.000	-86.509.200
313	Hilfen für Asylbewerber	-1.657.890	5.387.680	1.622.890	-5.200.080
331	Förderung der Wohlfahrtspflege	-491.910	1.290.675	491.910	-1.237.195
341	Unterhaltsvorschussleistungen	-2.350.000	4.150.587	2.150.000	-2.801.887
344	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	-31.400	54.718	31.400	-54.718
345		-240.000	240.000	240.000	-240.000
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	-13.678	1.142.008	13.678	-1.079.408
06	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**-8.962.286**	**43.519.046**	**8.844.786**	**-42.339.596**
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	-2.441.600	7.746.913	2.439.600	-7.665.613
362	Jugendarbeit	-407.350	2.946.850	377.350	-2.862.650
363	Sonstige Leistungen der Kinder- Jugend und Familienhilfe	-6.021.340	32.643.984	5.935.840	-31.635.034
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-91.996	181.299	91.996	-176.299
Teilhaushalt 4 - Gesundheit und Sport		**-163.600**	**2.446.814**	**163.600**	**-2.322.814**
07	**Gesundheitsdienste**	**-163.600**	**2.270.714**	**163.600**	**-2.172.114**
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	-163.600	2.270.714	163.600	-2.172.114
08	**Sportförderung**	**0**	**176.100**	**0**	**-150.700**
421	Förderung des Sports	0	176.100	0	-150.700

Produktbereich / Produktgruppe		Erträge	Aufwend.	Einzahl.	Auszahl.
Teilhaushalt 5 - Gestaltung der Umwelt		**-5.352.555**	**14.300.053**	**6.874.155**	**-13.105.354**
09	**Räumliche Planung und Entwicklung**	**-360.000**	**984.356**	**360.000**	**-933.556**
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	-360.000	984.356	360.000	-933.556
10	**Bauen und Wohnen**	**-1.924.905**	**2.415.410**	**1.924.905**	**-2.194.011**
521	Bau- und Grundstücksordnung	-1.915.000	1.889.350	1.915.000	-1.776.350
523	Denkmalschutz und -pflege	-2.605	386.850	2.605	-313.051
561	Umweltschutzmaßnahmen	-7.300	139.210	7.300	-104.610
12	**Verkehrsflächen und anlagen, ÖPNV**	**-1.374.600**	**7.594.400**	**2.196.200**	**-6.527.800**
542	Kreisstraßen	-733.900	5.181.100	815.500	-4.136.200
547	ÖPNV	-640.700	2.413.300	1.380.700	-2.391.600
13	**Natur- und Landschaftspflege**	**-1.083.250**	**1.726.502**	**1.083.250**	**-1.399.902**
554	Naturschutz und Landschaftspflege	-17.500	570.932	17.500	-499.832
555	Land- und Forstwirtschaft	-1.065.750	1.155.570	1.065.750	-900.070
14	**Umweltschutz**	**-572.600**	**684.885**	**572.600**	**-535.585**
561	Umweltschutzmaßnahmen	-572.600	684.885	572.600	-535.585
15	**Wirtschaft und Tourismus**	**-37.200**	**894.500**	**737.200**	**-1.514.500**
571	Wirtschaftsförderung	-37.200	894.500	737.200	-1.514.500
Teilhaushalt 6 - Zentrale Finanzleistungen		**-136.626.405**	**59.983.805**	**368.353.885**	**-265.224.205**
16	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**-136.626.405**	**59.983.805**	**368.353.885**	**-265.224.205**
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	-135.088.700	46.132.900	134.825.700	-46.120.100
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-1.537.705	13.850.905	233.528.185	-219.104.105

Teilergebnishaushalt THH 01 - Zentrale Verwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500	-1.000	-1.139,65
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.715.250	-4.371.700	-4.662.995,33
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.158.700	-1.304.900	-1.208.475,12
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.981.300	-1.967.200	-1.991.598,98
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-1.053,07
09	Sonstige ordentliche Erträge	-129.900	-43.600	-143.175,55
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-7.985.650**	**-7.688.400**	**-8.008.437,70**
11	Personalaufwendungen	13.818.400	12.906.800	13.376.862,11
12	Versorgungsaufwendungen	2.423.800	2.170.500	2.619.899,19
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.440.465	4.344.050	4.116.806,44
14	Abschreibungen	593.920	432.414	620.769,23
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	474.070	443.875	372.038,63
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	31.000	32.000	38.522,50
17	Transferaufwendungen	9.000		
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.000	8.000	7.833,56
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**21.798.655**	**20.337.639**	**21.152.731,66**
20	**Verwaltungsergebnis**	**13.813.005**	**12.649.239**	**13.144.293,96**
21	Finanzerträge	-100.000	-60.000	-106.550,15
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-100.000**	**-60.000**	**-106.550,15**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**13.713.005**	**12.589.239**	**13.037.743,81**
25	Außerordentliche Erträge	-11.000	-11.000	-86.452,49
26	Außerordentliche Aufwendungen	11.500	14.000	41.350,12
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**500**	**3.000**	**-45.102,37**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**13.713.505**	**12.592.239**	**12.992.641,44**
29	Sekundäre Erträge	-7.899.508	-7.672.126	-6.505.465,35
30	Sekundäre Aufwendungen	4.227.933	4.533.275	3.370.391,94
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-3.671.575**	**-3.138.851**	**-3.135.073,41**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**10.041.930**	**9.453.388**	**9.857.568,03**

Teilfinanzhaushalt THH 01 - Zentrale Verwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			742,01
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			1.287,65
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**			**2.029,66**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-326.500	-340.500	-360.261,41
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-98.000	-95.000	-87.093,05
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**	**-424.500**	**-435.500**	**-447.354,46**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**-424.500**	**-435.500**	**-445.324,80**

Produktbeschreibung Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1010	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Dezernenten L, I, II	Dezernenten L, I, II

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; zahlreiche Einzelgesetze
Produktbeschreibung	Koordination und Umsetzung der Vorgaben und Ziele anhand von Rechts- und Auftragsgrundlagen der Gesetzgeber, der Kreisorgane, des Landrats und der Dezernenten; Vertretung des Kreises Bergstraße nach außen sowie Projektmanagement. Erstellung und Betrieb der Internet-Homepage und des Intranet.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Dezernenten, alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung Intern: Alle Dezernenten, alle Abteilungen
Sonstige Erläuterungen	Für das Produkt „Kreisorgane und Verwaltungssteuerung“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgewiesen. Auf die Ziele und Kennzahlen der Produkte aus den jeweiligen Dezernaten wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-11.100	-9.373,50
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-26,53
10	**Summe der ordentlichen Erträge**		**-11.100**	**-9.400,03**
11	Personalaufwendungen	706.500	686.400	620.677,73
12	Versorgungsaufwendungen	228.100	182.900	206.854,55
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.450	39.450	48.489,63
14	Abschreibungen	300	300	480,17
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	15.000	18.000	13.145,18
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**989.350**	**927.050**	**889.647,26**
20	**Verwaltungsergebnis**	**989.350**	**915.950**	**880.247,23**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**989.350**	**915.950**	**880.247,23**
25	Außerordentliche Erträge			-23,63
26	Außerordentliche Aufwendungen			121,68
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**98,05**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**989.350**	**915.950**	**880.345,28**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	226.770	267.557	156.363,87
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**226.770**	**267.557**	**156.363,87**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.216.120**	**1.183.507**	**1.036.709,15**

Teilergebnishaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Durch die Umsetzung von Personal entfällt zukünftig die Erstattung des Personalaufwandes durch den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Kreisorgane und der Verwaltungsführung einschließlich der Verfügungsmittel des Landrates und der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten (7.600 €).

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, deren Beschaffung aus dem Budget finanziert wird.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen zu Agenda-Maßnahmen mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Im Finanzhaushalt dürfen Erlöse aus der Veräußerung von Kunstgegenständen zu 2/3 für die Beschaffung neuer Kunstgegenstände verwendet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-223,85	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-223,85**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-223,85**	

Produktbeschreibung Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1020	Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Helene Schüßler

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung
Produktbeschreibung	Geschäftsführung für die Kreisgremien Kreistag, Ausschüsse, Kreisausschuss (Sitzungsbearbeitung, Betreuung der Mitglieder, Informationsaustausch Gremien - Verwaltung) unter anderem mit Hilfe eines elektronischen Sitzungsdienstes mit Rats-, Amts- und Bürgerinformationssystem; Bearbeitung von personellen Vertretungen des Kreises bei Beteiligungen, in Verbänden und weiteren externen Institutionen; Bearbeitung von Satzungen und Regelwerken für die Gremiumsarbeit; Angelegenheiten des Hessischen Landkreistages.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung Intern: Kreisgremien, Behördenleitung, alle Abteilungen
Sonstige Erläuterungen	Der Sitzungsdienst für Fachkommissionen und die Betriebskommissionen der Eigenbetriebe wird aus Zweckmäßigkeitsgründen dezentral von den zuständigen Verwaltungsbereichen wahrgenommen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-10,17
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-10,17**
11	Personalaufwendungen	121.700	170.700	152.113,78
12	Versorgungsaufwendungen	48.200	63.100	77.312,47
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	293.700	293.750	278.547,36
14	Abschreibungen	1.220	1.110	1.184,30
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	6.770	6.775	5.559,45
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**471.590**	**535.435**	**514.717,36**
20	**Verwaltungsergebnis**	**471.590**	**535.435**	**514.707,19**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**471.590**	**535.435**	**514.707,19**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**471.590**	**535.435**	**514.707,19**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	89.962	110.229	53.465,77
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**89.962**	**110.229**	**53.465,77**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**561.552**	**645.664**	**568.172,96**

Teilergebnishaushalt Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Wenigeraufwand entsteht durch die Freistellungsphase der Altersteilzeit eines Beamten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Bezüglich des Minderbedarfs wird auf die Erläuterung zu Nr. 11 verwiesen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Kreisorgane und der Verwaltungsführung. Hierin enthalten sind 280 T€ Aufwandsentschädigungen der Mitglieder der Kreisgremien, die Fraktionsfördermittel und die Verfügungsmittel für den Kreistagsvorsitzenden (2,6 T€).

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung von aus Fraktionsfördermitteln angeschafften Vermögensgegenständen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen für die Fraktionsgeschäftsstellen der Regionalversammlung Südhessen und für das Freiherr-vom-Stein-Institut.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Verfügungsmittel des Kreistagsvorsitzenden sind gemäß § 13 GemHVO nicht Bestandteil des Abteilungsbudgets. Die Fraktionen des Kreistages können Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen zu Lasten der Fraktionsfördermittel leisten.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-723,99	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-723,99**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-723,99**	

Produktbeschreibung Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1030	Bürgerservice und Ehrenerweise

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Erlass über die Stiftung des Ehrenbriefes des Landes Hessen; Gesetz über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten; Richtlinien und Vorgaben der Hessischen Staatskanzlei sowie des Bundespräsidialamtes; interne Richtlinien und Vorgaben der Behördenleitung und Kreisgremien
Produktbeschreibung	Bürgerservice; Landesehrenbriefe; Bundesverdienstkreuze; Jubiläen; Ehrenplaketten; Rettungstaten; Medaillen; Glückwünsche; Kondolenzen und Nachrufe; Ehrenerweise; Beflaggung; Projekte; Organisation von Fahrten; Kreispartnerschaften; Förderung von Begegnungsmaßnahmen; Aufbau von Kontakten im Schul-, Jugend-, Sport- und Kulturbereich; Teilnahme an EU-Referenten-Tagungen der hessischen Landkreise.
Beteiligte	Extern: Hessische Staatskanzlei, Bundespräsidialamt, Kommunen, Vereine und Institutionen, Sportkreis, Partnerkreise Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung, Vereine, Institutionen, Verbände, Organisationen Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.139,65
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-1.800	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-24,00
10	**Summe der ordentlichen Erträge**		**-1.800**	**-1.163,65**
11	Personalaufwendungen	290.700	243.200	270.559,69
12	Versorgungsaufwendungen	2.600	5.300	6.978,58
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	63.310	73.310	44.759,58
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.800	3.800	3.735,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**360.410**	**325.610**	**326.032,85**
20	**Verwaltungsergebnis**	**360.410**	**323.810**	**324.869,20**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**360.410**	**323.810**	**324.869,20**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**360.410**	**323.810**	**324.869,20**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	132.599	142.801	89.027,17
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**132.599**	**142.801**	**89.027,17**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**493.009**	**466.611**	**413.896,37**

Teilergebnishaushalt Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Durch Umsetzung von Personal entfällt die Erstattung von Personalaufwand durch den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Ferner wurden diverse Personalveränderungen (siehe auch Produkt 4040) berücksichtigt.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist das Budget des Bürgerservice mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuschüsse für die "Geschichtsblätter des Kreises Bergstraße" und den Volkstrauertag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Aufwendungen der Kontengruppe 71 (Nr. 15) sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Nr. 15) sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 1040 Pressearbeit

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1040	Pressearbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hauptsatzung des Kreises Bergstraße
Produktbeschreibung	Vor- und Nachbereitung von Pressekonferenzen für die Dezernate L, I, II; Aufbereitung und Verfassen von Pressemitteilungen für die Dezernate L, I, II; Koordination der fachabteilungsbezogenen Pressearbeit des Landrats; Presseauswertung für die Kreisorgane und Verwaltungssteuerung; schriftliche und mündliche Unterrichtung von Presse, Rundfunk und Fernsehen; redaktionelle Bearbeitung und Herausgabe von Publikationen des Kreises Bergstraße; Unterstützung und Sicherstellung einer auf sachliche Information, Transparenz und Bürgernähe angelegten Pressearbeit; amtliche Bekanntmachungen des Kreises.
Beteiligte	Extern: Diverse Presseorgane Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1040 Pressearbeit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	57.300	49.600	48.875,49
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.145	25.145	17.918,51
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**82.445**	**74.745**	**66.794,00**
20	**Verwaltungsergebnis**	**82.445**	**74.745**	**66.794,00**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**82.445**	**74.745**	**66.794,00**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**82.445**	**74.745**	**66.794,00**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	28.083	25.853	14.622,95
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**28.083**	**25.853**	**14.622,95**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**110.528**	**100.598**	**81.416,95**

Teilergebnishaushalt Produkt 1040 Pressearbeit

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Pressestelle.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1051	Personalmanagement und -entwicklung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Personalmanagement	Diana Stolz

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Beamtengesetz; Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst; Bundesbesoldungsgesetz; Einkommensteuergesetz; Hessisches Personalvertretungsgesetz; Hessisches Gleichberechtigungsgesetz; Arbeitszeitgesetz; Sozialgesetzbuch; Mutterschutzgesetz; Bundeserziehungsgeldgesetz; Hessische Beihilfeverordnung; Vermögensbildungsgesetz; Arbeitssicherheitsgesetz; Beschlüsse der Kreisgremien; Dienstvereinbarungen; Dienstanweisungen; Hessische Laufbahnverordnung; Zuständigkeitsverordnungen; Hessische Reisekostenverordnung; Satzung über Aufwandsentschädigungen. Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für die Personalentwicklung ergibt sich als Teilaufgabe des Personalmanagements mit dem Ziel, Menschen, Teams und Organisationen dazu zu befähigen, ihre Aufgaben erfolgreich und effizient zu bewältigen und sich neuen Herausforderungen selbstbewusst und motiviert zu stellen.
Produktbeschreibung	Organisation und Beteiligung am Personalauswahlverfahren; Betreuung des Kreis- und Schulverwaltungspersonals im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen ab dem Zeitpunkt der Einstellung bis zum Ausscheiden der Bediensteten; Betreuung der Pensionäre; Personalabrechnungen; Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung des Personals.
Beteiligte	Extern: Fortbildungsträger, Schulungsinstitutionen Intern: Alle Abteilungen, Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Intern: Personal der Kreisverwaltung incl. Eigenbetriebe, Kreisgremien, Personalrat, Frauenbeauftragte
Vereinbarte Ziele	Deckelung der Personalaufwendungen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)	32,5287	32,4707	33,9179

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen	10,48 %	10,09 %	10,45 %
Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €	32.528.730 / 310.466.151	32.470.700 / 321.694.651	33.917.900 / 324.665.249

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu sonstiger Kennzahl: Die Kennzahl „Personalaufwandsquote“ (Personalintensität) zeigt, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-484.000	-337.300	-350.342,28
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-82.000	-7.000	-93.535,00
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-566.000**	**-344.300**	**-443.877,28**
11	Personalaufwendungen	2.230.500	1.931.700	2.765.230,23
12	Versorgungsaufwendungen	208.000	192.800	226.777,40
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	132.900	114.700	105.356,00
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.571.400**	**2.239.200**	**3.097.363,63**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.005.400**	**1.894.900**	**2.653.486,35**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.005.400**	**1.894.900**	**2.653.486,35**
25	Außerordentliche Erträge			-32.182,36
26	Außerordentliche Aufwendungen	7.000	14.000	6.796,45
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**7.000**	**14.000**	**-25.385,91**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.012.400**	**1.908.900**	**2.628.100,44**
29	Sekundäre Erträge	-2.080.900	-1.965.703	-2.683.055,08
30	Sekundäre Aufwendungen	68.500	56.803	54.954,64
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.012.400**	**-1.908.900**	**-2.628.100,44**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Erstattungsleistungen des Bundes für Altersteilzeit und Mutterschaft sowie der Eigenbetriebe für die Wahrnehmung der Personalverwaltung, Personalvertretung und für die Unfallversicherung. Durch den Anstieg Fälle von Altersteilzeit von 2 auf 9 erhöht sich die Erstattungsleistung des Bundes um 106 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Erstattungsleistungen der Eigenbetreibe steigen aufgrund der Tariferhöhungen um 38,9 T€ an.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Urlaub sowie aus Erträgen von Schadensersatzleistungen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die zusätzlichen Aufwendungen für 2,75 Stellen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Personalsachbearbeitung für die Eigenbetriebe, einen Zuwachs bei der Rückstellung für Mehrarbeitszeit sowie bei den Beihilfen für Beamte. Dem steht eine Entlastung durch die pauschale Veranschlagung von Fehlzeiten ohne Lohnfortzahlung
gegenüber.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Personalmanagements. Hiervon entfallen 90 T€ auf das allgemeine Fortbildungsbudget und 22,5 T€ auf Reisekosten. Der Mehrbedarf entsteht durch die Schulung von Führungskräften, der Beauftragten für Brandschutz, Datenschutz, Ausbildung sowie der Fachkraft für Arbeitssicherheit und Gesundheitsprävention. Damit verbunden ist auch eine Erhöhung der Reisekosten.

zu Nr. 29:
Veranschlagt sind die Erträge aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV				
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-98.000	-95.000	-87.093,05	
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-98.000**	**-95.000**	**-87.093,05**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-98.000**	**-95.000**	**-87.093,05**	

Produktbeschreibung Produkt 1070 IT-Management

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1070	IT-Management

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Organisation, EDV und zentrale Dienste	Michael Brückmann

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für das IT-Management ergibt sich aus dem notwendigen Geschäftsgang und dem allgemeinen Betrieb als Teil der Hauptverwaltung (mit Querschnittsfunktion). Gesetze und Normen (z. B. Haushaltsrecht, Vergaberecht, Arbeitsplatzrichtlinien, Datenschutz, Dienstvereinbarungen etc.) sind zu beachten und einzuhalten. IT-Konzept des Kreises Bergstraße.
Produktbeschreibung	Netzwerkbetreuung; Support; Leasing von Hardware; Beschaffung und Beratung bei Einsatz neuer Software.
Beteiligte	Extern: Lieferanten von IT-Hard- und Software, EDV-Hard- und Software; Leasingfirmen Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Intern: Alle Abteilungen, Kreisgremien

Teilergebnishaushalt Produkt 1070 IT-Management

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-35.100	-50.000	-50.042,62
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-206,11
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-35.100**	**-50.000**	**-50.248,73**
11	Personalaufwendungen	409.500	399.600	394.048,78
12	Versorgungsaufwendungen	14.000	16.100	17.350,86
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.071.625	1.057.750	998.769,47
14	Abschreibungen	240.000	185.000	232.022,20
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.735.125**	**1.658.450**	**1.642.191,31**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.700.025**	**1.608.450**	**1.591.942,58**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.700.025**	**1.608.450**	**1.591.942,58**
25	Außerordentliche Erträge			-5.873,41
26	Außerordentliche Aufwendungen			5.569,66
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-303,75**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.700.025**	**1.608.450**	**1.591.638,83**
29	Sekundäre Erträge	-1.772.731	-1.677.279	-1.666.688,46
30	Sekundäre Aufwendungen	72.706	68.829	75.049,63
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-1.700.025**	**-1.608.450**	**-1.591.638,83**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1070 IT-Management

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Sachaufwendungen durch die Eigenbetriebe. Da die Eigenbetriebe die Aufwendungen für die Softwarepflege direkt leisten, sind die Erträge an dieser Stelle rückläufig.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze des Budgets des IT-Managements. Hierin enthalten sind 550 T€ für Wartungskosten, 420 T€ für das Leasing von Harde- und Software sowie 50 T€ für den Erwerb von Lizenzen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Preisanpassung bei den Wartungskosten.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung des immateriellen Vermögens, der Betriebs- und Geschäftsausstattungen und der geringwertigen Wirtschaftsgüter. Der Zuwachs entsteht durch die Neuanschaffungen im investiven Bereich.

zu Nr. 29:
Veranschlagt sind die Erträge aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1070 und 1081 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1070 IT-Management

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			742,01	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**742,01**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-205.000	-230.000	-196.104,63	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-205.000**	**-230.000**	**-196.104,63**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-205.000**	**-230.000**	**-195.362,62**	

Investitionen Produkt 1070 IT-Management

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2008INV026 IT-Management/ Büromaschinen, Organisationsmittel	-45.000	-55.000	0	0	0	0	
2009INV014 Lizenzen, DV-Software	-170.000	-135.000	0	-100.000	-100.000	0	
2012INV005 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-15.000	0	0	0	0	0	
2013INV005 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-15.000	0	0	0	0	
2013INV033 DMS System	0	0	0	100.000	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1081	Zentrale Dienste und Fuhrpark

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Organisation, EDV und zentrale Dienste	Michael Brückmann

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für die Abteilung Organisation, EDV und zentrale Dienste ergibt sich aus dem notwendigen Geschäftsgang und dem allgemeinen Betrieb als Teil der Hauptverwaltung (mit Querschnittsfunktion). Gesetze und Normen (z.B. Haushaltsrecht, Vergaberecht, Arbeitsplatzrichtlinien, Datenschutz, Dienstvereinbarungen etc.) sind zu beachten und einzuhalten. Zu Fuhrpark: Leistung zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, Beschluss Kreisausschuss.
Produktbeschreibung	Beschaffung: Zentraler Einkauf von Wirtschaftsgütern für den gesamten Verwaltungsbedarf; Postein-/-ausgang: Abwicklung der gesamten Postläufe (intern und extern) in der Verwaltung; Druckerei: Herstellung von Druckerzeugnissen für die gesamte Verwaltung; Kommunikation: Organisation und Betreuung der gesamten Telekommunikations- und Informationstechnik in der Kreisverwaltung Bergstraße, Telefonzentrale; Bürgerbüro; Gebäude: Gebäudebelegung, Gebäudesicherheit, Hausmeisterdienste, Reinigung; Fuhrpark: Beschaffung, Verwaltung und Einsatz von Dienstfahrzeugen.
Beteiligte	Extern: Lieferanten, Leasingfirmen und Reparaturwerkstätten Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Bürgerinnen und Bürger Intern: Alle Abteilungen
Vereinbarte Ziele	Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note „gut“ (schriftliche Umfrage, Fragebogen)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
a) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten	1,33	2	2
b) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro	1,27	2	2
c) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt	1,18	2	2

Sonstige Erläuterungen	Das Bürgerbüro ist zum 01.08.2009 in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung Organisation, EDV und zentrale Dienste gewechselt (Kennzahlen zum Bürgerbüro vormals bei Produkt 1030 ausgewiesen).

Teilergebnishaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500	-1.000	
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-293.800	-274.800	-268.490,85
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-80,37
09	Sonstige ordentliche Erträge	-37.000	-35.000	-36.621,05
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-331.300**	**-310.800**	**-305.192,27**
11	Personalaufwendungen	1.323.100	1.335.900	1.319.266,93
12	Versorgungsaufwendungen	68.600	55.200	68.056,78
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.025.400	1.017.900	839.234,30
14	Abschreibungen	65.000	55.000	78.351,87
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.000	8.000	7.833,56
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.490.100**	**2.472.000**	**2.312.743,44**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.158.800**	**2.161.200**	**2.007.551,17**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.158.800**	**2.161.200**	**2.007.551,17**
25	Außerordentliche Erträge			-1.287,65
26	Außerordentliche Aufwendungen			313,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-974,25**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.158.800**	**2.161.200**	**2.006.576,92**
29	Sekundäre Erträge	-2.288.999	-2.283.734	-2.155.721,81
30	Sekundäre Aufwendungen	130.199	122.534	149.144,89
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.158.800**	**-2.161.200**	**-2.006.576,92**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Erläuterungen

zu Nr. 01:
Veranschlagt sind die Erlöse aus der privaten Nutzung von Einrichtungen.

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Erstattung von Personal- und Sachaufwand durch die Eigenbetriebe und die Wirtschaftsförderung. Die Mehrerträge entstehen durch die Tariferhöhungen.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind die Nebenerlöse aus dem Verkauf von Gegenständen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Dennoch entsteht durch den Eintritt der Freistellungsphase der Altersteilzeit von Mitarbeitern eine Reduzierung der Personalaufwendungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Zentralen Dienste und des Fuhrparks. Hierin enthalten sind 266 T€ für Porto und Telefon, 225 T€ für Fremdreinigung, 110 T€ für Leasing der Dienstfahrzeuge, 101 T€ für Treibstoffe sowie Kfz-Versicherung und 50 T€ für Instandhaltung der Fahrzeuge und Einrichtungen. Einsparungen werden erzielt bei den Beratungsleistungen, Porto und Telefon. Für die D115-Servicleistungen werden 78 T€ veranschlagt.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der geringwertigen Wirtschaftsgüter. Die Mehraufwendungen entstehen durch die Neuanschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung.

zu Nr. 18:
Veranschlagt ist die Kfz-Steuer für die Dienstfahrzeuge.

zu Nr. 29:
Veranschlagt sind die Erträge aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr.13) und die Ansätze der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Nr. 18, KFZ-Steuer) sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1070 und 1081 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			1.287,65	
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**1.287,65**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-105.000	-100.000	-80.078,42	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-105.000**	**-100.000**	**-80.078,42**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-105.000**	**-100.000**	**-78.790,77**	

Investitionen Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2008INV028 Zentrale Dienste/ Büromöbel u. sons. Ausstattung	-50.000	-70.000	0	-50.000	-50.000	0	
2008INV029 Fuhrpark/ Anschaffung von Dienstfahrzeugen	-15.000	0	0	0	0	0	
2012INV004 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-35.000	0	0	0	0	0	
2013INV004 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-35.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1100 Zentrales Controlling

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1100	Zentrales Controlling

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Controlling	Christina Michel

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung
Produktbeschreibung	Unterstützung der Verwaltungsführung und Fachabteilungen bei der Haushaltsplanung (Produkte, Ziele, Kennzahlen); Berichterstattung über Zielerreichung (externes Berichtswesen); Unterbreitung von Handlungsempfehlungen zu Steuerungs-/ Gegensteuerungsmaßnahmen incl. Umsetzungskontrolle; Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der Kreisverwaltung. Planung 2013: Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung sowie eines internen Berichtswesens incl. Weiterentwicklung Softwareeinsatz Controlling; Vertragsmanagement; Budgetierung an Schulen; Begleitung von KGSt-Vergleichsringen.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Intern: Kreisgremien, Behördenleitung, Abteilungsleitungen, dezentrales Controlling

Teilergebnishaushalt Produkt 1100 Zentrales Controlling

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	188.600	178.300	172.991,56
12	Versorgungsaufwendungen	23.800	32.100	39.391,23
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.850	13.850	7.964,44
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**225.250**	**224.250**	**220.347,23**
20	**Verwaltungsergebnis**	**225.250**	**224.250**	**220.347,23**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**225.250**	**224.250**	**220.347,23**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**225.250**	**224.250**	**220.347,23**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	56.401	83.798	54.260,60
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**56.401**	**83.798**	**54.260,60**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**281.651**	**308.048**	**274.607,83**

Teilergebnishaushalt Produkt 1100 Zentrales Controlling

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der wesentliche Mehrbedarf entsteht durch personalwirtschaftliche Maßnahmen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Zentralen Controllings mit einem Konsolidierungsbeitrag. Hierin enthalten ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Kreises in der KGSt mit 6.850 €.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Produktbeschreibung Produkt 1110 Revision

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1110	Revision

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Revision	Andreas Kaldschmidt

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Hessische Landkreisordnung; Landeshaushaltsordnung
Produktbeschreibung	Prüfung der Eröffnungsbilanzen und doppischen Jahresabschlüsse beim Kreis und den kreisangehörigen Kommunen sowie Verbänden; Kassenprüfungen beim Kreis und den kreisangehörigen Kommunen sowie (Zweck)Verbänden und Prüfung der Kassen von Eigenbetrieben. Daneben werden Beratungen etc. durchgeführt sowie Verwendungsnachweise geprüft. Technische Prüfung beim Kreis und den kreisangehörigen Kommunen sowie Verbänden und Eigenbetrieben. Prüfung von Trägern der sozialen Leistungen im Kreis Bergstraße.
Beteiligte	Extern: Kreisverwaltung Bergstraße, kreisangehörige Kommunen, (Zweck-)Verbände, Eigenbetriebe Intern:
Empfänger	Extern: Kreisverwaltung Bergstraße, kreisangehörige Kommunen, (Zweck-)Verbände, Eigenbetriebe Intern: Alle Produkte im Rahmen der Kreis-, Sozial- und Technischen Prüfung

Teilergebnishaushalt Produkt 1110 Revision

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-780.000	-736.000	-568.600,50
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-780.000**	**-736.000**	**-568.600,50**
11	Personalaufwendungen	961.600	1.015.500	974.380,49
12	Versorgungsaufwendungen	335.400	371.400	462.728,21
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.350	34.850	33.120,41
14	Abschreibungen	14.200	12.000	11.816,73
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.341.550**	**1.433.750**	**1.482.045,84**
20	**Verwaltungsergebnis**	**561.550**	**697.750**	**913.445,34**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**561.550**	**697.750**	**913.445,34**
25	Außerordentliche Erträge			-640,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			50,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-590,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**561.550**	**697.750**	**912.855,34**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	337.981	392.806	285.608,01
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**337.981**	**392.806**	**285.608,01**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**899.531**	**1.090.556**	**1.198.463,35**

Teilergebnishaushalt Produkt 1110 Revision

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Prüfungsgebühren des Revisionsamtes auf der Basis von 1.538,5 gebührenpflichtigen Prüfungstagen und einem Tagessatz von 507 €. Der Mehrertrag entsteht durch einen Anstieg der gebührenpflichtigen Prüfungstage. Als Konsolidierungsmaßnahme erfolgt die Überprüfung und ggfs. Erhöhung des Tagessatzes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderaufwand entsteht durch diverse Personalveränderungen u .a. dem Ausscheiden einer Teilzeitbeschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Revisionsamtes unter Berücksichtigung eines Konsolidierungsbeitrages.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung der Prüfungssoftware und der aus dem Budget beschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter.

zu Nr. 29:
Veranschlagt sind die Erträge aus der internen Leistungsverrechnung des Revisionsamtes. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1110 Revision

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-11.000		-58.607,63	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-11.000**		**-58.607,63**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-11.000**		**-58.607,63**	

Investitionen Produkt 1110 Revision

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2008INV098 Anschaffung Software für Revision	0	-11.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1121	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Personen**
Frauenbeauftragte	Melanie Knauf, Nicole Schmitt

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Grundgesetz Art. 3; Hessische Landkreisordnung § 4a; Hessisches Gleichberechtigungsgesetz
Produktbeschreibung	Sensibilisierung für frauenpolitische Themen durch Öffentlichkeitsarbeit; Konzeption, Gestaltung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen; Beratung und Vermittlung von hilfesuchenden Frauen; Vernetzung und Kooperation mit Institutionen und anderen Gebietskörperschaften, Kommunen; Beratung von Gremien und Institutionen; Außenvertretung des Kreises in Gleichstellungsfragen; Unterstützung und Überwachung der Dienststellenleitung bei der Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes; Beteiligung an allen organisatorischen, sozialen und personellen Maßnahmen, z. B. Frauenförderplan, Vergabe von Ausbildungsplätzen, Stellenbesetzungsverfahren, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Chancengleichheit für Teilzeitbeschäftigte, Prävention sexueller Belästigung am Arbeitsplatz; Besprechungen nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz; Maßnahmen für Frauen (Fortbildung, Versammlung, Beratung); Beratung der Kreisgremien.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Alle Bürgerinnen; Kommunen; Frauengruppen, -Initiativen und -Organisationen regional und überregional Intern: Alle Abteilungen und Beschäftigten der Kreisverwaltung; Dienststellenleitung; Kreisgremien
Vereinbarte Ziele	1. Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen der Gleichberechtigung 2. 50 % durchschnittlicher Frauenanteil in den unterrepräsentierten Besoldungs- und Entgeltgruppen 3. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung und Stellvertretung) 4. 5 Führungspositionen (Abteilungsleitung und Stellvertretung) in Teilzeit
Erläuterung Ziel / Kennzahl	Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen des zweijährigen Berichts an den Kreistag zur Umsetzung des Frauenförderplanes.

Teilergebnishaushalt Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	83.600	107.300	22.697,73
12	Versorgungsaufwendungen	14.000		
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.455	6.795	1.173,86
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**104.055**	**114.095**	**23.871,59**
20	**Verwaltungsergebnis**	**104.055**	**114.095**	**23.871,59**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**104.055**	**114.095**	**23.871,59**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**104.055**	**114.095**	**23.871,59**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	42.134	33.831	20.290,91
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**42.134**	**33.831**	**20.290,91**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**146.189**	**147.926**	**44.162,50**

Teilergebnishaushalt Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderaufwand entsteht durch die Besetzung 1/2 Stelle der Frauenbeauftragten mit einer Beamtin.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Bedarf entsteht durch die Besetzung einer Stelle mit einer Beamtin.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Gleichstellungsbeauftragen mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Mehraufwendungen innerhalb des Budgets des Produktes 1121 dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Erträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1140	Beschäftigtenvertretung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Personalrat	Ellen Bartelheimer

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Personalvertretungsgesetz
Produktbeschreibung	Beratung und Interessenvertretung der Beschäftigten des Kreises Bergstraße und der Eigenbetriebe.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Beschäftigten der Verwaltung und der Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Intern: Alle Beschäftigten der Verwaltung und der Eigenbetriebe

Teilergebnishaushalt Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	377.500	224.600	217.868,02
12	Versorgungsaufwendungen	43.100	34.900	42.672,03
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.370	18.600	14.022,24
14	Abschreibungen			131,17
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**436.970**	**278.100**	**274.693,46**
20	**Verwaltungsergebnis**	**436.970**	**278.100**	**274.693,46**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**436.970**	**278.100**	**274.693,46**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**436.970**	**278.100**	**274.693,46**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	105.391	101.934	63.224,70
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**105.391**	**101.934**	**63.224,70**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**542.361**	**380.034**	**337.918,16**

Teilergebnishaushalt Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Maßgeblich für den Mehrbedarf sind die Freistellung eines weiteren Personalratmitgliedes und eines weiteren Gesamtpersonalratmitgliedes. Hierin enthalten sind 8 T€ für Belegschaftsveranstaltungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Beschäftigtenvertretung (PR, GPR und JAV) mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leitungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Das Sachkonto 6560000 (Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen) ist nicht Bestandteil der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Personalaufwendungen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-131,17	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-131,17**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-131,17**	

Produktbeschreibung Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1150	Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Rechtsamt	Gudrun Englert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Verwaltungsgerichts- und Zivilprozessordnung; Sozialgerichtsgesetz; diverse Rechtsvorschriften des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts; Zivil- und Arbeitsrecht; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; Hessisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
Produktbeschreibung	Rechtsberatung und Rechtsgutachten; Prozessvertretung für den Kreisausschuss und Behörde des Landrats vor Verwaltungs-, Sozial-, Zivil- und Arbeitsgerichten; Anhörungsausschuss (Empfehlung des Anhörungsausschusses bei Widersprüchen gegen Bescheide des Kreisausschusses, der Behörde des Landrats sowie der Städte und Gemeinden unter 30.000 Einwohner).
Beteiligte	Extern: Rechtsanwälte, insbesondere bei Anwaltszwang; Regierungspräsidium Darmstadt; Beisitzer des Anhörungsausschusses; Prozessführung* Intern: Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen**, Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Bürgerinnen und Bürger (Widerspruchsführer), Gerichte, Rechtsanwälte, Kommunen (Widerspruchsgegner) Intern: Fachabteilungen
Sonstige Erläuterungen	* Rechtsberatung und Prozessführung auch durch die Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen (im Bereich Ordnungs-/Gewerbe-, Straßenverkehrswesen, Wasserwirtschaft); darüber hinaus auch teilweise Prozessführung durch Personalmanagement / Rechtsanwälte (im Bereich Personalwesen); Prozessführung auch durch das Regierungspräsidium Darmstadt (im Bereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Bereich Gebührenrecht). ** Anhörungsausschussvorsitz auch durch die Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen bei Angelegenheiten im Bereich Ordnungs-/Gewerbe-, Straßenverkehrswesen und Wasserwirtschaft.

Teilergebnishaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-3.000	-3.000	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-800	-1.500	-769,59
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.800**	**-4.500**	**-769,59**
11	Personalaufwendungen	300.400	319.700	300.592,85
12	Versorgungsaufwendungen	118.900	109.600	134.606,82
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.080	34.000	26.081,69
14	Abschreibungen			313,55
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**447.380**	**463.300**	**461.594,91**
20	**Verwaltungsergebnis**	**443.580**	**458.800**	**460.825,32**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**443.580**	**458.800**	**460.825,32**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**443.580**	**458.800**	**460.825,32**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	124.283	145.522	90.547,53
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**124.283**	**145.522**	**90.547,53**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**567.863**	**604.322**	**551.372,85**

Teilergebnishaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Kostenerstattung der Eigenbetriebe.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind die Erträge aus den Erstattungen von Gerichtskostenvorschüssen und sonstigen Prozesskosten.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Wenigeraufwand entsteht durch den Eintritt der Freistellungsphase der Altersteilzeit einer Beamtin.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets von Kommunalaufsicht, Rechtsamt und Anhörungsausschuss mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Hierzu wird auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-354,00	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-354,00**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-354,00**	

Produktbeschreibung Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1170	Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Hessische Landkreisordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Steuergesetze; Hessische Landeshaushaltsordnung
Produktbeschreibung	Aufstellung Entwürfe des Haushaltsplanes und der Nachträge mit entsprechenden Anlagen; Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes; Ermittlung finanzwirtschaftlicher Eckdaten; Betreuung der mittelbewirtschaftenden Abteilungen; Forderungsmanagement.
Beteiligte	Extern: Eigenbetriebe, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessischer Landkreistag, Land Hessen Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung Intern: Kreisgremien, Behördenleitung, alle Fachabteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-244.400	-110.600	-131.895,33
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-244.400**	**-110.600**	**-131.895,33**
11	Personalaufwendungen	474.400	392.100	380.060,75
12	Versorgungsaufwendungen	178.600	168.100	205.389,94
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.350	31.000	12.594,25
14	Abschreibungen	100	100	79,80
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**682.450**	**591.300**	**598.124,74**
20	**Verwaltungsergebnis**	**438.050**	**480.700**	**466.229,41**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**438.050**	**480.700**	**466.229,41**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**438.050**	**480.700**	**466.229,41**
29	Sekundäre Erträge	-568.780	-607.187	
30	Sekundäre Aufwendungen	130.730	126.487	128.765,56
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-438.050**	**-480.700**	**128.765,56**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**594.994,97**

Teilergebnishaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Personalkostenerstattungen der Eigenbetriebe. Der Mehrertrag entsteht durch den Personalwechsel vom EB Neue Wege zum Forderungsmanagement. Siehe auch Aufwandsposition 11.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Zuordnung von Personal des Eigenbetriebes "Neue Wege Kreis Bergstraße" zum Zentralen Forderungsmanagement. Siehe auch Ertragsposition 03.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Ansätze des Budgets des Finanz- und Rechnungswesens einschließlich des Forderungsmangements mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung für aus dem Budget beschaffte geringwertige Wirtschaftgüter.

zu Nr. 29:
Veranschlagt sind die Erträge aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-79,80	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-79,80**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-79,80**	

Produktbeschreibung Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1181	Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Dieter Hohmann

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Landkreisordnung; Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz
Produktbeschreibung	Buchhaltung; Abwicklung des Zahlungsverkehrs; Liquiditätssicherstellung; Erstellung der Jahresabschlüsse (Bilanz) und des Gesamtabschlusses (konsolidierte Bilanz); Führung und Aufbewahrung der Bücher, Belege und Konten; Mahnwesen; Sonderkassen; Statistiken; Anlagenbuchhaltung; Beitreibung bzw. Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Ansprüche.
Beteiligte	Extern: Wirtschafts- und Steuerberater/-innen; Kommunen, Verbände, sonstige Institutionen (GEZ, IHK etc.) mittels Vollstreckungsaufträgen bzw. Amtshilfeersuchen Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kommunen, Verbände, sonstige Institutionen (GEZ, IHK etc.) mittels Vollstreckungsaufträgen bzw. Amtshilfeersuchen Intern: Alle Fachabteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-270.000	-215.000	-284.708,89
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-22.400	-49.200	-47.516,76
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-10.000		-12.178,13
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-302.400**	**-264.200**	**-344.403,78**
11	Personalaufwendungen	1.086.500	1.000.600	983.681,66
12	Versorgungsaufwendungen	89.200	75.800	92.593,32
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	67.050	70.800	78.829,96
14	Abschreibungen	20.000	20.000	47.706,25
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.262.750**	**1.167.200**	**1.202.811,19**
20	**Verwaltungsergebnis**	**960.350**	**903.000**	**858.407,41**
21	Finanzerträge	-100.000	-60.000	-106.550,15
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-100.000**	**-60.000**	**-106.550,15**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**860.350**	**843.000**	**751.857,26**
25	Außerordentliche Erträge			-38.233,11
26	Außerordentliche Aufwendungen			17.784,11
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-20.449,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**860.350**	**843.000**	**731.408,26**
29	Sekundäre Erträge	-1.188.098	-1.138.223	
30	Sekundäre Aufwendungen	327.748	295.223	308.738,35
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-860.350**	**-843.000**	**308.738,35**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**1.040.146,61**

Teilergebnishaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Pfändungs- und Vollstreckungsgebühren sowie die Leistungen der Drittgläubiger. Im Hinblick auf das Ergebnis 2011 und die Auftragslage in der Vollstreckung wird der Ansatz erhöht.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der Eigenbetriebe.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind die Erträge des Finanz- und Rechnungswesen aus den Insolvenzverfahren.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Budgetansätze des Finanz- und Rechnungswesens (Kreiskasse, Mahnwesen und Vollstreckung).

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen von Forderungen der Vollstreckung.

zu Nr. 21:
Veranschlagt sind die Erträge aus Mahngebühren. In Folge der Weiterentwicklung des Mahnwesens wird mit Mehrerträgen gerechnet.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Davon aus dem Produkt 1181 73.515 €.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-99,37	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-99,37**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-99,37**	

Produktbeschreibung Produkt 1210 Vereinsförderung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1210	Vereinsförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Vereinsförderrichtlinien des Kreises Bergstraße
Produktbeschreibung	Förderung der Vereinsarbeit und des ehrenamtlichen Engagements.
Beteiligte	Extern: Sportkreis Bergstraße, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hessische Staatskanzlei Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, kreisangehörige Vereine, kreisangehörige Kommunen, Kreisverbände Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-4.610,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-4.610,00**
11	Personalaufwendungen	39.700	39.200	37.886,61
12	Versorgungsaufwendungen	9.100	7.700	9.552,73
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.500	5.500	3.229,00
14	Abschreibungen	5.500	5.200	5.547,46
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	101.300	101.300	79.223,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**161.100**	**158.900**	**135.438,80**
20	**Verwaltungsergebnis**	**161.100**	**158.900**	**130.828,80**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**161.100**	**158.900**	**130.828,80**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**161.100**	**158.900**	**130.828,80**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	26.724	30.617	12.465,61
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**26.724**	**30.617**	**12.465,61**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**187.824**	**189.517**	**143.294,41**

Teilergebnishaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Bürgerservices im Zusammenhang mit der Vereinsförderung.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen von aktivierten Investitionszuweisungen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Zuweisungen an Vereine.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Auszahlungen für Investitionszuweisungen an Vereine können zu Lasten des Ansatzes der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse geleistet werden.
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind übertragbar.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-21.041,14	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-21.041,14**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-21.041,14**	

Produktbeschreibung Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	121	Statistik und Wahlen
Produkt	1221	Wahlen und Statistik

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Kommunalaufsicht	Gerhard Falkenstein

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundes-, Landes- und Kommunalwahlgesetze sowie -verordnungen; Bundesstatistikgesetz; weitere Vorschriften über statistische Erhebungen
Produktbeschreibung	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Landratsdirektwahlen; Sammeln und Weiterleiten von statistischen Erhebungen (soweit nicht durch Fachabteilungen erfolgt).
Beteiligte	Extern: Landeswahlleiter, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Ekom 21 (EDV-Dienstleister), kreisangehörige Kommunen, Hessisches Statistisches Landesamt Intern: Kreiswahlausschuss; Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, politische Parteien, Medien, Landeswahlleiter, Kreistag, Hessisches Statistisches Landesamt Intern: Abteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-6.000	-355.000	-280.216,08
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-6.000**	**-355.000**	**-280.216,08**
11	Personalaufwendungen	37.300	63.800	170.997,57
12	Versorgungsaufwendungen	19.900	20.100	23.611,32
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	920	10.200	329.468,63
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**58.120**	**94.100**	**524.077,52**
20	**Verwaltungsergebnis**	**52.120**	**-260.900**	**243.861,44**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**52.120**	**-260.900**	**243.861,44**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**52.120**	**-260.900**	**243.861,44**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	26.027	64.171	51.195,86
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**26.027**	**64.171**	**51.195,86**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**78.147**	**-196.729**	**295.057,30**

Teilergebnishaushalt Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Kostenerstattung für Bundes- und Landtagswahl. Durch den Abschluss des Zensus 2011 entfallen auch die entsprechenden Kostenerstattungen. Auf den entsprechenden Rückgang der ordentlichen Aufwendungen im HJ 2012 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderaufwand entsteht durch die Beendigung des "Zensus 2011".

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets von Kommunalaufsicht und Recht. Der Rückgang steht im Zusammenhang mit dem Ende des Zensus 2011.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1230	Kommunalaufsicht

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Kommunalaufsicht	Gerhard Falkenstein

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Hessisches Eigenbetriebsgesetz; Hessisches Kommunalabgabengesetz; Finanzausgleichsgesetz; Wasserverbandsgesetz; Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
Produktbeschreibung	Rechts- und Finanzaufsicht über die 22 kreisangehörigen Kommunen und deren Sondervermögen sowie 7 Verbände; Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftspläne einschließlich erforderlicher Genehmigungen; Beurteilungen der finanziellen Leistungskraft; Bearbeitung von Beschwerden (insbesondere Dienstaufsichtsbeschwerden) und Anfragen; Überprüfung von kommunalen Satzungen; Überwachung der wirtschaftlichen Betätigungen; Beratung der kreisangehörigen Kommunen in Kommunalrechts- und Haushaltsfragen.
Beteiligte	Extern: Intern: Bauen und Umwelt, Ordnungs- und Gewerbewesen, Straßenverkehrswesen, Revision, Brand- und Katastrophenschutz
Empfänger	Extern: Kreisangehörige Kommunen, Kreisbevölkerung, andere Behörden (z. B. Ministerien, Regierungspräsidium) Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-139.400	-136.700	-139.430,06
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-139.400**	**-136.700**	**-139.430,06**
11	Personalaufwendungen	200.100	199.400	194.304,26
12	Versorgungsaufwendungen	94.100	79.800	98.273,05
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.800	4.000	3.630,48
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**298.000**	**283.200**	**296.207,79**
20	**Verwaltungsergebnis**	**158.600**	**146.500**	**156.777,73**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**158.600**	**146.500**	**156.777,73**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**158.600**	**146.500**	**156.777,73**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	82.364	85.808	63.607,86
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**82.364**	**85.808**	**63.607,86**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**240.964**	**232.308**	**220.385,59**

Teilergebnishaushalt Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Erläuterungen

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Ertrag aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets von Kommunalaufsicht und Recht mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1241	Ordnungs- und Gewerbewesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Ordnungs- und Gewerbewesen	Alexandra Kleiné

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO), Infektionsschutzgesetz, Ladenöffnungsgesetz, Friedhofs- und Bestattungsgesetz, Polizeiverordnungen der Regierungspräsidien, Gaststättengesetz, Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Preisangabenverordnung, Verordnung über die Erweiterung des Wochenmarktsortiments, Gesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs, Vereinsgesetz, Wirtschaftsstrafgesetz, Meldegesetz, Passgesetz, Versammlungsgesetz, Sozialgesetzbuch, Heilpraktikergesetz sowie zahlreiche Verordnungen, Jugendschutzgesetz, Forst- und Feldschutzgesetz, Waffengesetze, Jagdgesetze, Fischereigesetze, Sprengstoffgesetze sowie jeweilige Verordnungen, Makler- und Bauträgerverordnung, Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz
Produktbeschreibung	Erteilung, Änderung, Ablehnung, Verlängerung und Widerruf von Erlaubnissen aus bestimmten Bereichen des Ordnungs- und Gewerberechts, des Jagd-, Waffen- und Sprengstoffrechts im nicht gewerblichen Bereich; Untersagung bestimmter gewerblicher Tätigkeiten im Zuständigkeitsbereich, Verfolgung und Ahndung bestimmter spezialgesetzlicher Ordnungswidrigkeiten, Wahrnehmung der Fachaufsicht in Bereichen des Ordnungsrechts; Abschlussplanung und Festsetzung, Durchführung der staatlichen Fischerprüfungen; Abnahme von Fachkundeprüfungen als Sprengstoffbehörde; Kontrollen über die Einhaltung der Schießstätten-Verordnung und des Waffenrechts.
Beteiligte	Extern: Industrie- und Handelskammern, Gewerbezentralregister, Jagdausübungsberechtigte und Jagdgenossenschaften, Bundesamt für Justiz (Bundeszentralregister), Staatsanwaltschaft, Polizei, Kreisjagdberater, Kreisschützenmeister, Kreisfischereiberater, Waffensachverständiger, Städte und Gemeinden, Schießsportdachverbände, Schießstandsachverständige, Hauptzollamt, Amtsgerichte, andere Behörden Intern: Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Ausländer- und Migrationsamt; Beauftragter für Kinder- und Jugendschutz
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, Jagdgenossenschaften und Clubs, Schützenvereine, kreisangehörige Kommunen, andere Behörden (z. B. Ministerien, Regierungspräsidien), Waffenhändler, Polizei, Staatsanwaltschaft Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-206.750	-203.700	-218.526,69
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-43.900	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-190.100	-186.500	-192.541,49
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-100	-100	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-396.950**	**-434.200**	**-411.068,18**
11	Personalaufwendungen	386.100	364.500	314.739,72
12	Versorgungsaufwendungen	120.800	129.700	127.419,36
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.200	12.200	10.612,58
14	Abschreibungen	3.000	2.200	3.174,99
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.500	2.500	2.400,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	31.000	32.000	38.522,50
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**554.600**	**543.100**	**496.869,15**
20	**Verwaltungsergebnis**	**157.650**	**108.900**	**85.800,97**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**157.650**	**108.900**	**85.800,97**
25	Außerordentliche Erträge			-105,60
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-105,60**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**157.650**	**108.900**	**85.695,37**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	167.471	173.994	132.154,82
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**167.471**	**173.994**	**132.154,82**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**325.121**	**282.894**	**217.850,19**

Teilergebnishaushalt Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Erteilung von jagd-, waffen- und sprengstoffrechtlichen Erlaubnissen, Maklererlaubnissen und Heilpraktikerprüfungen. Durch den voraussichtlichen Wegfall der Zuständigkeit für Kapitalanlagevermittler
und Anlageberater entstehen Mindererträge. Im Bußgeldbereich wird durch die Einrichtung einer abteilungsinternen zentralen Bußgeldstelle mit Mehrerträgen von 5 T€ gerechnet.

zu Nr. 03:
Durch die Versetzung des Mitarbeiters zum Eigenbetrieb entfällt zukünftig die Personalkostenerstattung des EB Gebäudewirtschaft.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes und der an die Hegeringe weiterzuleitende Landeszuschuss.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht durch die Umsetzung eines Beschäftigten als Ersatz für einen Beamten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Ordnungs- und Gewerbewesens.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für wertberichtigte Forderungen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist die Weiterleitung des Landeszuschusses an die Hegeringe.

zu Nr. 16:
Veranschlagt sind die an das Land abzuführenden Jagdabgaben und Jägerprüfungsgebühren.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird hingewiesen.

Haushaltsvermerke:
Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Nr. 02) können zur Deckung von Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr. 13) und für Steueraufwendungen (Nr. 16) verwendet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1261	Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Straßenverkehrswesen	Helga Unrath

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Straßenverkehrsordnung; Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung; Fahrzeug-Zulassungsverordnung; Kraftfahrzeugsteuergesetz; Gebührenordnung Straßenverkehr; Fahrerlaubnisverordnung; Straßenverkehrsgesetz; Verordnung über den Internationalen Straßenverkehr
Produktbeschreibung	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen; Änderung von Fahrzeug-, Halter- und Versicherungsdaten; Überwachung von Halterpflichten; Auskunftserteilung; Erst- und Neuerteilung Führerschein; Personenbeförderungsschein; Umschreibung von Fahrerlaubnissen; „Begleitendes Fahren ab 17“; Mehrfachtätersystem; Fahranfängerangelegenheiten; Belassungen der Fahrerlaubnis.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen, Regierungspräsidium, Technischer Überwachungsverein Hessen, Polizei, Finanzbehörden, Versicherungsagenturen, Kreditinstitute, Bundesdruckerei, Kraftfahrtbundesamt, autorisierte Dokumenten-, Plaketten- und Siegelhersteller Intern: Revision, Bürgerbüro (Außenstelle der Abteilung Straßenverkehrswesen)
Empfänger	Extern: Bevölkerung, juristische Personen Intern:
Vereinbarte Ziele	Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich „Zulassungen“ (in Minuten)*	35	max. 30	max. 30

Erläuterung Ziel / Kennzahl	* Durchschnittliche Bearbeitungszeit gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt (= Empfang Wartemarke) bis zum letzten Bearbeitungsschritt (= Zahlung an der Kasse)
Sonstige Erläuterungen	Der Teilbereich „Zulassungen“ beinhaltet z. B. Neuzulassungen, Ummeldungen etc., nicht aber Ausfuhr- und Kurzzeitkennzeichen, Außerbetriebsetzungen, Feinstaubplaketten und Händlerzulassungen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.600.000	-2.500.000	-2.820.676,72
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-169.300	-166.000	-169.353,53
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.769.300**	**-2.666.000**	**-2.990.030,25**
11	Personalaufwendungen	1.589.100	1.522.500	1.517.267,82
12	Versorgungsaufwendungen	83.500	68.200	83.372,27
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	307.500	269.500	258.399,98
14	Abschreibungen	100.000	18.000	111.290,75
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	38.700	36.500	36.901,72
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.118.800**	**1.914.700**	**2.007.232,54**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-650.500**	**-751.300**	**-982.797,71**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-650.500**	**-751.300**	**-982.797,71**
25	Außerordentliche Erträge	-11.000	-11.000	-1.685,00
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.500		21,35
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-6.500**	**-11.000**	**-1.663,65**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-657.000**	**-762.300**	**-984.461,36**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	710.956	722.749	546.548,11
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**710.956**	**722.749**	**546.548,11**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**53.956**	**-39.551**	**-437.913,25**

Teilergebnishaushalt Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus den Gebühren der KFZ-Zulassung und der Erteilung von Fahrerlaubnissen auf der Basis eines mittleren Wertes zwischen dem Ansatz 2012 und dem Ergebnis 2011.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht auch durch die Umsetzung einer Beschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Straßenverkehrswesens. Der Mehrbedarf entsteht durch die Zunahme der Einwohnermeldeauskünfte, die Entstempelung und die erforderliche Weiterbildung des Personals.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus der Wertberichtigung von Forderungen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die kreisangehörigen Städte für die Unterhaltung der Außenstellen unter Berücksichtigung von Tariferhöhungen.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Kostenerstattung von KFZ-Steuerrückstandsprüfungen.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1261 und 1280 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1280	Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Straßenverkehrswesen	Helga Unrath

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Straßenverkehrsordnung; Personenbeförderungsgesetz
Produktbeschreibung	Verkehrslenkung und -regelung (Anordnung von Verkehrszeichen und Baustellen, Rad- und Motorsportveranstaltungen, Auswertung von Unfallpunkten, Erlaubnisprüfung im Taxen- und Mietwagenverkehr, Ausnahmen von Sonn- und Feiertagsfahrverbot inklusive Ferienreisezeit, Großraum- und Schwerverkehr); Fachaufsicht.
Beteiligte	Extern: Polizei; Kommunen; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Regierungspräsidium; Kreisbevölkerung Intern: Kommunalaufsicht; Rechtsamt; Bauen und Umwelt; Brand- und Katastrophenschutz; Abteilung ÖPNV
Empfänger	Extern: Bevölkerung, Firmen, Behörden, kreisangehörige Kommunen Intern: Kommunalaufsicht, Rechtsamt, Bauen und Umwelt, Brand- und Katastrophenschutz, Abteilung ÖPNV

Teilergebnishaushalt Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.000	-20.000	-23.296,70
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-13.000	-12.800	-13.001,65
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-35.000**	**-32.800**	**-36.298,35**
11	Personalaufwendungen	122.200	104.900	106.650,93
12	Versorgungsaufwendungen	70.300	57.500	70.447,48
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.400	3.000	696,77
14	Abschreibungen			435,20
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**195.900**	**165.400**	**178.230,38**
20	**Verwaltungsergebnis**	**160.900**	**132.600**	**141.932,03**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**160.900**	**132.600**	**141.932,03**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**160.900**	**132.600**	**141.932,03**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	57.943	55.559	37.488,33
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**57.943**	**55.559**	**37.488,33**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**218.843**	**188.159**	**179.420,36**

Teilergebnishaushalt Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Gebührenerträge der Straßenverkehrsbehörde auf der Basis des Haushaltsvollzugs 2012.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht auch durch die Umsetzung einer Teilzeitbeschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Straßenverkehrswesens. Der Mehrbedarf entsteht durch die erforderliche Fortbildung des Personals.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1261 und 1280 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1300 Fleischhygiene

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1300	Fleischhygiene

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Fleischhygienegesetz; diverse EU-Verordnungen
Produktbeschreibung	Amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei Hausschlachtungen, gewerblichen Schlachtungen sowie in EU-Schlachthöfen inklusive Trichinenuntersuchung (auch bei Wildfleisch) sowie Probennahmen für Rückstandsuntersuchungen, Hygieneüberwachungen bei EU-Schlacht- und Zerlegebetrieben.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessisches Landeslabor Intern: Ordnungs- und Gewerbewesen
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung 2. Vollständiger Verbraucherschutz

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt	100 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	243.117 / 243.117	231.500 / 231.500	235.000 / 235.000
2. Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt	97 %	96 %	95 %
Kennzahl (absolut):	235.823 / 243.117	222.240 / 231.500	223.250 / 235.000

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu 2.: Bei allen untersuchten Tieren fallen im Durchschnitt ca. 5 % derartige Veränderungen auf, die dazu führen, dass die Tiere nicht zum Verzehr freigegeben werden können.

Teilergebnishaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-440.000	-425.500	-442.361,25
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-122.800	-124.000	-122.806,72
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-562.800**	**-549.500**	**-565.167,97**
11	Personalaufwendungen	18.000	67.400	64.170,42
12	Versorgungsaufwendungen	5.200	9.000	12.536,85
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	468.750	505.800	464.466,63
14	Abschreibungen	2.500	2.500	
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**494.450**	**584.700**	**541.173,90**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-68.350**	**35.200**	**-23.994,07**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-68.350**	**35.200**	**-23.994,07**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			362,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**362,40**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-68.350**	**35.200**	**-23.631,67**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	184.743	267.039	193.902,73
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**184.743**	**267.039**	**193.902,73**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**116.393**	**302.239**	**170.271,06**

Teilergebnishaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus den Gebühren der Fleischhygiene.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Wenigeraufwand entsteht durch die veränderte Produktzuordnung des Personals. Siehe auch Produkt 1311.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das anteilige Budget des Veterinäramtes auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1300 und 1311 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-2.500	-2.500		
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-2.500**	**-2.500**		
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-2.500**	**-2.500**		

Investitionen Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2012INV006 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-2.500	0	0	0	0	0	
2013INV006 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-2.500	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1311	Allgemeines Veterinärwesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Amtliche Lebensmittel- und Tierschutzüberwachung; Tierseuchenbekämpfung nach derzeit geltenden EU- und Nationalen Rechtsvorschriften
Produktbeschreibung	Kontrolle von Lebensmitteln und Lebensmittelbetrieben; Gefahrenabwehr und Verbraucherschutz; Kontrolle von gewerblichen und privaten Tierhaltungen unter Berücksichtigung tierschutzrechtlicher Aspekte; Tierschutz während Schlachtungen, Ausstellungen etc.; Tierseuchenbekämpfung in privaten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Tierbeständen sowie Tierseuchendiagnostik; Durchführung von Cross-Compliance Kontrollen in den zuständigen Fachbereichen: Tierkennzeichnung und -registrierung, Tierseuchen, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessisches Landeslabor, Tierkörperverwertungsanstalt (TVA), Polizeistationen und Kommunen im Landkreis Intern: Ordnungs- und Gewerbewesen, 2 nebenamtliche Tierärztinnen (TSE-/BSE-Probennahme bei der TVA), Zentrale Leitstelle
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen 2. Überprüfung von Lebensmittelbetrieben 3. Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung 4. Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht) 5. Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der überprüften Tierhaltungen	638	935	890
2. Anzahl der überprüften Lebensmittelbetriebe	2.600	2.230	2.350
3. Anzahl der Überprüfungen auf besondere Veranlassung / Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt	94 %	95 %	96 %
Kennzahl (absolut):	62 / 66	72 / 76	73 / 76
4. Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung	293	315	320
5. Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind	-	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	-	24 / 24	24 / 24

Produktbeschreibung Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu 1.: Im Kreis Bergstraße bestehen derzeit rd. 1.200 gewerbliche Tierhaltungen. Daneben gibt es private Tierhaltungen (ohne Datenbasis). Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z. B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde. Zu 2.: Im Kreis Bergstraße bestehen derzeit rd. 4.300 gemeldete Lebensmittelbetriebe. Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z. B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde oder je nach Art des Lebensmittels (Grad der Verderblichkeit). Zu 3.: Nicht jede eingegangene Verbraucherbeschwerde kann überprüft werden, da diese teilweise anonym eingereicht werden oder beanstandete Lebensmittel nicht bei der Überwachungsbehörde eingereicht werden. Zu 4.: Im Kreis Bergstraße bestehen derzeit rd. 3.500 Tierhaltungen, die der tierseuchenrechtlichen Überwachung unterliegen. Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z.B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde. Der Tierhalter ist für den seuchenfreien Status seiner Tiere nach entsprechenden Rechtsvorschriften selbst verantwortlich. Die Überwachung nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen erfolgt auch bereits im Rahmen der Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen (siehe Kennzahl 1). Zu 5.: Cross Compliance („anderweitige Verpflichtungen“) stellt eines der Kernelemente der EU-Agrarreform des Jahres 2003 dar. Damit erfolgt eine Verknüpfung der Direktzahlungen mit der nachweislichen Einhaltung von Rechtsstandards aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit von Mensch und Tier, Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Meldungen von Krankheiten und Tierschutz. Die Behörden sind nach EU-Recht verpflichtet, die Einhaltung der entsprechenden Verpflichtungen stichprobenweise zu überprüfen. Bei Verstößen gegen Cross-Compliance-Verpflichtungen werden die Direktzahlungen (EU-Subventionen) gekürzt oder ganz gestrichen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-80.000	-65.000	-102.339,82
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-282,29
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-685.600	-692.400	-685.664,42
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-765.600**	**-757.400**	**-788.286,53**
11	Personalaufwendungen	869.200	687.500	689.110,78
12	Versorgungsaufwendungen	78.700	51.300	73.673,33
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.800	169.250	122.700,47
14	Abschreibungen	115.100	116.500	100.401,56
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	40.000	50.000	24.679,28
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.255.800**	**1.074.550**	**1.010.565,42**
20	**Verwaltungsergebnis**	**490.200**	**317.150**	**222.278,89**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**490.200**	**317.150**	**222.278,89**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			9.650,76
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**9.650,76**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**490.200**	**317.150**	**231.929,65**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	206.710	236.351	158.645,39
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**206.710**	**236.351**	**158.645,39**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**696.910**	**553.501**	**390.575,04**

Teilergebnishaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Gebühren, Bußgeldern und Verwarnungen der Lebensmittelüberwachung. Im Hinblick auf das Ergebnis 2011 wurde der Ansatz erhöht.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht maßgeblich durch die Einstellung eines Lebensmittelkontrolleurs, die Übernahme einer Auszubildenden und die veränderte Zuordnung von Personal (siehe Produkt 1300).

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse und einer veränderten Produktzuordnung des Personals.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Veterinäramtes auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für an die TVA geleistete Investitionszuschüsse, geringwertige Wirtschaftsgüter und aus Wertberichtungen von Forderungen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist die Zuweisung an die Tierseuchenkasse Hessen. Im Hinblick auf das Ergebnis 2011 wird mit einem geringeren Bedarf gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1300 und 1311 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.000	-3.000	-842,57	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.000**	**-3.000**	**-842,57**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-3.000**	**-3.000**	**-842,57**	

Investitionen Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2012INV007 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-3.000	0	0	0	0	0	
2013INV007 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-3.000	0	0	0	0	
2013INV030 Büromöbel und sonstige Ausstattung	0	0	0	0	-20.000	0	

Produktbeschreibung Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1331	Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Ausländer- und Migrationsamt	Friedrich Mischke

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Zuwanderungsgesetz; Aufenthaltsgesetz; Freizügigkeitsgesetz / EU; Asylverfahrensgesetz; Schengener Abkommen; zwischenstaatliche Abkommen; EU-Gesetzgebung; EU-Richtlinien; Landesaufnahmegesetz; Asylbewerberleistungsgesetz; Sozialgesetzbuch Zweites, Achtes und Zwölftes Buch; Personenstandsgesetz; Staatsangehörigkeitsgesetz; Zuständigkeitsverordnungen; Verwaltungsverfahrensgesetz; Grundgesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch; Namensänderungsgesetz; Hessische Gemeindeordnung
Produktbeschreibung	Aufenthaltsrecht: Erteilung / Ablehnung von Aufenthaltstiteln für ausländische Personen; Erteilung von Arbeitserlaubnissen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV); Einladungen und Visaangelegenheiten; Integrations- und Migrationsberatung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Umsetzung der Integrationskursverordnung. Personenstandsrecht: Personenstandsrecht / Standesamtaufsicht; Vorbereitung der Einbürgerung; Namensänderungen; Erteilung von Staatsangehörigkeitsausweisen; Beglaubigungen; Prüfung der Personenstandszweitbücher. Ausländerbeauftragte: Förderung der Integration und Gleichstellung von Migranten in den verschiedenen Lebensbereichen im Kreis Bergstraße; Förderung der Aufnahmebereitschaft und Akzeptanz von ethnischen Minderheiten bei der deutschen Bevölkerung; Umsetzung der sich aus dem Zuwanderungsgesetz und weiterer bundes- sowie landesgesetzlicher Vorgaben abzuleitenden Integrationsmaßnahmen mit Relevanz für den Kreis Bergstraße mit Ausnahme der Integrationskurse.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hessisches Sozialministerium, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Regierungspräsidium Darmstadt, Zentrale Ausländerbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt, Hessische Erstaufnahmeeinrichtung Gießen, Auswärtiges Amt, Bundesverwaltungsamt, Polizei, Hauptzollamt Darmstadt, Kursträger Integration und Migration, kreisangehörige Kommunen, Landeskriminalamt, Standesämter und Meldebehörden der Städte und Gemeinden, Standesamt I in Berlin, Deutsche Dienststelle (WAST), Amtsgericht Darmstadt, ekom21, Bundesdruckerei, Kommunen, öffentliche und private Institutionen und Organisationen, Einzelpersonen Intern: Kommunalaufsicht; Rechtsamt; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz; Jugendamt; Eigenbetrieb Neue Wege; Amt für Soziales; Personalmanagement
Empfänger	Extern: Ausländische Einwohner/-innen, Migranten und Bürger/-innen im Kreis Bergstraße, Standesämter der kreisangehörigen Kommunen Intern:
Vereinbarte Ziele	Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT)*	70 %	80 %	80 %
Kennzahl (absolut):	129 / 184	143 / 179	143 / 179

Erläuterung Ziel / Kennzahl	* Betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse; durchgängige IKT 143 / gesamte IKT 179 = 80 %

Teilergebnishaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-260.000	-150.000	-156.131,51
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-556.400	-546.100	-559.490,71
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-21,25
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-816.400**	**-696.100**	**-715.643,47**
11	Personalaufwendungen	1.385.800	1.292.400	1.162.414,46
12	Versorgungsaufwendungen	455.100	356.800	438.010,92
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	267.760	152.760	109.183,61
14	Abschreibungen			485,51
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	9.000		
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.117.660**	**1.801.960**	**1.710.094,50**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.301.260**	**1.105.860**	**994.451,03**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.301.260**	**1.105.860**	**994.451,03**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			580,31
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**580,31**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.301.260**	**1.105.860**	**995.031,34**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	607.322	621.990	447.371,34
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**607.322**	**621.990**	**447.371,34**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.908.582**	**1.727.850**	**1.442.402,68**

Teilergebnishaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Gebührenerträge des Ausländer- und Migrationsamtes. Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels führt zu Mehrerträgen und zu Mehraufwendungen (siehe Pos. 13).

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht maßgeblich durch die Einstellung einer Beschäftigten für das Projekt "Integration braucht Partnerschaft" und der Rückkehr einer Teilzeitbeschäftigten aus der Elternzeit.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Ausländer- und Migrationsamtes. Die Mehraufwendungen entstehen durch die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (siehe auch Pos. 02).

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Durchführung von Seniorensprachkursen im Rahmen der Integration.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-404,73	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-404,73**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-404,73**	

Produktbeschreibung Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	1361	Brand- und Katastrophenschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Brand- und Katastrophenschutz	Wolfgang Müller

Klassifizierung
Externes und internes Produkt

Auftragsgrundlage
Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz; Feuerwehrorganisationsverordnung; Feuerwehrdienstvorschriften; Gefahrenverhütungsschauverordnung; Brandschutzförderrichtlinie; Zivilschutzneuordnungsgesetz; Hessisches Gesetz über die Sicherheit und Ordnung; (Wirtschafts-, Verkehrs-, Wasser-, Ernährungs-)Sicherstellungsgesetz; Kats-Konzept Hessen; Gefahrgutbeförderungsgesetz; Gefahrgutverordnung Straße und Eisenbahn sowie Durchführungsrichtlinien; Gefahrgut-Ausnahmeverordnung; Gefahrgutbeauftragtenverordnung; Gefahrgutkontrollverordnung; Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR); Regelung zur internationalen Beförderung gefährlicher Güter im Schienenverkehr (RID)

Produktbeschreibung
Brandschutz: Verschiedene Stellungnahmen zu Bauanträgen, Bauleitplanungen und der Finanzierung von Feuerwehrgerätehäusern und Unterstützung bei der Planung; Aufstellung leistungsfähiger Feuerwehren; Aufsichtsfunktion über kreisangehörige Kommunen; Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen; Organisation und Durchführung von Fortbildungen sowie von Feuerwehrleistungsübungen; überörtliche Einsatzplanung; Überwachung der Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehren im Kreis; Einleitung und Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten; Gefahrenverhütungsschauen.
Katastrophenschutz: Bevölkerungsschutz und Notfallvorsorge: Erstellen von Katastrophenschutz-Plänen; Warnung und Information der Bevölkerung; Empfehlungen für Verhaltensmaßnahmen; Abwehr von Großschadensereignissen: Anlegen und Durchführen von Übungen.
Zivilschutz: Zivil-Militärische Zusammenarbeit; Zivilschutzvorsorge; Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutz-Einheiten; Überwachung der Ausbildung und Ausstattung; Lagerung und Erhaltung von Material.
Gefahrgutüberwachung: Kontrolle von Stückgutfahrzeugen und Tankfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum im Hinblick auf die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften; Bußgeldsachbearbeitung; Aufsichtsbehörde über die kreisangehörigen Kommunen; Erstellen von Stellungnahmen für die Straßenverkehrsbehörde.

Beteiligte
Extern: Feuerwehren, Polizei, Rettungsdienst, Forst, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hessische Landesfeuerwehrschule, Nachbarlandkreise, Organisationen im Katastrophenschutz, Bundeswehr
Intern: Bauen und Umwelt (auch als Träger öffentlicher Belange -TÖB); Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Empfänger
Extern: Kreisangehörige Kommunen, Feuerwehren, Gewerbebetriebe, Handwerk, Gastronomie, öffentliche Betriebe, Behörden, Kreisbevölkerung
Intern: Eigenbetrieb Rettungsdienst, Straßenverkehrswesen, Bauen und Umwelt

Vereinbarte Ziele
1. Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist
2. Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass
3. Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder; Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen	61 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	218 / 360	250 / 250	200 / 200
2. Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft (mind. 6 Std./FFFü)	8	min. 6	min. 6
3.a) Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.	95	100	100
3.b) Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder	6	min. 4	min. 4

Teilergebnishaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-56.500	-56.500	-46.353,25
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-70.000	-68.200	-70.305,24
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-104.700	-102.700	-104.700,40
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-766,59
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-231.200**	**-227.400**	**-222.125,48**
11	Personalaufwendungen	559.000	510.000	496.273,85
12	Versorgungsaufwendungen	114.600	83.100	102.289,69
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	376.800	379.940	307.556,59
14	Abschreibungen	27.000	14.504	27.347,72
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	266.000	225.000	206.395,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.343.400**	**1.212.544**	**1.139.862,85**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.112.200**	**985.144**	**917.737,37**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.112.200**	**985.144**	**917.737,37**
25	Außerordentliche Erträge			-6.421,73
26	Außerordentliche Aufwendungen			100,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-6.321,73**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.112.200**	**985.144**	**911.415,64**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	284.186	300.790	182.947,31
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**284.186**	**300.790**	**182.947,31**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.396.386**	**1.285.934**	**1.094.362,95**

Teilergebnishaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Gebührenerträge für Brandverhütungsschauen, die Prüfung von Feuerwehrplänen und die Abnahme von Brandmeldeanlagen.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Versorgungsaufwand durch den EB Rettungsdienst.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht maßgeblich durch die Übernahme einer Auszubildenden.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Brand- und Katastrophenschutzes mit einem Konsolidierungsbeitrag. Hiervon entfallen 275 T€ auf die Kostenerstattungen an Kommunen für die Übernahme der Aufgaben des überörtlichen Brandschutzes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen von aktivierten Investitionszuschüssen und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist der Eigenanteil an den Personalkosten der Leitstelle mit 225 T€. Ferner sind veranschlagt der Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband, die Prämien für die Kreisleistungsübungen sowie die Zuschüsse an DLRG und THW. Der Mehrbedarf entsteht durch den Einsatz zusätzlichen Personals bei der Leitstelle.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV		-5.000	-1.570,11	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**		**-5.000**	**-1.570,11**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**		**-5.000**	**-1.570,11**	

Investitionen Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bisher bereitgest. Gesamt. Einz./Ausz.
2009INV068 Kauf Lautsprecheranlage für Bereitstellungsplatz	-5.000	0	0	0	0	0	

Teilergebnishaushalt THH 02 - Schule und Kultur

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.200	-6.200	-6.918,60
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-575.000	-570.000	-559.974,50
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-719.640	-681.000	-678.855,15
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-58.200.000	-57.400.000	-56.989.836,00
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-5.874.800	-5.863.200	-5.875.800,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-2.001.300	-2.057.400	-2.083.443,52
09	Sonstige ordentliche Erträge			-86.433,30
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-67.376.940**	**-66.577.800**	**-66.281.261,07**
11	Personalaufwendungen	4.414.100	4.222.900	4.197.820,36
12	Versorgungsaufwendungen	159.700	128.800	157.984,05
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.256.630	15.557.890	15.544.100,99
14	Abschreibungen	2.448.570	2.642.450	2.663.434,80
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	42.953.200	43.191.150	40.045.207,80
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**65.232.200**	**65.743.190**	**62.608.548,00**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-2.144.740**	**-834.610**	**-3.672.713,07**
21	Finanzerträge	-13.875	-14.500	-4.166,67
22	Finanzaufwendungen	1.100.000	1.300.000	1.295.021,14
23	**Finanzergebnis**	**1.086.125**	**1.285.500**	**1.290.854,47**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-1.058.615**	**450.890**	**-2.381.858,60**
25	Außerordentliche Erträge	-35.000	-35.000	-29.429,39
26	Außerordentliche Aufwendungen	60.000	40.000	120.388,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**25.000**	**5.000**	**90.959,01**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-1.033.615**	**455.890**	**-2.290.899,59**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	5.290.523	5.229.620	4.899.204,32
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**5.290.523**	**5.229.620**	**4.899.204,32**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.256.908**	**5.685.510**	**2.608.304,73**

Teilfinanzhaushalt THH 02 - Schule und Kultur

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	766.000	769.400	9.755.695,22
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	25.000	25.000	
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**	**791.000**	**794.400**	**9.755.695,22**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-1.929.980	-1.112.000	-7.172.037,15
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			-500.000,00
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**	**-1.929.980**	**-1.112.000**	**-7.672.037,15**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**-1.138.980**	**-317.600**	**2.083.658,07**

Produktbeschreibung Produkt 2010 Grundschulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	211	Grundschulen
Produkt	2010	Grundschulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Schulbudgets, Erwerb von beweglichen Sachen, Beschulungskosten, Gastschulbeiträge, Schülerversicherungen
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Schulen anderer Schulträger, andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, Jugendamt
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Ausbau des Betreuungsangebots „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ an Grundschulen 2. Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl Grundschulen mit Betreuungsangebot „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“/ Anzahl antragsberechtigte Grundschulen gesamt	60 %	65 %	68 %
Kennzahl (absolut):	21 / 35	24 / 37	25 / 37
2. Anzahl Grundschulen mit GT-Angeboten / Anzahl Grundschulen gesamt	21 %	23 %	27 %
Kennzahl (absolut):	10 / 48	11 / 48	13 / 48

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu 1.: 37 Grundschulen (davon 35 aus Produkt 2010 und 2 aus Produkt 2021) sind antragsberechtigt für das Angebot „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“. Im Schuljahr 2012/13 sind 24 Grundschulen im Programm. Im Schuljahr 2013/14 startet eine weitere Grundschule (Steinerwaldschule Biblis).
Zu 2.: Zugrundegelegt werden alle 48 Grundschulen in Trägerschaft des Kreises (darunter 41 aus Produkt 2010, 6 aus Produkt 2021 und 1 aus Produkt 2060). Zum Schuljahr 2013/14 wird damit gerechnet, dass zwei weitere Grundschulen in das GTA-Landesprogramm aufgenommen werden.

Teilergebnishaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-22.800	-21.500	-20.988,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-4.475,06
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-22.800**	**-21.500**	**-25.463,06**
11	Personalaufwendungen	1.065.500	993.800	1.019.416,71
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	975.460	1.061.195	1.007.342,55
14	Abschreibungen	170.870	244.150	174.981,89
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	23.300	21.500	18.126,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.235.130**	**2.320.645**	**2.219.867,15**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.212.330**	**2.299.145**	**2.194.404,09**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.212.330**	**2.299.145**	**2.194.404,09**
25	Außerordentliche Erträge			-301,19
26	Außerordentliche Aufwendungen			22.612,21
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**22.311,02**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.212.330**	**2.299.145**	**2.216.715,11**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	162.373	154.228	143.982,61
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**162.373**	**154.228**	**143.982,61**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.374.703**	**2.453.373**	**2.360.697,72**

Teilergebnishaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die vom Land zu erstattenden Beschulungskosten für Schüler/Innen die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben. Es wird mit 34 Schüler/Innen und 495 € pro Kopf und Jahr gerechnet. Ferner sind Gastschulbeiträge für 12 Schüler/Innen aus anderen Wohnsitzkreisen mit ebenfalls 495 € pro Kopf und Jahr veranschlagt.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal (Schulsekretärinnen). Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze der Schulbudgets (siehe auch Anlage 7) und die Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe auch Entwicklung im Teilfinanzhaushalt.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für die Ausstattungen der Klassen- und Fachräume sowie die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Gastschulbeiträge von 47 Schüler/innen mit 495 € pro Kopf und Jahr, welche Schulen der benachbarten Schulträger besuchen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 6909010 (Beiträge zur Schülerunfallversicherung) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind nicht Bestandteil der Schul- und des Abteilungsbudgets.
Die Ansätze des Sachkontos 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7172010 (Gastschulbeiträge) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7299000 (Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-208.250	-95.000	-223.643,48	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-208.250**	**-95.000**	**-223.643,48**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-208.250**	**-95.000**	**-223.643,48**	

Investitionen Produkt 2010 Grundschulen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV061 Grundschulen allgemein, Erwerb v bewegl. Sachen	-60.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	
2009INV002 Schlosshofschule Mörlenbach, Erweiterung	-30.000	-30.000	0	0	0	0	-160.000 -130.000
2012INV001 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-5.000	0	0	0	0	0	
2013INV001 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-5.000	0	0	0	0	
2013INV021 Schulbudget - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-113.250	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	216	Kombinierte Schulformen
Produkt	2021	Kombinierte Schulformen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Schulbudgets, Erwerb beweglicher Sachen, Beschulungskosten, Gastschulbeiträge, Schülerversicherungen, SchuB-Klassen (Schule und Betrieb)
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Schulen anderer Schulträger, andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, Jugendamt
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Ausbau der Ganztagsangebote an kombinierten Schulen 2. Erfolgreich absolvierte Schulabschlüsse im Bereich Hauptschule mittels des Projekts „SchuB“ (Schule und Betrieb)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl kombinierter Schulen mit GT-Angeboten / Anzahl kombinierte Schulen gesamt	88 %	94 %	94 %
Kennzahl (absolut):	14 / 16	15 / 16	15 / 16
2. Anzahl der erfolgreich absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule / Anzahl der insgesamt absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule	95 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	59 / 62	76 / 76	76 / 76

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu 1.: Zugrundegelegt sind alle kombinierten Schulen aus dem Produkt 2021. Von den 16 kombinierten Schulen haben derzeit 15 ein Ganztagsangebot. Zu 2.: 76 Schüler haben im Schuljahr 2011/2012 im 8. Jahrgang mit SchuB begonnen und werden zum Ende des Schuljahres 2012/13 die Abschlussprüfung machen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-224.800	-212.300	-212.265,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-11.985,97
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-224.800**	**-212.300**	**-224.250,97**
11	Personalaufwendungen	998.100	941.100	955.542,37
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.553.980	1.642.280	1.539.595,77
14	Abschreibungen	188.550	58.800	244.885,14
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	152.000	150.300	140.715,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.892.630**	**2.792.480**	**2.880.738,28**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.667.830**	**2.580.180**	**2.656.487,31**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.667.830**	**2.580.180**	**2.656.487,31**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			19.947,99
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**19.947,99**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.667.830**	**2.580.180**	**2.676.435,30**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	139.624	86.756	68.632,17
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**139.624**	**86.756**	**68.632,17**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.807.454**	**2.666.936**	**2.745.067,47**

Teilergebnishaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die vom Land zu erstattenden Beschulungskosten für Schüler/Innen die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben. Es wird mit 367 Schüler/Innen und 495 € pro Kopf und Jahr gerechnet. Ferner sind Gastschulbeiträge für 87 Schüler/Innen aus anderen Wohnsitzkreisen mit ebenfalls 495 € pro Kopf und Jahr veranschlagt.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal (Schulsekretärinnen). Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze der Schulbudgets (siehe auch Anlage 7) und die Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe auch Entwicklung im Teilfinanzhaushalt. In diesem Ansatz enthalten sind 517,2 T€ für den Betrieb der Ganztagsangebote und 88,5 T€ für SchuB-Fremdleistungen.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für die Ausstattungen der Klassen- und Fachräume sowie die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Gastschulbeiträge von 307 Schüler/innen mit 495 € pro Kopf und Jahr, welche Schulen der benachbarten Schulträger besuchen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 6909010 (Beiträge zur Schülerunfallversicherung) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind nicht Bestandteil der Schul- und des Abteilungsbudgets.
Die Ansätze des Sachkontos 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7172010 (Gastschulbeiträge) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7299000 (Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-376.510	-240.000	-419.129,24	-60.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-376.510**	**-240.000**	**-419.129,24**	**-60.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-376.510**	**-240.000**	**-419.129,24**	**-60.000**

Investitionen Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2009INV003 Kombinierte Schulformen: Erwerb v. bewegl. Sachen	-60.000	-75.000	0	-75.000	-75.000	-75.000	
2011INV004 Erich-Kästner-Schule Bürstadt; Grundsanierung	-50.000	-50.000	0	-50.000	-70.000	-70.000	-160.000 -350.000
2011INV005 Freiherr-von-Stein-Schule; Sanierung	-40.000	0	0	0	0	0	-100.000 -100.000
2012INV002 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-10.000	0	0	0	0	0	
2012INV034 Martin-Buber-Schule Heppenheim; Grundsanierung	-50.000	-50.000	0	-40.000	-70.000	-20.000	-100.000 -230.000
2012INV035 Eugen-Bachmann-Schule Wald-Michelbach; Sanierung	-30.000	-70.000	0	-30.000	-20.000	0	-100.000 -150.000
2013INV002 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-10.000	0	0	0	0	
2013INV022 Schulbudget - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-121.510	0	0	0	0	
2013INV026 Friedrich-Fröbel-Schule; Neubau Mensa u. Betreuung	0	0	-60.000	-60.000	0	0	0 -60.000

Produktbeschreibung Produkt 2040 Gymnasien

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	217	Gymnasien
Produkt	2040	Gymnasien

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Schulbudgets, Erwerb beweglicher Sachen, Beschulungskosten, Gastschulbeiträge, Schülerversicherungen, Ersatzschulfinanzierung, Hochbegabtenförderung
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Schulen anderer Schulträger, andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, Jugendamt
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:
Vereinbarte Ziele	Ausbau der Ganztagsangebote an Gymnasien

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl Gymnasien mit GT-Angeboten / Anzahl Gymnasien gesamt	100 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	6 / 6	6 / 6	6 / 6

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zugrunde gelegt sind alle Schulen aus dem Produkt 2040. Kooperative Gesamtschulen mit gymnasialen Zweigen sind somit nicht enthalten.

Teilergebnishaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-210.900	-238.600	-238.023,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-1.300	-1.300	-1.283,50
09	Sonstige ordentliche Erträge			-29.571,08
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-212.200**	**-239.900**	**-268.877,58**
11	Personalaufwendungen	664.800	631.000	626.569,73
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	921.590	997.120	936.722,43
14	Abschreibungen	155.200	317.400	329.696,50
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	878.100	844.800	813.079,78
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.619.690**	**2.790.320**	**2.706.068,44**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.407.490**	**2.550.420**	**2.437.190,86**
21	Finanzerträge	-13.875	-14.500	-4.166,67
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-13.875**	**-14.500**	**-4.166,67**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.393.615**	**2.535.920**	**2.433.024,19**
25	Außerordentliche Erträge			-242,51
26	Außerordentliche Aufwendungen			14.802,63
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**14.560,12**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.393.615**	**2.535.920**	**2.447.584,31**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	92.670	51.323	36.035,98
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**92.670**	**51.323**	**36.035,98**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.486.285**	**2.587.243**	**2.483.620,29**

Teilergebnishaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die vom Land zu erstattenden Beschulungskosten für Schüler/Innen die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben. Es wird mit 156 Schüler/Innen und 495 € pro Kopf und Jahr gerechnet. Ferner sind Gastschulbeiträge für 270 Schüler/Innen aus anderen Wohnsitzkreisen mit ebenfalls 495 € pro Kopf und Jahr veranschlagt.

zu Nr. 08:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionsfördermaßnahmen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal (Schulsekretärinnen). Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze der Schulbudgets (siehe auch Anlage 7) und die Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe auch Entwicklung im Teilfinanzhaushalt. In dem Ansatz enthalten sind 242,2 T€ für den Betrieb der Ganztagsangebote.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für die Ausstattungen der Klassen- und Fachräume sowie die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern. Ferner ist die Abschreibung des Investitionszuschusses für die AMS Viernheim veranschlagt.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Gastschulbeiträge von 185 Schüler/innen mit 495 € pro Kopf und Jahr, welche Schulen der benachbarten Schulträger besuchen. Ferner ist veranschlagt die Ersatzschulfinanzierung mit 786,5 T€.

zu Nr. 21:
Veranschlagt sind die Zinserträge aus dem an das Kuratorium des Litauischen Gymnasiums Lampertheim-Hüttenfeld e.V. gewährte Darlehen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 6909010 (Beiträge zur Schülerunfallversicherung) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind nicht Bestandteil der Schul- und des Abteilungsbudgets.
Die Ansätze des Sachkontos 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7172010 (Gastschulbeiträge) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7299000 (Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	25.000	25.000		
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**25.000**	**25.000**		
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-345.030	-205.000	-262.606,05	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			-500.000,00	
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-345.030**	**-205.000**	**-762.606,05**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-320.030**	**-180.000**	**-762.606,05**	

Investitionen Produkt 2040 Gymnasien

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV070 Starkenburggymnasium Heppenheim, Einrichtung	-40.000	-60.000	0	0	0	0	-760.000 -700.000
2008INV073 Martin-Luther-Schule Rimbach, Einrichtung	-50.000	-110.000	0	-300.000	-40.000	-40.000	-160.000 -540.000
2008INV075 Gymnasien allgemein	-65.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	
2011INV009 AKG Bensheim; Sanierung Fachräume	-40.000	-20.000	0	-20.000	0	0	-60.000 -80.000
2012INV026 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-10.000	0	0	0	0	0	
2013INV016 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-10.000	0	0	0	0	
2013INV023 Schulbudget - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-95.030	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2060 Förderschulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	221	Förderschulen
Produkt	2060	Förderschulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Schulbudgets, Erwerb beweglicher Sachen, Beschulungskosten, Gastschulbeiträge, Schülerversicherungen, Schulgeld, Unterrichtsmittel für Sprachheilabteilung, Personal- und Sachkosten Abteilung Erziehungshilfe, Zuschüsse Martinsschule Ladenburg, Integration behinderter Schüler in Regelschulen
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Schulen anderer Schulträger, andere Schulträger, Landeswohlfahrtsverband Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-2.170	-5.300	-4.188,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		-600	-1.078,72
09	Sonstige ordentliche Erträge			-340,91
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.170**	**-5.900**	**-5.607,63**
11	Personalaufwendungen	218.600	245.200	221.477,76
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	657.310	667.295	715.499,53
14	Abschreibungen	167.900	182.100	167.877,25
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	395.200	470.300	329.588,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.439.010**	**1.564.895**	**1.434.442,54**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.436.840**	**1.558.995**	**1.428.834,91**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.436.840**	**1.558.995**	**1.428.834,91**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen	60.000	40.000	1.301,53
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**60.000**	**40.000**	**1.301,53**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.496.840**	**1.598.995**	**1.430.136,44**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	40.538	47.938	48.735,72
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**40.538**	**47.938**	**48.735,72**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.537.378**	**1.646.933**	**1.478.872,16**

Teilergebnishaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die vom Land zu erstattenden Beschulungskosten für 2 Schüler/innen die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal (Schulsekretärinnen). Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze der Schulbudgets (siehe auch Anlage 7) und die Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe auch Entwicklung im Teilfinanzhaushalt. In dem Ansatz enthalten sind 109,0 T€ für den Betrieb der Ganztagsangebote.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen der Ausstattungen der Klassen- und Fachräume sowie aus der Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern. Ferner ist die Abschreibung des Investitionszuschusses für die Martinsschule in Ladenburg.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist die Zuweisung zu den Betriebskosten der Martinsschule in Ladenburg mit 280 T€, das Schuldgeld für 26 verhaltensauffällige Kinder mit 100 T€ und Gastschulbeiträge für 14 Schüler/Innen die Schulen benachbarter Schulträger besuchen mit 15,2 T€.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Leistungen welche im Vorjahr erbracht wurden.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 6909010 (Beiträge zur Schülerunfallversicherung) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind nicht Bestandteil der Schul- und des Abteilungsbudgets.
Die Ansätze des Sachkontos 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7172010 (Gastschulbeiträge) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze des Sachkontos 7299000 (Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Ansatz des Sachkontos 7122000 (Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände) wird für übertragbar erklärt.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			782,18	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**782,18**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-60.290	-65.000	-331.127,91	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-60.290**	**-65.000**	**-331.127,91**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-60.290**	**-65.000**	**-330.345,73**	

Investitionen Produkt 2060 Förderschulen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV079 Seebergschule Bensheim, Neubau	-30.000	0	0	0	0	0	-300.000 -300.000
2008INV082 Förderschulen, Erwerb von beweglichen Sachen	-15.000	-15.000	0	-15.000	-15.000	-15.000	
2008INV083 Förderschulen, Integrationsmaßnahmen	-5.000	-5.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	
2012INV027 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-5.000	0	0	0	0	0	
2012INV029 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-10.000	0	0	0	0	0	
2013INV017 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-5.000	0	0	0	0	
2013INV018 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-10.000	0	0	0	0	
2013INV024 Schulbudget - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-25.290	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2070 Berufliche Schulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen
Produkt	2070	Berufliche Schulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Schulbudgets, Erwerb beweglicher Sachen, Beschulungskosten, Gastschulbeiträge, Schülerversicherungen, internationale Schulpartnerschaften
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Schulen anderer Schulträger, andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-253.970	-198.300	-197.013,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		-21.500	-17.838,95
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.357,24
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-253.970**	**-219.800**	**-216.209,19**
11	Personalaufwendungen	355.900	342.200	336.628,52
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	502.590	538.100	495.205,28
14	Abschreibungen	101.250	154.800	111.730,16
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	260.500	239.300	218.572,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.220.240**	**1.274.400**	**1.162.135,96**
20	**Verwaltungsergebnis**	**966.270**	**1.054.600**	**945.926,77**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**966.270**	**1.054.600**	**945.926,77**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			3.444,73
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**3.444,73**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**966.270**	**1.054.600**	**949.371,50**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	46.670	33.212	29.432,21
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**46.670**	**33.212**	**29.432,21**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.012.940**	**1.087.812**	**978.803,71**

Teilergebnishaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die vom Land zu erstattenden Beschulungskosten für Schüler/Innen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland haben. Wir erwarten 171 Schüler/Innen mit 597 € pro Kopf, 45 Schüler/Innen mit 225 € pro Kopf und 6 Schüler/Innen mit 199 € pro Kopf. Ferner sind veranschlagt Gastschulbeiträge für 182 Schüler/Innen mit 597 € pro Kopf und 26 Schüler/Innen mit 199 € pro Kopf aus benachbarten Wohnsitzkreisen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal (Schulsekretärinnen). Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Ansätze der Schulbudgets (siehe auch Anlage 7) und die Beiträge zur Schülerunfallversicherung. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung (siehe auch Entwicklung im Teilfinanzhaushalt. In dem Ansatz enthalten sind 67,1 T€ für den Betrieb der Ganztagsangebote.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen von Ausstattungen der Klassen- und Fachräume sowie aus der Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die an benachbarte Schulträger zu leistenden Gastschulbeiträge für 117 Schüler/Innen zu 597 €, für 674 Schüler/Innen zu 255 € und für 81 Schüler/Innen zu 199 €. Ferner ist für die Förderung internationaler Schulpartnerschaften ein Zuschuss von 2.600 € veranschlagt.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Sachkonten 6909010 (Beiträge zur Schülerunfallversicherung) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind nicht Bestandteil der Schul- und des Abteilungsbudgets.
Der Ansatz des Sachkontos 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Ansatz des Sachkontos 7172010 (Gastschulbeiträge) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Ansatz des Sachkontos 7299000 (Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-363.900	-110.000	-263.937,03	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-363.900**	**-110.000**	**-263.937,03**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-363.900**	**-110.000**	**-263.937,03**	

Investitionen Produkt 2070 Berufliche Schulen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV078 Berufliche Schulen, Erwerb von beweglichen Sachen	-40.000	-40.000	0	-40.000	-40.000	-40.000	
2009INV006 Karl-Kübel-Schule Bensheim: Erweiterung, Mensa	-50.000	-200.000	0	-170.000	-30.000	0	-400.000 -600.000
2009INV059 Heinrich Metzendorf Schule, Bistro	0	-50.000	0	-50.000	-20.000	0	-50.000 -120.000
2012INV028 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-20.000	0	0	0	0	0	
2013INV019 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-20.000	0	0	0	0	
2013INV025 Schulbudget - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-53.900	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2080 Schülerbeförderung

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	241	Schülerbeförderung
Produkt	2080	Schülerbeförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Organisation von Schülerbeförderungsleistungen im Rahmen freigestellter Verkehre, Ausgabe der Schülerfahrkarten und Kostenerstattung für Selbstzahler.
Beteiligte	Extern: Busunternehmen, Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH, Rhein-Main-Verkehrs-verbund, Taxiunternehmen Intern: Abteilung ÖPNV
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze 2. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung 3. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	0,52	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	4 / 7.686	max. 15 / 7.170	max. 13 / 6.769
2. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	3,90	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	30 / 7.686	max. 15 / 7.170	max. 13 / 6.769
3. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	0,26	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	2 / 7.686	max. 15 / 7.170	max. 13 / 6.769

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Es werden alle bei der Kreisverwaltung, bei den Schulen und bei der VRN GmbH eingehenden Beschwerden (telefonisch oder schriftlich) erfasst und dokumentiert. Beschwerden aufgrund besonderer witterungsbedingter Umstände werden allerdings nicht berücksichtigt (höhere Gewalt). Eine Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Beschwerden kann nicht getroffen werden, da die Meinung der Beschwerdeführer über den Tatbestand einer Beschwerde u.U. sehr subjektiv ist.
Stand Schülerzeitkarten: Oktober 2012.

Sonstige Erläuterungen

Die Schülerbeförderung ist fast ausschließlich in den ÖPNV integriert (sh. Produkt 5100).

Teilergebnishaushalt Produkt 2080 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-38.387,69
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-38.387,69**
11	Personalaufwendungen	173.700	167.100	163.256,33
12	Versorgungsaufwendungen	16.100	13.000	16.122,65
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.704.500	7.524.100	7.579.957,34
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**7.894.300**	**7.704.200**	**7.759.336,32**
20	**Verwaltungsergebnis**	**7.894.300**	**7.704.200**	**7.720.948,63**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**7.894.300**	**7.704.200**	**7.720.948,63**
25	Außerordentliche Erträge	-35.000	-35.000	-28.885,69
26	Außerordentliche Aufwendungen			56.327,80
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-35.000**	**-35.000**	**27.442,11**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**7.859.300**	**7.669.200**	**7.748.390,74**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	105.563	821.419	55.677,50
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**105.563**	**821.419**	**55.677,50**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**7.964.863**	**8.490.619**	**7.804.068,24**

Teilergebnishaushalt Produkt 2080 Schülerbeförderung

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die geschätzten Aufwendungen für MAXX-Tickets, Fahrten zum Querverkehr und die Erstattung von Fahrtkosten und andere Aufwendungen für freigestellte Schülerverkehre. Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen der Sprachheilschule Bürstadt und der Weschnitztalschule Mörlenbach müssen weitere Zusatzleistungen bestellt werden. Mehrbedarf entsteht ferner durch die Beförderung von Kindern, die Sprachintensivkurse bzw. die Vorklasse an verschiedenen zentralen Orten besuchen und Preisanpassungen aufgrund der deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus der Eingliederungshilfe.

Haushaltsvermerke:

Der Ansatz des Sachkontos 6179200 (Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen; hier Beförderungskosten) ist nicht Bestandteil des Abteilungsbudgets. Der Ansatz dieses Sachkontos in Höhe von 7.704.500 € wird gemäß Beschluss des Haupt-, Finanz- und personalausschusses mit einer Sperre vom 200.000 € belegt. Über die Aufhebung dieser Sperre entscheidet der Kreisausschuss.

Produktbeschreibung Produkt 2085 Schulverwaltung

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	243	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	2085	Schulverwaltung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Schulabteilung	Claudia Blume

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Erstellung, Fortschreibung und Abwicklung des Schul- und Medienentwicklungsplanes. Wahrnehmung von Aufgaben der äußeren Schulorganisation wie Schulbezirke, Schülerlenkung, Namensgebungen von Schulen, Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen und Betreuungsangeboten an Grundschulen im Rahmen des Betreuungsangebots „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ (Erwerb von Ausstattungs- und Gebrauchsgegenständen), Zuschüsse für das Betreuungsangebot „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“. Abwicklung des 1:1 Programms. Bereitstellung audiovisueller Medien (Medienzentrum / Kreisbildstelle). Erstattung der Sachkosten des Kreiselternbeirates und der Kreisschülervertretung.
Beteiligte	Extern: Firmen, Dienstleister, Schulleitung, Staatliches Schulamt, Kommunen Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, Jugendamt
Empfänger	Extern: Schulen, Schüler/-innen, Kreiselternbeirat, Kreisschülervertretung Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Schulentwicklungsplanes bis 2016 2. Ausbau der Beteiligung der Schüler an Betreuungsangeboten mit Mittagsversorgung

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der umgesetzten Maßnahmen und erreichten Ziele / Gesamtzahl der geplanten Maßnahmen und Ziele	0 %	27 %	36 %
Kennzahl (absolut):	0 / 11	3 / 11	4 / 11
2. Anzahl der teilnehmenden Schüler an Betreuungsangeboten mit Mittagsversorgung / Anzahl der Schüler gesamt	14 %	25 %	25 %
Kennzahl (absolut)	3.671 / 27.095	6.500 / 26.000	6.423 / 25.693

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu 1.: Zugrunde gelegt sind alle Maßnahmen und Ziele aus dem Schulentwicklungsplan 2011 - 2016, die ausschließlich in Verantwortung von der Schulabteilung umzusetzen sind.
Zu 2.: Zugrunde gelegt werden alle Schüler, die an Betreuungsangeboten mit Mittagsversorgung teilnehmen. Dazu zählen Angebote im Hort und in der Schule.

Teilergebnishaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-58.200.000	-57.400.000	-56.989.836,00
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-5.658.700	-5.646.100	-5.658.700,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-2.000.000	-2.034.000	-2.063.242,35
09	Sonstige ordentliche Erträge			-315,35
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-65.858.700**	**-65.080.100**	**-64.712.093,70**
11	Personalaufwendungen	495.700	478.100	466.057,55
12	Versorgungsaufwendungen	58.200	47.600	58.244,80
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.354.600	2.535.900	2.696.043,60
14	Abschreibungen	1.656.000	1.673.100	1.625.055,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	41.174.500	41.394.950	38.455.310,21
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**45.739.000**	**46.129.650**	**43.300.711,16**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-20.119.700**	**-18.950.450**	**-21.411.382,54**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen	1.100.000	1.300.000	1.295.021,14
23	**Finanzergebnis**	**1.100.000**	**1.300.000**	**1.295.021,14**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-19.019.700**	**-17.650.450**	**-20.116.361,40**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			1.543,56
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**1.543,56**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-19.019.700**	**-17.650.450**	**-20.114.817,84**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	4.551.857	3.887.267	4.479.834,98
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**4.551.857**	**3.887.267**	**4.479.834,98**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-14.467.843**	**-13.763.183**	**-15.634.982,86**

Teilergebnishaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Erläuterungen

zu Nr. 05:
Erträge aus Schulumlage gemäß 3. Trendberechnung bei einem Hebesatz von 22 %. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Zuweisung zu den Aufwendungen für Schulen (Schullastenausgleich) auf der Grundlage der endgültigen Festsetzung des KFA für das Jahr 2011 durch das HMdF.

zu Nr. 08:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für die Schulbaupauschale, die Zuweisung für die Medienentwicklung an Schulen und für das 1:1-Programm.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und Personalveränderungen im Schulbereich.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Schulabteilung einschließlich der Aufwendungen des Medienzentrums, des Kreisschülerrats, der Jugendverkehrsschulen, des Kreiselternbeirats, der Leasingkosten der Medienausstattung an Schulen (2.030 T€), der Lizenzkosten für die Software S'cool IT und der Fortbildung der Schulsekretärinnen und EDV-Beauftragten an den Schulen. Der Wenigerbedarf entsteht durch die Bildung investiver Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter und Betriebsausstattung im Finanzhaushalt.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus aktivierten Investitionszuschüssen, von immateriellen Vermögen, von Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertigen Wirtschaftsgütern.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind der Kreiszuschuss an den Eigenbetrieb "Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße" für den Betrieb und die bauliche Unterhaltung der Schulen mit 40.450 T€ (siehe Vorbericht und Wirtschaftsplan), die Zuweisung aus dem Programm "Familienfreundlicher Kreis" für 49 Gruppen mit 716 T€ sowie die Zuweisung für den Einsatz von Schulsportkoordinatoren.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen) der Produkte 2085 und 6020 sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße wird mit einem Teilbetrag von 2.000.000 € gesperrt. Diese Sperre darf nur durch den Kreisausschuss zum Zweck der Finanzierung von unabweisbaren Instandsetzungsmaßnahmen an den Schulgebäuden aufgehoben werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	766.000	769.400	9.754.913,04	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**766.000**	**769.400**	**9.754.913,04**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-568.000	-383.000	-5.661.381,12	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-568.000**	**-383.000**	**-5.661.381,12**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**198.000**	**386.400**	**4.093.531,92**	

Investitionen Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV057 Medienausstattung	-100.000	-100.000	0	-100.000	-100.000	-100.000	
2008INV114 Zuschuss für den Bau von Wartehallen	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
2008INV117 1:1 Programm für Schulgemeinden	-60.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	
2009INV007 Ganztagsangebote: Einrichtung	-50.000	-30.000	0	-20.000	-20.000	-20.000	
2010INV027 Projekt Famillienfreundlicher Kreis	-80.000	-60.000	0	-40.000	-40.000	-40.000	
2012INV003 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-50.000	0	0	0	0	0	
2012INV030 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-40.000	0	0	0	0	0	
2013INV003 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-50.000	0	0	0	0	
2013INV020 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-40.000	0	0	0	0	
2013INV031 Schulabteilung - Erwerb von beweglichen Sachen	0	-225.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	271	Volkshochschulen
Produkt	2100	Kreisvolkshochschule

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Kreisvolkshochschule	Iris Hoch

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Weiterbildungsgesetz
Produktbeschreibung	Planung, Angebot und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen in den Fachbereichen Gesellschaft, Kultur und Gestalten, Gesundheit und Bewegung, Sprachen, Beruf und Persönlichkeit, ebenso von Seminaren für Profit-Organisationen und Non-Profit-Organisationen, insbesondere für Mitarbeiter/-innen des Landratsamts des Kreises Bergstraße.
Beteiligte	Extern: Dozenten Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche, Senioren/-innen, ausländische Mitbürger/-innen, Firmen und Kommunen Intern: Mitarbeiter/-innen
Vereinbarte Ziele	Niedrige Ausfallquote

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)	17 %	max. 25 %	max. 25 %
Kennzahl (absolut):	169 / 1.025	max. 232 / 925	max. 232 / 925

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert bis 2013: 1,4)	1,4	1,4	1,4
Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenhonorare (je in €)	560.000 / 404.800	570.000 / 419.900	575.000 / 419.900
2. Kostendeckung (Zielwert bis 2013: 51:49)	52:48	52:48	51:49
Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)	560.000 / 515.900	570.000 / 526.800	575.000 / 547.600
3. Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert bis 2013: 26 €)	30	30	32
Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE	502.600 / 16.800	515.600 / 17.000	536.400 / 17.000

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu Kennzahl Zielerreichung: Die Kennzahl „Ausfallquote“ zeigt den wirtschaftlichen Umgang mit den Ressourcen. Bei einer Ausfallquote von 30 % geht die Planung am Bedarf der Kunden vorbei und die vorhandenen Ressourcen werden ohne dem Aufwand gegenüberstehende Erträge verbraucht. Bei einer Quote von 0 % werden keine neuen Angebote erstellt, evtl. neue Kundengruppen nicht erschlossen. Zu den sonstigen Kennzahlen 1. - 3.: Diese Kennzahlen sollen bei der KVHS Bergstraße und ihren Zweigstellen in Bensheim, Lampertheim und Viernheim bis 2013 erreicht sein. Abgebildet sind die Kennzahlen der KVHS Bergstraße. Zu 1.: Diese Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenhonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben) Zu 2.: Diese Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen. Zu 3.: Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten). Der Zielwert wird hauptsächlich von Personalkosten (Anstieg um 34 T€) beeinflusst: Tariferhöhungen (17 T€) und Versorgungsaufwendungen (17 T€) - auf die Höhe hat die KVHS keinen Zugriff.

Teilergebnishaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.200	-6.200	-6.918,60
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-575.000	-570.000	-559.974,50
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-5.000	-5.000	-6.378,15
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-216.100	-217.100	-217.100,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-802.300**	**-798.300**	**-790.371,25**
11	Personalaufwendungen	441.800	424.400	408.871,39
12	Versorgungsaufwendungen	85.400	68.200	83.616,60
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	586.600	591.900	573.734,49
14	Abschreibungen	8.800	12.100	9.208,86
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	69.600	70.000	69.816,81
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.192.200**	**1.166.600**	**1.145.248,15**
20	**Verwaltungsergebnis**	**389.900**	**368.300**	**354.876,90**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**389.900**	**368.300**	**354.876,90**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			407,95
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**407,95**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**389.900**	**368.300**	**355.284,85**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	151.228	147.477	36.873,15
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**151.228**	**147.477**	**36.873,15**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**541.128**	**515.777**	**392.158,00**

Teilergebnishaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Erläuterungen

zu Nr. 01:
Veranschlagt sind die Erträge aus Werbung, Sponsoring und dem Verkauf von Speisen und Getränken bei der Semestereröffnung.

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus den Teilnehmerbeiträgen der VHS-Kurse.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist der Kostenersatz der Städte Bensheim, Lampertheim und Viernheim für GEMA, Künstlersozialabgabe, hvv- Beitrag (Hessischer Volkshochschulverband) und der "Verwertungsgesellschaft Wort".

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die zu erwartende Landeszuweisung gemäß HWBG.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der Sachaufwand der KVHS. Hierin enthalten sind 416 T€ für Honorare der Lehrkräfte.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung des immateriellen Vermögens, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der geringwertigen Wirtschaftsgüter.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist die Weiterleitung eines Teils des Landeszuschusses an die Städte Bensheim, Lampertheim und Viernheim.

Haushaltsvermerke:

Das Produkt 2100 wird mit Ausnahme der Ansätze der Kontengruppe 66 (Abschreibungen) im Rahmen der Budgetierung bewirtschaftet. Auf die besonderen Richtlinien im Anschluss an den Vorbericht wird hingewiesen.
Alle Aufwendungen mit Ausnahme der Abschreibungen (Kontengruppe 66) sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Die Ansätze der Personal- und Versorgungsaufwendungen des Produkts 2100 sind nicht Bestandteil der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Personalaufwendungen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-8.000	-14.000	-10.212,32	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-8.000**	**-14.000**	**-10.212,32**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-8.000**	**-14.000**	**-10.212,32**	

Investitionen Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2009INV008 KVHS: Büromasch., Orga.Mittel, DV-Anlagen	-5.000	-4.000	0	-4.000	-5.000	-3.000	
2009INV009 KVHS: Büromöbel u. sonst. Ausstattungsgegenstände	-1.000	0	0	-1.000	0	-1.000	
2009INV010 KVHS: Lizenzen	-2.000	-1.000	0	-1.000	-500	-500	
2012INV009 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-6.000	0	0	0	0	0	
2013INV009 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-3.000	0	0	0	0	

Teilergebnishaushalt THH 03 - Soziales und Jugend

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-36.000	-33.700	-39.608,34
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-23.780	-18.280	-26.917,47
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-2.039.008	-1.376.508	-1.486.048,64
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-69.352.650	-77.194.870	-70.111.029,59
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-19.967.304	-15.672.828	-13.717.991,85
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-583,53
09	Sonstige ordentliche Erträge	-1.804	-604	-480.439,24
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-91.420.546**	**-94.296.790**	**-85.862.618,66**
11	Personalaufwendungen	8.761.700	8.510.700	8.560.751,84
12	Versorgungsaufwendungen	933.300	732.300	906.453,52
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.238.072	1.691.945	1.483.970,67
14	Abschreibungen	2.205.630	421.470	2.257.984,56
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	5.353.827	5.376.082	4.994.888,72
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	154.695.698	154.998.968	147.220.537,04
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	800	710	708,36
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**174.189.027**	**171.732.175**	**165.425.294,71**
20	**Verwaltungsergebnis**	**82.768.481**	**77.435.385**	**79.562.676,05**
21	Finanzerträge	-700	-700	-39,74
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-700**	**-700**	**-39,74**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**82.767.781**	**77.434.685**	**79.562.636,31**
25	Außerordentliche Erträge	-427.160	-156.065	-681.996,22
26	Außerordentliche Aufwendungen	946.000	334.000	2.358.416,85
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**518.840**	**177.935**	**1.676.420,63**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**83.286.621**	**77.612.620**	**81.239.056,94**
29	Sekundäre Erträge	-2.946.000	-2.146.000	-2.993.269,20
30	Sekundäre Aufwendungen	9.354.792	10.412.286	2.333.831,68
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**6.408.792**	**8.266.286**	**-659.437,52**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**89.695.413**	**85.878.906**	**80.579.619,42**

Teilfinanzhaushalt THH 03 - Soziales und Jugend

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			23.341,00
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**			**23.341,00**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-4.000	-4.000	-34.305,47
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**	**-4.000**	**-4.000**	**-34.305,47**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**-4.000**	**-4.000**	**-10.964,47**

Produktbeschreibung Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3010	Hilfe zum Lebensunterhalt

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Gewährung von laufenden und einmaligen Leistungen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes für Menschen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.
Beteiligte	Extern: Intern: Jugendamt mit Jugendberufshilfe und Erziehungsberatungsstellen
Empfänger	Extern: Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen können Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-750	-1.000	-500,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-199,95
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-185.800	-235.800	-161.704,28
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-157.880	-151.920	-153.728,28
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-344.430**	**-388.720**	**-316.132,51**
11	Personalaufwendungen	167.700	180.000	170.173,36
12	Versorgungsaufwendungen	32.900	26.400	32.608,38
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.240	2.240	1.576,39
14	Abschreibungen	364.000	100.000	316.742,78
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	2.709.000	2.299.100	2.372.473,20
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.275.840**	**2.607.740**	**2.893.574,11**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.931.410**	**2.219.020**	**2.577.441,60**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.931.410**	**2.219.020**	**2.577.441,60**
25	Außerordentliche Erträge	-10.000	-10.000	-9.702,66
26	Außerordentliche Aufwendungen	35.000	16.000	36.395,24
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**25.000**	**6.000**	**26.692,58**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.956.410**	**2.225.020**	**2.604.134,18**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	316.158	345.783	54.899,42
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**316.158**	**345.783**	**54.899,42**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.272.568**	**2.570.803**	**2.659.033,60**

Teilergebnishaushalt Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Zwangsgeldern.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe auf der Basis der Ergebnisse 2011. Die Mindererträge entstehen durch geringere Ersatzleistungen für Minderjährige außerhalb von Einrichtungen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist, auf Basis der vorläufigen Festsetzung 2012 und des Ergebnisses, der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (8,7 %). Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung des Personals.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Wertberichtigungen von Forderungen. Die Mehraufwendungen entstehen durch eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigung.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb (1.961 T€) und innerhalb von Einrichtungen (746 T€) gemäß dem SGB XII. Außerhalb von Einrichtungen sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 13 % gestiegen und die Kosten pro Fall und Monat um 3 %. Davon ausgehend wird für das Jahr 2013 mit 246 Fällen x 322 €/Monat (= 952 T€) kalkuliert. Hinzu kommen 1.000 T€ für die Verwandtenpflege des Jugendamtes. In Einrichtungen sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 3 % und die Kosten pro Fall und Monat um 5 % gestiegen. Davon ausgehend wird für das Jahr 2013 mit 227 Fällen x 268 €/Monat kalkuliert. Berücksichtig wurde die geplante Fortschreibung der Regelbedarfsstufen für das Jahr 2013 um 2,26 % durch das BMAS.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind Dividenden von bereits wertberichtigten Forderungen auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung, auf der Basis des Ergebnisses 2011.

Teilergebnishaushalt Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Au die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3020	Hilfe zur Pflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Neuntes, Elftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Leistungen zur häuslichen Pflege, zur Beschaffung von Hilfsmitteln, zur teilstationären und stationären Pflege sowie zur Kurzzeitpflege. Häusliche Pflege, Pflegegeld, andere Leistungen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.000	-2.200	255,65
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-30.000		-32.993,35
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-500.600	-576.000	-484.144,12
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-421.800	-410.056	-414.937,60
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-953.400**	**-988.256**	**-931.819,42**
11	Personalaufwendungen	252.400	246.200	242.343,03
12	Versorgungsaufwendungen	49.400	40.900	50.439,04
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.360	6.364	3.566,32
14	Abschreibungen	45.000	15.000	43.646,91
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	7.319.000	6.614.000	6.254.164,49
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**7.672.160**	**6.922.464**	**6.594.159,79**
20	**Verwaltungsergebnis**	**6.718.760**	**5.934.208**	**5.662.340,37**
21	Finanzerträge	-700	-700	-39,74
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-700**	**-700**	**-39,74**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**6.718.060**	**5.933.508**	**5.662.300,63**
25	Außerordentliche Erträge	-15.000	-40.000	-14.130,97
26	Außerordentliche Aufwendungen	84.000	50.000	72.476,79
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**69.000**	**10.000**	**58.345,82**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**6.787.060**	**5.943.508**	**5.720.646,45**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	595.706	671.614	79.783,52
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**595.706**	**671.614**	**79.783,52**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**7.382.766**	**6.615.122**	**5.800.429,97**

Teilergebnishaushalt Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Zwangsgeldern.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Kostenerstattung für einen Heimpflegefall durch den LWV.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe auf der Basis des Ergebnisses 2011. Die Mindererträge entstehen bei den Ersatzleistungen der Leistungsempfänger und bei Dritten. Trotz steigender Fallzahlen im Aufwandsbereich ist nicht damit zu rechnen, dass Erträge aus Kostenbeiträgen, Aufwendungsersatz und Kostenersatz in gleichem Maße steigen wie die Aufwendungen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich die steigende Altersarmut auch auf diesen Bereich auswirkt und Ansprüche in immer geringerem Umfang geltend gemacht werden können. Der Ansatz orientiert sich am Ergebnis 2011.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist, auf Basis der vorläufigen Festsetzung 2012 und des Ergebnisses, der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (23,3 %). Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus wertberichtigten Forderungen. Die Mehraufwendungen entstehen durch eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigung.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen der Hilfe zur Pflege außerhalb (1.141,0 T€) und innerhalb von Einrichtungen (6.178,0 t€). In der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 11 % gestiegen, während die Kosten pro Fall im gleichen Maß zurückgingen. Davon ausgehend wird der Ansatz für das Jahr 2013 mit 241 Fällen x 395 €/Monat unverändert gebildet. In der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 7 % gestiegen, während die Kosten pro Fall und Fall um 2 % stiegen. Davon ausgehend wird für das Jahr 2013 kalkuliert mit 691 Fällen x 745 € / Monat.

Teilergebnishaushalt Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Unterhaltsrückständen auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung unter Berücksichtigung des Haushaltsvollzuges 2012.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3030	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Neuntes, Elftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Leistungen, um eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines Berufes oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.
Beteiligte	Extern: Intern: Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Empfänger	Extern: Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt sind oder von einer solchen Behinderung bedroht sind Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-42.000	-31.000	-74.641,50
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-438.790	-407.308	-412.156,99
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-480.790**	**-438.308**	**-486.798,49**
11	Personalaufwendungen	237.100	184.900	195.770,24
12	Versorgungsaufwendungen	17.400	13.500	16.577,99
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.120	4.120	3.932,97
14	Abschreibungen	34.500	35.890	38.495,66
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	7.475.000	6.415.000	6.274.744,25
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**7.768.120**	**6.653.410**	**6.529.521,11**
20	**Verwaltungsergebnis**	**7.287.330**	**6.215.102**	**6.042.722,62**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**7.287.330**	**6.215.102**	**6.042.722,62**
25	Außerordentliche Erträge	-2.500		-3.249,35
26	Außerordentliche Aufwendungen	92.000	35.000	71.332,97
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**89.500**	**35.000**	**68.083,62**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**7.376.830**	**6.250.102**	**6.110.806,24**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	602.326	667.754	63.845,04
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**602.326**	**667.754**	**63.845,04**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**7.979.156**	**6.917.856**	**6.174.651,28**

Teilergebnishaushalt Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Dritte und andere Träger von Sozialleistungen. Die Mehrerträge entstehen durch die Erstattung Dritter.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist, auf Basis der vorläufigen Festsetzung 2012 und des Ergebnisses, der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (24,2 %). Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Ein wesentlicher Anteil des Mehrbedarfs entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung des Personals im Zusammenhang mit organisatorischen Änderungen im Sozialamt.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus dem Investitionszuschuss an die Behindertenwerkstatt Lorsch und für wertberichtigte Forderungen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb (7.328,0 T€) und innerhalb (147 T€) von Einrichtungen. Bei der Integration in Tageseinrichtungen waren Fallbestand und Aufwand pro Fall in den letzten drei Jahren relativ stabil; 257 Fälle x 1.485 €/Monat (= 4.579.740 €). Bei den anderen Eingliederungsleistungen waren in den letzten drei Jahren Fallzahlsteigerungen von durchschnittlich 5 % zu verzeichnen. Die Kosten pro Fall sind in diesem Zeitraum gestiegen. Die Veranschlagung basiert auf 323 Fällen x 709 €/Monat (= 2.748.084 €). Die Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird i. d. R. beim Landeswohlfahrtsverband bearbeitet und je nach Fallkonstellation beim Kreis zur Erstattung angemeldet. Der Ansatz hierfür basiert auf dem Ergebnis des Jahres 2011.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung.

Teilergebnishaushalt Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3040	Hilfen zur Gesundheit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Fünftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Die Hilfe zur Gesundheit umfasst die vorbeugende Gesundheitshilfe, die Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft und Geburt sowie bei Sterilisation. Die Leistungen werden ambulant und soweit erforderlich stationär erbracht.
Beteiligte	Extern: Intern: Jugendamt
Empfänger	Extern: Personen, die einer entsprechenden Hilfe bedürfen und denen die Aufbringung der Mittel nach den Vorschriften des zweiten Abschnittes des SGB XII nicht zuzumuten ist Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-20.000	-67.700	-1.710,60
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-124.895	-162.060	-163.989,48
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-144.895**	**-229.760**	**-165.700,08**
11	Personalaufwendungen	62.700	61.800	60.764,56
12	Versorgungsaufwendungen	10.100	8.100	9.978,22
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.303	1.301	280,39
14	Abschreibungen	3.200	2.200	281,45
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	1.815.000	1.900.000	1.518.539,99
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.892.303**	**1.973.401**	**1.589.844,61**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.747.408**	**1.743.641**	**1.424.144,53**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.747.408**	**1.743.641**	**1.424.144,53**
25	Außerordentliche Erträge			-924,48
26	Außerordentliche Aufwendungen	70.000	30.000	46.551,61
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**70.000**	**30.000**	**45.627,13**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.817.408**	**1.773.641**	**1.469.771,66**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	164.968	191.383	18.727,75
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**164.968**	**191.383**	**18.727,75**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.982.376**	**1.965.024**	**1.488.499,41**

Teilergebnishaushalt Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Erstattung überzahlter Abschläge an Krankenkassen. Im Zusammenhang mit rückläufigen Abschlagszahlungen an Krankenkassen gehen auch die Erstattungsleistungen zurück.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist, auf Basis der vorläufigen Festsetzung 2012 und des Ergebnisses, der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (6,9 %). Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für wertberichtigte Forderungen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Hilfen zur Gesundheit außerhalb (1.050 T€) und innerhalb (765 T€) von Einrichtungen. Die rückläufige Tendenz bei der Übernahme von Behandlungskosten wird sich auch in 2013 fortsetzen.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aufgrund zeitverzögerter Abrechnungen durch die Krankenkassen. Der Ansatz wurde der Entwicklung der Ergebnisse aus den Jahren 2010 und 2011 angepasst.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3050	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten u. in and. Lebenslagen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Die Leistungen umfassen alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Beratung, Betreuung, Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe, Hilfe in sonstigen Lebenslagen, Bestattungskosten.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, deren besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, die sie aus eigener Kraft nicht überwinden können Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			-505,68
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-15.730	-13.080	-13.235,20
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-15.730**	**-13.080**	**-13.740,88**
11	Personalaufwendungen	72.200	68.500	68.444,58
12	Versorgungsaufwendungen	4.400	3.400	4.228,27
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150	145	498,04
14	Abschreibungen		100	
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	210.000	210.000	183.370,31
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**286.750**	**282.145**	**256.541,20**
20	**Verwaltungsergebnis**	**271.020**	**269.065**	**242.800,32**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**271.020**	**269.065**	**242.800,32**
25	Außerordentliche Erträge	-1.160		-1.160,88
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.000		844,03
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**3.840**		**-316,85**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**274.860**	**269.065**	**242.483,47**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	70.000	57.536	22.463,53
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**70.000**	**57.536**	**22.463,53**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**344.860**	**326.601**	**264.947,00**

Teilergebnishaushalt Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Erläuterungen

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist, auf Basis der vorläufigen Festsetzung 2012 und des Ergebnisses, der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (0,9 %). Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Altenhilfe, für Bestattungskosten und für das betreute Wohnen für Nichtsesshafte. Gegenüber dem Ergebnis 2011 wird ein weiterer Zuwachs bei den Bestattungskosten erwartet.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung auf der Basis des Haushaltsvollzuges 2012.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3060	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Zur Sicherung des Lebensunterhalts können Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder die nach Vollendung des 18. Lebensjahres, unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage, voll erwerbsgemindert sind und bei denen unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann, Leistungen erhalten. Die Leistungen umfassen den Regelsatz, die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe, einmalige Bedarfe, die Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungs-beiträgen sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einer entsprechenden Hilfe bedürfen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-183.800	-160.300	-164.349,65
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-8.550.337	-4.585.464	-2.111.891,55
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-2.042,56
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-8.734.137**	**-4.745.764**	**-2.278.283,76**
11	Personalaufwendungen	582.300	574.600	557.599,75
12	Versorgungsaufwendungen	103.800	83.700	103.699,41
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.740	22.741	24.352,69
14	Abschreibungen	33.000	6.200	28.989,93
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	10.654.100	9.590.800	9.400.723,13
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**11.395.940**	**10.278.041**	**10.115.364,91**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.661.803**	**5.532.277**	**7.837.081,15**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.661.803**	**5.532.277**	**7.837.081,15**
25	Außerordentliche Erträge	-3.500		-3.745,73
26	Außerordentliche Aufwendungen	60.000	70.000	62.398,66
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**56.500**	**70.000**	**58.652,93**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.718.303**	**5.602.277**	**7.895.734,08**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	674.641	761.117	175.263,96
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**674.641**	**761.117**	**175.263,96**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.392.944**	**6.363.394**	**8.070.998,04**

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe. Die positive Entwicklung basiert auf der Entwicklung der Kostenbeiträge und der Überleitung von Unterhaltsansprüchen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der anteilige Ertrag aus dem Sozialhilfelastenausgleich (36,0 %) auf der Basis der vorläufigen Festsetzung für das Jahr 2012 und dem Ergebnis 2011 sowie die pauschale Zuweisung nach dem Landesaufnahmegesetz für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII mit insgesamt 667,9 T€. Ferner ist die Erstattungsleistung des Bundes in Höhe von 75 % der Grundsicherungsleistungen, auf der Basis der Nettoaufwendungen des Jahres 2011, in Höhe 7.215,0 T€ veranschlagt.
Berücksichtigt wurde die geplante Erhöhung der Regelbedarf in 2013 um 2,26 % durch BMAS.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.
Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales. Hierin enthalten sind Erstattungsleistungen von 12 T€ für die Servicestellen in Bensheim und Lampertheim zur Betreuung von Wohnsitzlosen, in Trägerschaft des Diakonischen Werkes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Einzelwertberichtigungen von Forderungen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen der Grundsicherung außerhalb (9.830,1 T€) und innerhalb (824,0 T€) von Einrichtungen. Bei der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen sind die Fallzahlen in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 3 % und die Kosten pro Fall und Monat um 4 % gestiegen. Davon ausgehend wird für das Jahr 2013 mit 1.752 Fällen und 462 €/Monat kalkuliert. Bei den Leistungen in Einrichtungen steigen die Fallzahlen und Kosten seit Jahren nur marginal. Der Ansatz wird mit 234 Fällen und 291 € monatlich kalkuliert. Berücksichtigt wurde die geplante Erhöhung der Regelbedarfe in 2013 um 2,26 % durch BMAS.

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	3070	Leistungen nach SGB II

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße	Stefan Rechmann

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
Produktbeschreibung	Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung Arbeitssuchender sowie zur Eingliederung von Arbeitssuchenden und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende.
Beteiligte	Extern: Bund Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, Maßnahmenträger Intern:
Sonstige Erläuterungen	Da die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) durch den Eigenbetrieb Neue Wege wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte / Controllingberichte des Eigenbetriebs Neue Wege wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-389.000	-412.000	-273.878,25
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-62.456.000	-70.700.000	-64.227.854,61
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-4.550.000	-4.900.000	-5.208.654,66
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-67.395.000**	**-76.012.000**	**-69.710.387,52**
11	Personalaufwendungen	289.200	241.800	239.162,61
12	Versorgungsaufwendungen	204.000	141.000	180.308,55
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	Abschreibungen			106.788,89
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.470.000	1.350.000	1.449.912,74
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	84.750.000	95.850.000	86.524.768,55
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**86.713.200**	**97.582.800**	**88.500.941,34**
20	**Verwaltungsergebnis**	**19.318.200**	**21.570.800**	**18.790.553,82**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**19.318.200**	**21.570.800**	**18.790.553,82**
25	Außerordentliche Erträge			-48.983,65
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-48.983,65**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**19.318.200**	**21.570.800**	**18.741.570,17**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.746.339	1.733.441	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.746.339**	**1.733.441**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**21.064.539**	**23.304.241**	**18.741.570,17**

Teilergebnishaushalt Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Erstattung der Personalaufwendungen durch den Eigenbetrieb "Neue Wege Kreis Bergstraße" unter Berücksichtigung einer veränderteren Zuordnung von Personal und von Tariferhöhungen.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist die Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft und Heizung (35,8 % der Aufwendungen) mit 11.456 T€, die Leistungsbeteiligung des Bundes am ALG II (100 % der Aufwendungen) mit 44.500 T€ und die Leistungsbeteiligung des Bundes an Eingliederungsleistungen gemäß § 16 SGB II (100 % der Aufwendungen) mit 6.500 T€.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende gemäß § 23a FAG in Höhe von 3.250 T€ sowie die Erstattung des Landes für Leistungen an Personen nach § 7 Landesaufnahmegesetz in Höhe von 200 T€. Weiterhin veranschlagt ist die Zuweisung des Bundes im Rahmen des Programmes "Perspektive 50 Plus" mit 1.100 T€.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif und Besoldungserhöhungen und einer veränderten Personalzuordnung.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse und personalwirtschaftliche Maßnahmen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist der kommunale Finanzierungsanteil von 15,2 % der Verwaltungskosten (siehe Wirtschaftplan 2013) des Eigenbetriebes "Neue Wege Kreis Bergstraße" als Zuweisung an den Bund.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 30.800 T€, für das ALG II mit 44.500 T€, für die Eingliederungsleistungen gemäß § 16 SGB II mit 6.500 T€ sowie einmalige Leistungen und Eingliederungsleistungen des Kreises mit 650 T€.
Weiterhin veranschlagt sind die Leistungen aus dem Programm "Perspektive 50 Plus" mit 1.100 T€ und für das Bildungs- und Teilhabepaket mit 1.200 T€. Geringere Aufwendungen entstehen bei den Leistungen für Unterkunft, Heizung sowie für ALG-II-Leistungen, für Eingliederungsleistungen und für Leistungen aus dem Programm "Perspektive 50 Plus".

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Davon aus dem Produkt 1110 30.420 €.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen im Produkt 3070 sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	313	Hilfen für Asylbewerber
Produkt	3080	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Asylbewerberleistungsgesetz; Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und anderer Personen; Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften; Gesundheitsmodernisierungsgesetz; Aufenthaltsgesetz; Asylverfahrensgesetz; Sozialgesetzbuch Zweites und Zwölftes Buch; Sozialgerichtsgesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
Produktbeschreibung	Leistungsgewährung nach Asylbewerberleistungsgesetz; Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge; Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.
Beteiligte	Extern: Hessisches Sozialministerium, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Regierungspräsidium Darmstadt, International Organization for Migration, Polizei, Schulen, kreisangehörige Kommunen, Migrationsdienste freier Träger Intern: Kommunalaufsicht; Rechtsamt; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz; Ausländer- und Migrationsamt; Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Ausländische Bevölkerung Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.530	-10.380	-17.727,72
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-25.000	-40.000	-29.099,60
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.583.360	-1.225.000	-1.242.839,70
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-2.265,85
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.622.890**	**-1.275.380**	**-1.291.932,87**
11	Personalaufwendungen	593.200	582.800	605.576,79
12	Versorgungsaufwendungen	34.600	27.800	34.532,07
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.536.780	957.280	954.657,36
14	Abschreibungen	53.000	15.000	61.594,98
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	3.070.100	2.328.900	1.912.163,61
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**5.287.680**	**3.911.780**	**3.568.524,81**
20	**Verwaltungsergebnis**	**3.664.790**	**2.636.400**	**2.276.591,94**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**3.664.790**	**2.636.400**	**2.276.591,94**
25	Außerordentliche Erträge	-35.000	-35.000	-177.958,09
26	Außerordentliche Aufwendungen	100.000	100.000	96.825,30
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**65.000**	**65.000**	**-81.132,79**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**3.729.790**	**2.701.400**	**2.195.459,15**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	435.037	486.749	171.755,27
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**435.037**	**486.749**	**171.755,27**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.164.827**	**3.188.149**	**2.367.214,42**

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren der Asylbewerberunterkünfte.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen. Es handelt sich hierbei um Erträge aus dem Kindergeld für anerkannte Personen und um die Rückzahlung gewährter Hilfen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Landeszuweisung für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen für durchschnittlich 290 erstattungsfähige Personen mit 448,25 € pro Person und Monat. Ferner ist die Erstattung von Krankenhilfen, welche im Einzelfall 10 T€ jährlich überschreiten, berücksichtigt.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Sozialamtes auf der Basis der Vorjahresansätze. Ferner sind veranschlagt die Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen für die kreiseigene Unterkunft Schimbacher Hof, die Mieten für Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen. Es wird weiterhin mit Zugängen gerechnet, gleichzeitig sind die Unterkunftskosten in den Übergangswohnheimen gestiegen. Da eine Fallzahlsteigerung nicht prognostiziert werden kann, wurde auf das Ergebnis 2011 rd. 60 % aufgeschlagen. Auch die Inanspruchnahme von Privatwohnungen aufgrund Plätze in Übergangswohnheimen verursacht zusätzliche Aufwendungen.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus wertberichtigten Forderungen.

zu Nr. 17:
Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012 werden die Leistungen für den Personenkreis nach § 3 AsylbLG voraussichtlich erhöht.
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Hilfen zum Lebensunterhalt mit 541,8 T€, die Krankenhilfe mit 753,1 T€, die Grundleistungen mit 191,0 T€, die Zusatzleistungen mit 716,4 T€, die Geldleistungen mit 62,1 T€ und die sonstigen Leistungen mit 8,0 T€. In der Veranschlagung wurde die aktuelle Rechtsprechung des BVG noch nicht berücksichtigt. Ersten Einschätzung zu Folge werden zusätzliche Aufwendungen von 500 bis 600 T€ erwartet. Unberücksichtigt ist auch noch die Entwicklung im Nahen Osten. Hier können die finanziellen Risiken noch nicht eingeschätzt werden.
Berücksichtigt wurde die geplante Erhöhung der Regelbedarfe in 2013 um 2,26 % durch BMAS.

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des Vorjahresansatzes.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-366,82	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-366,82**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-366,82**	

Produktbeschreibung Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	3101	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und Investitionen an Schuldner-, Drogen-, Ehe- und psychologische Beratungsstellen, das Frauenhaus und Anbieter ambulanter Dienstleistungen für Behinderte und deren Angehörige; Darlehen an Träger der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege.
Beteiligte	Extern: Land Hessen, Landeswohlfahrtsverband Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Träger der freien Wohlfahrtspflege Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-491.910	-491.910	-491.910,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-491.910**	**-491.910**	**-491.910,00**
11	Personalaufwendungen	66.800	63.500	64.365,00
12	Versorgungsaufwendungen	19.100	15.600	19.188,85
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	395	395	1.034,86
14	Abschreibungen	34.380	34.380	34.283,71
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.170.000	1.173.400	1.160.927,74
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.290.675**	**1.287.275**	**1.279.800,16**
20	**Verwaltungsergebnis**	**798.765**	**795.365**	**787.890,16**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**798.765**	**795.365**	**787.890,16**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**798.765**	**795.365**	**787.890,16**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	84.916	102.152	20.318,40
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**84.916**	**102.152**	**20.318,40**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**883.681**	**897.517**	**808.208,56**

Teilergebnishaushalt Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Erläuterungen

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes zum örtlichen Budget der Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen mit 376.870 € und die Zuweisung des LWV für die Frühförderstelle und die familienentlastenden Dienste mit 115.040 €.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung aus aktivierten Investitionszuschüssen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Wohlfahrtsverbände und Einrichtungen als Träger verschiedener sozialer Zwecke auf der Grundlage von Verträgen und Beschlüssen der Kreisgremien unter Verwendung der Zuschüsse des Landes und des LWV, siehe auch Pos. 07.

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	341	Unterhaltsvorschussleistungen
Produkt	3120	Unterhaltsvorschussleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Unterhaltsvorschussgesetz
Produktbeschreibung	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für alleinerziehende und nicht verheiratete Elternteile, die von dem jeweils anderen Elternteil keinen (ausreichenden) Unterhalt gezahlt bekommen. Die Leistungen werden längstens bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres gewährt für die Dauer von maximal 72 Kalendermonaten.
Beteiligte	Extern: Land Hessen Intern: Amt für Soziales, Ausländer- und Migrationsamt, Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Anspruchsberechtigte nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Intern: Eigenbetrieb Neue Wege
Vereinbarte Ziele	Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG	12,8 %	20 %	20 %
Kennzahl (absolut): in €	263.870 / 2.059.567	-	-

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Einnahmen nach § 7 UVG = Zahlungen des Unterhaltsschuldners
Einnahmen nach § 5 UVG = Rückerstattung zu Unrecht geleisteter Zahlungen

Teilergebnishaushalt Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-2.150.000	-2.484.000	-2.198.384,74
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.419,91
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.150.000**	**-2.484.000**	**-2.199.804,65**
11	Personalaufwendungen	396.800	416.000	289.698,06
12	Versorgungsaufwendungen	33.700	53.100	60.137,61
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.087	5.812	3.546,61
14	Abschreibungen	1.300.000	130.000	1.230.891,23
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	2.400.000	2.420.000	2.209.120,45
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.135.587**	**3.024.912**	**3.793.393,96**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.985.587**	**540.912**	**1.593.589,31**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.985.587**	**540.912**	**1.593.589,31**
25	Außerordentliche Erträge	-200.000	-25.000	-207.542,77
26	Außerordentliche Aufwendungen	15.000	30.000	8.441,11
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-185.000**	**5.000**	**-199.101,66**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.800.587**	**545.912**	**1.394.487,65**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	195.741	289.333	108.449,79
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**195.741**	**289.333**	**108.449,79**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.996.328**	**835.245**	**1.502.937,44**

Teilergebnishaushalt Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt sind die Erträge aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen mit 750 T€ und die Erstattung des Landes in Höhe von 2/3 der personenbezogenen Transferaufwendungen mit 1.400 T€. Die Veranschlagung orientiert sich an dem Ergebnis 2011.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen und diversen Personalveränderungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Umsetzung eines Beamten.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind Abschreibungen aus der Wertberichtigung von Forderungen. Der enorme Mehrbedarf entsteht durch die Wertberichtung von Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Unterhaltsvorschussleistungen für 978 Leistungsfälle in Höhe von 2.100 T€. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Regelbedarfssätze. Ferner ist die Weiterleitung von 2/3 der vereinnahmten Erträge aus den übergeleiteten Unterhaltsansprüchen an das Land mit 300 T€ veranschlagt. Der geringere Bedarf gegenüber dem Vorjahr ist auf Probleme bei der Durchsetzung der Forderungen zurückzuführen.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus der Abrechnung von Vorjahreszeiträumen auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahreszeiträumen.

Haushaltsvermerke:

Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und des Umsteuerungskonzeptes. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.

Produktbeschreibung Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	3130	Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Wohngeldgesetz; Unterhaltssicherungsgesetz; Lastenausgleichsgesetz; Berufliches Rehabilitationsgesetz; Bundesversorgungsgesetz; Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge; Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Übergangswohnheimen; Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern
Produktbeschreibung	1. Leistungen anderer Kostenträger (Land, Bund), deren Bearbeitung an die Kommunen delegiert wurden (Wohngeldgesetz, Unterhaltssicherungsgesetz, Berufliches Rehabilitierungsgesetz) 2. Krankenversorgung nach abweichender gesetzlicher Grundlage (Lastenausgleichsgesetz) 3. Bundesversorgungsgesetz (Kostenträger: Bund / Kreis, Bearbeitung: Landeswohlfahrtsverband) 4. Betreuung, Integration und Unterbringung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten in Übergangswohnheimen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen dem SGB XII vorrangigen Anspruch auf soziale Leistungen haben, Spätaussiedler und jüdische Emigranten Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-26.000	-23.700	-29.608,34
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.500	-500	-3.495,40
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-2.208	-2.208	-2.208,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-240.000		-66.377,56
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-5.400	-13.500	-5.400,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-276.108**	**-39.908**	**-107.089,30**
11	Personalaufwendungen	539.600	367.200	378.463,24
12	Versorgungsaufwendungen	56.600	44.100	54.458,70
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	64.468	52.963	13.162,96
14	Abschreibungen			18.876,49
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	110.000	110.000	93.492,22
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	254.208	14.208	69.335,56
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.024.876**	**588.471**	**627.789,17**
20	**Verwaltungsergebnis**	**748.768**	**548.563**	**520.699,87**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**748.768**	**548.563**	**520.699,87**
25	Außerordentliche Erträge			-21.600,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			189,10
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-21.410,90**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**748.768**	**548.563**	**499.288,97**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	162.260	193.423	114.222,53
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**162.260**	**193.423**	**114.222,53**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**911.028**	**741.986**	**613.511,50**

Teilergebnishaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Erläuterungen

zu Nr. 01:
Veranschlagt sind die Erlöse aus der Unterbringung von Spätaussiedlern im Übergangswohnheim.

zu Nr. 01:
Veranschlagt sind Kostenerstattungen durch Spätaussiedler.

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Bußgeldern.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Erstattung des Bundes im Rahmen der beruflichen Rehabilitation.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist die anteilige Erstattung für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gem. § 46 SGB II für den Personenkreis nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (Berechtigte von Kindergeldzuschlag und Wohngeld).

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Zuweisung für die Aufnahme von Spätaussiedlern unter Berücksichtigung von zwei Neuzugängen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der wesentliche Mehrbedarf entsteht im Zusammenhang mit der beabsichtigten Änderung der Wohngeldzustädnigkeitsverordnung.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen des anteiligen Budgets des Amtes für Soziales sowie die Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen für das Übergangswohnheim für Spätaussiedler. Die Mehraufwendungen stehen im Zusammenhang mit dem erhöhten Personalbedarf im Bereich Wohngeld.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuwendungen an den LWV zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge auf der Basis des Ergebnisses 2011 unter Berücksichtigung einer angemessenen Kostensteigerung pro Fall.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gemäß dem BKKG für Berechtigte von Kindergeldzuschlag oder Wohngeld. Ferner ist für einen Fall die Leistung nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz veranschlagt.

Teilergebnishaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

zu Nr. 30:
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	3140	Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch
Produktbeschreibung	Betriebserlaubnis; Bezuschussung von Kindergarten- und Kindertagesstättenbeiträgen; Schülerbetreuung; Kindertagesstättenfachberatung und Fortbildungsangebote; Tagespflege: Beratung, Vermittlung, Erlaubnis und Beitragsbezuschussung; Heimaufsicht; Erlaubnis zur Tagespflege.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe; Schulen; Tagesmütter/-väter; Pflegefamilien Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben sowie freie Träger der Jugendhilfe und Pflegepersonen Intern:
Vereinbarte Ziele	Bis 2013 werden 35 % der unter dreijährigen Kinder im Kreis Bergstraße Tagesbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Belegte Tagespflegeplätze (KITAs und Tagespflegepersonen) mit unter Dreijährigen / Anzahl aller unter Dreijährigen (Zielwert bis 2013: 35 %)	21 %	35 %	35 %
Kennzahl (absolut):	1.295 / 6.038	-	-

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Bei diesem Ziel ist zu beachten, dass es auf vier Jahre angelegt ist und erst am 31.12.2013 die Zielerreichung definitiv festgestellt und beurteilt werden kann.

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-17.800	-32.300	-16.175,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-1.345.000	-790.000	-772.550,93
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.076.800	-721.800	-963.018,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-600,00
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.439.600**	**-1.544.100**	**-1.752.343,93**
11	Personalaufwendungen	590.200	684.000	585.977,41
12	Versorgungsaufwendungen	37.300	30.300	37.366,51
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.413	55.413	36.557,05
14	Abschreibungen	40.000	40.000	60.627,14
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.020.000	660.500	685.718,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	6.000.000	5.150.000	5.076.566,96
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**7.742.913**	**6.620.213**	**6.482.813,07**
20	**Verwaltungsergebnis**	**5.303.313**	**5.076.113**	**4.730.469,14**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**5.303.313**	**5.076.113**	**4.730.469,14**
25	Außerordentliche Erträge	-2.000	-2.000	-1.655,44
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.000	2.000	20.322,70
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**2.000**		**18.667,26**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**5.305.313**	**5.076.113**	**4.749.136,40**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	698.129	890.655	156.895,52
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**698.129**	**890.655**	**156.895,52**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**6.003.442**	**5.966.768**	**4.906.031,92**

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Erträge aus Erstattungen der Kosten von Fortbildungsveranstaltungen des Jugendamtes.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz soziale Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch das Land, Leistungsempfänger und andere Träger der Jugendhilfe.
Es entfallen 1.280 T€ auf Kostenbeiträge für Tagespflegepersonen und führen zu dem ausgewiesenen Mehrertrag.

zu Nr. 07:
Veranschlagt sind die Erträge aus Landeszuweisungen für das Bambini-Programm, die Offensive für Kinderbetreuung und die Fortbildung der Mitarbeiter/Innen von Kindertagesstätten. Der Mehrertrag entsteht bei der Förderung der Tagesbetreuung für Kinder < 3 Jahre.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Wenigeraufwand entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung des Personals (siehe auch Produkt 3210).

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung von aktivierten Investitionszuweisungen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Zuweisungen für die Durchführung des "Bambini-Programms", der Offensive für Kinderbetreuung sowie die Vermittlung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Der Mehrbedarf entsteht bei der Förderung der Tagesbetreuung von Kindern < 3 Jahren.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Kostenübernahme der Tagespflege von Kindern sowie für die Altersvorsorge und Unfallversicherung von Tagespflegepersonen.
Des Weiteren ist die Kostenübernahme für die Kinder in Tageseinrichtungen für etwa 1.800 Fälle veranschlagt. Maßgeblich für den Mehrbedarf ist der Zuwachs bei der Tagespflege von Kindern.
Ursachen hierfür sind die Ausdehnung der Zugangsvoraussetzungen ab 1. August 2013, erweiterte Betreuungszeiten und eine erhöhte Inanspruchnahme für die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Kostenbeiträgen, die dem Vorjahr zuzuordnen sind.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahresleistungen.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und das Umsteuerungskonzept. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-574,22	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-574,22**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-574,22**	

Produktbeschreibung Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	362	Jugendarbeit
Produkt	3151	Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Prävention: Jugendarbeit; Jugendsozialarbeit; Kinder- und Jugendschutz; Sozialarbeit in Schulen; Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie gegen jede andere Form extremistisch motivierter Handlungen; Förderung der Jugendverbände; Jugendberufshilfe. Familienförderung: Förderung der Familie als Beitrag der verbesserten Erziehungsverantwortung von Müttern und Vätern; Angebote der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung; Angebote der Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts; Angebote der Bereitstellung gemeinsamer Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder; Angebote der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (z. B. Haft oder Krankenhausaufenthalt); Angebote der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht. Erziehungsberatung: Institutionelle Erziehungs-, Entwicklungs-, Familien- und Jugendberatung; Therapie; Lebensberatung mit drei fachlichen Schwerpunkten (direkte Klientenarbeit, indirekte Klientenarbeit, Präventiv-/Öffentlichkeitsarbeit).
Beteiligte	Extern: Institutionen, Schulen, kreisangehörige Kommunen, Gerichte, Freie Träger der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Kinder- und Jugendpsychiatrien, Therapeuten, andere Sozialleistungsträger, Familienkasse Intern: Erziehungsberatungsstellen des Kreises Bergstraße, Ausländer- und Migrationsamt (bei minderjährigen Flüchtlingen), Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.000	-10.000	-10.000,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-3.350	-3.350	-1.429,20
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-425.192	-469.090	-429.428,39
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-1.804	-104	-29.444,38
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-440.346**	**-482.544**	**-470.301,97**
11	Personalaufwendungen	1.334.300	1.414.100	1.365.660,92
12	Versorgungsaufwendungen	60.000	49.300	60.228,75
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	382.349	450.695	344.056,81
14	Abschreibungen	13.200	19.300	14.649,37
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.032.500	1.548.265	906.257,47
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	285.000	277.100	167.924,18
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	800	710	708,36
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.108.149**	**3.759.470**	**2.859.485,86**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.667.803**	**3.276.926**	**2.389.183,89**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.667.803**	**3.276.926**	**2.389.183,89**
25	Außerordentliche Erträge	-59.000	-25.565	-73.341,27
26	Außerordentliche Aufwendungen	20.000		29.007,35
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-39.000**	**-25.565**	**-44.333,92**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.628.803**	**3.251.361**	**2.344.849,97**
29	Sekundäre Erträge	-1.200.000	-1.200.000	-993.309,31
30	Sekundäre Aufwendungen	471.745	500.399	282.514,46
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-728.255**	**-699.601**	**-710.794,85**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.900.548**	**2.551.760**	**1.634.055,12**

Teilergebnishaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Kostenersatz durch Dritte und andere Träger der Jugendhilfe.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der anteilige Jugendhilfelastenausgleich, die Fördermittel der Hessenstiftung für das Projekt "Keiner fällt durchs Netz" sowie die Zuweisungen für die Kinder- und Jugenderholung, die Fachstelle Jugendberufshilfe, die Schülerbetreuung in Trägerschaft Dritter und das KJBW. Der Minderertrag entsteht durch die Anpassung der Ansätze an das Ergebnis des Jahres 2011.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch den Beginn der Freistellungsphase der Altersteilzeit von Beschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus den Budgets des Jugendamtes und der Erziehungsberatungsstellen (siehe Anlage 7) mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an Jugendverbände mit 190 T€, an die Städte und Gemeinden für die Schülerbetreuung mit 130 T€ und für Kinder- und Jugendfreizeiten mit 96 T€. 648,4 T€ sind veranschlagt für die soziale Arbeit an Schulen und die Schülerbetreuung in Trägerschaft Dritter. Weitere 227 T€ werden der Fachstelle "Jugendberufshilfe" zugewiesen. Der Minderbedarf entsteht durch die Inanspruchnahme von Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Mittel für Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen im präventiven Bereich und für die Umsetzung des betreuten Umgangs gemäß § 18.3 SGB VIII.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind die Spendenerträge aus der Jugendsammelwoche und periodenfremde Erträge.

Haushaltsvermerke:

Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und das Umsteuerungskonzept. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-4.000	-4.000	-2.402,64	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-4.000**	**-4.000**	**-2.402,64**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-4.000**	**-4.000**	**-2.402,64**	

Investitionen Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2011INV027 Anschaffung Büromöbel EZB Bensheim	-3.000	-3.000	0	-3.000	0	0	
2011INV028 Anschaffung Büromöbel EZB Lampertheim	-1.000	-1.000	0	-1.000	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3170	Hilfe zur Erziehung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch
Produktbeschreibung	Gewährung von Hilfen zur Erziehung für Personensorgeberechtigte, wenn eine dem Kindeswohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist; Bereitstellung ambulanter Hilfsangebote (Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Familienhilfe, intensive sozial-pädagogische Einzelbetreuung); teilstationäre Hilfsangebote (Erziehung in einer Tagesgruppe); stationäre Hilfsangebote (Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen).
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Kinder- und Jugendpsychiatrien, Therapeuten, Familienkasse sowie andere Sozialleistungsträger Intern: Erziehungsberatungsstellen des Kreises Bergstraße, Ausländer- und Migrationsamt (bei minderjährigen Flüchtlingen), Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Zur weiteren Vermeidung von Heimunterbringungen nach § 34 SGB VIII: Steigerung der Anzahl der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII, die durch den Pflegekinderdienst vermittelt wurden

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII, die durch den Pflegekinderdienst vermittelt wurden	13	18	21

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.000	-1.000	-3.500,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.200.000	-600.000	-766.334,43
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-1.729.300	-1.659.045	-1.466.131,18
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.429.700	-1.429.700	-1.399.218,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-405.587,32
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-4.362.000**	**-3.689.745**	**-4.040.770,93**
11	Personalaufwendungen	1.104.000	1.160.400	1.318.302,78
12	Versorgungsaufwendungen	67.900	55.300	68.142,33
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.148	47.241	38.136,15
14	Abschreibungen	190.950	8.400	201.762,94
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	81.000	81.000	280.660,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	20.117.000	16.241.960	18.467.800,68
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**21.626.998**	**17.594.301**	**20.374.804,88**
20	**Verwaltungsergebnis**	**17.264.998**	**13.904.556**	**16.334.033,95**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**17.264.998**	**13.904.556**	**16.334.033,95**
25	Außerordentliche Erträge	-83.500	-18.500	-86.324,42
26	Außerordentliche Aufwendungen	441.000		1.294.759,76
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**357.500**	**-18.500**	**1.208.435,34**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**17.622.498**	**13.886.056**	**17.542.469,29**
29	Sekundäre Erträge	-1.300.000	-500.000	-1.320.706,96
30	Sekundäre Aufwendungen	1.665.726	1.922.186	386.939,09
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**365.726**	**1.422.186**	**-933.767,87**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**17.988.224**	**15.308.242**	**16.608.701,42**

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen.

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Kostenerstattung durch überörtliche Träger der Jugendhilfe. Der Mehrertrag steht in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Mehraufwand für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger Jugendhilfe. Es werden höhere Erstattungen durch andere Träger der Jugendhilfe erwartet.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der anteilige Jugendhilfelastenausgleich.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Wenigerbedarf entsteht durch den Beginn der Freistellungszeit in der Altersteilzeit von Beschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes. Der Mehrbedarf entsteht für Beratungsleistungen sowie für Fort- und Weiterbildung.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Wertberichtungen von Forderungen sowie die Abschreibung von aktivierten Investitionszuweisungen und immateriellem Vermögen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Zuweisung an den Verein "Lernmobil e.V.".

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für ambulante Maßnahmen mit 5.870,8 T€ für 428 Fälle. Aufgrund der Fallzahlsteigerung (+ 86) und Kostensteigerung (u. a. Pflegesatzerhöhung + 4 %) ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbedarf von etwa 1,3 Mio. € entstanden. Für teilstationäre und stationäre Maßnahmen sind 14.246,2 T€ für 395 Fälle veranschlagt. Aufgrund der Fallzahlsteigerung (+ 41) und der Kostensteigerungen ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbedarf von etwa 2,6 Mio. € entstanden. Ferner ist die Weiterleitung der Spenden zur Finanzierung von Weihnachtsaktionen und für hilfsbedürftige Kinder in besonderen Fällen veranschlagt.

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind Spenden und periodenfremde Erträge auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Leistungen die dem Vorjahr zuzuordnen sind.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und des Umsteuerungskonzeptes. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-5.712,00	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-5.712,00**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-5.712,00**	

Produktbeschreibung Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3190	Hilfe für junge Volljährige

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch
Produktbeschreibung	Hilfen für junge Volljährige zur Verbesserung der Persönlichkeitsentwicklung und zur Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensführung.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Kinder- und Jugendpsychiatrien, Therapeuten Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Junge Menschen frühzeitig sozial (SGB VIII) und beruflich (SGB II) integrieren

Teilergebnishaushalt Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.000	-2.000	-750,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-350.000	-300.000	-344.989,35
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-195.000	-220.525	-192.751,30
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-600.000	-600.000	-600.000,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.147.000**	**-1.122.525**	**-1.138.490,65**
11	Personalaufwendungen	239.700	256.200	287.464,18
12	Versorgungsaufwendungen	26.500	21.800	26.682,71
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.029	13.029	8.244,05
14	Abschreibungen	80.000	12.000	81.494,33
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	1.807.100	1.678.500	1.448.805,29
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.166.329**	**1.981.529**	**1.852.690,56**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.019.329**	**859.004**	**714.199,91**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.019.329**	**859.004**	**714.199,91**
25	Außerordentliche Erträge	-15.000		-8.522,51
26	Außerordentliche Aufwendungen		1.000	546.320,34
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-15.000**	**1.000**	**537.797,83**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.004.329**	**860.004**	**1.251.997,74**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	181.046	210.074	86.712,55
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**181.046**	**210.074**	**86.712,55**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.185.375**	**1.070.078**	**1.338.710,29**

Teilergebnishaushalt Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die zu erwartenden Erträge aus Bußgeldern.

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen anderer Jugendhilfeträger. Der Mehrertrag entspricht dem Ergebnis 2011.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe. Die wirtschaftliche Situation der Leistungsempfänger führt zu dem Minderertrag.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der anteilige Jugendhilfelastenausgleich.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Wenigerbedarf entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung (siehe Produkt 3210).

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus wertberichtigten Forderungen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind ambulante Leistungen in Höhe von 637,8 T€ für 33 Fälle und stationäre Leistungen in Höhe von 1.169,3 T€ für 30 Fälle. Neben der Erhöhung der Pflegesätze sind weitere Kostensteigerungen zu verzeichnen.

zu Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Abrechnungen des Vorjahres.

Haushaltsvermerke:

Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und des Umsteuerungskonzeptes. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3200	Eingliederungshilfe

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch
Produktbeschreibung	Eingliederungshilfe zur Überwindung von Problemen der seelischen Gesundheit und zur Sicherung der Teilhabe des Kindes oder Jugendlichen an dem Leben in der Gesellschaft. Die Hilfe kann in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form gewährt werden.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Kinder- und Jugendpsychiatrien, Therapeuten Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-234.000	-187.000	-186.237,39
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-234.000**	**-187.000**	**-186.237,39**
11	Personalaufwendungen	405.200	416.300	467.213,18
12	Versorgungsaufwendungen	19.800	16.100	19.780,84
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.000	17.266	8.607,44
14	Abschreibungen	13.000		12.082,39
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	4.982.840	3.377.500	4.522.686,13
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**5.430.840**	**3.827.166**	**5.030.369,98**
20	**Verwaltungsergebnis**	**5.196.840**	**3.640.166**	**4.844.132,59**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**5.196.840**	**3.640.166**	**4.844.132,59**
25	Außerordentliche Erträge			596,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			43.111,89
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**43.707,89**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**5.196.840**	**3.640.166**	**4.887.840,48**
29	Sekundäre Erträge	-430.000	-430.000	-679.252,93
30	Sekundäre Aufwendungen	461.449	530.771	132.323,66
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**31.449**	**100.771**	**-546.929,27**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.228.289**	**3.740.937**	**4.340.911,21**

Teilergebnishaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Erläuterungen

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Dritte, Leistungsempfänger und andere Träger der Jugendhilfe. Der Mehrertrag wird bei den stationären Drittleistungen erwartet.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung (siehe Produkt 3210).

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus wertberichtigten Forderungen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt ist die ambulante Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII) mit 1.381,9 T€ für 133 Fälle (2012 = 126 Fälle), sowie die teilstationäre und stationäre Hilfe mit rd. 3,6 Mio. € für 87 Fälle (2012 = 75 Fälle). Neben den steigenden Fallzahlen ist in allen Bereichen der Eingliederungshilfe eine deutliche Kostensteigerung sowohl gegenüber dem Haushalt 2012 als auch gegenüber dem Ergebnis 2011 zu verzeichnen.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und des Umsteuerungskonzeptes. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-934,45	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-934,45**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-934,45**	

Produktbeschreibung Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3210	Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Ute Schneider-Jaksch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Jugendhilfeplanung; Jugendgerichtshilfe; Amtsvormundschaft; Inobhutnahme; Teilnahme an familiengerichtlichen Verfahren; Adoptionsvermittlung; gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls. Erlaubnis zur Vollzeitpflege.
Beteiligte	Extern: Institutionen, Kommunen, Gerichte Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Mindestens 5 Inobhutnahmen von Kindern im Alter von bis zu zwölf Jahren werden anstelle stationärer Heimerziehung in Bereitschaftspflegefamilien untergebracht

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Inobhutnahmen in Bereitschaftspflegefamilien	18	min. 5	min. 5

Teilergebnishaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.200	-1.200,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-50.000	-30.000	-49.270,31
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen	-42.800	-40.150	-83.157,25
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-86.540	-86.540	-87.040,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge		-500	-39.079,22
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-179.340**	**-158.390**	**-259.746,78**
11	Personalaufwendungen	1.678.000	1.460.400	1.536.513,83
12	Versorgungsaufwendungen	149.800	97.000	122.065,01
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.340	32.690	29.639,12
14	Abschreibungen			1.186,83
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	253.327	253.327	244.690,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	847.350	631.900	817.350,26
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.958.817**	**2.475.317**	**2.751.445,05**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.779.477**	**2.316.927**	**2.491.698,27**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.779.477**	**2.316.927**	**2.491.698,27**
25	Außerordentliche Erträge	-500		-250,00
26	Außerordentliche Aufwendungen	20.000		29.440,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**19.500**		**29.190,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.798.977**	**2.316.927**	**2.520.888,27**
29	Sekundäre Erträge	-16.000	-16.000	
30	Sekundäre Aufwendungen	746.476	777.556	423.079,45
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**730.476**	**761.556**	**423.079,45**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.529.453**	**3.078.483**	**2.943.967,72**

Teilergebnishaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen anderer Jugendhilfeträger auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 06:
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Dritte und andere Träger der Jugendhilfe.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der anteilige Jugendhilfelastenausgleich.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung (siehe auch Produkte 3140, 3190 und 3200), die ganzjährige Besetzung von drei in 2012 neu geschaffenen Stellen und die Schaffung einer Stelle für Rechtsberatung in 2013.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse und die Umsetzung einer Beamtin.

zu Nr. 13:
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Erziehungsberatungsstelle Heppenheim mit 178.690 € (davon 86.540 € aus dem Jugendhilfelastenausgleich), für die Beratungsstelle "Pro Familia" mit 73.000 € und zur Förderung des Projektes gegen sexuellen Missbrauchs mit 1.637 €.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Mittel für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gemäß § 42 SGB VIII (Inobhutnahmen) für 28 Fälle (2012 = 21 Fälle). Der Mehrbedarf basiert auf dem Ansteigen der Fallzahlen.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahreszeiträumen.

Haushaltsvermerke:

Die Aufwendungen für Sach-, Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Hiervon ausgenommen sind die Aufwendungen der Erziehungsberatungsstellen und des Umsteuerungskonzeptes. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.029,98	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.029,98**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-1.029,98**	

Produktbeschreibung Produkt 3220 Seniorenberatung

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	3220	Seniorenberatung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Amt für Soziales	Erich Renner

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Elftes Buch und Hessisches Ausführungsgesetz hierzu; Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Altenhilfeplanung, Altenhilfefachberatung: Begleitung und Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten für die Bereiche der stationären, teilstationären und ambulanten Altenpflege und der offenen Altenhilfe; fachliche Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Ausführungsbestimmungen, Rahmenrichtlinien usw.; Bauberatung; Öffentlichkeits-Bildungsarbeit; regionale Fortbildung für Mitarbeiter/-innen; Qualitätssicherung; regelmäßige Herausgabe von Informationsbroschüren. Vernetzungs-, Koordinationsarbeit: u. a. Organisation und Leitung fachbezogener und interdisziplinärer Arbeitskreise auf Kreis- und kommunaler Ebene; Teilnahme bzw. Mitwirkung in fachspezifischen und/oder altenhilfepolitischen Arbeitskreisen / Gremien auf Kreis- und Landesebene. Querschnittaufgaben innerhalb der Kreisverwaltung: Fachbezogene Stellungnahmen zu Altenhilfe-Bauprojekten für das Kreisbauamt; Stellungnahmen zu Anträgen auf Abschluss oder Änderung von Versorgungsverträgen für SGB-XI-Einrichtungen für das Amt für Soziales und die Verbände der Pflegekassen; Mitwirkung an kreisinternen Arbeitsgruppen; Stellungnahmen zu Anträgen politischer Fraktionen und Kreisseniorenbeirat.
Beteiligte	Extern: Referat Altenhilfe des Hessischen Sozialministeriums, Kommunen des Kreises Bergstraße, Pflegedienste, Einrichtungen der Altenpflege/-hilfe Intern: Ausländerbeauftragte; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Empfänger	Extern: Ältere Bürger des Kreises Bergstraße, Träger und Einrichtungen der Altenpflege/-hilfe, Dienste in der Altenpflege/-hilfe Intern: Politische Entscheidungsträger, Bauen und Umwelt

Teilergebnishaushalt Produkt 3220 Seniorenberatung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-8.970	-5.400	-20.544,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-583,53
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-8.970**	**-5.400**	**-21.127,53**
11	Personalaufwendungen	150.300	132.000	127.258,32
12	Versorgungsaufwendungen	6.000	4.900	6.030,28
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.150	22.250	12.121,46
14	Abschreibungen	1.400	3.000	5.589,53
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	217.000	199.590	173.230,55
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**411.850**	**361.740**	**324.230,14**
20	**Verwaltungsergebnis**	**402.880**	**356.340**	**303.102,61**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**402.880**	**356.340**	**303.102,61**
25	Außerordentliche Erträge			-23.500,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-23.500,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**402.880**	**356.340**	**279.602,61**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	82.129	80.360	35.637,74
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**82.129**	**80.360**	**35.637,74**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**485.009**	**436.700**	**315.240,35**

Teilergebnishaushalt Produkt 3220 Seniorenberatung

Erläuterungen

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Zuweisung der Pflegekasse zu dem Betriebsaufwand des Pflegestütztpunktes in Höhe von 50 % des Aufwandes gemäß Vereinbarung. Durch den Umzug in die Gräffstraße 11 erhöhen sich Aufwand und Zuweisung.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Personalaufwendungen der Seniorenberatung und des Pflegestützpunktes unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen. Der wesentliche Mehrbedarf entsteht durch personalwirtschaftliche Maßnahmen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind das Budget der Seniorenberatung, des Pflegestützpunktes und der Etat des Kreisseniorenbeirates. Der Mehrbedarf entsteht durch den Umzug des Pflegestützpunktes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung aus Investitionen für den Pflegestützpunkt.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist die Deckung des Defizites der Altenpflegeschule mit 37.400 € sowie die Zuweisung für die ganzheitliche Seniorenberatung mit 150.000 € und für die Gerontopsychiatrische Beratungsstelle mit 25.565 €. Für die Seniorenclub ist eine Zuweisung von 3.990 € vorgesehen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Aufnahme der Gemeinde Grasellenbach in die ganzheitliche Seniorenberatung und das gestiegene Defizit der Altenpflegeschule.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3220 Seniorenberatung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			23.341,00	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**23.341,00**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-23.285,36	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-23.285,36**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**55,64**	

Teilergebnishaushalt THH 04 - Gesundheit und Sport

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-630,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.000	-155.000	-169.354,62
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-300	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-10.000	-10.000	-7.990,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-3.600	-3.600	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-163.600**	**-168.900**	**-177.974,62**
11	Personalaufwendungen	1.983.400	2.123.100	1.855.162,17
12	Versorgungsaufwendungen	107.200	84.600	107.513,06
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.100	75.900	41.905,24
14	Abschreibungen	21.300	27.450	22.603,91
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	270.314	267.972	265.215,88
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.441.314**	**2.579.022**	**2.292.400,26**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.277.714**	**2.410.122**	**2.114.425,64**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.277.714**	**2.410.122**	**2.114.425,64**
25	Außerordentliche Erträge			-1.830,80
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.500		20,73
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**5.500**		**-1.810,07**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.283.214**	**2.410.122**	**2.112.615,57**
29	Sekundäre Erträge	-700.000	-716.000	-716.029,88
30	Sekundäre Aufwendungen	646.133	1.168.917	796.077,35
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-53.867**	**452.917**	**80.047,47**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.229.347**	**2.863.039**	**2.192.663,04**

Teilfinanzhaushalt THH 04 - Gesundheit und Sport

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-10.000	-10.000	-3.295,70
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**	**-10.000**	**-10.000**	**-3.295,70**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**-10.000**	**-10.000**	**-3.295,70**

Produktbeschreibung Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Produktbereich	07	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	4011	Gesundheitshilfen und Prävention

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch; Hessisches Schulgesetz; Verordnung zum Schulgesetz; Bundesimmissionsschutzgesetz; Vereinbarung zwischen Landesärztekammer Hessen und Hessischem Landkreistag; Heilpraktikergesetz; Betreuungsgesetz; Vormundschaftsgesetz; Hessisches Freiheitsentziehungsgesetz; Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst
Produktbeschreibung	Amtsärztliche, medizinische und sozialmedizinische Begutachtung; Beratung psychisch Kranker und ihrer Angehörigen; Krisenintervention; aufsuchende Hilfe und Betreuung für gefährdete Personen vor Ort; Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz; Beratung von Personen mit (drohenden) Behinderungen; Entwicklungsdiagnostik bei Kleinkindern; Schulärztliche Untersuchung; Teilnahme an Helferkonferenzen; Sportärztliche Untersuchung; Sonderimpfaktionen; Reisemedizinischer und allgemeiner Impfberatungsdienst; Präventionsprojekte; Mitwirkung Bauleitplanung; Gesundheitsberichterstattung; Öffentlichkeits- und Projektarbeit; Heilpraktikerüberprüfung; amtsärztliche Leichenschau; Aufsicht Medizinalpersonen.
Beteiligte	Extern: Fachgutachter, Labore, Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt, Ordnungsämter Intern:
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, Behörden, Institutionen, kreisangehörige Kommunen, Staatliches Schulamt, Antragssteller, Gerichte Intern: Auftraggeber (Amt für Soziales, Jugendamt, Ausländer- und Migrationsamt, Bauen und Umwelt, Dezernat Gefahrenabwehr, Erziehungsberatungsstellen), Eigenbetrieb Neue Wege

Teilergebnishaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-630,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-100.000	-100.000	-123.559,77
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-10.000	-10.000	-7.990,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-3.600	-3.600	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-113.600**	**-113.600**	**-132.179,77**
11	Personalaufwendungen	1.506.800	1.532.500	1.393.319,74
12	Versorgungsaufwendungen	76.500	60.400	76.089,09
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.300	49.400	32.353,62
14	Abschreibungen	3.100	1.850	4.168,96
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	169.314	166.972	164.265,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.794.014**	**1.811.122**	**1.670.196,41**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.680.414**	**1.697.522**	**1.538.016,64**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.680.414**	**1.697.522**	**1.538.016,64**
25	Außerordentliche Erträge			-962,00
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.500		
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**5.500**		**-962,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.685.914**	**1.697.522**	**1.537.054,64**
29	Sekundäre Erträge	-700.000	-716.000	-699.189,88
30	Sekundäre Aufwendungen	485.221	844.148	578.976,67
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-214.779**	**128.148**	**-120.213,21**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.471.135**	**1.825.670**	**1.416.841,43**

Teilergebnishaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Gebühren für amtsärztliche Zeugnisse, gerichtsärztliche Gutachten, Heilpraktikerprüfungen und andere Leistungen des Gesundheitsamtes.

zu Nr. 07:
Veranschlagt sind Spendenerträge und Landeszuweisungen für Sportmedizin und Sprachstanderfassung.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind Erträge aus sportärztlichen Untersuchungen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Kreisgesundheitsamtes mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen unter Berücksichtigung einer Erhöhung des Personalkostenanteils.

zu Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahreszeiträumen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 4011 und 4020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Auszahlungen bei dem Sachkonto 0358000 (Geleistete Investitionszuschüsse an übrige Bereiche) können zu Lasten des Ansatzes bei dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) geleistet werden.
Die Ansätze der Aufwendungen der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) im Produkt 4011 sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehrerträge aus Spenden können für Mehraufwendungen des Budgets verwendet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-6.000	-6.000	-2.988,88	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-6.000**	**-6.000**	**-2.988,88**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-6.000**	**-6.000**	**-2.988,88**	

Investitionen Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV021 Gesundheitsprävention; U.- und Laborgeräte	-5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
2012INV010 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-1.000	0	0	0	0	0	
2013INV010 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-1.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Produktbereich	07	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	4020	Gesundheitsschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Infektionsschutzgesetz; Trinkwasserverordnung 2001; Bundesimmissionsschutzgesetz
Produktbeschreibung	Durchführung Infektionsschutzgesetz; Überwachung von Infektionskrankheiten und Seuchenabwehr; hygienische und umwelthygienische Begutachtung.
Beteiligte	Extern: Ordnungsämter, Fachgutachter, Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt, Labore Intern:
Empfänger	Extern: Auftraggeber, Kreisbevölkerung, Institutionen, Behörden, kreisangehörige Kommunen, Gerichte, Ärzte, Betreiber von Einrichtungen Intern: Amt für Soziales, Jugendamt, Dezernat Gefahrenabwehr

Teilergebnishaushalt Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-50.000	-55.000	-45.794,85
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-50.000**	**-55.000**	**-45.794,85**
11	Personalaufwendungen	432.500	532.300	428.182,97
12	Versorgungsaufwendungen	20.300	15.400	20.506,45
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.200	20.900	8.586,78
14	Abschreibungen	3.200	9.900	3.421,68
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**471.200**	**578.500**	**460.697,88**
20	**Verwaltungsergebnis**	**421.200**	**523.500**	**414.903,03**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**421.200**	**523.500**	**414.903,03**
25	Außerordentliche Erträge			-868,80
26	Außerordentliche Aufwendungen			20,73
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-848,07**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**421.200**	**523.500**	**414.054,96**
29	Sekundäre Erträge			-16.840,00
30	Sekundäre Aufwendungen	132.478	287.339	200.449,13
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**132.478**	**287.339**	**183.609,13**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**553.678**	**810.839**	**597.664,09**

Teilergebnishaushalt Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Gebührenerträge für die Besichtigungen und Belehrungen von Einrichtungen sowie von Veranstaltungen. Die Belehrungen sind rückläufig. Die Betriebsprüfungen von Trinkwasserversorgungsanlagen und Kindertagesstätten können aufgrund von Fachkräftemangel nicht im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Kreisgesundheitsamtes mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen von immateriellem Vermögen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 4011 und 4020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-4.000	-4.000	-306,82	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-4.000**	**-4.000**	**-306,82**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-4.000**	**-4.000**	**-306,82**	

Investitionen Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV101 Gesundheitsschutz; U.- und Laborgeräte	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
2012INV011 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-2.000	0	0	0	0	0	
2013INV011 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-2.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 4040 Sportförderung

Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	421	Förderung des Sports
Produkt	4040	Sportförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Vereinsförderrichtlinien des Kreises; Förderung „Tag des Sports“; Sonderprogramm „Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen“; Sonderprogramm „Sportübungsleiter“
Produktbeschreibung	Zuschüsse zu den Betriebs- und Unterhaltungskosten von vereinseigenen Turn- und Sporthallen; Zuschuss für die Ausrichtung des „Tag des Sports“; Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen; Zuschüsse für die Ausbildung von Sportübungsleitern.
Beteiligte	Extern: Sportkreis Bergstraße, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hessische Staatskanzlei Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, kreisangehörige Vereine, kreisangehörige Kommunen, Kreisverbände Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 4040 Sportförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-300	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**		**-300**	
11	Personalaufwendungen	44.100	58.300	33.659,46
12	Versorgungsaufwendungen	10.400	8.800	10.917,52
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.600	5.600	964,84
14	Abschreibungen	15.000	15.700	15.013,27
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	101.000	101.000	100.950,88
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**176.100**	**189.400**	**161.505,97**
20	**Verwaltungsergebnis**	**176.100**	**189.100**	**161.505,97**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**176.100**	**189.100**	**161.505,97**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**176.100**	**189.100**	**161.505,97**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	28.434	37.430	16.651,55
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**28.434**	**37.430**	**16.651,55**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**204.534**	**226.530**	**178.157,52**

Teilergebnishaushalt Produkt 4040 Sportförderung

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal. Der Wenigerbedarf entsteht durch eine veränderte Produktzuordnung (siehe Produkt 1030).

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets des Bürgerservice im Zusammenhang mit der Sportförderung.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an den Sportkreis für den Tag des Sports mit 5.000 € und für die Sanierung vereinseigener Sportanlagen sowie für die Aus- und Weiterbildung von Sportübungsleitern mit 96.000 €.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) sind gegenseitig deckungsfähig.
Auszahlungen für Investitionszuweisungen können zu Lasten des Ansatzes für Zuweisungen und Zuschüsse geleistet werden.

Teilergebnishaushalt THH 05 - Gestaltung der Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.700	-1.700	-1.288,50
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.027.100	-2.062.900	-2.015.306,80
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-42.750	-19.700	-60.149,52
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-2.745.800	-2.749.400	-3.086.211,71
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-525.000	-510.000	-712.907,72
09	Sonstige ordentliche Erträge	-10.205	-28.005	-3.682,82
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-5.352.555**	**-5.371.705**	**-5.879.547,07**
11	Personalaufwendungen	4.648.500	4.420.400	4.284.333,91
12	Versorgungsaufwendungen	681.000	596.900	736.800,47
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.922.043	3.335.415	2.728.343,57
14	Abschreibungen	1.354.500	1.305.300	1.359.635,93
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.420.010	1.495.010	1.813.037,34
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	466.000	470.000	433.106,66
17	Transferaufwendungen	3.000		3.000,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**11.495.053**	**11.623.025**	**11.358.257,88**
20	**Verwaltungsergebnis**	**6.142.498**	**6.251.320**	**5.478.710,81**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**6.142.498**	**6.251.320**	**5.478.710,81**
25	Außerordentliche Erträge			-207.157,59
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.805.000	1.168.000	94.429,41
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**2.805.000**	**1.168.000**	**-112.728,18**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**8.947.498**	**7.419.320**	**5.365.982,63**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.980.205	2.189.276	1.303.027,16
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.980.205**	**2.189.276**	**1.303.027,16**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**10.927.703**	**9.608.596**	**6.669.009,79**

Teilfinanzhaushalt THH 05 - Gestaltung der Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.346.600	1.591.800	961.375,00
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	700.000		
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**	**2.046.600**	**1.591.800**	**961.375,00**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	-342,23
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.680.000	-2.260.000	-788.833,83
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-85.800	-2.907.400	-1.120.504,00
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-700.000		
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**	**-3.530.800**	**-5.232.400**	**-1.909.680,06**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**-1.484.200**	**-3.640.600**	**-948.305,06**

Produktbeschreibung Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5010	Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Reiner Rössler

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Raumordnungsgesetz; Hessisches Landesplanungsgesetz; Staatsvertrag der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet (01.01.2006); Vereinbarungen auf regionaler Ebene
Produktbeschreibung	Alle Aufgabenfelder im Bereich der übergeordneten und überörtlichen Planung, die den Kreis Bergstraße als Teil des Verbandes Region Rhein-Neckar und der Planungsregion Südhessen in der regionalen Entwicklung berühren. Bewertung von regionalen Planungskonzepten, Fachplanungen und kommunaler Bauleitplanung. Das Produkt „Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit“ umfasst darüber hinaus alle Maßnahmen im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität, die der Entwicklung des Kreises Bergstraße innerhalb der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar förderlich sind.
Beteiligte	Extern: Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen, Kommunen, Verbände Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Planungsträger, Regierungspräsidium Darmstadt, Verband Region Rhein-Neckar Intern: Kreisgremien, Verwaltungsführung, Fachabteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-3.700	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**		**-3.700**	
11	Personalaufwendungen	100.600	105.100	99.073,26
12	Versorgungsaufwendungen	5.800	9.400	12.196,22
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	49.160	49.160	42.235,38
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	214.000	200.000	190.683,26
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**369.560**	**363.660**	**344.188,12**
20	**Verwaltungsergebnis**	**369.560**	**359.960**	**344.188,12**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**369.560**	**359.960**	**344.188,12**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**369.560**	**359.960**	**344.188,12**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	48.510	66.280	25.946,14
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**48.510**	**66.280**	**25.946,14**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**418.070**	**426.240**	**370.134,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets des Bürgerservice.

zu Nr. 16:
Veranschlagt ist die Umlage für den Verband Region Rhein-Neckar. Da der Verband seine Rücklage weitgehend aufgebraucht hat, muss zur Finanzierung des Betriebes und der laufenden Maßnahmen die Umlage erhöht werden.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, 4040 und 5010 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5020	Dorf- und Regionalentwicklung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Ernst Seeger (kommissarisch)

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Programme, Richtlinien und Dienstanweisungen von EU, Bund und Land zur Förderung der ländlichen Entwicklung; Vertrag Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung / Investitionsbank Hessen bzw. die neue Nachfolgeinstitution Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen
Produktbeschreibung	Dorfentwicklung, Regionalentwicklung, Ländlicher Tourismus: Beratung, Entscheidungen zur Förderung kommunaler und privater Maßnahmen sowie Abwicklung des Bewilligungsverfahrens als Bewilligungsstelle, u. a. Bewilligungs- und Auszahlungsbescheide.
Beteiligte	Extern: Antragsteller; Planer; Investitionsbank Hessen bzw. die neue Nachfolgeinstitution Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Intern: Bauen und Umwelt
Empfänger	Extern: Antragsteller, Bevölkerung, kreisangehörige Kommunen, sonstige Institutionen Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-360.000	-362.800	-360.052,30
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-360.000**	**-362.800**	**-360.052,30**
11	Personalaufwendungen	233.000	221.200	210.239,90
12	Versorgungsaufwendungen	28.000	23.300	28.970,01
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.216	9.165	1.151,22
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**267.216**	**253.665**	**240.361,13**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-92.784**	**-109.135**	**-119.691,17**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-92.784**	**-109.135**	**-119.691,17**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-92.784**	**-109.135**	**-119.691,17**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	67.386	80.365	62.629,93
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**67.386**	**80.365**	**62.629,93**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-25.398**	**-28.770**	**-57.061,24**

Teilergebnishaushalt Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Erläuterungen

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnet Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz unter Berücksichtigung eines Konsolidierungsbeitrages.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5030 Bauleitplanung

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5030	Bauleitplanung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Anja Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Europarechtsanpassungsgesetz Bau; Baugesetzbuch; Baunutzungsverordnung; Hessische Bauordnung
Produktbeschreibung	Beratung der Kommunen zu Planverfahren. Leistungen: Stellungnahmen zu Bauleitplanentwürfen und zu Fachplanungen sowie Bündelung (Zusammenfassung) der von den hausinternen Fachstellen abgegebenen Bewertungen als Träger öffentlicher Belange. Beratung der Kommunen und Planungsstellen zu städtebau- und städtebaurechtlichen Planungen; Moderation.
Beteiligte	Extern: Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kommunen, Projektbeauftragte und sonstige Fachplanungsstellen, Kreisgremien Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz; Finanz- und Rechnungswesen
Vereinbarte Ziele	Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen	84 %	85 %	85 %
Kennzahl (absolut):	82 / 98	68 / 80	68 / 80

Teilergebnishaushalt Produkt 5030 Bauleitplanung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	143.300	132.300	129.127,91
12	Versorgungsaufwendungen	22.000	15.400	18.983,72
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.880	3.880	1.668,03
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**169.180**	**151.580**	**149.779,66**
20	**Verwaltungsergebnis**	**169.180**	**151.580**	**149.779,66**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**169.180**	**151.580**	**149.779,66**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**169.180**	**151.580**	**149.779,66**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	63.561	56.169	34.561,60
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**63.561**	**56.169**	**34.561,60**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**232.741**	**207.749**	**184.341,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 5030 Bauleitplanung

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und des Umweltamtes.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5040, 5051 und 5080 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5040	Geoinformationssystem (GIS)

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Marc Colin

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreisausschusses
Produktbeschreibung	Aufbau und Betrieb des Graphischen Informationssystems mit „Bürger GIS“ und „Intranet-GIS“ Kreis Bergstraße. Leistungen: Pflege und Bereitstellung von raumbezogenen Daten, wie z. B automatisiertes Liegenschaftskataster, Umweltpläne, Bebauungsplankataster mit Darstellung der Flächennutzungspläne und der Bebauungspläne der Kommunen etc; Datenbeschaffung und Datenpflege und Systemadministration.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen, Wirtschaftsförderung, Regierungspräsidium Darmstadt, Fachstellen, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Bevölkerung, Kommunen, Planungs- und Ingenieurbüros Intern: Alle Fachabteilungen, Kreisgremien
Vereinbarte Ziele	Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit im Internet pro Kalenderjahr, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement.

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS	727.852	300.000	750.000
2. Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie GeoOffice Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Std.)	96 %	98 %	98 %
Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll	8.406 / 8.760 2.253 / 2.350	8.585 / 8.760 2.303 / 2.350	8.585 / 8.760 2.303 / 2.350

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu 1.: Durch neue Angebote im Bürger-GIS sowie das Hinzukommen neuer Fachthemen / Projekte konnte die Anzahl der Zugriffe und Downloads stetig gesteigert werden. Zudem: Umstellung auf neues GIS ab 09.03.2011. Damit einhergehend andere Zählweise / Statistik (insb. Differenzierung von Projekt- und Kartenabrufen).

Sonstige Erläuterungen

Im GIS enthaltene Daten: Geo- und Naturpark (Standorte, Wanderparkplätze, Jugendzeltplätze); Öffentliche Einrichtungen (Kindergärten, Apotheken, Rettungswachen, Krankenhäuser, Schulen); Solarenergiestandorte; Naturschutz (Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete); Grundwasser (Bemessungsgrundwasserstände Ried, Wassergewinnungsanlagen); Hochwasser (Hochwasserschutzkarte; Wasserschutzgebiete); Bebauungspläne; Flächennutzungspläne; Geobasisdaten des Hessischen Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation (Atkis-Karten, topographische Karten) und touristische Themenkarten (Nibelungensteig, Hessische Milch-Käse-Straße). Die Daten über die Kampfmittel sowie den Regionalplan Südhessen sind nur über einen passwortgeschützten Zugang zu erreichen. Projekte in 2012 umgesetzt: Erneuerbare Energien - hier: Windenergievorrangflächen (Standorte) mit Windpotenzialkarte und 3D-Visualisierung. Aufnahme von Daten kreisübergreifend (z. B. für touristische Themen) und Ausbau um öffentlich-soziale Einrichtungen / Erweiterung Sozial-Atlas um die Kategorien Integration sowie Kinder- und Jugendhilfe. Planung: Darstellung der Schulbezirke im GIS (aktuell in der Testphase), Anbindung an wgs21 – Wasserschutz. Ergebnisse des Rechners für Erneuerbare Energien (ERNEUERBAR KOMM) im GIS darstellen. Schnittstelle mit Baugenehmigungsverfahren (OTS) einrichten.

Teilergebnishaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	59.700	55.700	52.055,73
12	Versorgungsaufwendungen		3.700	2.833,78
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.200	98.000	95.091,09
14	Abschreibungen	2.500	8.200	9.271,86
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**178.400**	**165.600**	**159.252,46**
20	**Verwaltungsergebnis**	**178.400**	**165.600**	**159.252,46**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**178.400**	**165.600**	**159.252,46**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**178.400**	**165.600**	**159.252,46**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	33.575	37.546	18.076,49
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**33.575**	**37.546**	**18.076,49**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**211.975**	**203.146**	**177.328,95**

Teilergebnishaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Erläuterungen

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und des Umweltamtes. Der Mehrbedarf entsteht für die Lizenzen des Geoinformationssystems.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für das immaterielle Vermögen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5040, 5051 und 5080 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-7.500	-7.500	-7.440,48	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-7.500**	**-7.500**	**-7.440,48**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-7.500**	**-7.500**	**-7.440,48**	

Investitionen Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2009INV013 GIS Lizenzen	-7.500	-7.500	0	-7.500	-7.500	-7.500	

Produktbeschreibung Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	521	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	5051	Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Ute Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Baugesetzbuch; Baunutzungsverordnung; Hessische Bauordnung; Wohnungseigentumsgesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Verwaltungsvollstreckungsgesetz; Verwaltungsverfahrensgesetz; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; DIN-Normen; Sonderbauvorschriften; Technische Baubestimmungen; Erlasse; Wohnraumförderungsgesetz; Wohnflächenverordnung; Förderrichtlinien; II. Wohnungsbaugesetz
Produktbeschreibung	Durchführung von Baugenehmigungsverfahren; Überwachung der Genehmigungsfreistellungsverfahren; Bauberatung; Erlass von bau- und ordnungsrechtlichen Verfügungen zur Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften; Durchführung von Widerspruchs- und Ordnungswidrigkeitsverfahren; Beratung über die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum und Förderung des sozialen Wohnbaus; Landeswohnbauförderung und deren Kontingentüberwachung.
Beteiligte	Extern: Antragsteller; Planer; kreisangehörige Kommunen; Fachstellen; Statiker / Prüfingenieure; Kreisbevölkerung; Regierungspräsidium Darmstadt; Landestreuhandstelle Hessen Intern: Wasser- und Naturschutz; Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz; Kommunalaufsicht; Rechtsamt
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Antragsteller; Investoren; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; Regierungspräsidium Darmstadt; kreisangehörige Kommunen Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
Vereinbarte Ziele	Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)	56	max. 60	max. 60

Teilergebnishaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.915.000	-1.965.000	-1.914.731,54
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.915.000**	**-1.965.000**	**-1.914.731,54**
11	Personalaufwendungen	1.636.700	1.610.100	1.577.727,14
12	Versorgungsaufwendungen	38.000	45.900	49.327,80
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	139.650	117.150	18.772,76
14	Abschreibungen	50.000	5.200	66.654,25
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.864.350**	**1.778.350**	**1.712.481,95**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-50.650**	**-186.650**	**-202.249,59**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-50.650**	**-186.650**	**-202.249,59**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen	25.000	25.000	26.980,65
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**25.000**	**25.000**	**26.980,65**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-25.650**	**-161.650**	**-175.268,94**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	486.325	547.372	423.176,27
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**486.325**	**547.372**	**423.176,27**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**460.675**	**385.722**	**247.907,33**

Teilergebnishaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Gebührenerträge der Bauaufsicht in Höhe von 1.880 T€ unter Berücksichtigung des Rückgangs genehmigungspflichtiger Schulbauten. Ferner sind 35 T€ veranschlagt als Erträge aus Buß- und Zwangsgeldern.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und Umweltamt. Der Mehrbedarf steht in Zusammenhang mit dem Anstieg von Ersatzvornahmen.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus wertberichtigten Forderungen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5040, 5051 und 5080 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-10.191,37	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-10.191,37**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-10.191,37**	

Produktbeschreibung Produkt 5070 Denkmalschutz

Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	523	Denkmalschutz und -pflege
Produkt	5070	Denkmalschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Rolf Pfeifer

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Denkmalschutzgesetz; Durchführungserlasse
Produktbeschreibung	Beratung; denkmalschutzrechtliche Entscheidungen (Genehmigungen, Zustimmungen bei bauaufsichtlichen Verfahren); Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB); Auskünfte und Bescheinigungen.
Beteiligte	Extern: Antragsteller, Planer, Ausführende, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst Intern:
Empfänger	Extern: Antragsteller, Bürger/-innen, Städte und Gemeinden, sonstige Institutionen Intern: Bauen und Umwelt; TÖB-Stelle
Vereinbarte Ziele	Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen	0,14 %	max. 1 %	max. 1 %
Kennzahl (absolut):	6 / 4.350	max. 43 / 4.350	max. 44 / 4.400

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Entsprechend der Zielvereinbarung, den Anteil der untergegangenen Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen auf max. 1 % zu begrenzen, ändert sich die Kennzahl abhängig vom aktuellen Stand der erkannten Kulturdenkmäler oder Gesamtanlagen.
Ziel des Denkmalschutzes ist es, die Kulturdenkmäler als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung nach Maßgabe des Hessischen Denkmalschutzgesetzes zu schützen und zu erhalten sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landschaftspflege einbezogen werden.
Eine Beeinflussung der Zahl der Abbruchanträge ist nur bedingt möglich, wohingegen die Steuerung der Zahl der Abbruch-Genehmigungen abhängig ist vom Zustand des Kulturdenkmals und des zumutbaren Aufwands zur Erhaltung.
Weiteres Steuerungspotential: Es ist hervorzuheben, dass die Baukultur einen stets höher werdenden Stellenwert erhält, vor allem in Anbetracht immer geringer werdender freier, für Baumaßnahmen nutzbarer Flächen. Besonders sog. Bauen im Bestand, also die Innenentwicklung vor Außenentwicklung, u.a. durch Baulückenfüllung bzw. Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, die den Flächenverbrauch minimiert, ist für die nachhaltige Entwicklung der entscheidende Lösungsweg und betrifft oftmals Gebäude, die denkmalgeschützt sind.

Sonstige Erläuterungen

Strukturdaten Stand 01.09.2012:
a) ca. 2.600 Einzeldenkmäler
b) 96 Gesamtanlagen mit geschätzt ca. 2.000 prägenden Gebäuden, die selbst keine Kulturdenkmäler sind. Die systematische Erfassung des westlichen Kreisbereichs ist noch nicht abgeschlossen. Sonderaufgabe: Interkommunales Projekt „Reaktivierung der denkmalgeschützten Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine)“, geplante Inbetriebnahme Draisinenverkehr 2013, Durchführung und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen bis 2012/13 (Förderperiode Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - EFRE).

Teilergebnishaushalt Produkt 5070 Denkmalschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.300	-1.300	
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-1.305	-1.305	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.605**	**-2.605**	
11	Personalaufwendungen	302.700	282.000	275.355,62
12	Versorgungsaufwendungen	73.800	60.800	74.685,42
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.350	10.350	7.002,56
14	Abschreibungen		100	100,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**386.850**	**353.250**	**357.143,60**
20	**Verwaltungsergebnis**	**384.245**	**350.645**	**357.143,60**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**384.245**	**350.645**	**357.143,60**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**384.245**	**350.645**	**357.143,60**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	116.319	121.533	76.269,66
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**116.319**	**121.533**	**76.269,66**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**500.564**	**472.178**	**433.413,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 5070 Denkmalschutz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der wesentliche Mehrbedarf entsteht durch die Umsetzung einer Beschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der EU-Förderung, Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Auszahlungen für investive Zuweisungen können zu Lasten der Mittel für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71, Nr. 15) geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	5080	Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Walter Stiller

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundes-Immissionsschutzgesetz; Schornsteinfegergesetz; Baugesetzbuch; Hessische Bauordnung; Gaststättengesetz; Kehrordnung und Gebührenordnung; Hessisches Verwaltungskostengesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz; Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Produktbeschreibung	Immissionsschutzrechtliche Verfahren und Stellungnahmen; Verfahren im Schornsteinfegerwesen (Fachaufsicht); Kehrbezirksüberprüfungen; Ordnungswidrigkeitsverfahren; Beitreibungsverfahren bei ausstehenden Kehrgebühren im Schornsteinfegerwesen; Beratung in technischen und rechtlichen Angelegenheiten; Widerspruchsverfahren.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen, Bezirksschornsteinfegermeister, Fachstellen, Gutachter, Regierungspräsidium Darmstadt Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Kommunalaufsicht; Rechtsamt; Finanz- und Rechnungswesen
Empfänger	Extern: Antragsteller, Grundstückseigentümer, Betreiber von Anlagen, Kreisbevölkerung, Bezirksschornsteinfegermeister, Planer / Architekten Intern: Fachabteilungen
Vereinbarte Ziele	Bearbeitung der Mängelberichte (Feuerungsanlagenmessbescheinigungen) der Bezirksschornsteinfeger nach der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes innerhalb von durchschnittlich max. 50 Kalendertagen ab Eingang des Mängelberichts bis zur Mängelbeseitigung

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Mängelbeseitigung (Kalendertage)	18	max. 80	max. 50

Teilergebnishaushalt Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.300	-6.300	-7.146,12
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-7.300**	**-6.300**	**-7.146,12**
11	Personalaufwendungen	101.400	96.500	94.472,68
12	Versorgungsaufwendungen	34.600	28.300	34.830,83
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.210	3.210	1.531,96
14	Abschreibungen			4.249,05
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**139.210**	**128.010**	**135.084,52**
20	**Verwaltungsergebnis**	**131.910**	**121.710**	**127.938,40**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**131.910**	**121.710**	**127.938,40**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			321,30
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**321,30**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**131.910**	**121.710**	**128.259,70**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	50.248	55.304	36.724,26
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**50.248**	**55.304**	**36.724,26**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**182.158**	**177.014**	**164.983,96**

Teilergebnishaushalt Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und Umweltamt.

Produktbeschreibung Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	542	Kreisstraßen
Produkt	5090	Verwaltung der Kreisstraßen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Carmen Schmidt

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Straßengesetz; Bundesfernstraßengesetz; Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzausgleichsgesetz; Eisenbahnkreuzungsgesetz; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Landkreisordnung; Vergabevorschriften; Gemeindehaushaltsverordnung; Baugesetzbuch; Straßenverkehrsordnung; Hessisches Naturschutzgesetz; Hessisches Wassergesetz
Produktbeschreibung	Abwicklung der Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie der Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen; Beantragung von Fördermitteln; Bereitstellung und Verwaltung der Mittel; Erstellen von Verwendungsnachweisen; Grundstücksverkehr; Abschluss von Verträgen über Gemeinschaftsmaßnahmen; Durchführung von straßenverkehrsrechtlichen Verfahren und Stellungnahmen zu straßenverkehrsrechtlichen Verfahren bei Bundes- und Landesstraßen.
Beteiligte	Extern: Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; Hessisches Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen; kreisangehörige Kommunen Intern: Abteilung ÖPNV; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Bauen und Umwelt
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, kreisangehörige Kommunen Intern:
Vereinbarte Ziele	Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke von derzeit 125 km	4,11	4,37	4,09

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zustandsklasse 1,00 - 1,49 (besser als 1,5-Wert), Zustandsklasse 1,50 - 3,49 (1,5-Wert überschritten), Zustandsklasse 3,50 - 4,49 (Warnwert überschritten), Zustandsklasse 4,50 - 5,00 (Schwellenwert überschritten).

Teilergebnishaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-5.000	-5.000	-34.874,29
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-225.000	-235.000	-502.200,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-500.000	-500.000	-687.487,65
09	Sonstige ordentliche Erträge	-3.900	-6.700	-3.682,82
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-733.900**	**-746.700**	**-1.228.244,76**
11	Personalaufwendungen	51.200	52.100	50.425,37
12	Versorgungsaufwendungen	34.900	29.700	36.499,35
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.200.000	1.640.000	1.309.659,31
14	Abschreibungen	1.100.000	1.100.000	1.073.552,75
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	15.000	20.000	-12.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.401.100**	**2.841.800**	**2.458.136,78**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.667.200**	**2.095.100**	**1.229.892,02**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.667.200**	**2.095.100**	**1.229.892,02**
25	Außerordentliche Erträge			-205.315,86
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.780.000	1.143.000	45.580,03
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**2.780.000**	**1.143.000**	**-159.735,83**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**4.447.200**	**3.238.100**	**1.070.156,19**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	160.896	182.146	17.422,20
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**160.896**	**182.146**	**17.422,20**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.608.096**	**3.420.246**	**1.087.578,39**

Teilergebnishaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist der Ertrag aus den Kostenerstattungen bei Kooperationsmaßnahmen mit Städten und Gemeinden.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die FAG-Zuweisung des Landes für die Unterhaltung von Kreisstraßen. Der Minderertrag steht im Zusammenhang mit der Abstufung von Kreisstraßen.

zu Nr. 08:
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten für die GVFG- und FAG-Zuweisungen für Investitionen in Kreisstraßen.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind der Pachtzins aus landwirtschaftlich genutzten Flächen und Erträge aus Schadensersatzleistungen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb, die Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen sowie die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Finanz- und Rechnungswesens mit einem Konsolidierungsbeitrag.
Der Ansatz beinhaltet die Aufwendungen für punktuelle Instandsetzungen, Rissesanierungen, Fahrbahnmakierung, Bankettregulierung, Schutzplankeninstandsetzung, Beschilderung, Gehölzpflege, Mäharbeiten, Unterhaltung und Instandsetzung von Lichtzeichenanlagen sowie die Jahrespauschale für Hessen-Mobil.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus dem Kreisstraßenvermögen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist der Zuschuss für den Betrieb der Neckarfähre.

zu Nr. 26:
Veranschlagt ist der zu erwartende Vermögensverlust aus der Abstufen der K 31 zur Gemeindestraße in Bensheim, Lorsch und Einhausen. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	581.600	291.800	801.500,00	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**581.600**	**291.800**	**801.500,00**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000		
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.680.000	-2.260.000	-788.833,83	-2.000.000,00
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-10.000	-10.000		
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-2.755.000**	**-2.335.000**	**-788.833,83**	**-2.000.000,00**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-2.173.400**	**-2.043.200**	**12.666,17**	**-2.000.000,00**

Investitionen Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV002 Sonstige unbebaute Grundstücke (Ankauf)	-15.000	-15.000	0	-15.000	-15.000	-15.000	
2008INV009 Verbreiterung und Ausbau der K11	-200.000	-200.000	0	0	0	-700.000	-670.000 -1.370.000
2008INV012 Ausbau der OD Kocherbach, K28	0	-50.000	0	0	0	0	-85.000 -85.000
2008INV013 Ausbau der OD Hartenrod, K30	0	-50.000	0	0	0	0	-85.000 -85.000
2009INV033 K 55, Ausbau Knoden-Raidelbach	0	-1.200.000	0	0	0	0	-1.250.000 -1.250.000
2009INV035 Beschaffung von neuen Straßeneinrichtungen	-10.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	
2009INV056 K 22, Ausbau, OD Zotzenbach	-500.000	0	-500.000	-500.000	0	0	-1.000.000 -1.500.000
2009INV063 K11, Ausbau der OD Ober-Liebersbach	-400.000	0	0	0	0	0	-550.000 -550.000
2009INV065 Zugänge bebaute Grundstücke	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	
2009INV066 K67, Ausbau Freie Strecke	0	-200.000	-800.000	-800.000	0	0	-600.000 -1.300.000
2009INV067 K206, Ausbau OD Schlierbach und Freie Strecke	-250.000	0	0	0	0	0	-270.000 -270.000
2011INV030 K11, Erneuerung BW UF Liebersbach	-60.000	-300.000	0	0	-240.000	0	-400.000 -640.000
2012INV033 Deckenerneuerungen (allgemein)	-250.000	-250.000	0	-250.000	-250.000	-250.000	
2012INV036 K31, grundhafte Erneuerung Waldstraße	0	-400.000	-50.000	-50.000	0	0	-400.000 0
2012INV037 K53, grundhafte Erneuerung OD Linnenbach	-600.000	-30.000	0	0	0	0	-630.000 -630.000
2013INV027 K67, Zwingenberg, Umbau Knotenpunkt zu KVP	0	0	-80.000	-80.000	0	0	0 -80.000
2013INV028 K24, Fürth, Erneuerung BÜ	0	0	-170.000	-170.000	0	0	0 -170.000
2013INV029 K28, OD Affolterbach, Erneuerung UF Ulfenbach	0	0	-400.000	-400.000	0	0	0 -400.000
2013INV032 K57, Grundhafte Erneuer zw. Unter- u. Ober-Hambach	0	0	0	0	0	-900.000	0 -900.000

Produktbeschreibung Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	5100	Öffentlicher Personennahverkehr

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
ÖPNV	Reinhold Bickelhaupt

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Personenbeförderungsgesetz; Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Hessen; Beschlüsse Kreistag
Produktbeschreibung	Organisation des ÖPNV im Kreis Bergstraße (incl. Schülerbeförderung); Umsetzung des Nahverkehrsplan Kreis Bergstraße: Nahverkehrsplan, Linienbündelungskonzept als Grundlage für die Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb, Bestellung von ÖPNV-Mehrleistungen im Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Straßenpersonenverkehr, Ausarbeitung und Abwicklung von ÖPNV-Finanzierungsmodellen, Infrastrukturkostenhilfe des Landes Hessen, Verbundförderung, Koordinierungsstelle Rhein-Main-Verkehrsverbund / Verkehrsverbund Rhein-Neckar in Tarif- und Fahrplanangelegenheiten, Mobilitätsberatung Kreis Bergstraße.
Beteiligte	Extern: Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH, diverse Verkehrsunternehmen, Rhein-Main-Verkehrsverbund Intern: Schulabteilung
Empfänger	Extern: Bevölkerung (Pendler, Schüler/-innen u. a.) Intern:
Vereinbarte Ziele	Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste	2,1	max. 7	max. 6
Kennzahl (absolut):	140 / 6.770.000	max. 474 / 6.770.000	max. 406 / 6.770.000

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Es werden alle bei der Kreisverwaltung und bei der VRN GmbH eingehenden Beschwerden (telefonisch oder schriftlich) erfasst und dokumentiert. Beschwerden aufgrund besonderer witterungsbedingter Umstände werden allerdings nicht berücksichtigt (höhere Gewalt). Eine Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Beschwerden kann nicht getroffen werden, da die Meinung der Beschwerdeführer über den Tatbestand einer Beschwerde u.U. sehr subjektiv ist.
Sonstige Erläuterungen	Ausbau des ÖPNV unter Berücksichtigung der Vorgaben des Nahverkehrsplans.

Teilergebnishaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.700	-1.700	-1.288,50
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-614.000	-614.000	-677.435,08
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-25.000	-10.000	-25.420,07
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-640.700**	**-625.700**	**-704.143,65**
11	Personalaufwendungen	125.100	120.000	117.489,61
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.331.500	1.300.700	1.216.133,29
14	Abschreibungen	90.000	155.200	88.736,48
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	614.700	614.700	656.587,65
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	252.000	270.000	242.423,40
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.413.300**	**2.460.600**	**2.321.370,43**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.772.600**	**1.834.900**	**1.617.226,78**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.772.600**	**1.834.900**	**1.617.226,78**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			21.547,43
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**21.547,43**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.772.600**	**1.834.900**	**1.638.774,21**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	187.443	208.213	36.285,87
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**187.443**	**208.213**	**36.285,87**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.960.043**	**2.043.113**	**1.675.060,08**

Teilergebnishaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Erläuterungen

zu Nr. 01:
Veranschlagt ist der Vertrag aus dem Verkauf von Verbundfahrplänen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist die Infrastrukturkostenhilfe des Landes auf der Basis des Vorjahresansatzes.

zu Nr. 08:
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tariferhöhungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Kostenanteile des Kreises für die Bestellung von SPNV-Mehrleistungen (50 % Eigenanteil) unter Berücksichtigung zu erwartender Kostensteigerungen und das Budget des ÖPNV.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung von aktivierten Investitionszuschüssen, Betriebsausstattung und geringwertigen Wirtschaftsgütern.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Weiterleitung der Infrastrukturkostenhilfe des Landes und der Zuschuss für die Verbundfahrpläne an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar.

Haushaltsvermerke:

Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) dürfen in Höhe der Mehrerträge bei der Kontengruppe 54 (Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Kostenerstattungen) geleistet werden.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen können in Höhe der Mehrerträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten erfolgen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	765.000	1.300.000	159.875,00	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**765.000**	**1.300.000**	**159.875,00**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-68.300	-2.889.900	-899.844,30	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-68.300**	**-2.889.900**	**-899.844,30**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**696.700**	**-1.589.900**	**-739.969,30**	

Investitionen Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016	Bish. bereitgest. Ges. Ein-Ausz.
2008INV022 Investitionszuschüsse S Bahn-Rhein-Neckar	-500	-20.000	0	-20.000	-20.000	0	
2008INV023 Zuweisung z. Ausbau der E.- und Schwarzbachtalbahn	-13.100	-12.000	0	-12.400	0	0	
2008INV025 Zuweisung z. Ausbau der 2. Stufe S-Bahn-Rh.-Neckar	-2.760.000	0	0	-1.145.000	-1.145.000	0	
2009INV011 Behindertengerechter Ausbau Bahnhof Bensheim	-75.000	0	0	0	0	0	
2009INV031 Überwaldbahn (Investitionszuschuss) ÖPNV	0	0	0	0	0	0	
2010INV026 Planungskostenanteil S-Bahn Rhein-Neckar	-36.300	-36.300	0	-86.300	0	0	
2012INV012 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-5.000	0	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	554	Naturschutz und Landschaftspflege
Produkt	5111	Natur- und Artenschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Wasser- und Naturschutz	Ute Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundesnaturschutzgesetz und Hessisches Ausführungsgesetz hierzu; Kompensationsverordnung; Hessisches Landesplanungsgesetz; Baugesetzbuch; Raumordnungsgesetz; Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz; Bundesartenschutzverordnung; FFH-Richtlinie; EU-Vogelschutzrichtlinie; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Produktbeschreibung	Umsetzung der durch bundes- und landesrechtlich geregelten Ziele und Grundsätze des Naturschutzes durch naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigungen; landschaftsschutzrechtliche Genehmigungen; Einvernehmens- und Benehmensherstellung; Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren; Überwachung von Kompensationsverfahren; Aufbau und Führen des NATUREG-Registers; Führen der Ökokonten; Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in Bauleitplan-, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren; Vereinsförderung sowie artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen; artenschutzrechtliche Anordnungen; FFH-Verträglichkeitsprüfungen, Vorprüfungen und Prognosen; Zusatzbewertungen im Rahmen Öko-Konto- und Kompensationsmaßnahmen im Wald; Ausweisung und Pflege von Naturdenkmalen, geschützten Landschaftsbestandteilen und Naturschutzgebieten < 5 ha; Natura-2000-Verordnung.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Wasserschutzpolizei; Wasser- und Schifffahrtsamt; Forstämter; Verbände Intern: Bauaufsicht und Bauleitplanung; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Kommunalaufsicht; Rechtsamt
Empfänger	Extern: Antragsteller, Verursacher, Regierungspräsidium Darmstadt Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.500	-24.000	-12.164,40
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-5.000	-20.000	
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-17.500**	**-44.000**	**-12.164,40**
11	Personalaufwendungen	473.500	462.600	438.445,51
12	Versorgungsaufwendungen	46.100	37.100	45.605,73
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.332	46.090	10.547,51
14	Abschreibungen	25.000	25.000	24.813,97
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	3.000		3.000,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**570.932**	**570.790**	**522.412,72**
20	**Verwaltungsergebnis**	**553.432**	**526.790**	**510.248,32**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**553.432**	**526.790**	**510.248,32**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**553.432**	**526.790**	**510.248,32**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	177.493	203.823	132.646,59
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**177.493**	**203.823**	**132.646,59**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**730.925**	**730.613**	**642.894,91**

Teilergebnishaushalt Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Gebühren und Bußgeldern des Umweltamtes auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 09:
Veranschlagt sind die Erträge aus Ersatzvornahmen.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Besoldungs- und Tariferhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und des Umweltamtes unter Berücksichtigung eines Konsolidierungsbeitrages.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus aktivierten Investitionszuschüssen.

zu Nr. 17:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Umweltpreis des Kreises. Dieser wird gemäß KA-Beschluss vom 17.11.2008 im Abstand von 2Jahren verliehen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	555	Land- und Forstwirtschaft
Produkt	5130	Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Susanne Bitsch (kommisarisch)

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	EU-Regelungen (Richtlinien und Verordnungen des Rates / der Kommission der EU); Betriebsprämien- und Direktzahlungengesetz; Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Daten-Gesetz; Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation und der Direktzahlungen; Gesetz zur Aufhebung des Modulationsgesetzes; Reichssiedlungsgesetz; Landesvorschriften (u.a. Richtlinie Agrarförderprogramm bzw. Produktinnovationen); Dienstanweisung zum Europäischen Ausgleichs- und Garantiefond Landwirtschaft; Berufsstandsmitwirkungsgesetz; Düngemittelgesetz; Düngeverordnung; Pflanzenschutzgesetz; Klärschlammverordnung; Bioabfallverordnung; Grundstücksverkehrsgesetz; Gesetz über die gerichtlichen Verfahren in Landwirtschaftssachen; Gesetz über Agrarstatistiken; Strahlenschutzvorsorgegesetz; Verordnung zur Durchführung der EU-Milchquotenregelung; Baugesetzbuch; Hessische Bauordnung; Wasserhaushaltsgesetz; Hessisches Wassergesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; Hessisches Landesplanungsgesetz; Raumordnungsgesetz; Bundes- und Hessisches Naturschutzgesetz; Hessisches Forstgesetz
Produktbeschreibung	Förderung zur Einkommenssicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Umsetzung der Europäischen Agrarreform in Hessen und landwirtschaftliches Siedlungswesen; Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsressourcen sowie der Kreislaufwirtschaft; Koordination und Prüfung von Umweltauflagen (auch im Rahmen der Gemeinsamen Marktordnung der EU); Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Planungen; landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr; Landpachtrecht; Vertragsnaturschutz im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen; Gebietsmanagement für Schutzgebiete; Landschaftspflege- und Agrarumweltkonzepte als Fördergrundlage; forsthoheitliche Aufgaben.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Hessisches Ministerium der Finanzen; Wirtschafts- und Infrastrukturbank (WI-Bank) Hessen, insbesondere als Fachaufsicht; EU-Kommission für Förderung; zuständige Stellen anderer Kreise bzw. Länder; Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung; Regierungspräsidien; Amtsgerichte; Zollverwaltung; Kommunalverwaltungen; Hessische Landgesellschaft; Molkereien; Landestreuhandstelle; Betreuungsunternehmen; Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen; Hessischer Bauernverband; Hessischer Gärtnereiverband; Hessischer Waldbesitzerverband; Planungsbüros; Hessen-Forst Intern: Bauen und Umwelt; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Empfänger	Extern: Landwirtschaftliche Betriebe; Kommunen; beauftragte Dritte; Kläranlagenbetreiber; Kompostwerke; Handelsunternehmen; Planungsbüros; Privatpersonen; Notare; Regierungspräsidien; Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Intern: Bauen und Umwelt; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Teilergebnishaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-300	-440,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-550		-550,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.065.200	-1.065.000	-1.064.921,98
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.065.750**	**-1.065.300**	**-1.065.911,98**
11	Personalaufwendungen	861.200	675.600	655.718,86
12	Versorgungsaufwendungen	255.500	200.400	253.776,76
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.460	43.110	22.441,87
14	Abschreibungen			168,90
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	5.410	5.410	4.649,69
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.155.570**	**924.520**	**936.756,08**
20	**Verwaltungsergebnis**	**89.820**	**-140.780**	**-129.155,90**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**89.820**	**-140.780**	**-129.155,90**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**89.820**	**-140.780**	**-129.155,90**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	255.399	252.408	201.726,46
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**255.399**	**252.408**	**201.726,46**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**345.219**	**111.628**	**72.570,56**

Teilergebnishaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind Erträge aus der Kostenerstattung für Lehrgänge und Prüfungen.

zu Nr. 07:
Veranschlagt sind der Kommunalisierungszuschuss des Landes und die Fördermittel im Gebietsmanagement "Natura 2000" des Landes. Siehe auch Nr. 15

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die beabsichtigte Neubesetzung der Stelle eines Agraringenieurs, die Umsetzung eines Beamten und die Erhöhung der Arbeitszeit einer Beschäftigten.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der neuen Teilwertberechnung der Versorgungskasse sowie durch die Umsetzung eines Beamten.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz, einschließlich der Aufwandsentschädigungen für den Gebietsagrarausschuss und die Ortslandwirte nach dem Berufsstandmitwirkungsgesetz unter Berücksichtigung eines Konsolidierungsbeitrages.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Weiterleitung der Fördermittel für das Gebietsmanagement in "Natura-2000" Gebieten und der Zuschuss für die Bienenzucht.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-338,85	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-338,85**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-338,85**	

Produktbeschreibung Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	5141	Boden- und Gewässerschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Ute Schneider

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Wasserhaushaltsgesetz; Hessisches Wassergesetz; Abwasserabgabengesetz; Verordnung über das Lagern wassergefährdender Stoffe; Indirekteinleiterverordnung und andere Verordnungen auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes; Europäische Wasserrahmenrichtlinien; Bundesbodenschutzgesetz; Gesetz über Zuständigkeiten nach dem Bundesbodenschutzgesetz; Hessisches Bodenschutz- und Altlastengesetz
Produktbeschreibung	Wasseraufsicht über Grundwasser und Fließgewässer sowie genehmigungspflichtige Abwasseranlagen; Erlaubnis-, Genehmigungs-, Anzeige- und Ordnungswidrigkeitsverfahren; Erhebung der Abwasserabgabe; Überwachung von Anlagen zum Lagern und zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen; Gefahrenabwehr; Überwachung Gewässergüte und Grundwasserqualität; Sanierung von Grundwasserschadensfällen; Erteilung des wasserrechtlichen Einvernehmens bzw. Benehmens in naturschutz- und baurechtlichen Verfahren sowie straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren; Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in Bauleitplan-, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren; nachhaltige Sicherung und Wiederherstellung der Bodenfunktionen; Abwehr und Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen; vorsorgender Schutz des Bodens vor nachteiligen Einwirkungen; Beratung der Landwirtschaft bei Kooperationen in Wasserschutzgebieten; fachliche Prüfung und Bewertung von Auffüllungen mit Erdaushub und anderem Material; Prüfung und Anordnung von Bodensanierungen bei Verunreinigungen; Stellungnahmen in bau- und naturschutzrechtlichen Verfahren als Träger öffentlicher Belange (TÖB) und Fachbehörden.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Verbände; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie; Sachverständige; Untersuchungsstellen Intern: Bauaufsicht und Bauleitplanung; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Empfänger	Extern: Antragsteller, Anlagenbetreiber wassergefährdender Stoffe (z. B. Tankstellen), Kläranlagenbetreiber, Wasserverbände, Störer nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung Intern: Bauaufsicht und Bauleitplanung; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz
Vereinbarte Ziele	Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag	10	15	16

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Bisher nur Kooperationsverträge in Lindenfels, Lautertal und Rimbach. Weitere Gemeinden mit Wasserschutzgebieten, bei denen Kooperationsverträge geplant sind: Zwingenberg, Fürth, Heppenheim und Mörlenbach.

Teilergebnishaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-91.000	-66.000	-80.824,74
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-481.600	-472.600	-481.602,35
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-572.600**	**-538.600**	**-562.427,09**
11	Personalaufwendungen	530.500	578.700	557.986,52
12	Versorgungsaufwendungen	142.300	142.900	179.090,85
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.085	4.600	1.952,75
14	Abschreibungen	7.000	3.000	11.215,09
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**684.885**	**729.200**	**750.245,21**
20	**Verwaltungsergebnis**	**112.285**	**190.600**	**187.818,12**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**112.285**	**190.600**	**187.818,12**
25	Außerordentliche Erträge			-333,45
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-333,45**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**112.285**	**190.600**	**187.484,67**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	257.352	272.013	219.975,47
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**257.352**	**272.013**	**219.975,47**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**369.637**	**462.613**	**407.460,14**

Teilergebnishaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Erläuterungen

zu Nr. 02:
Veranschlagt sind die Erträge aus Gebühren und Bußgeldern der Unteren Wasserbehörde auf der Basis des Ergebnisses 2011.

zu Nr. 07:
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch den Eintritt der Freistellungsphase in der Altersteilzeit einer Beamtin.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Bauaufsicht, Bauleitplanung und des Umweltamtes.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung aus der Einzelwertberichtigung von Forderungen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**				
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-129,00	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-129,00**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-129,00**	

Produktbeschreibung Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	571	Wirtschaftsförderung
Produkt	5170	Wirtschaftsförderung, Tourismus

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses (19.04.2004, 26.06.2006, 10.09.2012)
Produktbeschreibung	Aufgaben der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH sowie der Tourismusmarketing GmbH Kreis Bergstraße (bis zur Stilllegung).
Beteiligte	Extern: Gesellschafter der GmbH's Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung und Unternehmen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Die Förderung von Wirtschaft und Tourismus wird von der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH wahrgenommen. Auf dem Produkt der Kreisverwaltung werden keine Ziele abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die Berichte der GmbH wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-37.200	-11.000	-24.725,23
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-37.200**	**-11.000**	**-24.725,23**
11	Personalaufwendungen	29.600	28.500	26.215,80
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		10.000	155,84
14	Abschreibungen	80.000	8.600	80.873,58
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	784.900	854.900	1.163.800,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**894.500**	**902.000**	**1.271.045,22**
20	**Verwaltungsergebnis**	**857.300**	**891.000**	**1.246.319,99**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**857.300**	**891.000**	**1.246.319,99**
25	Außerordentliche Erträge			-1.508,28
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-1.508,28**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**857.300**	**891.000**	**1.244.811,71**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	75.698	106.104	17.586,22
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**75.698**	**106.104**	**17.586,22**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**932.998**	**997.104**	**1.262.397,93**

Teilergebnishaushalt Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Personalkostenerstattung der Wirtschaftsförderung.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 14:
Veranschlagt ist die Abschreibung für aktivierte Investitionszuschüsse (Überwaldbahn).

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Wirtschaftsförderung mit 637,5 T€, die internationale Standortmarketing GmbH mit 40 T€ und für die Kommunale AG Überwaldbahn 107,4 T€. Der Minderbedarf ergibt sich durch die Eingliederung der Tourimusmarketing GmbH in die Wirtschaftsförderung.

Haushaltsvermerke:
Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) dürfen in Höhe der Mehrerträge bei der Kontengruppe 54 (Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Kostenerstattungen) geleistet werden.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) sind, mit Ausnahme des Ansatzes bei dem Kostenträger 517010 (Zuschuss für die AG Überwaldbahn), gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	700.000			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**700.000**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			-342,23	
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-202.560,00	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-700.000			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-700.000**		**-202.902,23**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-202.902,23**	

Teilergebnishaushalt THH 06 - Zentrale Finanzleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-30,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-269.500	-274.300	-221.251,99
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-94.345.000	-90.700.000	-78.202.040,00
06	Erträge aus Transferleistungen			1.061,65
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-39.900.000	-36.000.000	-29.501.923,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-933.200	-912.000	-904.144,45
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-135.447.700**	**-127.886.300**	**-108.828.328,29**
11	Personalaufwendungen	291.800	286.800	253.799,24
12	Versorgungsaufwendungen	60.000	102.800	107.423,12
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	903.000	976.800	885.221,23
14	Abschreibungen	118.700	200.000	271.592,62
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.035.500	4.035.200	2.970.108,81
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	46.100.000	44.078.000	43.140.773,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**49.509.000**	**49.679.600**	**47.628.918,02**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-85.938.700**	**-78.206.700**	**-61.199.410,27**
21	Finanzerträge	-1.178.705	-1.706.850	-599.890,99
22	Finanzaufwendungen	10.474.805	12.425.550	5.702.825,04
23	**Finanzergebnis**	**9.296.100**	**10.718.700**	**5.102.934,05**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-76.642.600**	**-67.488.000**	**-56.096.476,22**
25	Außerordentliche Erträge			-3.705.775,29
26	Außerordentliche Aufwendungen			298,71
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-3.705.476,58**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-76.642.600**	**-67.488.000**	**-59.801.952,80**
29	Sekundäre Erträge	-10.707.633	-13.398.820	-2.569.161,97
30	Sekundäre Aufwendungen	753.555	399.572	81.393,95
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-9.954.078**	**-12.999.248**	**-2.487.768,02**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-86.596.678**	**-80.487.248**	**-62.289.720,82**

Teilfinanzhaushalt THH 06 - Zentrale Finanzleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	577.000	586.000	1.489.000,00
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			250.000,00
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	18.300	19.000	266.982,70
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 01 bis 03)**	**595.300**	**605.000**	**2.005.982,70**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.153.074,95
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 05 bis 08)**			**-1.153.074,95**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Nr 04 ./. 09)**	**595.300**	**605.000**	**852.907,75**

Produktbeschreibung Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	6010	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Tobias Brück

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Gemeindehaushaltsverordnung; Finanzausgleichsgesetz; Lastenausgleichsgesetz
Produktbeschreibung	Kreis- und Schulumlage; allgemeine Schlüsselzuweisungen; allgemeine Investitionspauschale; Grunderwerbssteuerzuweisung; Finanzleistungen Eigenbetriebe Gebäudewirtschaft und Neue Wege.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen, Hessischer Landkreistag, Land Hessen Intern: Kommunalaufsicht; Rechtsamt
Empfänger	Extern: Kreisangehörige Kommunen Intern: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, Eigenbetrieb Neue Wege

Teilergebnishaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-3.700	-3.800	-3.391,67
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-94.345.000	-90.700.000	-78.202.040,00
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-39.900.000	-36.000.000	-29.501.923,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-840.000	-912.000	-852.774,28
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-135.088.700**	**-127.615.800**	**-108.560.129,45**
11	Personalaufwendungen	20.100	23.300	22.451,17
12	Versorgungsaufwendungen	12.800	12.600	15.371,30
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		500	48,20
14	Abschreibungen			2,50
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	46.100.000	44.078.000	43.140.773,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**46.132.900**	**44.114.400**	**43.178.646,17**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-88.955.800**	**-83.501.400**	**-65.381.483,28**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-88.955.800**	**-83.501.400**	**-65.381.483,28**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-88.955.800**	**-83.501.400**	**-65.381.483,28**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	219.378	229.221	6.438,21
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**219.378**	**229.221**	**6.438,21**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-88.736.422**	**-83.272.179**	**-65.375.045,07**

Teilergebnishaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Personalkostenerstattung des Eigenbetriebes "Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße".

zu Nr. 05:
Erträge aus Kreisumlage gemäß 3. Trendberechnung vom 15.08.2012 bei einem Hebesatz von 36% und Umlagegrundlagen von rd. 262 Mio. €. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

zu Nr. 07:
Erträge aus Schlüsselzuweisung gemäß 3. Trendberechnung für 2013. Der Mehrertrag entsteht durch eine Erhöhung der Schlüsselmasse.

zu Nr. 08:
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für die Allgemeine Investitionspauschale.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

zu Nr. 16:
Aufwand für Krankenhausumlage gemäß 3. Trendberechnung vom 15.08.2012 bei einem Hebesatz von 1,35% und Umlagegrundlagen von rd. 303 Mio. € Aufwand für LWV-Umlage gemäß 3. Trendberechnung vom 15.08.2012 bei einem Hebesatz von 13,829% und Umlagegrundlagen von rd. 303 Mio. €. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	577.000	586.000	586.000,00	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**577.000**	**586.000**	**586.000,00**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV				
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**				
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**577.000**	**586.000**	**586.000,00**	

Produktbeschreibung Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	6020	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Investitionsfondsgesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; Verdingungsordnung für Leistungen; Versicherungsvertragsgesetz; Sozialgesetzbuch
Produktbeschreibung	Aufnahme und Verwaltung von Krediten einschließlich Zinsmanagement; Bearbeitung von Bürgschaften; Abschluss, Kündigung und Modifizierung von Versicherungsverträgen; Bearbeitung von Schadensfällen.
Beteiligte	Extern: Eigenbetriebe, Regierungspräsidium Darmstadt, Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessischer Landkreistag, Banken, Bürgschaftsnehmer/-innen, Versicherungsunternehmen Intern: Alle Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Bürgschaftsnehmer/-innen Intern: Fachabteilungen, Mitarbeiter/-innen
Vereinbarte Ziele	Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw. Forwardzinssätze (in €)	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan
Kennzahl (absolut): in €	1.651.822	1.815.617	1.703.827

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen	2,25 %	4,27 %	3,57 %
Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €	6.997.846 / 310.466.151	13.725.550 / 321.694.651	11.574.805 / 324.665.249

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu Kennzahl Zielerreichung: Zinsaufwand 2013 einschließlich Zinserhöhung von 1 % bei noch nicht abgeschlossenen Kredit- und Derivatgeschäften: 1.703.827 € < Zinsaufwand Planung Haushalt 2013: 1.800.000 €.
Zu sonstiger Kennzahl: Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht. Nicht berücksichtigt sind Erträge aus Zinssicherungsgeschäften (Derivate) und sonstige Finanzerträge (2013: 1.293.280 €).

Teilergebnishaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-125.800	-165.500	-136.844,69
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			1.061,65
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-125.800**	**-165.500**	**-135.783,04**
11	Personalaufwendungen	209.200	242.500	211.002,79
12	Versorgungsaufwendungen	47.200	77.700	76.685,70
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	185.000	200.100	193.943,88
14	Abschreibungen		200.000	207.243,50
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.000.000	2.000.000	1.934.908,81
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.441.400**	**2.720.300**	**2.623.784,68**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.315.600**	**2.554.800**	**2.488.001,64**
21	Finanzerträge	-1.168.600	-1.669.350	-585.837,93
22	Finanzaufwendungen	10.464.700	12.415.050	5.691.971,98
23	**Finanzergebnis**	**9.296.100**	**10.745.700**	**5.106.134,05**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**11.611.700**	**13.300.500**	**7.594.135,69**
25	Außerordentliche Erträge			-1.642.014,21
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-1.642.014,21**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**11.611.700**	**13.300.500**	**5.952.121,48**
29	Sekundäre Erträge	-10.707.633	-13.398.820	-2.569.161,97
30	Sekundäre Aufwendungen	292.533	98.320	66.177,13
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-10.415.100**	**-13.300.500**	**-2.502.984,84**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.196.600**		**3.449.136,64**

Teilergebnishaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Sachaufwendungen (Versicherungsbeiträge) durch die Beteiligungen. Der Minderertrag entsteht durch personalwirtschafliche Maßnahmen.

zu Nr. 11:
veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch die Umsetzung einer Beamtin.

zu Nr. 12:
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf ergibt sich durch die Umsetzung einer Beamtin.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Versicherungsbeiträge für Elektronik-, Rechtsschutz-, Inventar-, Eigenschaden-, Unfall und Haftpflichtversicherung der Kreisverwaltung und der Beteiligungen. Ferner sind veranschlagt die Aufwendungen für die Beratung des Kreditportfoliomanagements und die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Finanz- und Rechnungswesens. Der Wenigerbedarf entsteht durch geringere Versicherungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Abschluss neuer Verträge.

zu Nr. 14:
Mit Wertberichtigungen von sogenannten Altforderungen wird nicht mehr gerechnet.

zu Nr. 15:
Veranschlagt ist der Zuschuss an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft für den Betrieb, die Unterhaltung und Instandhaltung der Verwaltungsgebäude. Auf die Darstellung bei dem Produkt 2085, im Vorbericht und im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes wird verwiesen.

zu Nr. 21:
Veranschlagt sind die, aufgrund bestehender Derivatgeschäfte, in Verbindung mit einer zu erwartenden Zinsentwicklung, prognostizierten Erträge in Höhe von 1.150 T€. Ferner sind die Erstattung der Zinsdienstumlage in Höhe von 9,7 T€ und die Zinserträge aus gewährten Darlehen mit 8,9 T€ veranschlagt.

zu Nr. 22:
Veranschlagt sind die Zinsen für Investitionskredite mit 1.800 T€, für Kassenkredite mit 8.650 T€ und die Zinsdienstumlage mit 9,7 T€ und die Auflösung der Ansparrate für das Darlehen zur Finanzierung des Investitionszuschusses für den Neubau der Martinsschule in Ladenburg mit 5,0 T€. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen. Der Minderbedarf entsteht durch eine rückläufige investive Verschuldung und eine günstigere Entwicklung am Kapitalmarkt.

Teilergebnishaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen) der Produkte 2085 und 6020 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Sachkonten der Kontengruppe 77 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten dürfen in Höhe der Mehrerträge bei dem Hauptkonto 571 (Bankzinsen) geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	13.200	13.900	261.966,03	
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**13.200**	**13.900**	**261.966,03**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV				
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**				
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**13.200**	**13.900**	**261.966,03**	

Produktbeschreibung Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	6030	Beteiligungen - Mitgliedschaften

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Hessische Landkreisordnung; Haushaltsgrundsätzegesetz; Aktiengesetz; GmbH-Gesetz; Handelsgesetzbuch
Produktbeschreibung	Unterstützung der Verwaltungsleitung und Gremienvertreter in ihrer Steuerungsverantwortung bei den kreiseigenen Beteiligungen; Klärung von Grundsatzfragen der wirtschaftlichen Betätigungen des Kreises; Steuerung, Überwachung und Unterstützung der Beteiligungen unter einheitlichen fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten; Sicherung der Prüfungsrechte des Kreises Bergstraße; Erstellung und Vorlage von Beteiligungsberichten.
Beteiligte	Extern: Wirtschafts- und Steuerberater/-innen, Kommunen, Verbände, Eigenbetriebe, Wasserverbände, GmbH's, sonstige Institutionen (Vereine etc.) Intern: Alle Fachabteilungen, Behördenleitung
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung, politische Mandatsträger, Kommunen, Verbände, Eigenbetriebe, Wasserverbände, GmbH's, sonstige Institutionen Intern: Alle Fachabteilungen, Behördenleitung

Teilergebnishaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-30,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-140.000	-105.000	-81.015,63
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Transferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-93.200		-51.370,17
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-233.200**	**-105.000**	**-132.415,80**
11	Personalaufwendungen	62.500	21.000	20.345,28
12	Versorgungsaufwendungen		12.500	15.366,12
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	718.000	776.200	691.229,15
14	Abschreibungen	118.700		64.346,62
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	35.500	2.035.200	1.035.200,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**934.700**	**2.844.900**	**1.826.487,17**
20	**Verwaltungsergebnis**	**701.500**	**2.739.900**	**1.694.071,37**
21	Finanzerträge	-10.105	-37.500	-14.053,06
22	Finanzaufwendungen	10.105	10.500	10.853,06
23	**Finanzergebnis**		**-27.000**	**-3.200,00**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**701.500**	**2.712.900**	**1.690.871,37**
25	Außerordentliche Erträge			-2.063.761,08
26	Außerordentliche Aufwendungen			298,71
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-2.063.462,37**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**701.500**	**2.712.900**	**-372.591,00**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	241.644	72.031	8.778,61
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**241.644**	**72.031**	**8.778,61**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**943.144**	**2.784.931**	**-363.812,39**

Teilergebnishaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Erläuterungen

zu Nr. 03:
Veranschlagt sind die Personalkostenerstattungen des Geoparks und der Eigenbetriebe. Der Mehrertrag steht im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Beteiligungsmanagements.

zu Nr. 08:
Veranschlagt sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus dem Sonderinvestitionsprogramm.

zu Nr. 11:
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Stellenbesetzung im Beteiligungsmanagement.

zu Nr. 12:
Der Wegfall des Bedarfs ergibt sich durch die Versetzung einer Beamtin in den Ruhestand.

zu Nr. 13:
Veranschlagt sind die Beiträge für den Gewässerverband Bergstraße mit 320 T€, den WHR mit 84 T€ den Landkreistag mit 120 T€ und den Geopark mit 145,5 T€ sowie die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Finanz- und Rechnungswesens mit einem Konsolidierungsbeitrag.

zu Nr. 14:
Veranschlagt sind die Abschreibungen für aktivierte Investitionszuweisungen im Zusammenhang mit den Sonderinvestitionsprogrammen.

zu Nr. 15:
Veranschlagt sind die Zuschüsse an das Naturschutzzentrum Bergstraße mit 35,5 T€.

zu Nr. 21:
Veranschlagt ist die Zinsdienstumlage der Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH.

zu Nr. 22:
Veranschlagt ist die Zinsdienstumlage für das im Rahmen der Konjunkturprogramme gewährte Darlehen an die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH.

Haushaltsvermerke:

Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010, 6020 und 6030 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden. Nicht in Anspruch genommene Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind übertragbar.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Ergebnis 2011	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			903.000,00	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			250.000,00	
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	5.100	5.100	5.016,67	
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**5.100**	**5.100**	**1.158.016,67**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.153.074,95	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.153.074,95**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**5.100**	**5.100**	**4.941,72**	